

Finanzbericht 2012



 **EnBW**

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG

Zusammengefasster Lagebericht

des EnBW-Konzerns und der EnBW AG

1	Überblick	71	Risiko- und Chancenbericht
3	Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit	71	Grundsätze des Risikomanagements
15	Ziele, Strategie und Unternehmenssteuerung	71	Struktur und Prozess des Risikomanagements
19	Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen	72	Umfeld- und Branchenrisiken
26	Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns	76	Strategische Risiken
26	Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs	77	Operative Risiken
27	Ertragslage	78	Finanzrisiken
32	Finanzlage	78	Rechtliche Risiken
39	Vermögenslage	79	Sonstige Risiken
44	Nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte	80	Gesamtbeurteilung
46	Unternehmenssituation der EnBW AG	81	Risikomanagementsystem
46	Unternehmenssituation der EnBW AG	81	Grundsätze des Chancenmanagements
46	Vermögenslage der EnBW AG	82	Unternehmensspezifische Chancen
47	Ergebnis der EnBW AG und Dividende	83	Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns
48	Anmerkungen zur Berichtsweise	84	Vergütungsbericht
48	Schlussklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	90	Angaben nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands
48	EnBW-Aktie	93	Prognosebericht
49	Dividendenpolitik	93	Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen
50	Mitarbeiter	94	Künftige politische und regulatorische Rahmenbedingungen
56	Umweltschutz	95	Künftige Branchenentwicklung
61	Gesellschaft	95	Unternehmensstrategie und künftige Unternehmensentwicklung
63	Beschaffung	96	Erwartete Geschäftsentwicklung
65	Forschung und Entwicklung	98	Wesentliche Chancen und Risiken der nächsten zwei Jahre
69	Nachtragsbericht	99	Entwicklungen in der Personalarbeit
70	Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems	100	Entwicklung im Bereich Umweltschutz
		100	Entwicklung von Forschung und Entwicklung
		100	Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung aus Sicht der Unternehmensleitung
		100	Zukunftsgerichtete Aussagen

Die fett gedruckten, mit orangefarbenen Pfeilen versehenen und in Klammern gesetzten Querverweise sowie die orangefarbenen Transparenzseiten sind nicht Bestandteil des geprüften Lageberichts.

Überblick

Der EnBW-Konzern hat im Geschäftsjahr 2012 seine Marktposition behauptet und ein angesichts schwieriger Rahmenbedingungen insgesamt zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Die Finanzlage des Unternehmens ist weiterhin solide, der Dividendenvorschlag für 2012 beläuft sich auf 0,85€ je Aktie.

Strategie und Rahmenbedingungen

Strategische Stoßrichtungen

- Sicherung der Position als CO₂-armer Erzeuger
- Ausbau dezentraler Lösungsangebote im Energiebereich

Maßnahmenpaket zur Schaffung finanziellen Spielraums

- Effizienzprogramm „Fokus“ bringt schnell Ergebnisse
- Desinvestitionen zum Teil schon umgesetzt
- Kapitalmaßnahmen erfolgreich abgeschlossen



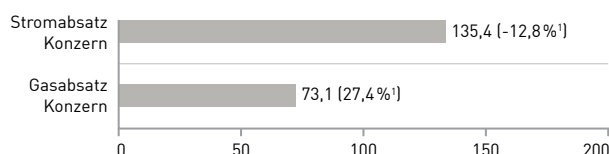
- Kühlere Witterung
- Gutes Wasserjahr für Laufwasser



- Konjunkturabschwächung
- Sinkende Strompreise auf den Großhandelsmärkten
- Kernbrennstoffsteuer
- Dauerhafte Abschaltung zweier unserer Kernkraftwerke
- Vorrangige Einspeisung erneuerbarer Energien verkürzt Einsatzzeiten konventioneller Kraftwerke
- Anhaltend niedriges Zinsniveau erfordert Anpassungen bei den Pensions- und Kernenergie Rückstellungen
- Intensiver Wettbewerb im Privat- und Industriekundengeschäft

Ertragslage

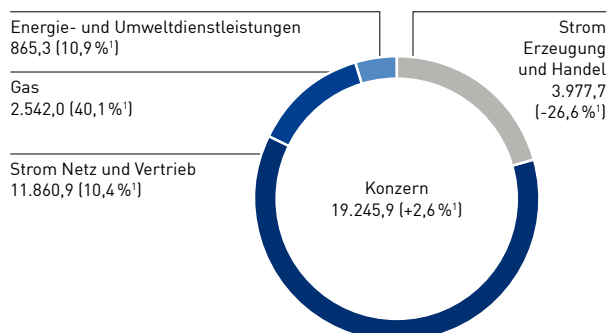
Absatz in Mrd. kWh



- Rückgang des Stromabsatzes aufgrund geringerer Handelsaktivitäten (unter anderem wegen Abschaltung zweier Kernkraftwerke) und des intensiven Wettbewerbs im B2C- und B2B-Geschäft
- Anstieg des Gasabsatzes vor allem bedingt durch kältere Witterung und Ausbau des Gas-Midstream-Geschäfts

¹⁾ Veränderung zum Vorjahr.

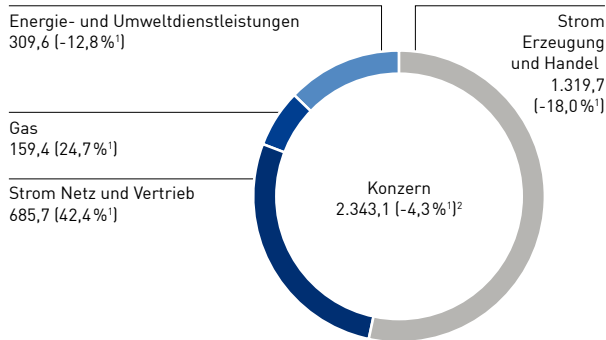
Umsatz in Mio. €



- Strom Erzeugung und Handel: geringerer Absatz, gesunkene Preise auf den Großhandelsmärkten
- Strom Netz und Vertrieb: vor allem höhere EEG-Umsätze
- Gas: kältere Witterung, Ausweitung der Handelsaktivitäten
- Energie- und Umweltdienstleistungen: Ausbau der dezentralen Energielösungen, insbesondere von Contracting

¹⁾ Veränderung zum Vorjahr.

Adjusted EBITDA in Mio. €

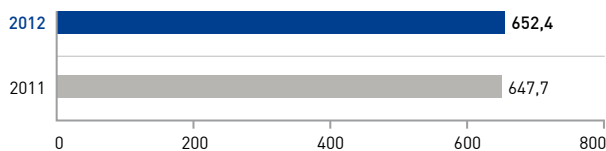


- Strom Erzeugung und Handel: Rückgang durch Abschaltung von Kernkraftwerken und sinkende Preise auf Großhandelsmärkten überwiegen Anstieg der Erträge der Stromerzeugung aus Windenergie
- Strom Netz und Vertrieb: erhöhte Netznutzungsentgelte, geringere Gemeinkosten, bessere Vertriebsmargen
- Gas: gestiegener Absatz, erhöhte Durchleitungsmengen, geringere Gemeinkosten
- Energie- und Umweltdienstleistungen: negative Sondereffekte im Vorjahr

¹ Veränderung zum Vorjahr.

² Holding/ Konsolidierung: -131,3 Mio. €/-5,6%.

Adjusted Konzernüberschuss in Mio. €¹

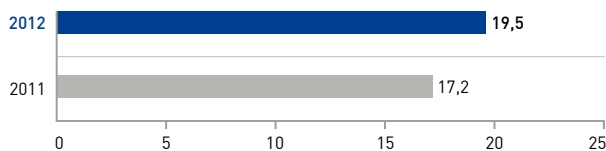


Vorstand und Aufsichtsrat schlagen die Ausschüttung einer Dividende von 0,85 € je Aktie vor.

¹ Bezogen auf das auf die Aktionäre der EnBW AG entfallende Ergebnis; Vorjahreszahlen angepasst.

Vermögenslage

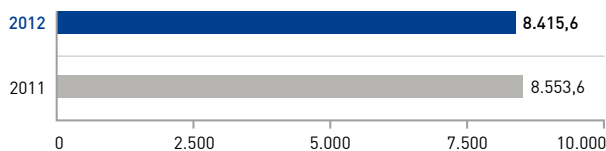
Eigenkapitalquote in %¹



Die Zunahme des Eigenkapitals resultiert im Wesentlichen aus der im Juli 2012 durchgeführten Kapitalerhöhung.

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

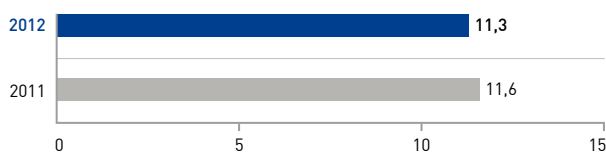
Bereinigte Nettoschulden in Mio. €¹



Der dynamische Verschuldungsgrad (bereinigte Nettoschulden/Adjusted EBITDA) erhöhte sich von 3,49 auf 3,59 aufgrund des Rückgangs des operativen Ergebnisses.

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

ROCE in %¹



Aufgrund des Rückgangs des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis verminderte sich der ROCE geringfügig von 11,6 % auf 11,3 %.

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

Die EnBW ist einer der größten Energieversorger und -dienstleister in Deutschland und Europa. Die Versorgung unserer Kunden gewährleisten wir mit unserem vertikal integrierten Geschäftsportfolio. Wir behaupten uns in einem wettbewerbsintensiven Markt und sind für unsere Kunden ein verlässlicher Partner in Energiefragen – mit bedarfsgerechten und effizienzsteigernden Gesamtlösungen und Ökostromangeboten sowie einem ausgezeichneten Kundenservice.

Struktur und wesentliche Geschäftsprozesse

EnBW-Konzern

Als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen ist der EnBW-Konzern entlang der gesamten Wertschöpfungskette tätig. Im Bereich Strom deckt das Unternehmen mit den beiden Geschäftsfeldern Strom Erzeugung und Handel sowie Strom Netz und Vertrieb alle Stufen der Wertschöpfungskette ab; beide Geschäftsfelder tragen den wesentlichen Anteil zum Konzernergebnis bei. Aktivitäten in den Bereichen Mid- und Downstream bilden das Geschäftsfeld Gas. Das Midstream-Geschäft (Ferngasstufe) umfasst Importverträge, Importinfrastruktur, Gasspeicherung sowie Handel beziehungsweise die Portfoliosteuerung. Das Downstream-Geschäft (Verteilerstufe) besteht aus Gastransport, -verteilung und -vertrieb. Die EnBW ist zudem im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen aktiv. Dieses Geschäftsfeld umfasst neben den Energiedienstleistungen Energieliefer- und Energieeinsparcontracting auch netz- und energienahe Dienstleistungen, die thermische und nicht-thermische Entsorgung sowie die Wasserversorgung (www.enbw.com/bericht2012 > **Finanzbericht 2012**). Für das Berichtsjahr 2012 werden wir letztmals in dieser Form über die Segmente des Konzerns berichten. Im laufenden Geschäftsjahr stellen wir unsere Segmentberichterstattung – beginnend mit dem Quartalsfinanzbericht Januar bis März 2013 – aufgrund der Neuausrichtung und der Umstrukturierung des Konzerns auf die Segmente Erzeugung und Handel, Erneuerbare Energien, Netze, Vertriebe sowie Sonstiges/Konsolidierung um.

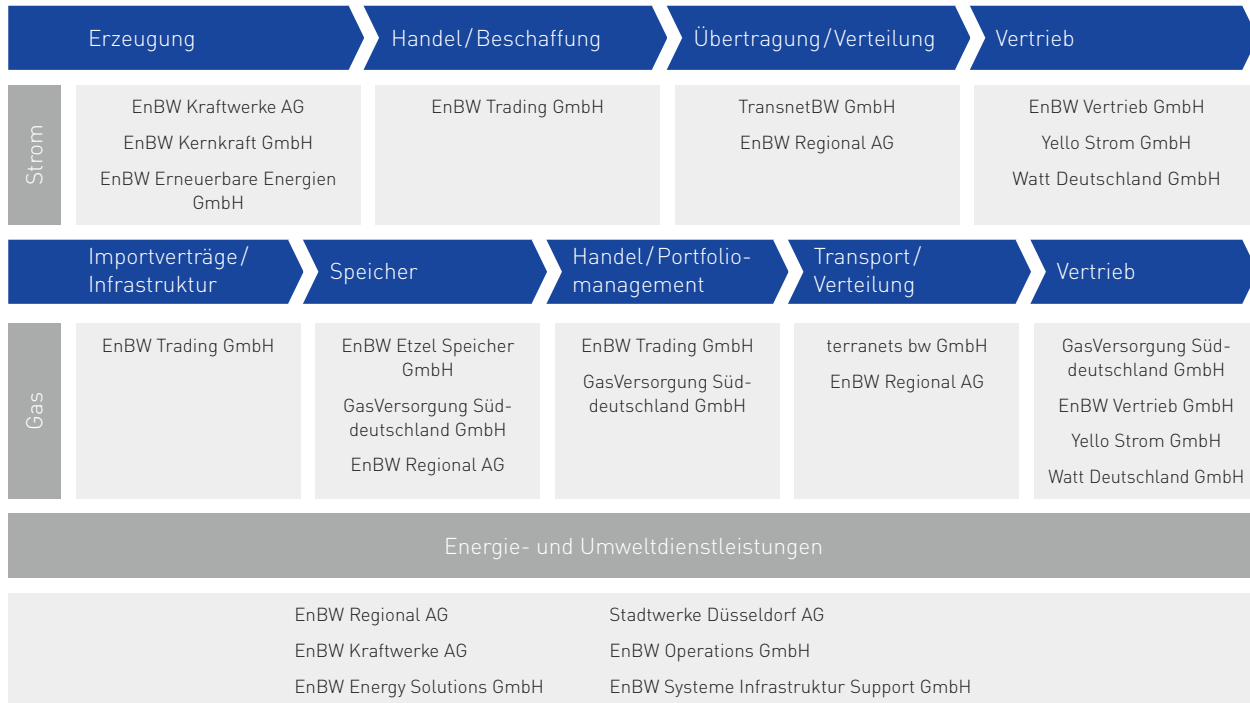
Mit einer starken Verwurzelung in Baden-Württemberg ist die EnBW einer der größten deutschen Energieversorger. Insgesamt versorgt und berät die EnBW knapp 5,5 Millionen Kunden. Der Konzern beschäftigt rund 20.000 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2012 belief sich der Energieabsatz der EnBW auf 208,5 Mrd. kWh. Etwa 89% des Konzernumsatzes erzielte die EnBW 2012 in Deutschland. Der Auslandsanteil belief sich auf rund 11%.

In Nordrhein-Westfalen ist die EnBW mehrheitlich an den Stadtwerken Düsseldorf beteiligt. Eine Beteiligung in Höhe von 26% hält die EnBW an der EWE Aktiengesellschaft – dem fünftgrößten Energieversorgungsunternehmen in Deutschland. Darüber hinaus bestehen weitere Beteiligungen in Deutschland. Im europäischen Raum engagiert sich die EnBW in ausgewählten Ländern und in erster Linie im Bereich Strom. Sie hält Beteiligungen in der Schweiz und in Österreich sowie in einigen osteuropäischen Ländern wie der Tschechischen Republik und Ungarn. Am tschechischen Markt übernahm die EnBW 2010 die Mehrheit und damit die wirtschaftliche und industrielle Führung des Energieversorgers Pražská energetika a.s. (PRE). Über ein Joint Venture mit dem Industrieunternehmen Borusan ist der EnBW-Konzern auf dem türkischen Markt aktiv. Hier engagieren wir uns vor allem beim Auf- und Ausbau von Erzeugungskapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien (www.enbw.com/bericht2012 > **Finanzbericht 2012**).

Der Hauptsitz des EnBW-Konzerns befindet sich in Karlsruhe. Weitere große Standorte sind Stuttgart, Biberach und Esslingen. Die verschiedenen Regional- und Vertriebszentren des Unternehmens sind in Baden-Württemberg angesiedelt. Vertriebsniederlassungen bestehen deutschlandweit. Zu den wesentlichen Vermögenswerten der EnBW zählen zahlreiche Kraftwerke und andere Energieerzeugungsanlagen, Strom- und Gasnetze, Verteilungsanlagen sowie Gasspeicher. Diese Sachanlagen befinden sich überwiegend in Deutschland.

Die Leitungsfunktion im EnBW-Konzern übt die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) als Holding aus. Ihr obliegt die strategische Führung und Steuerung des Konzerns entlang der wesentlichen Wertschöpfungsstufen in den Geschäftsfeldern. Darüber hinaus nimmt die Holding die Funktionen des konzernweiten Finanz- und Liquiditätsmanagements, die Personalsteuerung, die Unternehmenskommunikation sowie die Konzernentwicklung wahr. Die Bereiche Compliance, Corporate Governance und Risikomanagement sind ebenfalls in der Holding angesiedelt. Mit wesentlichen Tochtergesellschaften hat die EnBW AG Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge geschlossen.

Wesentliche Gesellschaften und Beteiligungen des EnBW-Konzerns entlang der Wertschöpfungskette



Stand: 31.12.2012

Wesentliche Gesellschaften des EnBW-Konzerns

Die **EnBW Kraftwerke AG** betreibt den Großteil des EnBW-Kraftwerksparks. Die Erzeugung von Strom und Fernwärme erfolgt in Anlagen auf Basis verschiedener Energieträger. Konventionelle Anlagen werden überwiegend in umwelt-schonender Kraft-Wärme-Kopplung betrieben. Auch im Bereich von Umwelt- und Energiedienstleistungen ist die Gesellschaft tätig.

Die Betriebsführung der Kernkraftwerke Kernkraftwerk Philippsburg 2 (KKP 2) und Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim II (GKN II), den Nachbetrieb der seit März 2011 abgeschalteten Blöcke KKP 1 und GKN I sowie den Rückbau des Kernkraftwerks Obrigheim verantwortet die **EnBW Kernkraft GmbH**.

Die **EnBW Erneuerbare Energien GmbH** verantwortet im Wesentlichen den Ausbau und Betrieb von Erzeugungskapazitäten auf Basis erneuerbarer Energien. Die Energieerzeugung aus Wasserkraft ist bei der **EnBW Kraftwerke AG** angesiedelt.

Zum 31. Dezember 2012 belief sich das Erzeugungsportfolio der EnBW, das teileigene Kraftwerke und langfristige Strombezugsverträge einschließt, auf 13.400 MW (Vorjahr: 13.350 MW). Die Erzeugungskapazitäten setzen sich zusammen aus Kernkraft-, Kohle-, Öl-, Gas- und Pumpspeicherkraftwerken ohne natürlichen Zufluss sowie Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien. Diese umfassen Laufwasserkraftwerke, Speicherkraftwerke und mit natürlichem Zufluss betriebene Pumpspeicherkraftwerke, Fotovoltaik-, Windkraft- und Biomasseanlagen sowie Geothermieranlagen. Mit Blick auf den Mix der Energieträger und die Altersstruktur der Anlagen stellt sich das Erzeugungsportfolio der EnBW ausgewogen dar.

Aufteilung des Erzeugungsportfolios des EnBW-Konzerns ^{1,2} Elektrische Leistung ³ in MW (zum 31.12.)	2012	2011
Kernkraftwerke	3.333	3.333
Konventionelle Kraftwerke	6.995	7.010
Braunkohle	1.034	1.034
Steinkohle	3.987	3.953
Gas	1.154	1.210
Sonstige konventionelle Kraftwerke	820	813
Pumpspeicherkraftwerke ohne natürlichen Zufluss³	545	545
Erneuerbare Energien	2.527	2.461
Speicherkraftwerke/ Pumpspeicherkraftwerke mit natürlichem Zufluss ³	1.311	1.299
Laufwasserkraftwerke	882	860
Wind	218	194
Sonstige erneuerbare Energien	116	109
Installierte Leistung des EnBW-Konzerns (ohne Kaltreserve)	13.400	13.350
davon erneuerbar in %	18,9	18,4
davon CO ₂ -arm in % ⁴	12,7	13,1

¹ Im Erzeugungsportfolio sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

² Vorjahreszahlen angepasst.

³ Leistungswert unabhängig von der Vermarktungsart, bei Speichern: Erzeugungsleistung.

⁴ Gaskraftwerke, Pumpspeicherkraftwerke ohne natürlichen Zufluss.

Im Zuge der Energiewende in Deutschland und aufgrund der veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen sowie der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energiequellen verändert sich die Zusammensetzung der Erzeugungskapazitäten weiter. Die EnBW baute ihre Erzeugungskapazität auf Basis erneuerbarer Energiequellen weiter aus.

Bei der Stromerzeugung nahm der Anteil der Kernenergie von 48,1% im Jahr 2011 auf 43,7% im Jahr 2012 ab, während sich der Anteil der erneuerbaren Energien weiter von 10,1% auf 12,2% erhöhte. Die Erzeugung aus Kernkraftwerken ging durch die Abschaltung der zwei Kraftwerksblöcke KKP 1 und GKN I im Frühjahr 2011 zurück. Gegenläufig wirkte die Mehrproduktion der Steinkohlekraftwerke. Der Zuwachs bei der Erzeugung aus erneuerbaren Energien ist insbesondere auf die Laufwasserkraftwerke zurückzuführen, die von der guten Wasserführung im Jahr 2012 profitierten. Der Offshore-Windpark EnBW Baltic 1, der im Mai 2011 in Betrieb ging, trug im Wesentlichen zur Steigerung der Windkraftmengen bei. Die CO₂-Emissionen aus der Eigenherzeugung bei der EnBW liegen mit 369 g CO₂/kWh (Vorjahr: 328 g CO₂/kWh) weiterhin deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt des Jahres 2011 von 503 g CO₂/kWh.

Eigenerzeugung des EnBW-Konzerns ^{1,2} nach Primärenergieträgern in GWh	2012	2011
Kernkraftwerke	25.799	28.382
Konventionelle Kraftwerke	24.443	22.901
Braunkohle	6.754	6.897
Steinkohle	16.230	13.466
Gas	1.178	2.130
Sonstige konventionelle Kraftwerke	281	408
Pumpspeicherkraftwerke Pumpbetrieb	1.579	1.764
Erneuerbare Energien	7.230	5.982
davon feste Einspeisevergütung nach dem EEG	574	802
Speicherkraftwerke/ natürlicher Zufluss von Pumpspeicherkraftwerken	955	1.063
Laufwasserkraftwerke	5.442	4.388
Wind	482	354
Sonstige erneuerbare Energien	351	177
Eigenerzeugung des EnBW-Konzerns	59.051	59.029
davon erneuerbar in %	12,2	10,1
davon CO ₂ -arm in % ³	4,7	6,6

¹ In der Eigenerzeugung sind auch langfristige Bezugsverträge und teileigene Kraftwerke enthalten.

² Vorjahreszahlen angepasst.

³ Gaskraftwerke, Pumpspeicherkraftwerke Pumpbetrieb.

Die EnBW Kraftwerke AG ist wie die Stadtwerke Düsseldorf AG in der Abfallentsorgung tätig. Der EnBW-Konzern verwertet in seinen thermischen Abfallbehandlungsanlagen insgesamt circa 1,3 Mio. t Abfall pro Jahr. Dem Restmüllheizkraftwerk Stuttgart-Münster kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Es ist zudem Eckpfeiler der umwelt- und klimaschonenden Fernwärmeversorgung der Landeshauptstadt Stuttgart. Auch im Kehrtheizkraftwerk Josefstraße in Zürich, das seit 2011 von der Fernwärme Zürich AG (EnBW Kraftwerke AG hält 40%) betrieben wird, erfolgt die Fernwärmeerzeugung mit Abfall aus Baden-Württemberg.

Bereits 2007 sicherte sich die EnBW in der Region Etzel langfristige Nutzungsrechte für Salzkavernen. Die kommerzielle Inbetriebnahme des Gasspeichers in Etzel durch die EnBW Etzel Speicher GmbH – eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der EnBW Kraftwerke AG – erfolgte Ende September 2012. Zur Nutzung von Synergien haben EnBW und Electricité de France (EDF), die auch über Speicherkavernen in der Region Etzel verfügt, eine 50:50-Joint-Venture-Gesellschaft gegründet. Die Gesellschaft ist mit der Errichtung und dem kommerziellen Betrieb der obertägigen Anlage beauftragt.

Die **EnBW Trading GmbH (ETG)** ist im Bereich Handel und Beschaffung tätig und bildet die Schnittstelle zwischen Erzeugung und Vertrieb sowie zum Großhandelsmarkt. Die Gesellschaft verantwortet den Handel mit physischen und finanziellen Produkten für Strom, Primärenergieträger (Kohle, Gas, Öl) sowie CO₂-Zertifikate und Herkunftsnachweise. Damit stellt sie für den Kraftwerkspark der EnBW die Brennstoffbeschaffung und -logistik, das Emissionsrechtmanagement, die Stromvermarktung sowie die Kraftwerkeinsatzplanung und -steuerung sicher. Als einer der Regelergielieferanten in Deutschland unterstützt sie die Systemsicherheit der Übertragungsnetzbetreiber. Darüber hinaus übernimmt die ETG die kommerzielle Optimierung der EnBW-Gas-Assets und -verträge. Nach der Fusion mit der EnBW Gas Midstream GmbH im abgelaufenen Geschäftsjahr verantwortet die ETG auch die Sicherung des mittel- und langfristigen Gasbezugs der EnBW über eigene Importverträge sowie die Beteiligung an der erforderlichen Infrastruktur. Für den Vertrieb gewährleistet sie die Deckung des Energiebedarfs.

Die ETG beteiligt sich aktiv an der Gestaltung der Energiewende. Im Rahmen der Direktvermarktung führt sie Anlagen für erneuerbare Energien (Wind, Wasser, Sonne und Biomasse) durch die vollständige Integration in die Wertschöpfungskette an den Markt heran. Aber auch Nachhaltigkeitsaspekte beispielsweise bei der Beschaffung von Kohle werden bei ihren Aktivitäten berücksichtigt.

Die ETG handelt europaweit an den wichtigen Energiebörsen wie der European Energy Exchange (EEX) in Leipzig, der European Power Exchange (EPEX Spot) in Paris, der Nord-Pool Spot (Elbas) in Oslo, der Energy Exchange Austria (EXAA) in Wien oder auch der International Commodity Exchange (ICE) in London. Daneben ist die ETG im sogenannten Over-the-Counter-(OTC-)Handel mit rund 170 nationalen und internationalen Vertragspartnern aktiv.

Im Zuge ihrer Tätigkeiten übernimmt die Gesellschaft auch die Funktion des Risikomanagers der marktbezogenen Risiken entlang der Wertschöpfungskette. Insbesondere handelt es sich dabei um Preis- und Mengenrisiken bei der Beschaffung und im Vertrieb. Zusätzlich betreibt die ETG neben der Unterstützung des operativen Geschäfts auch einen Eigenhandel, der jedoch strengen Regeln und Begrenzungen unterliegt.

Im März 2012 firmierte die EnBW Transportnetze AG zur **TransnetBW GmbH (TNG)** um. Mit der Namensänderung entspricht der Übertragungsnetzbetreiber der EnBW einer europäischen Vorgabe zur weitergehenden Liberalisierung des Strom- und Erdgasmarkts (3. EU-Binnenmarktpaket). Demzufolge gelten für Transportnetzbetreiber drei Entflechtungsvarianten. Die EnBW entschied sich bei der TNG für das Modell Unabhängiger Transportnetzbetreiber (Independent-Transmission-Operator-(ITO-) Modell) ➤ www.enbw.com/bericht2012 ➤ **Finanzbe-**

richt 2012). Bei diesem Modell verbleibt das Transportnetz (380kV und 220kV) im Konzern, allerdings sind verschärfte Unbundling-Vorschriften zwischen der TNG als ITO und der EnBW einzuhalten. So ist insbesondere die Erbringung der bisher üblichen Konzerndienstleistungen, beispielsweise in den Bereichen Datenverarbeitung, Personalwirtschaft oder auch Netzinstandhaltung, durch die EnBW untersagt. Aufgrund dieser Vorgabe wird die TNG künftig deutlich mehr eigene Mitarbeiter beschäftigen und damit sämtliche Konzerndienstleistungen substituieren. Der Entwurf des Zertifizierungsbescheids von der Bundesnetzagentur liegt der Europäischen Kommission seit dem 12. Dezember 2012 zur Entscheidung vor.

Die TNG betreibt das Übertragungsnetz in Baden-Württemberg. Ihre gesetzliche Aufgabe ist die ständige Gewährleistung der Systemsicherheit. Zudem kontrolliert und steuert sie kontinuierlich die Stromflüsse innerhalb Baden-Württembergs. Darüber hinaus regelt sie den Stromaustausch mit den benachbarten in- und ausländischen Transportnetzbetreibern und ist Eigentümerin der Transportnetzinfrastruktur. Damit verantwortet die TNG die Instandhaltung und den bedarfsgerechten Ausbau des Übertragungsnetzes. Das Übertragungsnetz steht allen Akteuren am Strommarkt diskriminierungsfrei sowie zu marktgerechten und transparenten Bedingungen zur Verfügung. Zurzeit bestehen zu rund 400 Bilanzkreisverantwortlichen Geschäftsbeziehungen.

Im März 2012 firmierte die bisherige GVS Netz GmbH um in **terraneis bw GmbH (terraneis bw)**. Gesellschafter der terraneis bw sind die EnBW und der italienische Energiekonzern Eni. Unter dem Dach der Muttergesellschaft EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH agiert sie als eigenständiges Unternehmen und erfüllt ihre Aufgaben als Fernleitungsnetzbetreiber für Erdgas. Seit dem 9. November 2012 ist die terraneis bw durch die Bundesnetzagentur sowie die Europäische Kommission als ITO zertifiziert.

Zu den wesentlichen Aufgaben der terraneis bw gehören neben dem sicheren, wirtschaftlichen und diskriminierungsfreien Transport von Erdgas die Bereitstellung von Technologie-, Telekommunikations- und Administrationsdienstleistungen. Außerdem unterstützt sie Energieversorger und Industriebetriebe mit vielen technischen Dienstleistungen – von Planung und Bau über Betriebsführung und Instandhaltung bis hin zu Überwachung und Steuerung von Netzen. Bei der Instandhaltung von Erdgastankstellen ist die terraneis bw Marktführer in Baden-Württemberg.

Die **EnBW Regional AG (REG)** übernimmt als größter Verteilnetzbetreiber in Baden-Württemberg die Verteilung des Stroms über eigene Verteilnetze. Konzerneigenen und fremden Lieferanten bietet sie einen transparenten und diskriminierungsfreien Zugang zum EnBW-Stromnetz und eine zuverlässige Stromverteilung. Marktpartner sind die

konzessionsgebenden Kommunen sowie die Netznutzer in ihrer Funktion als Energielieferanten und -einspeiser. Als Regulierungsbehörde ist die Bundesnetzagentur ein weiterer bedeutsamer Akteur im Rahmen des Verteilnetzbetriebs. Das technische Know-how und die Strukturen sind spartenübergreifend auf Strom-, Gas- und Wasserversorgung ausgerichtet.

Rückwirkend zum 1. Januar 2012 übernahm die REG die Vermögenswerte und Aktivitäten der EnBW Gas GmbH (GAS) und der EnBW Gasnetz GmbH (GNG). Beide Gesellschaften wurden am 30. Juli 2012 durch die Eintragung im Registergericht rechtswirksam mit der REG verschmolzen. Durch die Integration der Gasbereiche Planung, Bau und Betrieb konnten wir die Kompetenzen im Netzgeschäft bündeln und die Effizienz erhöhen. Als Rechtsnachfolgerin übernahm die REG auch die Gaskonzessionsverträge mit Städten und Gemeinden. Somit verantwortet sie die Sicherheit der Durchleitung der Erdgasmengen durch das fast 4.500 km lange Rohrnetz.

Insgesamt umfassen die Stromübertragungs- und -verteilnetze der EnBW eine Länge von rund 155.000 km. Stadtwerke und Industriebetriebe werden im Verteilnetz über Leitungen mit 110 kV versorgt. 30-, 20- oder 10-kV-Leitungen stehen im regionalen Verteilnetz für mittelgroße Abnehmer zur Verfügung. Haushalte, Kunden aus der Landwirtschaft und Gewerbebetriebe werden über das 0,4-kV-Leitungsnetz versorgt.

Stromkreislängen des EnBW-Konzerns inkl. Hausanschlussleitungen ¹ in km	2012	2011
Übertragungsnetz		
Höchstspannung 380 kV	2.000	2.000
Höchstspannung 220 kV	1.700	1.700
Verteilnetz		
Hochspannung 110 kV	8.600	8.600
Mittelspannung 30/20/10 kV	46.200	45.900
Niederspannung 0,4 kV	96.300	95.000

¹ Gerundete Zahlen; Vorjahreszahlen angepasst.

Gasnetzlängen des EnBW-Konzerns inkl. Hausanschlussleitungen ¹ in km	2012	2011
Fernleitungsnetz		
Hochdruck	2.000	2.000
Verteilnetz		
Hochdruck	2.200	2.100
Mitteldruck	7.200	6.900
Niederdruck	4.900	5.000

¹ Gerundete Zahlen; Vorjahreszahlen angepasst.

Die Zusammenarbeit mit Kommunen ist auf eine langfristige, direkte Beziehung über Konzessionsverträge angelegt. Dabei verantwortet die REG das Vertragsmanagement sowie das Management der Geschäftsbeziehungen zu Stadtwerken in Baden-Württemberg. Gemeinsam sollen REG, Städte und Gemeinden eine zuverlässige, wirtschaftliche und umweltschonende Infrastruktur aufrechterhalten.

Innerhalb des Geschäftsfelds Energie- und Umweltdienstleistungen ist die REG für den Bereich Wasser zuständig. In Stuttgart verantwortet sie die Trinkwasserversorgung. Darüber hinaus bietet sie in Baden-Württemberg flächendeckend neben Wasser- und Abwasserbetriebsführungen auch Wasserverlustmessungen mit dem Überwachungssystem „EnBW LeakControl“ an. In den Bereichen Strom und Gas deckt die REG netznahe beziehungsweise sonstige Dienstleistungen ab, wie beispielsweise Wartungsarbeiten, Erneuerungsmaßnahmen sowie Neubauten von Betriebsmitteln aller Art und auf allen Spannungs- und Druckebenen. Zusätzlich erbringt die REG sämtliche Leistungen einer ordnungsgemäßen Beleuchtung von Straßen. Das Produktportfolio wird durch Komplettlösungen für die Aufstellung und den Betrieb von Fotovoltaikanlagen in Kommunen und Angeboten in den Bereichen Telekommunikation, Medien- und Sicherheitstechnik sowie Funk ergänzt.

Unter der Marke EnBW vertreibt die **EnBW Vertrieb GmbH** Strom, Gas, Fernwärme, Wasser sowie in zunehmendem Maß Energiedienstleistungen an Industrie-, Gewerbe- und Privatkunden, Stadtwerke sowie Kommunen. Das Angebot konzentriert sich bei Privat- und Gewerbekunden sowie Kommunen auf Baden-Württemberg. Neben der EnBW Vertrieb GmbH operieren weitere dezentrale Vertriebe innerhalb des EnBW-Konzerns.

Die **Yello Strom GmbH** verantwortet unter der Marke Yello den bundesweiten Vertrieb von Strom, Gas und weiteren Produkten an Privat- und Gewerbekunden.

Spezialist für den nationalen Vertrieb von Strom und Gas in den Kundengruppen „Mittelstand und Filialisten“ ist die **Watt Deutschland GmbH** mit ihrer Marke Watt. Zu ihrem Angebotsspektrum gehören auch Energie- und Systemdienstleistungen.

Die **Energiedienst Holding AG (ED)** verantwortet mit ihren Tochtergesellschaften, der EnAlpin AG (Schweiz), der NaturEnergie AG und der Energiedienst AG den Stromvertrieb in Südbaden und in der Schweiz. Als ökologisch profilierter Energiedienstleister versorgt die ED im südbadischen Heimatmarkt alle Privat- und Gewerbekunden seit mehr als zehn Jahren mit Ökostrom aus 100 % Wasserkraft. Zudem ist sie einer der ersten Anbieter für klimaneutrales Gas.

Ökologisch orientierte Kunden werden bundesweit von der **NaturEnergie+ Deutschland GmbH** mit der Marke NaturEnergiePlus angesprochen.

In der Region Ostwürttemberg und im bayerischen Donau-Ries vertreibt die **EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG (ODR)** Strom und Gas. Zusätzlich bietet die ODR ihren Kunden eine Vielzahl energienaher Dienstleistungen an. Mit ihrer Tochtergesellschaft, der ODR Technologie Services GmbH, konnte sie das Wachstumsfeld Telekommunikation (Mehrwertdienste und Netzvermarktung) weiter erfolgreich ausbauen. Innerhalb des eigenen Beteiligungsportfolios und im Stadtwerkesegment wurden 2012 die Bereiche IT-Dienstleistungen und Smart-Meter-Anwendung ausgebaut. Im Geschäftsbereich Verteilnetze betreibt die Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH (NGO) – ebenfalls eine 100%-Tochter der ODR – ein umfangreiches Strom- und Gasverteilnetz. Mit mehr als 24.000 dezentralen Erzeugungsanlagen aus erneuerbaren Energien weist das NGO-Netz eine der höchsten Einspeisedichten in Deutschland auf.

Die **ZEAG Energie AG (ZEAG)** ist als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen überwiegend im Raum Heilbronn tätig. Neben der Stromerzeugung und dem Vertrieb von elektrischer Energie werden Kunden in dieser Region über die Gasversorgung Unterland GmbH auch mit Erdgas versorgt. Mit der NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH – eine 100%-Tochter der ZEAG – werden Strom- und Gasverteilernetze betrieben.

Über ihre Beteiligung an der **Stadtwerke Düsseldorf AG (SWD)** ist die EnBW im Stromvertrieb flächendeckend in Nordrhein-Westfalen aktiv. Derzeit entsteht am Standort Lausward im Düsseldorfer Hafen das stärkste und mit einem Wirkungsgrad von über 61% effizienteste Gas- und Dampfturbinenkraftwerk der Welt. Sein CO₂-Ausstoß wird 50% unter dem durchschnittlicher deutscher Kraftwerke liegen. Es soll im Jahr 2016 in Betrieb gehen. Die Sparte Gas des SWD-Konzerns umfasst den Gashandel, den Gasvertrieb und die Gasverteilung. Außerdem übernehmen die Stadtwerke auch die Abfallentsorgung. Im Großraum Düsseldorf stellen sie dabei als eines der führenden Unternehmen die langfristige Entsorgungssicherheit für den Restmüll ihrer kommunalen Partner sicher. Dem Restmüllheizkraftwerk Düsseldorf kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Die Anlage ist mit einer modernen Kessel- und Feuerungstechnik sowie einer effektiven und effizienten Rauchgasreinigung ausgerüstet. Damit wird eine Kraft-Wärme-Kopplung realisiert, die für die umwelt- und klimaschonende Fernwärmeversorgung der Landeshauptstadt Düsseldorf wesentlich ist.

Die **GasVersorgung Süddeutschland GmbH (GVS)** beliefert Stadtwerke, regionale Gasversorger, Industriekunden und Kraftwerke im In- und Ausland mit Erdgas. Der Kundstamm der GVS weitet sich zunehmend über die Grenzen von Baden-Württemberg hinaus und auf das angrenzende deutschsprachige Ausland aus. Zusätzliche Dienstleistungen in den Bereichen Beratung, Service und Gaswirtschaft wie Marketingunterstützung, Pooling Rechnungsbilanzkreis und Portfoliooptimierung ergänzen das Angebot. Neben der EnBW ist auch der italienische Energiekonzern Eni über die

gemeinsame Joint-Venture-Gesellschaft EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH an der GVS beteiligt.

Im Rahmen von Contractingdienstleistungen erbringt die **EnBW Energy Solutions GmbH (ESG)** Energieeffizienzdienstleistungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette: von der ersten Bedarfsanalyse über Planung, Finanzierung und Realisation bis hin zu Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der Anlagen bei unseren Kunden. Neben Energieanlagen und Heiz(kraft)werken kommt hier auch Medieninfrastruktur für die Versorgung mit verschiedenen Nutzenergien wie Wärme, Dampf, Kälte und Druckluft zum Einsatz. Das Angebot der ESG umfasst modulare Anlagen wie Blockheizkraftwerke oder Kälte- und Druckluftanlagen, aber auch komplexe Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und Gesamtlösungen für Industriestandorte. Mit technisch und wirtschaftlich optimalen sowie bedarfsgerechten Lösungen stellt die ESG die langfristige Energieversorgung ihrer Kunden aus Industrie, Gewerbe, Kommunen und Wohnungswirtschaft sicher. Übergeordnetes Ziel ist die Optimierung der energiewirtschaftlichen Gesamtsituation. Das Leistungsportfolio umfasst unterschiedliche Technologien, Brennstoffe und Anlagengrößen. Die Contractinglösungen der ESG tragen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Kunden und zur Senkung der CO₂-Emissionen durch effiziente Erzeugungstechnologien bei.

Als Shared Service Center erbringt die **EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH** innerhalb des EnBW-Konzerns umfassende Beratungs- und Dienstleistungen. Darunter fallen Bereiche wie Informationsverarbeitung, Einkauf, Personalwirtschaft, Rechnungswesen und Steuern sowie Rechtsberatung und Facility-Management.

Die **EnBW Operations GmbH (EOG)** ist die Dienstleistungsgesellschaft der EnBW für Prozessdienstleistungen und Systemlösungen sowie den Betrieb von Informations- und Abwicklungsplattformen. Für ihre Auftraggeber übernimmt die EOG die operative Ausgestaltung der Kundenbeziehung zur Energielieferung, die Abwicklung der Netznutzung, das Energiedatenmanagement sowie Service- und Abrechnungsleistungen. Darüber hinaus ist die EOG Dienstleister für die Abwicklung von energienahen Dienstleistungen und dezentralen Erzeugungsanlagen in Privathaushalten. Die Gesellschaft unterhält Standorte in Biberach, Esslingen und Karlsruhe. Der Verwaltungssitz ist Karlsruhe. Auftraggeber der EOG sind neben den konzerninternen Gesellschaften auch die Stadt Stuttgart sowie weitere externe Unternehmen.

EnBW AG

Die Aktien der börsennotierten EnBW AG sind im General Standard der Deutschen Börse gelistet. Die Aktionärsstruktur der EnBW AG hat sich infolge der Kapitalerhöhung im Juli 2012 gegenüber dem Vorjahr geringfügig verändert. Das Land Baden-Württemberg hält über die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH ebenso wie der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW) über die

OEW Energie-Beteiligungs GmbH 46,75% am Grundkapital der EnBW AG. Beide Großaktionäre hatten ihre Bezugsrechte vollumfänglich ausgeübt. Insgesamt stellt sich die Aktionärsstruktur nach erfolgreicher Durchführung der Kapitalerhöhung zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

Aktionärsstruktur in %¹

OEW Energie-Beteiligungs GmbH	46,75
NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH	46,75
Badische Energieaktionärs-Vereinigung	2,45
Gemeindeelektrizitätsverband Schwarzwald-Donau	0,87
Neckar-Elektrizitätsverband	0,63
Landeselektrizitätsverband Württemberg	0,11
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	2,08
Streubesitz	0,37

¹ Abweichung zu 100 % aufgrund von Rundungen.

Der Lagebericht des EnBW-Konzerns und der EnBW AG werden zusammengefasst, da der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der EnBW AG nicht vom Geschäftsverlauf, der wirtschaftlichen Lage und den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des EnBW-Konzerns abweichen.

Leitung und Überwachung

Vorstand

Zum 31. Dezember 2012 besteht der Vorstand der EnBW AG aus fünf Mitgliedern. Er führt die Geschäfte des Konzerns in gemeinschaftlicher Verantwortung. Neben dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden gliedern sich die Aufgaben des Vorstands in die Ressorts „Personal, Recht und IT“, „Finanzen“, „Vertrieb und Netze“ und „Technik“. Zum 1. Januar 2012 wurde Dr. Hans-Josef Zimmer erneut zum Vorstand Technik bestellt. Dr. Frank Mastiaux wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 2012 für die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied des Vorstands und zu dessen Vorsitzendem bestellt; er folgt in diesem Mandat auf Hans-Peter Villis.

Geschäftsfeldverteilung Vorstandsressorts

Vorstandsvorsitz Dr. Frank Mastiaux	Personal/Recht/IT Dr. Bernhard Beck LL.M. (Arbeitsdirektor)	Finanzen Thomas Kusterer	Vertrieb/Netze Dr. Dirk Mausbeck	Technik Dr. Hans-Josef Zimmer
Konzernführung/ -entwicklung Top-Management- Betreuung Gas Konzernrevision Unternehmens- kommunikation Corporate Responsi- bility/Nachhaltigkeit Interessenvertre- tung gegenüber Wirtschaft, Technik, Energiepolitik	Personalmanagement Organisations-/ Wissensmanagement Recht IT Arbeitsmedizin/ Arbeitssicherheit Materialwirtschaft/ Immobilien Compliance/ Datenschutz	Konzerncontrolling/ Beteiligungsführung Konzernfinanzen Investor Relations Rechnungswesen/ Steuern Konzernrisiko- management/IKS Steuerung/Optimie- rung der Wertschöp- fungskette Energie Energiehandel	Markenführung/ Marketing Vertrieb/Contracting Operations Netze/Regulierung Produktinnovationen	Energieerzeugung/ Kraftwerksneubau Konzernumweltschutz Übertragungsnetz Forschung/Innovation Konzernkrisen- management Entsorgung

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der EnBW AG besteht aus 20 Mitgliedern. Gemäß dem deutschen Mitbestimmungsgesetz ist er paritätisch mit Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer besetzt, wobei die Gewerkschaft ver.di drei Arbeitnehmervertreter nominiert.

Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands und berät diese bei der Leitung des Unternehmens. Gemeinsam mit dem Vorstand erörtert er regelmäßig Geschäftsentwicklung, Planung und Strategie des Unternehmens und stellt den Jahresabschluss fest. Bei Entscheidungen von grundle-

gender Bedeutung für das Unternehmen ist der Aufsichtsrat stets eingebunden. Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung durch den Aufsichtsrat bedürfen, sind in seiner Geschäftsordnung festgelegt. Der Aufsichtsrat hat zur optimalen Wahrnehmung seiner Aufgaben als ständige Ausschüsse einen Personalausschuss, einen Finanz- und Investitionsausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss, einen Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 des Mitbestimmungsgesetzes sowie einen Ad-hoc-Ausschuss gebildet.

Weitere Informationen zu Vorstand und Aufsichtsrat finden sich in der Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich Corporate-Governance-Bericht, die auf unserer Internetseite (www.enbw.com/bericht2012 > **Corporate-Governance-Bericht**) zugänglich ist.

Compliance

Compliance im Sinne der Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen und unternehmensinternen Richtlinien ist eine wesentliche Leitungs- und Überwachungsaufgabe. Der Vorstand hat im Jahr 2009 den Bereich Corporate Compliance eingerichtet, der eine konzernweite Compliance-Organisation aufgebaut und die erforderlichen Richtlinien sowie Prozesse definiert hat. Der inhaltliche Schwerpunkt der Compliance-Aktivitäten liegt in den Bereichen Korruptionsprävention und Kartellrecht. Zusätzlich hat der Bereich Corporate Compliance im Sommer 2012 die Zuständigkeit für den Datenschutz übernommen. Die Abstimmung und konzernweite Umsetzung der Compliance-Maßnahmen erfolgt über das Compliance Committee und über die dezentralen Compliance-Beauftragten der Konzerngesellschaften.

Das jährliche Compliance-Programm der EnBW geht aus einer sorgfältigen Risikoerhebung hervor und legt die erforderlichen präventiven Compliance-Maßnahmen fest. Die Leitung des Bereichs „Corporate Compliance und Datenschutz“ berichtet regelmäßig über den Stand der Maßnahmenumsetzung an Vorstand, Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss.

Die EnBW verfügt über ein gut funktionierendes internes System für die Meldung von Compliance-Verstößen und Verdachtsfällen. Im Berichtsjahr gingen 30 Hinweise ein. Die Task Force des Compliance Committees bearbeitet diese Hinweise nach einem standardisierten Verfahren, das die Einbindung aller relevanten Fachbereiche sicherstellt und zu einer im Einzelfall angemessenen Sanktionierung führt ([> Lagebericht > Mitarbeiter > S. 96](#)).

Produkte, Markt und Wettbewerb

Markt- und Wettbewerbsstruktur

Die Wettbewerbslandschaft im Energiesektor unterliegt derzeit starken Veränderungen. Neue Konkurrenten drängen auf alle Teilmärkte, so zum Beispiel die Besitzer dezentraler Erzeugungseinheiten. Darüber hinaus lassen sich die Energieversorger in Europa im Wesentlichen in drei Gruppen unterteilen. Die Unternehmen der ersten Gruppe kennzeichnen europa- und auch weltweite Geschäftsaktivitäten. Zu ihnen gehören Unternehmen wie die EDF, Enel, E.ON oder RWE. Sie haben sich in einer Vielzahl von Märkten stark diversifiziert. Zu der zweiten Gruppe zählen neben der EnBW Unternehmen wie ČEZ, DONG Energy, Vattenfall oder Verbund Österreich. Ausgehend von einer starken Position in ihren Heimatmärkten streben diese Unternehmen ein Wachstum in ausgewählten europäischen Auslandsmärkten an. Die dritte Gruppe umfasst eine Vielzahl regional und lokal tätiger

Unternehmen, die in ihren begrenzten Märkten über eine starke Stellung verfügen (beispielsweise EVN, MVV und Thüga).

Marktposition der EnBW

Stromerzeugung: Die EnBW ist mit einer installierten Leistung von 13.400 MW einer der zehn größten Stromerzeuger in Europa. In Deutschland belegt die EnBW nach RWE, E.ON und Vattenfall den vierten Rang. Unser Ziel ist es, die Erzeugungskapazitäten der EnBW im Einklang mit unserer Unternehmensstrategie auszubauen und eine CO₂-arme Erzeugung sicherzustellen ([> Lagebericht > Ziele, Strategie und Unternehmenssteuerung > S. 58](#)). Das 2011 offiziell in Betrieb genommene Wasserkraftwerk Rheinfelden unserer Tochtergesellschaft Energiedienst Holding AG sowie der Windpark EnBW Baltic 1 mit einer Erzeugungskapazität von 48 MW sind erste Meilensteine beim Umbau der Stromerzeugung hin zu erneuerbaren Energien. Durch die bevorstehende Inbetriebnahme der fünften Maschine (38 MW) des Rheinkraftwerks Iffezheim, das dann über eine Kapazität von insgesamt 148 MW verfügt, können jährlich zusätzliche circa 120 Mio. kWh aus Wasserkraft gewonnen werden. Durch zwei im Bau befindliche, hocheffiziente Steinkohleblöcke mit einer jeweiligen Kapazität von rund 900 MW (Karlsruhe und Mannheim) wird die Leistung der abgeschalteten Kernkraftwerke KKP 1 und GKN I ersetzt beziehungsweise wird die Erzeugung aus weniger effizienten Altanlagen verzichtbar. Drei Stadtwerke haben im November 2012 mit der EnBW Kraftwerke AG Strombezugsverträge aus der geplanten fünften Maschine im Rheinkraftwerk Gambsheim abgeschlossen. Die Rheinkraftwerke Iffezheim und Gambsheim gehören zu je 50 % der Electricité de France S. A. (EDF) und der EnBW Kraftwerke AG.

Im Rahmen eines Joint Ventures verfolgt die EnBW seit 2009 den Ausbau von Erzeugungskapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien in der Türkei. Ende 2012 belief sich das Erzeugungsportfolio, das sich aus Wind- und Wasserprojekten im Betriebs-, im Bau- und im Projektentwicklungsstadium zusammensetzt, auf 700 MW. Der seit 2009 in Betrieb befindliche Windkraftpark Bandirma wurde im September 2012 als beste Windkraftanlage der Türkei vom türkischen Energieminister mit dem Energy Oscar ausgezeichnet. Mit Inbetriebnahme der zweiten Stufe des Wasserkraftwerks Yedigöl/Aksu verfügt das Joint Venture nun insgesamt über 111 MW operative Kraftwerke. Der Startschuss zur Realisierung des nächsten Windparks Balabanli (50 MW) wurde im Oktober 2012 in Istanbul gegeben.

Handel: Die EnBW Trading GmbH gehört zu den führenden Energiehandelshäusern in Deutschland. Sie sichert den Marktzugang zu den wichtigsten Handelsplätzen Europas für Strom, Gas, Kohle, Öl und Emissionszertifikate.

Netze: Die EnBW hält mit der TransnetBW GmbH einen der vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland. Zudem unterhält sie in Baden-Württemberg verschiedene Verteilnetze. Über das Hochdrucknetz der terranets bw GmbH werden in Baden-Württemberg etwa zwei Drittel der Städte und Gemeinden mit Erdgas beliefert.

Vertrieb: Der EnBW-Konzern ist einer der größten inländischen Stromversorger. Eine marktführende Stellung nimmt die EnBW in ihrem Stammland Baden-Württemberg in den B2B- und B2C-Kundengruppen ein. Die Stadtwerke Düsseldorf, an denen die EnBW beteiligt ist, halten in der Region Düsseldorf einen hohen Marktanteil. Unsere Vertriebsmarke Yello hat sich mit einer Markenbekanntheit von 96% im Jahresdurchschnitt eine Spitzenstellung bei den Energieanbietern am deutschen Strommarkt erarbeitet. Im tschechischen Markt ist die PRE, an der die EnBW eine Beteiligung von durchgerechnet knapp 70% hält, das drittgrößte Stromversorgungsunternehmen. Die Energiedienst Holding, an der die EnBW mit rund 67% beteiligt ist, versorgt Menschen in der Schweiz und in Südbaden mit Strom und netznahen Dienstleistungen.

Die Marktposition im Gasbereich soll durch die Erweiterung der Wertschöpfungskette kontinuierlich gestärkt werden. Im Gasvertrieb ist die EnBW deutschlandweit aktiv. Eine etablierte Position weist die EnBW in ihrem Stammland Baden-Württemberg auf. Die Stadtwerke Düsseldorf erreichen auch im Gasvertrieb einen hohen Marktanteil in der dortigen Region. Im Herbst 2012 startete die Yello Strom GmbH mit einem bundesweiten Gasangebot. Es richtet sich sowohl an Privat- als auch Geschäftskunden und stellt eine sinnvolle Erweiterung des Yello-Produktportfolios im Commodity-Bereich dar. Die Watt Deutschland GmbH konzentriert ihre Marktaktivitäten beim Gasvertrieb weiterhin auf den bundesweiten Vertrieb in den Kundengruppen Mittelstand und Filialisten. Nach ihrem erfolgreichen Start in den Gasmarkt im Jahr 2010 konnte die Watt Deutschland GmbH ihren Gasabsatz auch für die nächsten Lieferjahre deutlich erhöhen.

Dienstleistungen: Die EnBW gehört hinsichtlich der installierten thermischen Leistung in Deutschland zu den größten Unternehmen im Bereich Energie- und Umweltdienstleistungen und ist einer der führenden Anbieter von Contractingdienstleistungen. Bei der thermischen Entsorgung von Abfällen zählt die EnBW Kraftwerke AG in Baden-Württemberg zu den bedeutendsten Unternehmen. In der Region Düsseldorf nehmen die Stadtwerke Düsseldorf in diesem Bereich eine marktführende Position ein. Die REG ist in Baden-Württemberg mit einem Marktanteil von 6,7% der größte Wasserversorger. In der Landeshauptstadt Stuttgart versorgt sie rund 600.000 Bürger, Industrie und Gewerbe mit Trinkwasser. Außerdem gehört sie hier zu den wichtigs-

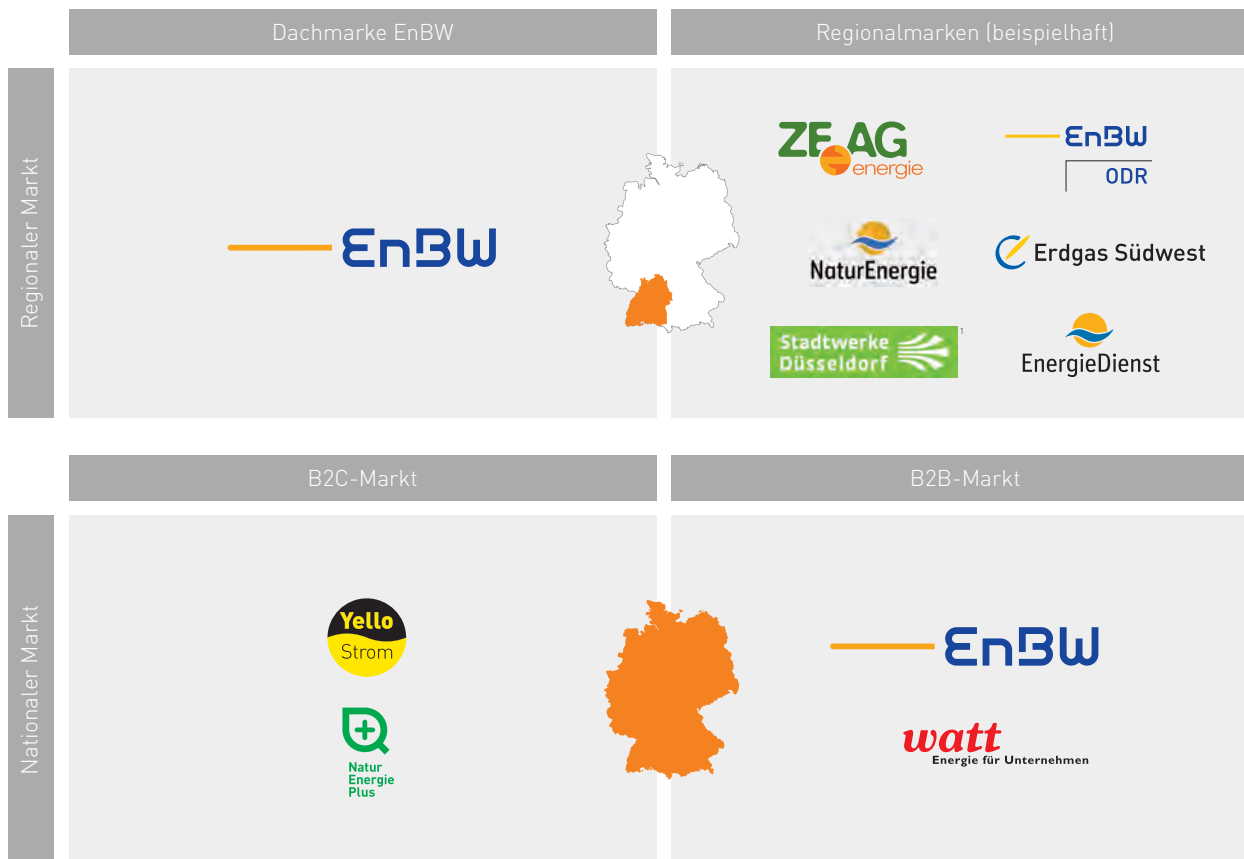
ten Anbietern netznaher Dienstleistungen mit Schwerpunkt in der Sparte Strom.

Produkte und Wettbewerb

Die EnBW setzt im Vertrieb ihrer Produkte und Dienstleistungen auf eine Mehrmarkenstrategie. Die zentrale Vertriebsgesellschaft EnBW Vertrieb GmbH steuert dabei markenübergreifend die Marktbearbeitung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Strommarkt für Privatkunden im Gegensatz zum Vorjahr, das stark von den Ereignissen in Japan geprägt war, weniger dynamisch. Gemäß Berechnungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) lag die Zahl der Privatkunden, die mindestens einmal den Stromversorger gewechselt haben (kumulierte Wechselquote), im September 2012 bei 28,8%; 3 Prozentpunkte über dem Wert vom Oktober 2011. Der Großteil dieses Anstiegs erfolgte jedoch bereits bis zum Frühjahr 2012. Die EnBW hielt ihre gute Marktposition in Baden-Württemberg weitgehend. Vor allem die erfolgreichen Neukundenakquisitionen mithilfe von individuell und regional angepassten Angeboten machten sich dabei positiv bemerkbar.

Die Sicherstellung und Erweiterung der Konzessionswerte im Strom-, Gas- und Wassernetz ist für die EnBW sehr wichtig. Unseren Kunden möchten wir zu marktfähigen Preisen eine hohe Versorgungssicherheit bei exzellenter Servicequalität bieten. Diesen Standard halten wir mit umfassenden Investitionen in unsere Netze aufrecht. Die REG investierte allein in das Stromnetz in den vergangenen fünf Jahren rund 1 Mrd. €. Die seit 2005 ausgelaufenen Konzessionen konnten zu rund 90% durch Konzessionsverlängerungen, gemeinsame Netzgesellschaften oder integrierte Energieversorgungsunternehmen gesichert werden. Mit Kommunen in der Region Stuttgart haben wir beispielsweise die Neckar Netze GmbH und Co. KG gegründet, die kommunale Partizipation und Einfluss mit flächendeckendem und volkswirtschaftlich effizientem Netzbetrieb verbindet. Ein Beteiligungsnetzwerk von inzwischen fast 60 Stadt- und Gemeindewerken sowie regionalen Versorgern zeugt zudem davon, dass die Expertise und die Professionalität der EnBW am Markt breit geschätzt sind und nachgefragt werden. Darüber hinaus realisiert die EnBW auch gemeinsame Vertriebs- und Entwicklungspartnerschaften mit Stadtwerken in Baden-Württemberg. Bereits Ende 2011 wurde mit mehreren Stadtwerken die gemeinsame Gasplattform „espot“ gegründet. Ihr Ziel ist es, den Stadtwerken Vorteile beim Gaseinkauf zu verschaffen und sie beim Bilanzkreismanagement und in der Abwicklung des Gaseinkaufs zu unterstützen.



¹ Im Raum Düsseldorf aktiv.

Auch 2012 wurde der hohe Standard des Kundenservices der EnBW-Marken von neutralen Dritten bestätigt. So zertifizierte der TÜV Süd den EnBW-Kundenservice bereits zum siebten Mal mit dem Gütesiegel „Servicequalität“. Die EnBW setzt in dem intensiven Wettbewerb auf ein wachsendes Angebot verbraucherorientierter Produkte und Lösungen. Ein Schwerpunkt liegt dabei derzeit auf Produkten rund um das Thema „Energieeffizienz von Gebäuden“. Die Angebote richten sich gleichermaßen an Privatkunden, Kommunen und Industriebetriebe. Einen neuen Weg haben wir auch im Rahmen unserer kommunalen Kooperation mit den Stadtwerken Esslingen eingeschlagen. Im Herbst 2012 brachten wir die gemeinsame Marke „grünES“ an den Markt. Sie bietet den Bürgern in der Region Grünstrom- und Bioerdgasprodukte an. Die Marke Yello weitete 2012 ihre Vertriebsaktivitäten aus. Außerdem wurde mittels einer Partnerschaft mit der tschechischen Konzernbeteiligung PRE die Marke Yello Energy in den tschechischen Markt eingeführt. Die NaturEnergie+ Deutschland GmbH behauptete sich im intensiven Ökostromwettbewerb. Zudem stärkten wir die Positionierung als Nachhaltigkeitsmarke: Auszeichnungen wie „sehr gut“ beim Test „Fairster Stromanbieter“ von Focus Money und der Testsieg bei der Stromwechselbefragung von CHECK24 unterstreichen die gute Marktstellung.

Der Wettbewerb um industrielle Stromkunden verschärfte sich 2012 weiter. Vor diesem Hintergrund konnte die EnBW Kundenverluste in Baden-Württemberg und Deutschland nicht vermeiden. In einem sehr preisaggressiven Wettbewerb setzen wir weiterhin auf Beratungs- und Servicequalität. Zudem bauen wir unser Angebot an effizienten und nachhaltigen Lösungen sowie Dienstleistungen aus. Ein signifikanter Wettbewerbsvorteil ist die Möglichkeit, Strom, Gas, Nutzenergien und Energiemanagement-Dienstleistungen aus einer Hand zu liefern.

Neue Formen der Zusammenarbeit mit Partnern ermöglichen der EnBW, die Unterstützung von Kommunen bei der Sanierung ihres Gebäudebestands auszubauen. Das Energieeinsparcontracting bietet den Kommunen Lösungen aus einer Hand – einschließlich der Finanzierungskomponente. Ein erfreulicher Vertriebsserfolg war der Zuschlag für die Lieferung von insgesamt 540 GWh Grünstrom an die Stadt Stuttgart. Damit werden in den Jahren 2013 bis 2015 die Liegenschaften und Anlagen der Landeshauptstadt versorgt.

Der Wettbewerb um Privat- und Industriekunden ist im Gasbereich unverändert von hoher Dynamik geprägt. Laut BDEW erhöhte sich die kumulierte Wechselquote bei Privathaushalten zum September 2012 gegenüber Oktober 2011 um 3,7 Prozentpunkte auf 17,8%. Zwischen Oktober 2010 und September

2011 hatte der Anstieg noch lediglich 1,8 Prozentpunkte betragen. Die EnBW konnte sich jedoch im Wettbewerb behaupten. Sie hielt nahezu ihre gute Marktposition bei Privatkunden vor allem im Großraum Stuttgart und konnte sie in Baden-Württemberg sogar ausbauen. Im Vertrieb für Industriekunden wird es hingegen aufgrund des starken Wettbewerbs zunehmend schwerer, die Position am Markt zu halten.

Die den Netzbetreibern zur Verfügung stehenden Erlöse aus den Netzentgelten sind in hohem Maß durch die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) vorbestimmt. Zielsetzung der ARegV ist es, ausgehend von einem strukturell beständigen Netz den Netzbetreibern wie der TransnetBW Anreize für einen effizienteren Netzbetrieb und damit sinkende Netzentgelte zu geben. Durch die Energiewende haben sich jedoch sowohl das Aufgabenspektrum als auch die Anforderungen an Stromnetze im Allgemeinen – insbesondere an Stromverteilnetze – erheblich verändert. Im bestehenden Rechtsrahmen sind oft die zusätzlichen Kosten des Netzausbaus nicht unterzubringen. Marktwirtschaftliche Aspekte treten dabei immer stärker hinter regulatorische Ansätze zurück. Durch die ständigen Anpassungen der Gesetze entsteht ein erheblicher Aufwand in den IT-Systemen und der Prozesslandschaft. Die REG agiert derzeit im Spannungsfeld zwischen einer alle Bereiche umfassenden Regulierung des Netzgeschäfts, dem Erhalt der Netzsubstanz und dem erforderlichen Netzausbau zur Integration der erneuerbaren Energien.

Die Geschäftstätigkeit der terranets bw ist im regulierten Geschäftsbereich Erdgastransport in hohem Maß von den Vorgaben der nationalen Regulierungsbehörde (Bundesnetzagentur) bestimmt. Die wesentlichen Herausforderungen ergeben sich somit einerseits aus dem zunehmend regulierten Transportgeschäft, andererseits aus dem gesetzlichen Auftrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und den damit verbundenen möglichen Investitionen. In den unregulierten Geschäftsbereichen Telekommunikation und Technische Dienstleistungen prägt vor allem ein intensiver Wettbewerb das Geschäft der terranets bw.

Das Angebot von Bioerdgas trifft bei den Verbrauchern auf ein erfreuliches Interesse. Gut ein Jahr nach dem Start der entsprechenden Produkte konnte im Januar 2012 die zehntausendste Kundin begrüßt werden. Damit ist die EnBW einer der bundesweit größten Anbieter von Bioerdgas. Um das Angebot ausweiten zu können, wurde im September 2012 ein Vertrag zum Bau einer weiteren Bioerdgas-Aufbereitungsanlage in Geislingen (Kreis Göppingen) unterzeichnet. Mit der Inbetriebnahme des insgesamt 100. Brennstoffzellenheizgeräts im November 2012 trieb die EnBW ihre Aktivitäten zur Einführung dezentraler Erzeugungstechnologien auch in diesem Jahr weiter voran. Yello startete im Herbst 2012 erstmals ein bundesweites Gasangebot für Privat- und Gewerbekunden.

Das Marktumfeld der Gasversorgung Süddeutschland GmbH (GVS) zeichnet sich aktuell durch einen intensiven Preiswettbewerb verbunden mit einem spürbaren Druck auf die Margen aus. 2012 hatte die bereits in den Vorjahren festgestellte hohe Liquidität an den Großhandelsmärkten weiter Bestand. Damit einher ging eine weiterhin hohe Dynamik auf der Produktseite. Die GVS optimiert konsequent ihr Bezugsportfolio, um die Wettbewerbsfähigkeit der Lieferangebote an Kunden zu verbessern. Gepaart mit der Entwicklung weiterer innovativer Produkte und Dienstleistungen, die den Kunden Chancen im Gasbezug mit begrenzten Risiken eröffnen, kann an die Absatzerfolge vergangener Jahre angeknüpft werden. Am Markt positioniert und profiliert sich die GVS als zuverlässiger und leistungsstarker Partner für Erdgas mit flexiblen Liefermodellen. Wettbewerbsvorteile werden durch die Nutzung vielfältiger Beschaffungsoptionen, eine innovative Produktgestaltung und aktives Portfoliomanagement sowie gute Kundenbeziehungen geschaffen. Im Bereich der erneuerbaren Energien ist die GVS deutschlandweit erfolgreich im Feld Bioerdgas aktiv.

Das Vergleichsportal „Verivox“ testete im Oktober 2011 die Servicequalität für Gaskunden und vergab dabei für die EnBW vier von fünf möglichen Sternen beziehungsweise „Gasflammen“. Das Deutsche Institut für Service-Qualität (DISQ) bewertete den EnBW-Service in seiner Studie „Gasanbieter 2012“ mit der Note „Gut“.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entwickelte sich der Markt für Dienstleistungen weiter. So öffnet sich der Bereich für energiewirtschaftliche Abwicklung zunehmend für Dienstleister. Die technologischen Anforderungen an diese Abwicklungstätigkeiten, die sich unter anderem aus der Energiewende ergeben, führen zu einer Digitalisierung der Abwicklungsindustrie. Diese Herausforderung macht erhebliches technisches Know-how und Ressourcen notwendig, die wirtschaftlich nicht durch alle Anbieter erbracht werden können. Die EOG verfolgt eine partnerschaftlich ausgerichtete Wachstumsstrategie und bietet sich industriellen Kunden und Stadtwerken als Dienstleister zur gemeinsamen Bewältigung der bevorstehenden technologischen Herausforderungen der Energiewende sowie der damit notwendigen Kostensenkungen und Systemverbesserungen an. Wesentliches Ziel dabei ist, eine langfristige Kosteneinsparung durch gemeinschaftlich erreichte Skaleneffekte zu realisieren.

Der Markt für Contractingdienstleistungen entwickelte sich im Geschäftsjahr 2012 weniger dynamisch als im Jahr 2011. Die Themen Energieeffizienz sowie dezentrale Energieerzeugung prägten weiterhin das Marktgeschehen. Energieeffizienz wird als zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende in Deutschland gesehen; entsprechend unterstützt das Land Baden-Württemberg anspruchsvolle Energieeffizienzziele. Das Produktportfolio der EnBW wird sich hieran künftig noch stärker orientieren. Verschiedene Produkte sind bereits in der Markterprobung. Die Tendenz zur Marktkonsolidierung zeigt sich in der Intensivierung von Kooperationsbe-

mühungen etablierter Wettbewerber mit branchenfremden Unternehmen.

Der Bereich Entsorgung konzentriert sich auf die anlagenintensive Entsorgung von Abfall in thermischen Abfallbehandlungsanlagen und dem zugehörigen Stoffstrommanagement (Waste to Energy). Die EnBW bietet so ihren kommunalen Partnern Entsorgungssicherheit. Die Grundlage des Geschäfts der thermischen Abfallverwertung in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bilden dabei langfristige Verträge mit Landkreisen und Städten. Die Marktposition blieb im Jahr 2012 in beiden Regionen stabil.

2012 konnte die EnBW ihre Position auf dem Markt der Wasser- und Abwasserbetriebsführungen in Baden-Württemberg mit der REG weiter festigen. Der Trinkwasserabsatz im Netzgebiet Stuttgart lag bei über 39 Mio. m³. Wir haben auch in diesem Jahr mit einer nahezu unterbrechungsfreien Versorgung, hohen Betriebsaufwendungen sowie Investitionen von mehr als 10 Mio. € in das Netz und in Anlagen bewiesen, dass wir für die Landeshauptstadt ein starker Partner in der Wasserversorgung sind. So stellte die EnBW im Berichtsjahr zum Beispiel den Neubau von mehreren Zubringerwasserleitungen in Stuttgart fertig. Auf einer neuen und betrieblich günstigeren Trasse wurden die Gussrohrleitungen für den Wassertransport im Bereich des Wasserwerks Berg mit einer Neckarquerung bis über den Cannstatter Wasen komplett für mehr als 2 Mio. € erneuert. Aber auch außerhalb Stuttgarts ist die REG ein verlässlicher Dienstleister für Kommunen und Zweckverbände. Sie ist mit fast 60 Stadt- und Gemeindewerken sowie regionalen Versorgern verbunden.

Gemeinsam mit ihren Partnern ist die REG stetig bestrebt, das Leistungsangebot an hoher Versorgungssicherheit und exzellenter Servicequalität zu optimieren und zu marktfähigen Preisen umzusetzen. Wesentliche Bedeutung bei unseren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten hat die Steigerung der Energieeffizienz in der Wasserversorgung vor Ort. Hieraus leiten wir Maßnahmen zur Minderung von CO₂-Emissionen und zur Senkung der Betriebskosten ab.

Die REG ist zudem als anerkannter Partner für netznahe Dienstleistungen am Markt vertreten und bei Netzdienstleistungen über alle Spannungsebenen am Markt fest etabliert. Das Geschäft entwickelte sich 2012 wie schon in den Vorjahren positiv. Die REG entwickelt ihr Portfolio netznaher Dienstleistungen kontinuierlich weiter und orientiert sich dabei an den aktuellen Marktbedürfnissen. Im Berichtsjahr verzeichnete sie insbesondere bei der Straßenbeleuchtung Zuwächse. Außerdem entwickelte sich der „EnBW Trafoservice“ mit steigender Zahl der Energieeinspeiser positiv. Die REG engagiert sich zudem beim Umbau der Netze und der Integration von Fotovoltaikanlagen. Außerdem entwickelt die REG gemeinsam mit ihren Partnern innovative Konzepte und Produkte in den Bereichen Energiemanagement und Klimaschutz. Dabei greift sie auf eine umfangreiche Palette an Produkten und Dienstleistungen sowie den breiten Erfahrungsschatz eines führenden Energieversorgungsunternehmens zurück. 2012 führten wir energiespezifische Kennzahlen für Pumpwerke, Energierückgewinnungsanlagen und Transportleitungen ein. Die gesammelten Daten sind die Basis von Maßnahmen zur nachhaltigen Steigerung der Energieeffizienz im Betrieb sowie bei Planung und Projektierung.

Ziele, Strategie und Unternehmenssteuerung

Die EnBW befindet sich im Prozess einer deutlichen Schärfung der Unternehmensstrategie. Nachhaltigkeitsziele werden dabei ein wichtiges Element sein. Die Unternehmenssteuerung bildet diese Neuausrichtung künftig ab.

Ziele

Die EnBW steht für Fortschritt und Wettbewerb im Energiemarkt zum Wohl ihrer Kunden. Mit starken Wurzeln in Baden-Württemberg gehört unser Unternehmen zu den bedeutenden Energieversorgern und Energiedienstleistern in Deutschland und Europa. Diese Position wollen wir festigen und ausbauen. Unsere übergeordneten, langfristigen finanziellen Ziele sind eine stetige Entwicklung des operativen Ergebnisses, die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts und die Gewährleistung der finanziellen Stabilität des EnBW-Konzerns. Für die Aktionäre der EnBW AG wollen wir eine im Kapitalmarktumfeld wettbewerbsfähige Rendite ihres eingesetzten Kapitals erzielen und sie mit der Ausschüttung einer angemessenen Dividende an unserem wirtschaftlichen Erfolg beteiligen.

Wir sind überzeugt, dass der langfristige wirtschaftliche Erfolg zugleich auch das Erreichen ökologischer und sozialer Ziele erfordert. Nachhaltiges und verantwortungsvolles Handeln ist ein leitendes Prinzip der EnBW. Schrittweise verzahnen wir deshalb unsere Unternehmens- mit unserer Nachhaltigkeitsstrategie. Im Jahr 2012 sind wir auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen, haben aber noch einige Aufgaben vor uns. Mit der Zusammenführung verfolgen wir Ziele, die für das Unternehmen und seine Stakeholder Nutzen stiften und einen Wertbeitrag leisten, der sich nicht nur in finanziellen Kategorien bemisst. Die EnBW baut ihre bislang stark auf Kernkraft beruhenden Erzeugungskapazitäten in Richtung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen um. Mit dem Angebot dezentraler Energielösungen erschließen wir neue Geschäftsfelder und kommen dem Wunsch von Kommunen, Stadtwerken und Bürgern nach zunehmender Mitgestaltung im Energiebereich entgegen. Ein markantes Ziel – sowohl unserer Unternehmens- wie auch unserer Nachhaltigkeitsstrategie – ist es, die Energieerzeugung CO₂-effizient zu gestalten. Auch bei dem Ausstoß der Schadstoffe NO_x und SO₂ wollen wir eine stetige Verringerung je kWh erreichen und dabei stets unter dem Durchschnitt der Energieerzeugung in Deutschland liegen.

Für die EnBW sind ihre Mitarbeiter wichtig. Wir sehen den Menschen in seiner Einbindung in Familie und Gesellschaft und versuchen, diesen verschiedenen Aspekten gerecht zu werden. Die gegenwärtigen, grundlegenden Veränderungen in

der Energiebranche stellen auch eine große Herausforderung an unsere Mitarbeiter dar. Wir wollen, dass unsere Mitarbeiter diese Veränderungen als Chance verstehen und die EnBW als attraktiven Arbeitgeber wahrnehmen. Die EnBW engagiert sich darüber hinaus in hohem Maß für gesellschaftliche Belange. Dies resultiert aus unserer Historie, der Verantwortung für zentrale Elemente der Infrastruktur in unserem Land und aus unserem Selbstverständnis als Teil der Gesellschaft. Dieses Engagement werden wir ausbauen. Ein intensiver Dialog mit allen Anspruchsgruppen vermittelt der EnBW wichtige Impulse und stärkt die gesellschaftliche Akzeptanz energiewirtschaftlicher Aktivitäten.

Strategie

Die Energielandschaft in Deutschland befindet sich in einem tief greifenden Umbruch. Der Ausstieg aus der Kernenergie schreitet voran. Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien senkt die Einsatzzeiten und damit die Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke. Neue technische Entwicklungen wirken als Katalysator für eine zunehmende Vernetzung und Komplexität der Systeminfrastruktur. Politische und regulatorische Eingriffe werden weiter zunehmen. Der Wettbewerb ist in einem deutlichen Wandel begriffen: Neue Konkurrenten drängen in alle Teilmärkte und wollen Marktanteile über Preis und Leistung gewinnen. Damit fragmentieren sich zunehmend die traditionellen Wertschöpfungsketten in der Energiewirtschaft. Die Rolle aller Marktteilnehmer – Kunden, Stadtwerke und Energieversorgungsunternehmen – wird sich stark verändern.

Verändertes Umfeld erfordert Schärfung der Strategie

Dieses Umfeld erfordert eine deutliche Schärfung der Unternehmensstrategie des EnBW-Konzerns. Im Mittelpunkt der Neuausrichtung steht die konsequente Orientierung am Kunden sowie an seinen Bedürfnissen und Wünschen. Alle unsere Aktivitäten, Geschäfte und Beteiligungen stehen unter diesem Aspekt auf dem Prüfstand. Zugleich werden wir unsere Organisation modernisieren sowie die Effizienz und Nachhaltigkeit von Strukturen und Prozessen steigern. Vor allem die langjährig bewiesene Systemkompetenz der EnBW nutzen wir zur Entwicklung neuer Geschäftsfelder, insbesondere unter Berücksichtigung nachhaltiger Konzepte wie beispielsweise der „Nachhaltigen Stadt“. Offenheit für neue und weitreichende

Partnerschaften – vor allem mit Kommunen und Stadtwerken – ist ein weiteres Kernelement unserer Unternehmensstrategie. Die EnBW bietet auf allen Wertschöpfungsstufen Kooperationen an. Die Gestaltung der Energiewende erfordert gemeinsame Kraftanstrengungen aller Beteiligten. Die Kombination der jeweiligen Stärken beschleunigt die Projekte und sichert breite gesellschaftliche Akzeptanz durch Kosteneffizienz. Zudem ist die EnBW Pionier beim Thema Bürgerenergiegenossenschaften (BEG); sie hat mittlerweile knapp 60 BEG initiiert oder bei deren Gründung unterstützt.

CO₂-arme Erzeugung sichern

Der Energieerzeugung kommt im Geschäftsportfolio der EnBW eine große Bedeutung zu. Sie zeichnet sich durch vergleichsweise geringe CO₂-Emissionen aus. Im Jahr 2012 belief sich der CO₂-Ausstoß für die EnBW-Stromerzeugung auf durchschnittlich 369 g/kWh gegenüber einem Mittelwert von 503 g/kWh im Jahr 2011 für den gesamten deutschen Energiesektor. Während diese für die EnBW günstige Relation in der Vergangenheit vor allem auf einem hohen Anteil der nuklear erzeugten Energie beruhte, bauen wir seit geraumer Zeit die erneuerbaren Energien aus. Die Sicherung unserer Position als CO₂-armer Erzeuger ist eine wesentliche strategische Stoßrichtung der EnBW. Dazu werden wir in zentrale und dezentrale Anlagen im Bereich der erneuerbaren Energien – vor allem in Wind- und Wasserkraftwerke – investieren. Das geplante Investitionsvolumen in die Energiewende bis zum Jahr 2020 beläuft sich auf 8 bis 10 Mrd. €. Ein Großteil davon wird in die erneuerbaren Energien fließen. Der Anteil der erneuerbaren Energien an unserer Erzeugungskapazität soll dann 35 % erreichen. Bis 2030 soll über die Hälfte der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Die damit verbundenen CO₂-Emissionen werden sich voraussichtlich zwischen 250 und 350 g/kWh bewegen. Im Jahr 2012 flossen rund 18 % der gesamten Investitionen der EnBW in den Ausbau der erneuerbaren Energien (> **Lagebericht** > **Investitionsanalyse** > **S. 78f**). Daneben bauen wir die Stromerzeugung aus Gas sowie Speichersysteme aus. So steigern wir die Flexibilität unseres Erzeugungsportfolios und unterstützen die Integration der erneuerbaren Energien. Flankierend optimieren wir den bestehenden Kraftwerkspark. Im nuklearen Bereich gewährleisten wir den sicheren Betrieb über die verbleibende Laufzeit sowie die Stilllegung und den Abbau der Anlagen unter Beachtung höchster Sicherheitsstandards (> **Lagebericht** > **Erzeugungsportfolio** > **S. 47**).

Erneuerbare Energien im Fokus

Ein Schwerpunkt unserer Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien liegt auf Onshore-Windanlagen in Deutschland und über unser Joint Venture mit Borusan in der Türkei. In Baden-Württemberg prüfen wir derzeit über 160 Standorte für mehr als 500 Windanlagen. Im Oktober 2012 haben wir die Verträge für einen 50-MW-Windpark in Balabanli in der Türkei – rund 120 km westlich von Istanbul – unterzeichnet, der voraussichtlich Ende 2014 ans Netz gehen wird. Der Offshore-Windpark EnBW Baltic 1 ist bereits 2011 in

Betrieb gegangen, für das Projekt EnBW Baltic 2 (Erzeugungskapazität von 288 MW) wurde mit der Komponentenfertigung begonnen. Weitere Projekte in der Nordsee mit einer Gesamtkapazität von voraussichtlich 1.200 MW können realisiert werden, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen sind. Bei der Stromerzeugung aus Laufwasser sind die Expansionsmöglichkeiten in Baden-Württemberg aufgrund der natürlichen Gegebenheiten begrenzt. Bei dem Kraftwerk in Iffezheim erweitern wir derzeit die Kapazität; die Inbetriebnahme der fünften Turbine ist für 2013 vorgesehen. Weitere Projekte in der Türkei und in der Schweiz befinden sich in Prüfung. Bei Pumpspeichern entwickeln wir Projekte in Deutschland und Österreich. Die Partnerschaft mit den Vorarlberger Illwerken wurde bis 2041 verlängert. Sie umfasst auch den Bau des Pumpspeicherprojekts Obervermunt II mit einer installierten Leistung von 360 MW, der 2014 beginnen soll. Im Bereich Gas hat die EnBW 2012 einen langfristigen Belieferungsvertrag mit dem russischen Unternehmen Novatek abgeschlossen. Die Laufzeit beträgt mindestens zehn Jahre bei einem Jahresvolumen von rund 21 Mrd. kWh. Damit haben wir unsere Position im Gas-Midstream-Geschäft erheblich ausgebaut. Der Erdgasspeicher in Etzel nahm 2012 den Betrieb auf. Die Stadtwerke Düsseldorf werden am Standort Lausward ein neues Gas- und Dampf-Kombikraftwerk bauen. Ab 2016 sollen hier Strom und Wärme durch Kraft-Wärme-Kopplung mit einer Leistung von bis zu 600 MW und maximal 270 MW Fernwärme erzeugt werden.

Ausbau dezentraler Lösungsangebote

Kommunen, Industrie- und Gewerbekunden sowie Bürger wollen an energiewirtschaftlichen Entscheidungen in ihrem Umfeld in größerem Umfang als früher teilhaben. Die EnBW nimmt diese Bestrebungen nach einer stärkeren Dezentralisierung und Partizipation in der Versorgung auf: Wir entwickeln und etablieren dezentrale Lösungsangebote im Energiebereich und wollen erster Ansprechpartner für Energiefragen sein. Bei der Verfolgung dieser strategischen Stoßrichtung stützt sich die EnBW auf ihre umfassende Systemkompetenz in Energiefragen. Von rund 200 Mio. € im Jahr 2012 wollen wir unseren Umsatz mit dezentralen Lösungen bis 2020 auf rund 1 Mrd. € steigern. Dezentrale Energiedienstleistungen sind vielfach komplexe Konzepte einer nachhaltigen Energieversorgung. Sie verbinden die Energieerzeugung vor Ort – häufig aus erneuerbaren Energien – mit Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Flexibilisierung der Nachfrage, zum Ausbau des privaten Energiemanagements und des Komforts. Bei dem von der EnBW angebotenen Konzept „Nachhaltige Stadt“ umfasst unser Leistungsspektrum beispielsweise die Identifizierung wirtschaftlicher Standorte für Windkraftanlagen, den Bau und Betrieb von Erzeugungsanlagen, die Entwicklung kundenspezifischer E-Mobilitäts-Konzepte oder Energieeffizienzdienstleistungen. Bis Ende 2012 konnte die EnBW die Städte Leutkirch und Ehingen für das Konzept „Nachhaltige Stadt“ gewinnen.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 insgesamt zwölf Städte als Partner für dieses Konzept zu begeistern. Generell möchte die EnBW die Beziehungen zu Kommunen und Stadtwerken weiter intensivieren. Die Erweiterung der Produktwelten des EnBW-Vertriebs für Kommunen stärkt den Absatz in den Regionen. Die Beteiligung von Partnern an Großprojekten wie EnBW Baltic 1 und 2 sowie Gambsheim oder an regionalen Verteilnetzen erschließt neue Investitionsmöglichkeiten. Rund 20 Stadtwerke haben sich an EnBW Baltic 1 beteiligt, weit über 150 Stadtwerke ihr Interesse an einer Beteiligung bei EnBW Baltic 2 bekundet. Ein weiteres Handlungsfeld für energiewirtschaftliche Lösungsangebote sind die Operationsfunktionen der EnBW, wie Abrechnungs- und Abwicklungssysteme. Bei diesen skalierbaren Funktionen lassen sich durch die Öffnung für Dritte erhebliche Synergieeffekte erzielen. Hier wollen wir unsere Aktivitäten von derzeit rund vier Millionen Zählpunkten auf rund zehn Millionen Zählpunkte bis 2020 ausweiten. Es ist unser langfristiges Ziel, uns zum führenden Anbieter energiewirtschaftlicher Backoffice-Lösungen in Deutschland zu entwickeln.

Konzernprojekt „P3“



Die Umsetzung der strategischen Neuausrichtung der EnBW erfolgt zu einem wesentlichen Teil über Projekte. Mit dem Konzernprojekt „P3“ soll professionelles Projektmanagement und Projektportfoliomanagement nachhaltig im Unternehmen verankert werden. Ziel ist einerseits eine verbesserte Performance im Einzelprojekt, andererseits die effektive Steuerung wesentlicher Projekte in einem konzernweiten Projektportfolio. Im Berichtsjahr wurden konzernweit einheitliche Standards entwickelt und pilotiert, die Anfang 2013 ausgerollt werden. Dazu gehören insbesondere auch entsprechende Qualifizierungsbausteine, die unsere Mitarbeiter mit den neuen Standards vertraut machen. „P3“ trägt zu Prozessverbesserungen und zur Effizienzsteigerung bei und unterstützt somit auch die Einsparziele der EnBW.

Zur Förderung der Elektromobilität kooperiert die EnBW mit den Partnern Stadtwerke Karlsruhe, Elektrizitätswerk Mittelbaden, Stadtwerke Baden-Baden sowie star.Energiewerke Rastatt. Die Abwicklung und Abrechnung aller relevanten Ladeprozesse wird über IT-Systeme der EnBW sichergestellt. Im Rahmen des Projekts „CROME“ wurden beiderseits der deutsch-französischen Grenze 24 Ladesäulen installiert und grenzüberschreitendes Roaming mit französischen Partnern wurde getestet.

Gezielte Auslandsaktivitäten

Um die Abhängigkeit von den energiepolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland zu reduzieren und gezielt Wachstums- und Renditechancen wahrzunehmen, wollen wir

den Auslandsanteil an der Wertschöpfung der EnBW langfristig erhöhen. Derzeit entfallen rund 10% des Gesamtertrags der EnBW auf Geschäfte außerhalb Deutschlands. Dabei liegt der Schwerpunkt unserer Aktivitäten auf der Tschechischen Republik, der Schweiz und der Türkei. In der Türkei beispielsweise ist es das Ziel des Joint Ventures mit Borusan, ab 2020 über eine installierte Leistung von 2.000 MW zu verfügen, die hauptsächlich aus erneuerbaren Energiequellen besteht. Demgegenüber bereiten wir die Desinvestitionen von Minderheitsanteilen in Ungarn und Österreich vor.

Sicherung der finanziellen Stabilität

Die Neuausrichtung der EnBW erfordert erhebliche Investitionen. Zugleich wird der finanzielle Spielraum des Unternehmens in den nächsten Jahren erheblich eingeschränkt: durch energiepolitische Entscheidungen, Verzögerungen bei der Fertigstellung von Großprojekten, sinkende Margen am Großhandelsmarkt und die ab 2013 wirksame Vollauktionierung von CO₂-Zertifikaten. Die EnBW hat ihre Investitionsvorhaben daher nach strengen Kriterien überprüft und das Bruttoinvestitionsvolumen für den Planungszeitraum 2013 bis 2015 auf 5,2 Mrd.€ festgelegt. Um dieses Investitionsvolumen ohne Beeinträchtigung unserer guten finanziellen Bonität realisieren zu können, hat die EnBW frühzeitig ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das die drei Elemente Effizienzsteigerung, Desinvestitionen und Kapitalmaßnahmen umfasst:

- Das Effizienzprogramm „Fokus“ sieht eine Zielgröße von nachhaltig 750 Mio.€ EBIT-wirksame Verbesserung pro Jahr vor (➤ **Lagebericht** ➤ **Mitarbeiter** ➤ **S. 94**). Die volle Wirkung der Verbesserungsmaßnahmen hierzu wird bereits bis Ende 2014 und damit ein Jahr früher als ursprünglich geplant erfolgen. Hohes Effizienzsteigerungspotenzial sehen wir in der Reduzierung der Komplexität des Konzerns. Der Hochlauf des Effizienzprogramms entwickelt sich wie geplant; 2012 konnte bereits eine Verbesserung von über 300 Mio.€ erzielt werden.
- Um die Durchführung des geplanten Investitionsprogramms zu tätigen, weitet die EnBW ihr Desinvestitionsprogramm für den Zeitraum 2013 bis 2015 auf insgesamt 2,6 Mrd.€ (einschließlich Beteiligungsmodelle) aus. Rund 500 Mio.€ wurden bereits durch den Verkauf von Anteilen an der Energiedienst Holding AG Ende 2011 und an der polnischen Beteiligung Rybnik im Februar 2012 realisiert (➤ **Lagebericht** ➤ **Investitionsanalyse** ➤ **S. 78f**).
- Im Jahr 2012 konnte die EnBW die geplanten Kapitalmaßnahmen erfolgreich abschließen. Anfang April 2012 wurde die im Oktober 2011 platzierte Hybridanleihe mit einem Volumen von 750 Mio.€ um weitere 250 Mio.€ aufgestockt; die Hälfte der zugeflossenen Mittel wird bis zum ersten Kündigungstermin im April 2017 von den Ratingagenturen als Eigenkapital anerkannt. Zudem führte die EnBW Anfang Juli 2012 eine Kapitalerhöhung in Höhe von rund 822 Mio.€ durch (➤ **Lagebericht** ➤ **Finanzmanagement** ➤ **S. 74f**).

Unternehmenssteuerung

Die Unternehmenssteuerung der EnBW ist derzeit vor allem auf unsere finanziellen Ziele ausgerichtet. Mit zunehmender Verzahnung von Unternehmens- und Nachhaltigkeitsstrategie werden die Instrumente und Kennzahlensysteme der Unternehmenssteuerung erweitert und integriert. Die Entwicklung des operativen Ergebnisses wird anhand der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate (Compound Annual Growth Rate, CAGR) des Adjusted EBITDA gemessen. Um die Veränderung des Unternehmenswerts im Berichtsjahr zu berechnen, verwenden wir aktuell das Wertbeitragskonzept. Die finanzielle Stabilität des EnBW-Konzerns machen wir vor allem am dynamischen Verschuldungsgrad fest ([> Lagebericht > Finanzmanagement > S. 74ff](#)).

Die wertorientierte Steuerung des Unternehmens ist eingebettet in das Performance Management System (PMS). Das PMS umfasst ein Zielsystem für den Konzern mit finanziellen und nicht finanziellen Elementen als Orientierung für die strategische und operative Steuerung. Ergänzend werden jährlich Ziele vereinbart und quartalsweise Performance Reviews durchgeführt, die über den erreichten Stand und über Maßnahmen zur Erreichung der finanziellen und nicht finanziellen Zielgrößen Auskunft geben. Das PMS mündet in die künftige integrierte Berichterstattung, die auf dem Rahmenkonzept des International Integrated Reporting Councils (IIRC) basiert und unter Berücksichtigung der Informationsbedürfnisse der EnBW-Stakeholder eine prägnante sowie transparente Darstellung der finanziellen und nicht finanziellen Unternehmensleistung gewährleisten soll.

Im Mittelpunkt der wertorientierten Steuerung der EnBW steht der Wertbeitrag. Er bildet die Entwicklung des Unternehmenswerts aus finanzieller Sicht ab. Eine Steigerung des Unternehmenswerts wird erreicht, wenn die Rentabilität des eingesetzten Kapitals (Return on Capital Employed, ROCE) über der geforderten Verzinsung für dieses Kapital liegt. Diese Differenz wird mit dem Capital Employed, das die Vermögenswerte des operativen Geschäfts umfasst, multipliziert und ergibt den Wertbeitrag. Liegt der ROCE über dem Kapitalkostensatz, ist der Wertbeitrag positiv.

$$\text{Wertbeitrag} = (\text{ROCE} - \text{Kapitalkostensatz}) \times \text{Capital Employed}$$

$$\text{Mit ROCE} = \frac{\text{Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis}}{\text{Capital Employed}}$$

Der Wertbeitrag dient als Grundlage der strategischen Entscheidungen und operativen Maßnahmen der EnBW. Ein positiver Wertbeitrag des jeweiligen Projekts zur Strategieumsetzung über den gesamten Betrachtungszeitraum ist die Voraussetzung für Investitions- und Geschäfts-

entscheidungen. Die Geschäftsaktivitäten des EnBW-Konzerns weisen unterschiedliche Risikoprofile auf. Dementsprechend werden den jeweiligen Projekten entsprechende risikoadjustierte Kapitalkosten zugrunde gelegt.

Steuerungskennzahlen

Der ROCE wird aus dem Verhältnis des Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis zum eingesetzten Kapital (Capital Employed) ermittelt. Das Adjusted EBIT misst die operative und nachhaltige Leistung und ist um neutrale Effekte bereinigt. Wir berücksichtigen das Beteiligungsergebnis, da strategische Beteiligungen einen integralen Bestandteil des Geschäftsmodells darstellen. Das Adjusted EBIT ist eine Vorsteuergröße, sodass auch das Beteiligungsergebnis auf einen Vorsteuerwert umgerechnet wird. Sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts werden im Capital Employed zusammengefasst. Das nicht zinstragende Kapital, das beispielsweise Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhaltet, wird vom Capital Employed in Abzug gebracht. Während das Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis eine zeitraumbezogene Größe ist, handelt es sich beim Capital Employed um einen Stichtagswert. Daher wird für die Berechnung des Capital Employed der Durchschnitt aus dem Jahresanfangs- und Jahresendwert sowie den drei dazwischenliegenden Quartalsendwerten gebildet.

Der Wertbeitrag wird durch verschiedene Größen beeinflusst. Neben der operativen Ergebnisentwicklung ist die Höhe des ROCE und des Wertbeitrags insbesondere vom Investitionsvolumen abhängig. Typischerweise führen Großinvestitionen zu einer deutlichen Erhöhung des eingesetzten Kapitals in den Anfangsjahren, wobei sich die wertsteigernde Ergebniswirkung über einen längeren und den Investitionen nachgelagerten Zeitraum entfaltet. Dies gilt insbesondere für Investitionen in Sachanlagen im Rahmen von Kraftwerksneubauten, die sich erst nach Inbetriebnahme positiv auf das operative Ergebnis des Konzerns auswirken, während die Erzeugungsanlagen bereits während der Bauphase im eingesetzten Kapital berücksichtigt werden. Für die Entwicklung des ROCE und des Wertbeitrags ergibt sich im Vergleich einzelner Jahre damit eine gewisse Zyklizität in Abhängigkeit vom Investitionsvolumen. Dieser Effekt ist somit systemimmanent und führt zu einem Rückgang des ROCE in starken Wachstumsphasen. Die EnBW lässt die Methodik zur Ermittlung des Wertbeitrags jedoch unverändert und Investitionen werden ohne Verzögerung dem Capital Employed zugerechnet. Wir verfolgen das Ziel, den Unternehmenswert langfristig und nachhaltig zu steigern. Jährliche Schwankungen im Rahmen des Investitionszyklus sind demgegenüber von nachgeordneter Bedeutung.

Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen

2012 bewegte sich das Preisniveau der meisten Primärenergieträger deutlich unter den Vorjahreswerten. Dagegen erhöhten sich die Strompreise für Endverbraucher gegenüber 2011 infolge politischer und regulatorischer Einflüsse. Die Energiewende in Deutschland stellt die EnBW weiterhin vor große Herausforderungen, denen wir mit flexiblen und langfristig orientierten Konzepten begegnen.

Rahmenbedingungen

Auf den Geschäftsverlauf der EnBW wirken vielfältige externe Faktoren ein. Von wesentlicher Bedeutung sind gesamtwirtschaftliche, politische und regulatorische Umfeldentwicklungen sowie die Preissituation an den Märkten für Strom, Brennstoffe und CO₂-Zertifikate.

Die Strom- und Gasnachfrage der Industrie wird durch gesamtwirtschaftliche Wachstums- oder Schrumpfungsphasen erheblich beeinflusst. Der Energieverbrauch privater Haushalte entwickelt sich dagegen weitgehend konjunktur-unabhängig. Der Gasabsatz hängt zudem stark von den Witterungsbedingungen ab.

Politische Entscheidungen auf europäischer und nationaler Ebene – insbesondere markt- und wettbewerbsorientierte Regelungen – beeinflussen die Energiebranche. Der gesellschaftspolitische Wille, beispielsweise den Klimaschutz zu intensivieren oder natürliche Ressourcen zu schonen, ist prägend für die starke Veränderungsdynamik auf der politischen und regulatorischen Ebene sowie für die umfassenden gesetzgeberischen Handlungen im Energiebereich. Für die EnBW ergeben sich somit stetig neue Herausforderungen – denen sie mit flexiblen und langfristig orientierten Konzepten begegnet.

Kosten- und erlösseitig wirken die Preise an den Strom-, Brennstoff- und CO₂-Märkten auf den Geschäftsverlauf der EnBW: Wesentliche Determinante für die variablen Kosten der Stromproduktion der Kraftwerke sind die Preise der Primärenergieträger und CO₂-Zertifikate. Zudem bestimmen sie die Strompreisentwicklung am Großhandelsmarkt. Eine wichtige Komponente der Stromproduktion ist die benötigte Menge an CO₂-Zertifikaten: Diese müssen im Rahmen des europäischen Emissionshandels für die bei der Erzeugung entstehenden CO₂-Emissionen nachgehalten werden. Das kontinuierlich steigende Angebot an erneuerbaren Energien ist neben den Brennstoff- und CO₂-Preisen ein immer stärker werdender Einflussfaktor für die Strompreise am Großhandelsmarkt. Das Preisniveau an den

Großhandelsmärkten ist entscheidend für die Profitabilität der einzelnen Kraftwerke der EnBW.

Die EnBW ist bestrebt, Unsicherheiten für die Erzeugungsmarge zu verringern, die aus Preisentwicklungen bei Primärenergieträgern, CO₂-Zertifikaten und Strom an den Großhandelsmärkten hervorgehen können. Die für die Stromerzeugung erforderlichen Mengen an Primärenergieträgern und CO₂-Zertifikaten beschaffen wir daher im Voraus am Terminmarkt. Die geplante Stromproduktion veräußern wir am Terminmarkt und über die Vertriebskanäle der EnBW. Folglich waren die Konditionen der in den Vorjahren abgeschlossenen Lieferkontrakte die Basis der Kosten und Erlöse des Jahres 2012. Dagegen beeinflusst der Preisverlauf am Terminmarkt im Geschäftsjahr 2012 die Ergebnisse der Folgeperioden. Dieser Zusammenhang besteht ebenso für die vertriebsseitig am Terminmarkt erworbenen Strommengen ([> Lagebericht > Künftige Entwicklung der Märkte > S. 136](#)).

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Situation

Die Weltkonjunktur verlor 2012 an Schwung. Nachdem das Wachstum im Jahr 2011 3,8% betrug, expandierte die Weltwirtschaft 2012 nur noch mit einer Rate von 3,3% – so der Sachverständigenrat und der Internationale Währungsfonds (IWF) in ihren aktuellsten Schätzungen. Die Abwärtsrisiken nehmen deutlich zu. Dies ist vor allem auf die Staatsschuldenkrise, die Bankenkrise und die makroökonomische Krise im Euroraum zurückzuführen, die im Jahresverlauf weiter eskalierten und für Unsicherheiten sorgten. Die schwache Nachfrage der Industrieländer – deren Wirtschaftswachstum 2012 auf 1,3% geschätzt wird (IWF) – dämpft über den Außenhandel auch die Konjunktur in den Schwellenländern. Der IWF geht davon aus, dass diese Ländergruppe verhaltener als in den vergangenen Jahren expandiert, und schätzt das Wirtschaftswachstum hier im Jahr 2012 auf durchschnittlich 5,3%.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in %	2012	2011
Welt	3,3	3,8
Euroraum	-0,4	1,4
Deutschland	0,8	3,0
Tschechien	-1,3	1,9
Türkei	3,0	8,5

Die Wirtschaft im Euroraum hat deutlich an Antriebskraft verloren. Nach Angaben der Europäischen Union ist das BIP 2012 um 0,4% gesunken, nachdem 2011 ein Wachstum von 1,4% zu verzeichnen war. Nach ersten Eurostat-Schätzungen lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum im November 2012 bei 2,2%, gegenüber 3,0% im Vorjahr. Ist die tschechische Wirtschaft 2011 noch um 1,9% gewachsen, sank die Wirtschaftsleistung hier 2012 um 1,3%. Auch das Wachstum der Wirtschaft in der Türkei verringerte sich 2012 deutlich. 2011 expandierte die Wirtschaft in der Türkei mit einem Plus von 8,5% noch kräftig. Für 2012 geht Eurostat jedoch nur von einem Plus der Wirtschaftsleistung von 3,0% aus.

Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland kühlte sich aufgrund der Krise im Euroraum merklich ab. Gemäß dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sank die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2012 gegenüber dem Vorquartal geringfügig um 0,2%. Für das Gesamtjahr 2012 geht das DIW von einem deutlich verlangsamten Expansions-tempo der deutschen Wirtschaft aus. Nach 3,0% im Jahr 2011 legte die Wirtschaftsleistung 2012 nur um 0,8% zu. Die gedämpfte Nachfrage aus dem Euroraum belastet vor allem die Industrie, während der Dienstleistungsbereich weiter von einer insgesamt soliden Binnenkonjunktur profitiert. Die jährliche Inflationsrate lag 2012 nach Schätzungen des DIW bei 2,0%.

Energieverbrauch

Der Energieverbrauch in Deutschland lag 2012 laut AG Energiebilanzen (AGEB) nur geringfügig um 0,8% über dem Wert des Vorjahres. Verbrauchssteigernd wirkten eine zeitweise kühle Witterung sowie der Schalttag im Jahr 2012. Die Zunahme der Energieeffizienz dämpfte zudem den Verbrauch. Nach vorläufigen Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sank der inländische Stromverbrauch von 560,0 Mrd.kWh 2011 um 1,4% auf 552,3 Mrd.kWh im Jahr 2012. Gemäß ersten Schätzungen der AGEB stieg der Erdgasverbrauch 2012 um etwa 1%. Grund war die kühlere Witterung; der Einsatz zur Stromerzeugung in Kraftwerken verringerte sich hingegen deutlich. Der Mineralölverbrauch lag 2012 um 0,5% unter dem Vorjahreswert. Der Verbrauch von Steinkohle erhöhte sich um 3,1%, Braunkohle legte um 5,1% zu, vor allem durch die Inbetriebnahme von drei neuen Kraftwerksblöcken. Während der Beitrag der Kernenergie zur Energiebilanz um 8,3% sank, verzeichneten die erneuerbaren Energien einen

Zuwachs um 7,8% und steigerten damit ihren Anteil am Gesamtverbrauch von 10,9% auf 11,7%. Dabei setzte die Fotovoltaik ihren dynamischen Ausbau mit einem Plus von fast 50% fort, die Wasserkraft (ohne Pumpspeicher) nahm um 16% zu, bei der Windkraft ergab sich ein Rückgang um 8%.

Stromerzeugung und -export

Die Stromerzeugung in Deutschland lag 2012 nach Angaben des BDEW mit 617,0 Mrd. kWh um 1,3% über dem Niveau des Jahres 2011 (608,8 Mrd.kWh). Wesentliche Energieträger waren Braunkohle mit einem Anteil von 25,6% an der Stromerzeugung (Vorjahr: 24,6%), erneuerbare Energien mit 21,9% (Vorjahr: 20,3%) sowie Steinkohle mit 19,1% (Vorjahr: 19,5%). Der Anteil der Kernenergie sank von 17,7% auf 16,0%. In den ersten zehn Monaten 2012 überstiegen die deutschen Stromexporte die -importe um 16,8 Mrd.kWh. Die größten Nettostromlieferanten sind Frankreich, Dänemark und Tschechien; Exportüberschüsse bestehen vor allem mit den Niederlanden, der Schweiz und Österreich.

Gasbeschaffung

Die Basis für den Gasimport nach Deutschland bilden überwiegend langfristige Bezugsverträge. Nach vorläufigen Angaben des BDEW stammten 2011 31% des deutschen Erdgasaufkommens aus Russland (Vorjahr: 33%), 28% aus Norwegen (Vorjahr: 29%) und 21% aus den Niederlanden (Vorjahr: 22%). Der Anteil der inländischen Produktion am Gesamtaufkommen belief sich 2011 auf 13%, nach 11% im Jahr zuvor. Durch den Import von verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) können alternativ zum Transport mittels Pipelines Förderregionen erschlossen werden, die nicht über eine Pipelineverbindung zum europäischen Markt verfügen. Im Zuge der Inbetriebnahme neuer Importterminals gewinnt diese Beschaffungsalternative zunehmend an Bedeutung.

Preisentwicklung von Primärenergieträgern, CO₂-Zertifikaten und Strom

Die Spotmarktpreise von Kohle, Erdgas und Strom notierten 2012 überwiegend unter dem Niveau des Vorjahres. Die internationale Konjunkturabschwächung und die Wertsteigerung des Euro in der zweiten Jahreshälfte wirkten preisdämpfend. In Deutschland beeinflussten die Effekte der Energiewende, der Ausbau der erneuerbaren Energien und die damit verbundene verstärkte Einspeisung in die Netze die Preisentwicklung. Auf den Terminmärkten für Lieferungen im Jahr 2013 stellte sich die Preisentwicklung ähnlich dar. Die Preise für CO₂-Zertifikate bewegten sich 2012 unter dem Vorjahresniveau.

Ölmarkt: Der durchschnittliche Ölpreis für ein Barrel (159 l) der Sorte Brent für kurzfristige Lieferungen (Frontmonat) lag 2012 bei 111,68 US-\$, eine Veränderung um rund 1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert von 110,91 US-\$. Zum Jahresauftakt bewegten sich die Ölpreise bis Anfang Februar seitwärts. Im Zuge der politischen Zuspitzung des Atomkonflikts mit dem Iran und des damit verbundenen

Ölembargos seitens der EU sowie der zusätzlichen US-Sanktionen zogen die Preise bis Anfang April an. Zudem reduzierten – beeinflusst durch die EU und die USA – weitere Nationen ihre Ölimporte aus dem Iran. Positive Konjunkturindikatoren für die USA, der Schuldenschnitt Griechenlands und die dortige Verabschiedung des Sparpaketes erhöhten das Preisniveau Anfang März zusätzlich; der Frontmonatspreis notierte zu diesem Zeitpunkt bei 126,20 US-\$/bbl. Anschließend entwickelten sich die Preise bis Ende Juni 2012 rückläufig. Wesentlicher Einflussfaktor dieses Rückgangs war, neben der Ankündigung des amerikanischen Präsidenten über eine mögliche Freigabe strategischer Ölreserven der USA, die Eintrübung der volkswirtschaftlichen Daten für China, die USA und verschiedene EU-Länder. Ausgehend von dem Jahrestiefstpreis von rund 89 US-\$/bbl am 21. Juni 2012 erholten sich die Brentpreise wieder. Mitte August erreichten sie ein Niveau von knapp 117 US-\$/bbl. Preistreibend wirkten hier vor allem der Streik norwegischer Ölarbeiter, die Produktionsausfälle infolge von Wartungsarbeiten in der Nordsee sowie konjunkturstimulierende Maßnahmen der chinesischen Regierung. Nachfolgend setzte eine volatile Seitwärtsbewegung ein. Zum Jahresultimo 2012 schlossen die Ölpreise bei 111,11 US-\$/bbl (Frontmonat) beziehungsweise bei 107,53 US-\$/bbl (Frontjahr).

Kohlemarkt: 2012 lag der Durchschnittspreis an den Terminmärkten für Kohlelieferungen in den ARA-Raum (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) im Jahr 2013 mit 103,18 US-\$/t 16,6% unter dem durchschnittlichen Preisniveau von 2011 (123,64 US-\$/t). Das Preisniveau sank seit Jahresbeginn bis Mitte Juli 2012 etwa auf Grenzkostenniveau. Hintergrund des deutlichen Preisrückgangs waren der milde europäische Winter und die Überversorgung der europäischen Märkte aufgrund des Anstiegs der Exportmenge von US-Kohle, die im heimischen US-Markt durch günstiges Schiefergas verdrängt wurde. Darüber hinaus dämpften ein Anstieg der Einspeisung der erneuerbaren Energien ins deutsche Stromnetz sowie die Unsicherheiten über den Fortgang der Schuldenkrise einiger EU-Länder das Preisniveau im ARA-Raum. Ende Juli 2012 stabilisierten sich die Kohlepreise. Preisstützend wirkte die Produktionsdrosselung der Kohleproduzenten als Reaktion auf das geringe Preisniveau sowie die anhaltend gute Nachfrage – über Vorjahresniveau – aus China. Daneben sorgte ein Streik kolumbianischer Bahnarbeiter für einen temporären Anstieg der Kohlenotierungen. Untermauert wurde die Stabilisierung durch eine steigende Kohlenachfrage in Europa aufgrund des deutlichen Kostenvorteils von Kohle gegenüber Gas. Zum Jahresende 2012 notierte der Frontjahreskontrakt bei 94,05 US-\$/t, ein Rückgang um 23,9% gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres.

Preisentwicklung auf den Öl- und Kohlemärkten	Durchschnitt 2012	Durchschnitt 2011
Rohöl (Brent) Frontmonat (Tagesquotes in US-\$/bbl)	111,68	110,91
Rohöl (Brent) Jahrespreis Frontjahr (Tagesquotes in US-\$/bbl)	106,78	108,37
Kohle – API #2 Jahrespreis Frontjahr in US-\$/t	103,18	123,64

Gasmarkt: Langfristige Gasimportverträge sind die Grundlage für die Gasversorgung in Deutschland. Deren Preise folgen im Wesentlichen zeitversetzt um rund sechs Monate den Notierungen von Öl. Infolge der ansteigenden Ölpreisentwicklung 2011 und der Fortsetzung dieses Trends im Frühjahr 2012 erhöhte sich auch der monatliche Grenzübergangspreisindex für Erdgas des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Im November 2012 notierte er bei 29,28 €/MWh.

Großhandelsmärkte wie die niederländische Title Transfer Facility (TTF) und der Handelspunkt des Marktgebiets Net-Connect Germany (NCG) stellen eine weitere wichtige Bezugsquelle für Erdgas dar. Die Spotmarktpreise 2012 an der TTF notierten mit 25,01 €/MWh im Durchschnitt rund 9,9% höher als 2011. Der milde Winter führte zu Jahresbeginn 2012 zu einem moderaten Preisniveau. Ende Januar erhöhte sich das Spotpreisniveau mit dem Einsetzen der Kältewelle bei gleichzeitiger Einschränkung der Gaslieferungen aus Russland bis Mitte Februar deutlich. Anschließend stellte sich eine volatile Seitwärtsbewegung auf erhöhtem Niveau ein. Preisstützend wirkte der gestiegene Ölpreis infolge der politischen Unsicherheiten im Nahen Osten und aufgrund von Produktionsausfällen. Zudem stabilisierte die Sorge um eine ausreichende LNG-Versorgung Europas – aufgrund des japanischen Mehrbedarfs zur Stromerzeugung – das erhöhte Preisniveau. Die Wartungsarbeiten an verschiedenen Gasinfrastrukturprojekten in Europa führten Ende August zu einem neuerlichen Preisanstieg. Darauf folgend bewegten sich die Notierungen bis Jahresende 2012 volatil seitwärts. Ende 2012 notierte der Spotmarktpreis bei 25,98 €/MWh. Die Notierungen für Lieferungen im Jahr 2013 folgten der Preisentwicklung am Spotmarkt. Ende Dezember 2012 lagen die Terminmarktpreise bei 26,33 €/MWh.

Entwicklung der Preise für Erdgas am TTF (niederländ. Großhandelsmarkt) in €/MWh	Durchschnitt 2012	Durchschnitt 2011
Spot	25,01	22,65
Frontjahr	26,74	26,03

CO₂-Zertifikate: Für CO₂-Emissionen aus Kraftwerken müssen im Rahmen des europäischen Emissionshandels Emissionszertifikate in entsprechender Höhe nachgewiesen werden. Das Preisniveau für Emissionszertifikate (EU Allowance, EUA) mit Lieferung im Dezember 2012 (EUA-12) erhöhte sich zu Jahresbeginn 2012 geringfügig, da die Vorschläge des Umweltausschusses des EU-Parlaments große Unterstützung in EU-Kreisen fanden. Der Umweltausschuss sieht vor, eine strategische Reserve der Emissionszertifikate in der dritten Handelsperiode einzurichten. Hinzu kam die erneute Diskussion über die Anhebung des Minderungsziels für den CO₂-Ausstoß für 2020 um 10 Prozentpunkte. Ein deutlicher Preisanstieg fand Anfang Februar 2012 infolge der einsetzenden Kälteperiode in Europa statt. Die damit verbundene verstärkte Energieerzeugung führte zu einer Zunahme des Emissionsausstoßes. Im Zuge des nachfolgenden Temperaturanstiegs reduzierte sich bis Anfang April auch das Preisniveau auf bis zu 6€/tCO₂. Im Anschluss war die Preiskurve der Zertifikate durch eine volatile Seitwärtsbewegung bis zum Jahresende 2012 gekennzeichnet. Durchschnittlich betrug das Preisniveau für EUA-12-Zertifikate 2012 7,51€/tCO₂, rund 45% unter dem durchschnittlichen Preis des Geschäftsjahres 2011. Üblicherweise verläuft die Preiskurve für Certified-Emission-Reduction-(CER-)Zertifikate parallel zur Preisentwicklung der EUA-12-Zertifikate. In Anbetracht der eingeschränkten Einsetzbarkeit im EU-Emissionshandelssystem liegt das Preisniveau der CER-Zertifikate aber grundsätzlich niedriger. Nachdem die Preise bis Anfang März geringfügig anzogen, folgte eine volatile Seitwärtsbewegung bis Anfang Juli 2012. Im Anschluss daran sanken die Preise aufgrund eines Überangebots von CER-Zertifikaten, die nur noch bis Ende 2012

nutzbar waren. Entsprechend weitete sich der bis dahin rückläufige Spread zwischen den Preiskurven von EUA-12- und CER-12-Zertifikaten aus. Der Durchschnittspreis der CER-12-Zertifikate betrug 2012 2,96€/tCO₂, ein Minus von 70% gegenüber 2011.

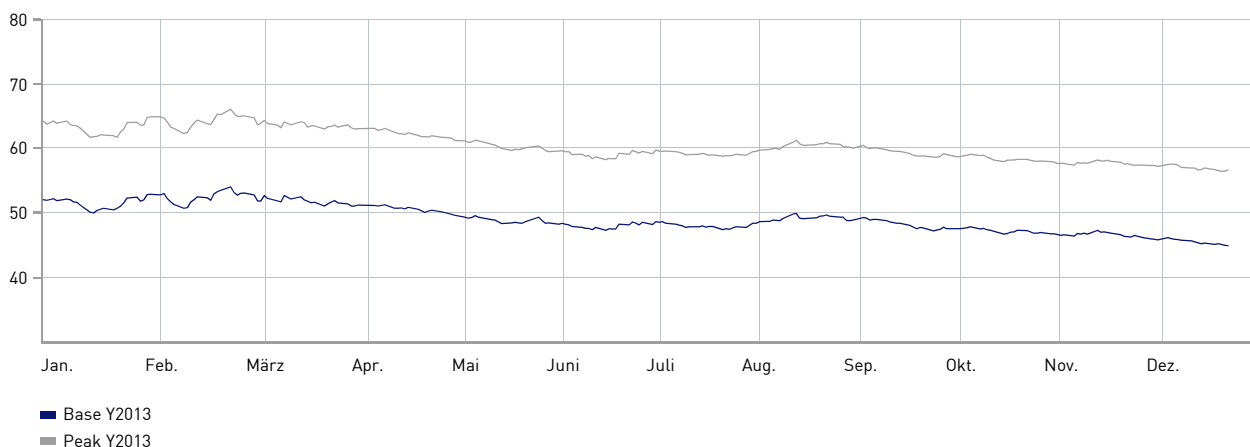
Entwicklung der Preise für Emissionszertifikate/ Tagesquotes in €/tCO ₂	Durchschnitt 2012	Durchschnitt 2011
EUA-Frontjahr	7,51	13,40
CER-Frontjahr	2,96	9,98

Strommarkt: Am Spotmarkt der European Energy Exchange (EEX) lag der durchschnittliche Preis für sofortige Stromlieferungen 2012 mit 42,60€/MWh rund 9€/MWh oder 17% unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Neben der gegenüber dem Vorjahr verstärkten Einspeisung von Solarenergie in die Netze drückten niedrigere Brennstoffpreise das Preisniveau. Im dritten Quartal wirkten verringerte Kraftwerkskapazitäten in Frankreich preisstützend.

Die Preiskurve am Terminmarkt der EEX verlief 2012 fallend. Hintergrund waren die gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Brennstoffpreise sowie der Rückgang der CO₂-Zertifikate-Preise. Zudem hatte der Ausbau der erneuerbaren Energien einen preisdämpfenden Effekt. Der durchschnittliche Preis für das Terminprodukt Base 2013 verringerte sich gegenüber dem Vorjahresniveau (56,38€/MWh) um 13% auf 49,30€/MWh.

Entwicklung der Terminmarktpreise für Strom (EEX)
Tagesquotes in €/MWh

Quelle: EEX



Strom- und Gaspreise für Privat- und Industriekunden

Gemäß der aktuellsten Schätzung des BDEW (Stand: Oktober 2012) lagen die monatlichen Stromkosten für den klassischen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh

2012 bei 75,51€ gegenüber durchschnittlich 73,59€ im Jahr 2011. Der Preisanstieg war auf die von der Bundesregierung eingeführte Umlage nach § 19 Netzentgeltverordnung und die damit auf breiter Front gestiegenen Netzentgelte sowie den Anstieg der EEG-Umlage zurückzuführen. Auch die

EnBW musste ihre Preise zum 1. August 2012 leicht um durchschnittlich 2,6% anpassen. Zum Jahreswechsel 2012/2013 kam es zu einem neuerlichen deutlichen Anstieg dieser preistreibenden Faktoren. Daher hat die EnBW eine weitere Preisanpassung beim Haushaltsstrom zum 1. Februar 2013 angekündigt. Durchschnittlich wird die Erhöhung bei 10,3% liegen. Ein Teil der zusätzlichen Belastungen aus gesetzlichen Umlagen und Netzentgelten für die Kunden konnte dabei durch Vorteile bei den Beschaffungskosten abgefangen werden. Die Preise für Wärmestromanwendungen werden zum 1. Januar 2013 um durchschnittlich 16% erhöht. Die EnBW gibt auch hier ausschließlich die gestiegenen Umlagen und Netzentgelte weiter.

Für Industriekunden errechnete der BDEW im Oktober 2012 einen Durchschnittspreis von 14,02ct/kWh (mittelspannungsseitige Versorgung; inklusive Stromsteuer) und damit einen nahezu unveränderten Wert im Vergleich zum Vorjahr (14,04ct/kWh).

Die Preise für Erdgas lagen nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Berichtsjahr 2012 (Stand: Dezember 2012) um 10,1% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Haushalte zahlten für Erdgas 2012 rund 5,6% mehr als ein Jahr zuvor. Der Preisanstieg für die Industrie lag bei 13,8%.

Politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Europäische Energiepolitik

Energieeffizienz: Im September 2012 verabschiedete die Europäische Union eine Richtlinie zur Energieeffizienz, die nun von den Mitgliedsstaaten umzusetzen ist. Gemäß der Richtlinie müssen alle Mitgliedsstaaten ab 2014 unter anderem sicherstellen, dass jährlich 1,5% des Endkundenenergieverbrauchs eingespart werden.

Emissionshandel: Um dem zeitweiligen Preisverfall bei Emissionshandelszertifikaten zu begegnen, hat die EU-Kommission im Herbst vorgeschlagen, 900 Millionen Zertifikate für die Jahre 2013 bis 2015 vorübergehend vom Markt zu nehmen. Gegen Ende der dritten Handelsperiode sollen diese in den Jahren 2019 und 2020 wieder dem Markt zugeführt werden. Mit der Verknappung sollen Anreize zu Investitionen in klimafreundliche Technologien geschaffen werden. Da diese Maßnahme voraussichtlich nur eine vorübergehende Wirkung entfalten wird, hat die Kommission in ihrem Mitte November vorgelegten Bericht zum Stand des Emissionshandelsmarkts Optionen zu weiteren strukturellen Änderungen zur Konsultation gestellt, unter anderem die dauerhafte Herausnahme von Zertifikaten, die Anhebung der Zielvorgabe für 2020 oder die Möglichkeit regelmäßiger steuernder Eingriffe.

Infrastruktur und Binnenmarkt: Im Dezember 2012 wurde eine politische Einigung bei der Verordnung zu Leitlinien für

transeuropäische Energieinfrastrukturen erzielt: Vorbehaltlich der noch ausstehenden formalen Verabschiedung sollen anhand einer festgelegten Methodik Projekte von gemeinsamem europäischen Interesse in Bezug auf Übertragungs- beziehungsweise Fernleitungsnetze, Speicher und Smart Grids festgelegt werden. Für diese Projekte sollen unter anderem Genehmigungsfristen auf dreieinhalb Jahre begrenzt werden und in gewissem Umfang soll eine finanzielle Unterstützung zur Verfügung stehen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde zudem mit der Umsetzung und Evaluierung des bereits 2011 beschlossenen dritten Binnenmarktpakets begonnen, vor allem mit der Erarbeitung von Netzkodizes. In dem Ende des Jahres 2012 vorgelegten Bericht der Kommission zum Stand des Energiebinnenmarkts werden die bisherigen Fortschritte bewertet sowie noch offene Punkte benannt, insbesondere die Ablehnung der zunehmenden Einführung nationaler Kapazitätsmechanismen. Im Zuge einer hierzu im November eröffneten Konsultation sollen notwendige Maßnahmen auf europäischer Ebene eruiert werden.

Nukleare Sicherheit: Am 4. Oktober 2012 stellte die Kommission ihren Abschlussbericht zu den Stresstests vor, die in der Folge des Unfalls im Kernkraftwerk Fukushima durchgeführt wurden. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass die Sicherheitsstandards in Europa im Allgemeinen hoch sind, allerdings weitere Verbesserungen bei den sicherheitstechnischen Merkmalen empfohlen werden. Im Nachgang stellen nun die nationalen Aufsichtsbehörden der Mitgliedsstaaten nationale Aktionspläne mit Zeitplänen für die Umsetzung der Empfehlungen auf. Die Kommission beabsichtigt, im Juni 2014 über die Umsetzung der Stresstestempfehlungen Bericht zu erstatten. Darüber hinaus sollen die Ergebnisse der Stresstests in die Überarbeitung der derzeit gültigen Richtlinie über nukleare Sicherheit einfließen. Eine erste Version dieser überarbeiteten Fassung wird auch Vorschläge über Versicherung und Haftung im Nuklearbereich enthalten und soll im Frühjahr 2013 vorgestellt werden.

Erneuerbare Energien: Die Kommission veröffentlichte im Juni 2012 eine Mitteilung zur weiteren Strategie in diesem Bereich. Darin werden vor allem Leitlinien zur größeren Konvergenz der nationalen Fördersysteme sowie zur stärkeren Nutzung der in der Erneuerbare-Energien-Richtlinie angelegten Kooperationsmechanismen für das kommende Jahr angekündigt. Hinsichtlich der Fortschreibung der Erneuerbare-Energien-Strategie über das Jahr 2020 hinaus wird insbesondere die Frage nach der Notwendigkeit einer Zielvorgabe für 2030 gestellt.

Energiepolitik in Deutschland

Auch 2012 blieb die Umsetzung der Energiewende ein Schwerpunktthema der Bundesregierung. Der Bundesumweltminister legte beispielsweise im August 2012 ein 10-Punkte-Papier vor, in dem er seinen Fahrplan bis zur Bundestagswahl 2013 skizziert. Die Vergütungssätze für

Neuanlagen im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz wurden um 0,3ct/kWh für alle Anlagen und um weitere 0,3ct/kWh für diejenigen Anlagen, die ab 2013 dem Emissionshandel unterliegen, angehoben. Um die Kostensteigerungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu begrenzen, hat der Gesetzgeber einmalige Kürzungen sowie künftig eine monatliche Absenkung der Fotovoltaikvergütung beschlossen. Übersteigt der Zubau in einem Jahr die Schwelle von 3,5 GW, erhöht sich die monatliche Degression des Folgejahres. Die Förderung der Fotovoltaik über das EEG läuft nach Erreichen der Schwelle von 52 GW aus. Um die technische Einbindung der Fotovoltaik in das Gesamtsystem zu erleichtern, wurde eine Systemstabilitätsverordnung verabschiedet. Diese sieht eine Nachrüstung der Wechselrichter in den Anlagen durch den Netzbetreiber vor, um das Abschalten der Anlagen bei Überschreiten von Spannungswerten zu flexibilisieren.

Energiewirtschaftsgesetz: Ende 2012 wurde in einer Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) beschlossen, die Haftung von Netzbetreibern für Verzögerungen beim Anschluss von Offshore-Windparks zu begrenzen und im Gegenzug eine Entschädigungsumlage für Netznutzer einzuführen. Die Regelung trat zum 1. Januar 2013 in Kraft. Gleichzeitig sieht das neue EnWG ein Stilllegungsverbot für Kraftwerke vor, die von dem zuständigen Übertragungsnetzbetreiber nach Genehmigung durch die Bundesnetzagentur als systemrelevant deklariert werden. Über Kostenerstattungsmechanismen, deren genaue Ausgestaltung in einer noch zu beschließenden Verordnung geklärt werden soll, werden die Kraftwerksbetreiber dafür entschädigt, dass sie ihre unrentablen Kraftwerke nicht stilllegen. Als dritte Neuregelung wurde die Speicherförderung konkretisiert. Vorhandene Pumpspeicherkraftwerke können künftig von Netzentgelten befreit werden, wenn sie die Leistung von Pumpe oder Generator um 7,5% oder das Speichervermögen um 5% erhöhen. Der Vorschlag, bei der Netzentgeltbefreiung die Systemleistungen der Speicher zu berücksichtigen, wurde nicht aufgenommen. Neu errichtete Speicher werden weiterhin für 20 Jahre von Netzentgelten befreit, wenn sie vor 2027 in Betrieb gehen.

Schließlich haben Bundeskabinett und Bundestag eine Verordnung zu abschaltbaren Lasten beschlossen. Sie sieht vor, dass Übertragungsnetzbetreiber über Ausschreibungsverfahren Stromgroßabnehmern eine Vergütung anbieten, wenn diese sich verpflichten, ihren Verbrauch in Engpasszeiten auf Anforderung abzusenken.

Endgültig gescheitert ist dagegen das energetische Gebäudesanierungsprogramm.

Onshore-Windkraft: Das Land Baden-Württemberg hat 2012 einen Winderlass verabschiedet, mit dem der Ausbau der Windenergie im Land beschleunigt und die planerischen Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte

Drei Modelle des Unbundlings

Ownership Unbundling = eigentumsrechtliche Entflechtung

Das Energiewirtschaftsgesetz fordert die vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung von netzbezogenen und marktbezogenen Aktivitäten vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen. Das bedeutet eine Trennung beispielsweise von Transport- und Übertragungsnetzen sowie Erzeugung und Vertrieb in eigenständigen Gesellschaften.

Independent System Operator (ISO) =

unabhängiger Systembetreiber

Das Energieversorgungsunternehmen bleibt Eigentümer des Übertragungsnetzes, überträgt die Aufgabe des Netzbetriebs aber einem unabhängigen Treuhänder. Dieser ist zuständig für die Gewährung des Netzzugangs, Netzentgelte sowie Planung, Bau und Inbetriebnahme neuer Infrastrukturen.

Independent Transmission Operator (ITO) =

unabhängiger Transportnetzbetreiber

Vertikal integrierte Unternehmen wie die EnBW können ihre bisherige Struktur beibehalten, müssen aber bestimmte Regeln einhalten, die sicherstellen, dass der Übertragungsnetzbetreiber unabhängig von Erzeugung und Versorgung ist.

Energiewirtschaftsgesetz: Die Vorgaben aus dem 3. EU-Binnenmarktpaket – zur weitgehenden Liberalisierung des Strom- und Erdgasmarkts – wurden im August 2011 im deutschen Energiewirtschaftsgesetz umgesetzt. Die Europäische Kommission beabsichtigt damit, den Wettbewerb auf den europäischen Elektrizitäts- und Gasmärkten weiter zu stärken. Gefordert wird die strengere Entflechtung der Übertragungs- und Fernleitungsnetze von den vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen.

Den Marktteilnehmern stehen dazu drei Optionen zur Verfügung: das sogenannte Ownership Unbundling, das Independent-System-Operator-(ISO) oder das Independent-Transmission-Operator-(ITO-)Modell. Die EnBW entschied sich für das ITO-Modell des sogenannten unabhängigen Transportnetzbetreibers. Gemäß Energiewirtschaftsgesetz sind die gesellschaftsrechtliche Eigenständigkeit und die unabhängige Außendarstellung entflechtungsrechtliche Anforderungen im Rahmen der Zertifizierung als unabhängiger Transportnetzbetreiber. Mit der Umfirmierung der GVS Netz GmbH in die terranets bw GmbH zum 1. März 2012 sowie der EnBW Transportnetze AG in die TransnetBW GmbH zum 2. März 2012 erfüllte die EnBW ein weiteres Element zur Entflechtung aus dem Konzernverbund. Die terranets bw GmbH ist seit 9. November 2012 durch die

Bundesnetzagentur und die europäische Kommission als unabhängiger Transportnetzbetreiber zertifiziert. Das Zertifizierungsverfahren für die TransnetBW GmbH wird aufgrund von Verzögerungen im Verfahrensablauf voraussichtlich erst Anfang 2013 zum Abschluss kommen. Wir gehen davon aus, dass beide Zertifizierungen mit Auflagen erteilt werden.

Netzentwicklungsplan: In einer achtwöchigen Konsultation gab die Bundesnetzagentur (BNetzA) der breiten Öffentlichkeit die Gelegenheit, den von den Übertragungsnetzbetreibern (ÜNB) am 15. August 2012 veröffentlichten, überarbeiteten Entwurf des Netzentwicklungsplans (NEP) Strom 2012 zu kommentieren. Der Plan sieht für die kommenden zehn Jahre einen erheblichen Netzausbau- und -optimierungsbedarf vor. Die BNetzA prüfte und überarbeitete den NEP anhand der bis zum 2. November 2012 eingegangenen Stellungnahmen. Am 19. Dezember 2012 wurde vom Bundeskabinett das Bundesbedarfsplangesetz beschlossen. Der Erlass des Bundesbedarfsplans durch den Bundesgesetzgeber ist in der ersten Hälfte 2013 vorgesehen.

Die 14 deutschen Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) haben am 1. April 2012 den nationalen NEP Gas präsentiert. Auf Basis des von der BNetzA bestätigten Szenariorahmens zeigt der Plan unter Annahme eines in Zukunft mittleren Gasbedarfs die verbindlichen Maßnahmen zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Fernleitungsnetze in den nächsten drei Jahren auf. Aus dem Plan geht hervor, dass bis 2015 im Leitungsbau Maßnahmen mit einer Gesamtlänge von knapp 200 km und einer zusätzlichen Verdichterleistung von 90 MW notwendig sind. Der Investitionsbedarf beträgt rund 600 Mio. €. Bis 2022 ergeben sich im Leitungsbau Maßnahmen mit einer Gesamtlänge von rund 730 km und einer zusätzlichen Verdichterleistung von rund 360 MW. Insgesamt entspricht dies einem Investitionsbedarf von etwa 2,2 Mrd. €. Der NEP Gas 2012 wurde im Dezember 2012 von der BNetzA verabschiedet. Zuvor beschloss sie Mitte Oktober 2012 den Szenariorahmen für den NEP 2013, der bis zum 1. April 2013 von den Fernleitungsnetzbetreibern vorgelegt werden muss.

Netzentgelte: Die Stromnetzbetreiber mussten im Jahr 2012 ihre Netzentgeltanträge – Basisjahr 2011 – bei der zuständigen Regulierungsbehörde stellen. Da die zweite Anreizregulierungsperiode Strom erst ab 2014 beginnt (Ende: 2018), werden die entsprechenden Netzentgeltbescheide erst im Lauf des Jahres 2013 erwartet.

Die Gasnetzbetreiber haben bis zum 30. Juni 2011 ihre Netzentgeltanträge für die zweite Anreizregulierungsperiode Gas (2013 bis 2017) auf Basis des abgeschlossenen Geschäftsjahres 2010 bei der zuständigen Regulierungsbehörde gestellt. Die EnBW Regional AG und die terranets bw GmbH haben basierend auf den Rückmeldungen der Regulierungsbehörde Ende Dezember die abrechnungsrelevanten Preise für 2013 veröffentlicht.

Neue Fassung der Kooperationsvereinbarung Gas: Die Kooperationsvereinbarung (KoV) Gas ist ein Instrument zur Ausgestaltung von Details des Gasnetzzugangs und wird von dem BDEW, dem Verband kommunaler Unternehmen e. V. und dem Europäischen Verband der unabhängigen Strom- und Gasverteilerunternehmen unter Rückmeldungen des Markts ausformuliert. Neben Regelungen der Netzbetreiber und Marktgebietsverantwortlichen untereinander umfasst die KoV standardisierte Netzzugangs- und Bilanzkreisverträge sowie detaillierte Leitfäden zur Abwicklung der entsprechenden Prozesse. Am 1. Oktober 2012 trat die fünfte Version (KoV V) in Kraft. KoV V enthält formale Anpassungen als Konsequenz der 2011 in Kraft getretenen EnWG-Novelle sowie Änderungen in wesentlichen Bereichen, wie der Einführung einer monatlichen Netzkostenabrechnung durch die Marktgebietsverantwortlichen, die weitere Standardisierung von Geschäftsbedingungen und die Umsetzung von Kapazitätsmanagementmaßnahmen gemäß der entsprechenden Festlegung (KARLA-Gas) der BNetzA.

Unternehmenssituation des EnBW-Konzerns

Das Adjusted EBITDA des EnBW-Konzerns verringerte sich 2012 gegenüber dem Vorjahr um 4,3% auf 2.343,1 Mio. €. Trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen reduzierten sich die negativen neutralen Effekte im Vergleich zu 2011 deutlich. Insgesamt erzielte der EnBW-Konzern 2012 einen Überschuss von 473,5 Mio. €, nach einem Konzernfehlbetrag von 842,3 Mio. € im Vorjahr.

Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs

Das operative Ergebnis des EnBW-Konzerns erreichte 2012 nahezu das Vorjahresniveau. Vor dem Hintergrund weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen für die gesamte Branche und angesichts der dadurch notwendigen, laufenden Veränderungen innerhalb des Unternehmens sehen wir dieses Resultat des Geschäftsjahres 2012 als zufriedenstellend an. Negative neutrale Effekte fielen 2012 in weit geringerem Umfang an als im Vorjahr. Insgesamt weist der Konzern für 2012 einen auf die Aktionäre der EnBW AG entfallenden Jahresüberschuss von 473,5 Mio. € aus.

Zur Sicherung der Handlungs- und Zukunftsfähigkeit des Unternehmens hat die EnBW frühzeitig ein Maßnahmenpaket verabschiedet. Die geplanten Kapitalmaßnahmen wurden 2012 erfolgreich abgeschlossen. Der Hochlauf des Effizienzsteigerungsprogramms „Fokus“ erfolgt schneller als ursprünglich vorgesehen. Erste Desinvestitionen sind

vollzogen. Die EnBW hat 2012 den notwendigen finanziellen Spielraum zur Neuausrichtung ihres Geschäftsmodells bei Wahrung einer soliden Finanzlage geschaffen.

Die Ergebnisbeiträge der Geschäftsfelder des Konzerns gestalteten sich 2012 ausgeglichener als in früheren Jahren. Das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel musste aufgrund rückläufiger Strompreise auf den Großhandelsmärkten sowie durch die dauerhafte Abschaltung zweier unserer Kernkraftwerke Ergebniseinbußen hinnehmen. Demgegenüber legten die Ergebnisse der Geschäftsfelder Strom Netz und Vertrieb sowie Gas kräftig zu.

Der Wertbeitrag des EnBW-Konzerns lag 2012 mit 388,3 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Das durchschnittliche Capital Employed ging um 498,6 Mio. € auf 14.935,5 Mio. € zurück. Das Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis ging geringfügig auf 1.687,8 Mio. € zurück. Der ROCE für das Geschäftsjahr 2012 weist einen Wert von 11,3% auf.

Prognoseabweichungen

Entwicklung prognostizierter Kennzahlen des EnBW-Konzerns	Prognose laut Geschäftsbericht 2011 für 2012	Angepasste Prognose laut Q2/Q3 2012 für 2012	Entwicklung 2012
Absatz Strom Netz und Vertrieb (ohne Handel)	konstant	-	-9,8 %
Absatz Gas (ohne Handel)	geringfügig steigend	-	5,3 %
Umsatz Energie- und Umweltdienstleistungen	geringfügig steigend	-	10,9 %
Adjusted EBITDA Strom Erzeugung und Handel	deutlich fallend	-	-18,0 %
Adjusted EBITDA Strom Netz und Vertrieb	deutlich steigend	-	42,4 %
Adjusted EBITDA Gas	steigend	deutlich steigend	24,7 %
Adjusted EBITDA Energie- und Umweltdienstleistungen	fallend	-	-12,8 %
Adjusted EBITDA Konzern	-10 % bis -15 %	rund -5 %	-4,3 %
Adjusted Konzernüberschuss ¹	-10 % bis -15 %	-	0,7 %
Ausschüttungsquote	40 % bis 60 %	-	35,3 %
Bereinigte Nettoschulden	deutlich sinkend	rund 8 Mrd. €	8,4 Mrd. €

¹ Bezogen auf das auf die Aktionäre der EnBW AG entfallende Ergebnis.

Der Absatz des Geschäftsfelds Strom Netz und Vertrieb (ohne Handel) verringerte sich 2012 entgegen unserer ursprünglichen Erwartung um 9,8% gegenüber dem Vorjahr. Ursache war ein intensiver Wettbewerb in den Bereichen Privat- und Industriekunden. Anfang 2012 gingen wir davon aus, die bereinigten Nettoschulden bis zum Jahresende deutlich reduzieren zu können. Vor allem eine marktbedingt notwendige Absenkung des

Diskontierungssatzes der Pensionsrückstellungen wirkte diesem Ziel entgegen. Unterjährig sahen wir uns in der Lage, die Vorausschätzung für das Adjusted EBITDA des Konzerns anzuheben, da der Hochlauf unseres Effizienzprogramms „Fokus“ rasch spürbare Einsparungen brachte sowie die im Vergleich zum Plan verbesserte Optimierung unserer Kraftwerke zu zusätzlichen Erträgen führte.

Ertragslage

Absatz und Umsatz

Stromabsatz des EnBW-Konzerns in Mrd. kWh ¹	Erzeugung und Handel		Netz und Vertrieb		Gesamt	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Privatkunden (B2C)	0,0	0,0	18,1	18,8	18,1	18,8
Industrie und Weiterverteiler (B2B)	2,5	4,3	40,1	45,7	42,6	50,0
Handel	57,5	72,4	17,2	14,1	74,7	86,5
Gesamt	60,0	76,7	75,4	78,6	135,4	155,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Stromabsatz des EnBW-Konzerns lag im Geschäftsjahr 2012 mit 135,4 Mrd.kWh um 12,8% unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist maßgeblich auf geringere Handelsaktivitäten unter anderem aufgrund der Abschaltung zweier Kernkraftwerke seit dem Frühjahr 2011 zurückzuführen.

Im Geschäft mit Privat- sowie Industriekunden und Weiterverteilern nahm der Absatz vor allem aufgrund des anhaltend intensiven Wettbewerbs ab. Der Absatz des B2C-Geschäfts verringerte sich um 3,7% auf 18,1 Mrd.kWh. Im B2B-Geschäft ging der Absatz um 14,8% auf 42,6 Mrd.kWh zurück.

Gasabsatz des EnBW-Konzerns in Mrd. kWh	2012	2011	Veränderung in %
Privatkunden (B2C)	9,2	8,5	8,2
Industrie und Weiterverteiler (B2B)	48,6	46,4	4,7
Handel	15,3	2,5	-
Gesamt	73,1	57,4	27,4

Der Gasabsatz des EnBW-Konzerns erreichte 2012 73,1 Mrd.kWh und lag damit um 27,4% über dem Niveau des Vorjahres. Die im Jahresvergleich niedrigeren Temperaturen führten bei den Privatkunden zu einem Anstieg um 0,7 Mrd.kWh beziehungsweise 8,2%. Der Absatz im Bereich

der Industriekunden und Weiterverteiler wies im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 2,2 Mrd.kWh oder 4,7% auf. Die Handelsaktivitäten verzeichneten 2012 durch den Ausbau des Gas-Midstream-Geschäfts einen um 12,8 Mrd.kWh auf 15,3 Mrd.kWh stark erhöhten Absatz.

Außenumsatz des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. € ^{1,2}	2012	2011	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	3.977,7	5.418,7	-26,6
Strom Netz und Vertrieb	11.860,9	10.742,6	10,4
Gas	2.542,0	1.814,6	40,1
Energie- und Umweltdienstleistungen	865,3	780,4	10,9
Gesamt	19.245,9	18.756,3	2,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Nach Abzug von Strom- und Energiesteuern.

Der Außenumsatz des EnBW-Konzerns inklusive Strom- und Energiesteuern belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf 20.131,1 Mio.€. Nach Abzug der Strom- und Energiesteuern lag der Umsatz mit 19.245,9 Mio.€ um 2,6% über dem Wert des Jahres 2011.

Strom Erzeugung und Handel: Der Umsatz im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 26,6% auf 3.977,7 Mio.€. Zu dem Rückgang haben neben dem geringeren Absatz des Geschäftsfelds gesunkene Preise beigetragen. Der Umsatzanteil des Geschäftsfelds am Gesamtumsatz des Konzerns verringerte sich von 28,9% im Vorjahr auf 20,7% im Jahr 2012.

Strom Netz und Vertrieb: Der Umsatzanstieg im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb in der Berichtsperiode um 10,4% auf 11.860,9 Mio.€ ist im Wesentlichen durch höhere EEG-Umsätze bedingt. Der Anteil des Geschäftsfelds am Konzernumsatz erhöhte sich dadurch im Jahr 2012 um 4,3 Prozentpunkte auf 61,6%.

Gas: Das Geschäftsfeld Gas steigerte den Umsatz 2012 witterungsbedingt und durch die Ausweitung der Handelsaktivitäten der EnBW um 40,1% auf 2.542,0 Mio.€. Der Anteil des Geschäftsfelds am Konzernumsatz nahm gegenüber dem Vorjahreswert von 9,7% auf 13,2% im Jahr 2012 zu.

Energie- und Umweltdienstleistungen: Der Umsatz im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen erhöhte sich im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10,9% auf 865,3 Mio.€. Der Umsatzanstieg ist maßgeblich auf die Ausweitung des Geschäftsvolumens bei dezentralen Energielösungen, insbesondere im Bereich Contracting, zurückzuführen. Der Anteil des Geschäftsfelds am Konzernumsatz erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 4,5%.

Wesentliche Entwicklungen in der Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen im Geschäftsjahr 2012 mit 1.072,4 Mio.€ im Wesentlichen durch positive Bewertungsergebnisse aus Derivaten um 138,3 Mio.€ über dem Vorjahreswert von 934,1 Mio.€. Der Materialaufwand nahm im Berichtsjahr gegenüber 2011 geringfügig um 1,3% auf 15.288,6 Mio.€ zu. Der im Vergleich zu den Umsatzerlösen

geringere Anstieg des Materialaufwands ist dadurch bedingt, dass im Vorjahr hohe Zuführungen zu den Kernenergieerückstellungen zu einem überproportionalen Anstieg des Materialaufwands geführt hatten. Der Personalaufwand verringerte sich im Berichtszeitraum gegenüber 2011 geringfügig um 0,6% auf 1.599,3 Mio.€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen im Jahr 2012 um 7,7% auf 1.170,5 Mio.€ ab. Der Rückgang ist im Wesentlichen durch den Wegfall neutraler Belastungen aus Restrukturierungen bedingt, die im Vorjahr in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten waren. Das Beteiligungsergebnis, das im Jahr 2011 durch Wertberichtigungen auf Beteiligungen einen negativen Wert von 632,2 Mio.€ aufwies, erreichte im Berichtsjahr wieder ein Plus von 144,3 Mio.€. Das Finanzergebnis verbesserte sich im Berichtsjahr um 91,6 Mio.€ auf -712,1 Mio.€. Damit ergibt sich für das Geschäftsjahr 2012 insgesamt ein positives Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) in Höhe von 707,4 Mio.€, nach einem negativen Ergebnis von 758,1 Mio.€ im Vorjahr. Die Ertragsteuern erhöhten sich auf 172,6 Mio.€ im Vergleich zu 32,8 Mio.€ im Vorjahr (www.enbw.com/bericht2012 > Finanzbericht 2012).

Ergebnis

Das auf die Aktionäre der EnBW AG entfallende Konzernergebnis verbesserte sich im Berichtsjahr um 1.315,8 Mio.€ auf 473,5 Mio.€, nach einem Fehlbetrag von 842,3 Mio.€ im Vorjahr. Das Ergebnis je Aktie erreichte im Jahr 2012 1,84€ (Vorjahr angepasst: -3,45€).

Adjusted und neutrales Ergebnis

Für die interne Steuerung wie auch für die externe Kommunikation der aktuellen und künftigen Ergebnisentwicklung der EnBW kommt der nachhaltigen Ertragskraft der laufenden Geschäftstätigkeit besondere Bedeutung zu. Seit Jahresbeginn 2012 verwenden wir hierfür das Adjusted EBITDA – das um Sondereffekte bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen – als zentrale Berichtsgröße. Im Gegensatz zum Adjusted EBIT wird das Adjusted EBITDA als cashwirksame Größe von vielen Analysten verwendet. Dies kommt auch in der von uns verwendeten Kennzahl zum dynamischen Verschuldungsgrad (bereinigte Nettoschulden/Adjusted EBITDA) zum Ausdruck. Zugleich stellen wir eine bessere Vergleichbarkeit mit anderen Unternehmen der Branche her.

Adjusted Ergebnis

Adjusted EBITDA des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern in Mio. € ¹	2012	2011	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	1.319,7	1.609,2	-18,0
Strom Netz und Vertrieb	685,7	481,4	42,4
Gas	159,4	127,8	24,7
Energie- und Umweltdienstleistungen	309,6	354,9	-12,8
Holding/Konsolidierung	-131,3	-124,3	-5,6
Gesamt	2.343,1	2.449,0	-4,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Das Adjusted EBITDA des EnBW-Konzerns belief sich im Berichtsjahr auf 2.343,1 Mio.€ und lag damit um 4,3% unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist im Wesentlichen durch das deutlich verringerte Ergebnis des Geschäftsfelds Strom Erzeugung und Handel bedingt.

Im Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel verminderte sich das Adjusted EBITDA im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 18,0% auf 1.319,7 Mio.€. Das niedrigere Ergebnisniveau ist vor allem durch rückläufige Strompreise auf den Großhandelsmärkten sowie durch Ergebniseinbußen aus der dauerhaften Abschaltung zweier unserer Kernkraftwerke bedingt. Gegenläufig sind gestiegene Erträge bei den erneuerbaren Energien aus einer erhöhten Stromerzeugung aus Windenergie zu verzeichnen.

Das Ergebnis des Geschäftsfelds Strom Netz und Vertrieb verbesserte sich 2012 deutlich um 42,4% auf 685,7 Mio.€. Zu dem Ergebnisanstieg trugen vor allem erhöhte Netznutzungsentgelte bei. Daneben wirkten sich geringere Gemeinkosten und bessere Margen im Vertrieb positiv auf das Ergebnis des Berichtsjahres aus.

Das Geschäftsfeld Gas erreichte im Geschäftsjahr 2012 eine Ergebnisverbesserung um 24,7% auf 159,4 Mio.€. Das höhere Ergebnis ist auf einen gestiegenen Absatz, erhöhte Durchleitungsmengen im Bereich Netze sowie geringere Gemeinkosten zurückzuführen.

Das Adjusted EBITDA des Geschäftsfelds Energie- und Umweltdienstleistungen ging im Berichtsjahr um 12,8% auf 309,6 Mio.€ zurück. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf Sondereffekte im Vorjahr zurückzuführen: im Geschäftsjahr 2011 konnten positive Ergebniseffekte aus unserem Effizienzprogramm bei den internen Dienstleistungsgesellschaften nicht mehr in voller Höhe an die Gesellschaften der anderen Geschäftsfelder weiterverrechnet werden.

Auf Holdingebene ergab sich mit 131,3 Mio.€ im Berichtsjahr ein gegenüber dem Vorjahr um 5,6% höheres negatives Adjusted EBITDA (Vorjahr: -124,3 Mio.€).

Adjusted Ertragskennzahlen

Adjusted Ertragskennzahlen des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	2012	2011	Veränderung in %
Adjusted EBITDA	2.343,1	2.449,0	-4,3
Planmäßige Abschreibungen	-888,3	-848,9	4,6
Adjusted EBIT	1.454,8	1.600,1	-9,1
Adjusted Beteiligungsergebnis	186,8	167,9	11,3
Adjusted Finanzergebnis	-665,4	-732,3	9,1
Adjusted Ertragsteuern	-232,8	-309,1	24,7
Adjusted Konzernüberschuss	743,4	726,6	2,3
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis	(91,0)	(78,9)	15,3
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallendes Ergebnis	(652,4)	(647,7)	0,7

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Das gegenüber dem Vorjahr um 11,3% gesteigerte Adjusted Beteiligungsergebnis von 186,8 Mio.€ ist im Wesentlichen auf höhere Ergebnisbeiträge aus assoziierten Unternehmen zurückzuführen. Das Adjusted Finanzergebnis verbesserte sich um 66,9 Mio.€ auf -665,4 Mio.€, vor allem aufgrund geringerer Veräußerungsverluste aus dem Verkauf von Finanzinstrumenten im Berichtsjahr.

Die Adjusted Ertragsteuern lagen im Berichtsjahr mit 232,8 Mio.€ um 24,7% unter dem Wert des Vorjahres von 309,1 Mio.€. Die Adjusted Steuerquote betrug im Vorjahr durch periodenfremde Belastungen 29,8%. Sie sank im aktuellen Jahr aufgrund periodenfremder Entlastungen auf 23,8%. In Summe verbesserte sich der auf die Aktionäre der EnBW AG entfallende Adjusted Konzernüberschuss im Geschäftsjahr 2012 geringfügig um 0,7% auf 652,4 Mio.€, nach 647,7 Mio.€ im Vorjahr.

Neutrales Ergebnis

Neutrales Ergebnis des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	2012	2011	Veränderung in %
Erträge/Aufwendungen im Bereich der Kernenergie	-38,5	-487,3	92,1
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	71,6	94,5	-24,2
Veräußerungsgewinne	29,9	26,8	11,6
Restrukturierung	-50,0	-155,8	67,9
Sonstiges neutrales Ergebnis	-63,0	-117,6	46,4
Neutrales EBITDA	-50,0	-639,4	92,2
Außerplanmäßige Abschreibungen	-129,6	-282,9	54,2
Neutrales EBIT	-179,6	-922,3	80,5
Neutrales Beteiligungsergebnis	-42,5	-800,1	94,7
Neutrales Finanzergebnis	-46,7	-71,4	34,6
Neutrale Ertragsteuern	60,2	276,3	-78,2
Neutraler Konzernfehlbetrag	-208,6	-1.517,5	86,3
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis	(-29,7)	(-27,5)	8,0
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallendes Ergebnis	(-178,9)	(-1.490,0)	88,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Das neutrale EBITDA verbesserte sich im Berichtsjahr um 589,4 Mio.€ auf -50,0 Mio.€. Zu der positiven Ergebnisentwicklung trug vor allem der Wegfall der außerordentlichen Belastungen im Bereich Kernenergie aus der Stilllegung zweier Kernkraftwerksblöcke im ersten Quartal 2011 bei.

Daneben fielen die Aufwendungen für Restrukturierung im Berichtsjahr geringer aus, da im Vorjahr die Maßnahmen im Rahmen des Effizienzprogramms „Fokus“ einen Schwerpunkt gebildet hatten. Das sonstige neutrale Ergebnis wurde im Geschäftsjahr insbesondere durch die Bildung einer

Drohverlustrückstellung für einen Strombezugsvertrag belastet. Auch im Vorjahr beinhaltete das sonstige neutrale Ergebnis im Wesentlichen Zuführungen zu Rückstellungen. Die außerplanmäßigen Abschreibungen entfielen im Wesentlichen auf Contractinganlagen, deren Wertansatz aufgrund verschlechterter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen angepasst wurde. Insgesamt lagen die außerplanmäßigen Abschreibungen im Jahr 2012 mit 129,6 Mio.€ um 153,3 Mio.€ unter dem Vorjahreswert, der hauptsächlich durch die Stilllegung zweier Kernkraftwerke sowie Abschreibungen auf die Gasnetze geprägt war. Damit verbesserte sich das neutrale EBIT im Berichtsjahr deutlich um 742,7 Mio.€ auf -179,6 Mio.€. Das neutrale Beteiligungsergebnis von -42,5 Mio.€ beinhaltet vor allem Abschreibungen auf unsere ungarischen Beteiligungen aufgrund eines verschlechterten wirtschaftlichen Umfelds. Positiv

wirkten Veräußerungsgewinne im Rahmen unseres Desinvestitionsprogramms. Gegenüber dem Vorjahresultat (2011: -800,1 Mio.€), das unter anderem Wertberichtigungen auf die EWE Aktiengesellschaft (EWE) und die EVN AG beinhaltete, verbesserte sich das neutrale Beteiligungsergebnis um 757,6 Mio.€. Im neutralen Finanzergebnis des Berichtsjahres von -46,7 Mio.€ wirkt sich hauptsächlich die Senkung des Diskontierungssatzes für die Kernenergie Rückstellungen aus. Insgesamt fiel das neutrale Ergebnis im Geschäftsjahr 2012 deutlich weniger negativ aus als im Vorjahr. Daher verringerte sich der neutrale Steuerertrag auf 60,2 Mio.€, nach 276,3 Mio.€ im Vorjahr. Der neutrale Konzernfehlbetrag, bezogen auf das auf die Aktionäre der EnBW AG entfallende Ergebnis, verbesserte sich im Berichtsjahr deutlich um 1.311,1 Mio.€ auf -178,9 Mio.€.

Überleitung Ergebnis

Ergebnisdarstellung des EnBW-Konzerns
in Mio. €¹

	2012	2011	Ver- änderung in %
Adjusted EBITDA	2.343,1	2.449,0	-4,3
Neutrales EBITDA	-50,0	-639,4	92,2
EBITDA	2.293,1	1.809,6	26,7
Adjusted EBIT	1.454,8	1.600,1	-9,1
Neutrales EBIT	-179,6	-922,3	80,5
EBIT	1.275,2	677,8	88,1
Adjusted Konzernüberschuss ²	652,4	647,7	0,7
Neutraler Konzernfehlbetrag ²	-178,9	-1.490,0	88,0
Konzernüberschuss/-fehlbetrag ²	473,5	-842,3	-

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Bezogen auf das auf die Aktionäre der EnBW AG entfallende Ergebnis.

Finanzlage

Finanzmanagement der EnBW

Grundlagen und Ziele

Das Finanzmanagement des EnBW-Konzerns zielt darauf ab, die Kapitalkosten zur Finanzierung der Unternehmensstrategie möglichst gering zu halten, die jederzeitige Liquidität der operativen Geschäftstätigkeit sicherzustellen und das Risiko von Zinsänderungen für den Konzern zu begrenzen. Darüber hinaus wollen wir den Erhalt unseres Ratings im A-Bereich gewährleisten. Mit Blick auf diese Zielsetzungen optimiert die EnBW ihre Kapitalstruktur. Die Minimierung der Kapitalkosten erfolgt unter der Prämisse, die finanzielle Flexibilität zur Ausübung von strategischen Optionen sicherzustellen. Die Verschuldung bewegt sich in einer angemessenen Bandbreite. Zur Steuerung der Bonität werden der dynamische Verschuldungsgrad (**> Lagebericht > Rating und Ratingentwicklung > S. 76f**) sowie weitere für die Ratingagenturen relevante Kennzahlen verwendet. Zum Bilanzstichtag 2012 betrug der dynamische Verschuldungsgrad 3,59.

Die Grundsätze und Ziele der Finanzierungsstrategie lauten:

- > Aufbau der Finanzierung auf einer Mehrsäulenstrategie, sodass in Abhängigkeit von den Zielen des Finanzmanagements die verschiedenen Finanzierungsinstrumente flexibel in Anspruch genommen werden können.
- > Umsetzung einer langfristigen Ausfinanzierung an den Kapitalmärkten, die die Fristenkongruenz zur Kapitalbindung der Aktiva in der Bilanz wahrt. Bankenfinanzierungen werden nur in Einzelfällen eingesetzt und dienen häufig nur der Zwischenfinanzierung. Dies ermöglicht eine langfristige Finanzierung zu kostengünstigen Konditionen.
- > Aufbau einer ausgewogenen Investorenbasis in den Fremdkapitalmärkten. Die EnBW misst der Diversifizierung eine hohe Bedeutung bei, sowohl in geografischer Hinsicht als auch abgestimmt auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der Investoren.
- > Einsatz von Zinsswaps in klar definierten Grenzen, um die Finanzierungsbedingungen zu optimieren.

Derivate kommen im operativen Geschäft grundsätzlich nur zur Absicherung von Grundgeschäften zum Einsatz, beispielsweise bei Termingeschäften im Handel mit Strom und Primärenergieträgern. Dies gilt ebenso für Devisen- und Zinsderivate. Darüber hinaus ist der Eigenhandel nur innerhalb enger, klar definierter Limits erlaubt.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Finanzmanagements ist die Steuerung der Finanzaktiva (Asset-Management) auf Basis der entsprechenden Rückstellungsverpflichtungen. Anhand eines cashfloworientierten Modells ermittelt die EnBW die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Cashflow-Rechnung. Dabei werden die versicherungsmathematischen Gutachten zu Pensionsrückstellungen

sowie externe Gutachten zu Nuklearrückstellungen berücksichtigt. Ebenso ermöglicht das Modell die Simulation verschiedener Szenarien.

Außerdem verantwortet das Finanzmanagement die Sicherung des finanziellen Vermögens des EnBW-Konzerns in seinem Bestand und seiner Abwicklung sowie in der Gewährleistung ausreichender Liquiditätsreserven. Dies stellt sicher, dass der Konzern jederzeit in der Lage ist, seine Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt zu erfüllen. Die durch den Gesamtvorstand der EnBW zugelassenen Finanzgeschäfte und der vorgegebene Handlungsrahmen definieren die Treasury-Richtlinie des EnBW-Konzerns. Der Geltungsrahmen der Richtlinie erstreckt sich über alle Gesellschaften, die vollkonsolidiert oder durch einen Gewinnabführungsvertrag mit der EnBW AG verbunden sind. Für alle weiteren Unternehmen besitzt sie Grundsatzcharakter. Die zentrale Steuerung des Finanzmanagements dient der Risikominimierung, Transparenz und Kostenoptimierung.

Treasury

Sämtliche Prozesse für alle vollkonsolidierten oder durch einen Gewinnabführungsvertrag mit der EnBW AG verbundenen Unternehmen werden durch das Treasury gesteuert. Das Liquiditätsmanagement erfolgt im Rahmen einer systemgestützten rollierenden Liquiditätsplanung und gilt für den zuvor festgelegten Geltungsbereich. Das Treasury verantwortet zudem neben der zentralen Verwaltung der Kredit- und Avallinien sowie der Vergabe von Garantie- und Patronatserklärungen auch das Zinsrisiko- und Währungsmanagement.

Zinsrisiko- und Währungsmanagement

Die Steuerung und Überwachung verzinslicher und zinssensitiver Aktiva und Passiva liegt beim Zinsrisiko- und Währungsmanagement. Die einbezogenen Gesellschaften berichten im Rahmen der rollierenden Liquiditätsplanung regelmäßig über die bestehenden Risikopositionen. Eine quartalsweise Analyse auf aggregierter Ebene ist Ausgangspunkt der Erarbeitung einer Zinsrisikostategie. Ziel ist es, den Einfluss von Zinsschwankungen beziehungsweise -risiken auf die Ertrags- und Vermögenslage zu begrenzen (**> www.enbw.com/bericht2012 > Finanzbericht 2012**).

Die Zinssätze der Finanzverbindlichkeiten des EnBW-Konzerns sind zu circa 75 % vertraglich fixiert. Eine Änderung des Zinsniveaus wirkt sich daher auf die verbleibenden circa 25 % der Finanzverbindlichkeiten aus. Hieraus können sich Effekte für das Zinsergebnis der EnBW ergeben. Auf Basis aktueller Zinssätze und möglicher Veränderungen dieser Zinssätze wird das Risikopotenzial ermittelt.

Grundsätzlich werden die aus dem operativen Geschäft resultierenden Währungspositionen durch entsprechende Devisentermingeschäfte geschlossen. Die Einzelgesellschaften informieren die Holding ab einer Netto-position von 1 Mio.€ für den Risikozeitraum von zwölf

Monaten. Insgesamt haben Währungsschwankungen aus operativer Tätigkeit keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis der EnBW. Eventuelle Translationsrisiken werden im Rahmen des Währungsmanagements einzelfallabhängig einem Monitoring unterzogen.

Asset-Management

Unser Ziel ist es, die langfristigen Pensions- und Kernenergie-rückstellungen des Konzerns innerhalb eines ökonomisch sinnvollen Zeitraums durch entsprechende Finanzanlagen zu decken. Dabei sind wir bestrebt, die vorgegebenen Anlageziele bei minimalem Risiko zu erreichen. Die Optimierung des Risiko-Ertrags-Profiles der Finanzanlagen trieben wir auch 2012 weiter voran. Das Anlagevolumen 2012 summierte sich auf rund 6,5 Mrd.€ (Vorjahr: 6 Mrd.€) und verteilt sich auf insgesamt neun Asset-Klassen. Vier Masterfonds mit folgenden Anlagezielen bündeln die Finanzanlagen:

- langfristige Zielrendite der Finanzanlagen bei 5,5 %
- Risikominimierung
- Minimierung der Auswirkungen auf Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung
- breite Diversifizierung der Asset-Klassen
- Kostenreduktion und Vereinfachung

Finanzierungsfazilitäten

Für die Deckung des Gesamtfinanzierungsbedarfs stehen dem EnBW-Konzern neben der Innenfinanzierungskraft mit einem Free Cashflow von 205,8 Mio.€ im Jahr 2012 (Vorjahr angepasst: 827,0 Mio.€) und eigenen Mitteln folgende Instrumente zur Verfügung:

- Commercial-Paper-(CP-)Programm über insgesamt 2,0 Mrd.€ (zum 31. Dezember 2012 ungenutzt)
- syndizierte Kreditlinie mit fünf Jahren Laufzeit über 2,0 Mrd.€ (zum 31. Dezember 2012 ungenutzt)
- bilaterale kurzfristige Kreditlinien (539 Mio.€, zum 31. Dezember 2012 ungenutzt)
- Euro-Medium-Term-Note-(EMTN-)Programm mit einem Rahmen von 7,0 Mrd.€ (zum 31. Dezember 2012 mit 4,0 Mrd.€ genutzt)
- Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung und Emission von Sonderprodukten

Mit dem Ausgabetag 2. April 2012 stockte die EnBW die im Oktober 2011 begebene nachrangige Hybridanleihe mit einem Volumen von 750 Mio.€ um weitere 250 Mio.€ auf. Mit Rückzahlungsrechten alle fünf Jahre nach dem ersten Zinszahlungszeitpunkt beträgt die Laufzeit 60 Jahre. Die Anleihe wurde mit einer Rendite von 6,53% zum ersten Kündigungstermin am 2. April 2017 begeben. Spätestens am 2. April 2072 wird die Rückzahlung erfolgen.

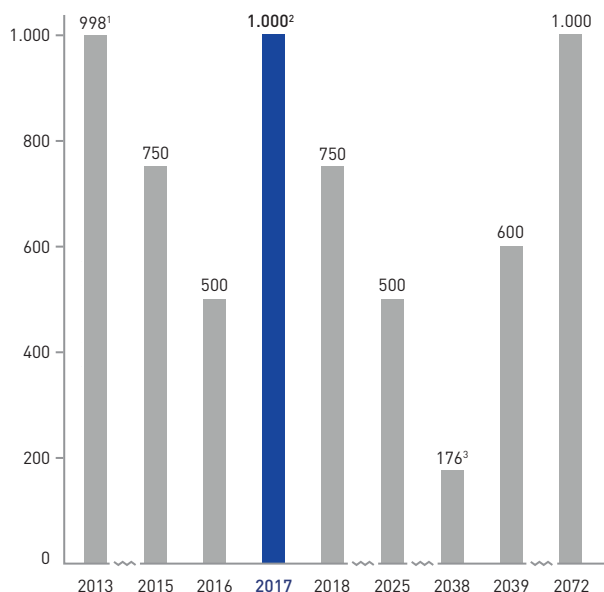
Unter Ausnutzung des von der Hauptversammlung am 26. April 2012 geschaffenen genehmigten Kapitals wurde das Grundkapital der EnBW Anfang Juli 2012 durch Ausgabe von 26.598.504 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien zum Bezugspreis von je 30,90€ erhöht. Der Bruttoemissionserlös belief sich damit auf rund 822 Mio.€. Die neuen Aktien wurden ausschließlich den Aktionären der EnBW im Wege eines sogenannten mittelbaren Bezugsrechts im Verhältnis 9:1 angeboten und sind für das gesamte Geschäftsjahr 2012 gewinnanteilsberechtig. Die Großaktionäre der EnBW, die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH und die OEW Energie-Beteiligungs GmbH, übten ihre Bezugsrechte vollumfänglich aus. Auch die Badische Energieaktionärs-Vereinigung, der Landes-elektrizitätsverband Württemberg und der Gemeinde-elektrizitätsverband Schwarzwald-Donau übten ihre jeweiligen Bezugsrechte in zum Teil erheblichem Umfang aus. Die Einbeziehung der neuen Aktien in die bisher bestehende Börsennotierung fand am 6. Juli 2012 statt.

Als Sonderprodukte bestanden zum 31. Dezember 2012 konzernweit Anleihen im Umfang von 300 Mio. CHF.

Die Dokumentationen für kurz- und langfristige Kapitalmarkt-aufnahmen unter dem etablierten EMTN- und dem CP-Programm sowie alle weiteren Kreditdokumentationen mit Banken (zum Beispiel syndizierte Kreditlinien) enthalten international übliche Standardklauseln. Die Abgabe einer Negativerklärung sowie eine Pari-passu-Klausel gegenüber den Gläubigern sind wesentliche Bestandteile der Finanzierungspolitik der EnBW.

Die EnBW verfügte 2012 jederzeit über den erforderlichen Zugang zum Kapitalmarkt. Im Berichtsjahr bestand eine Anleihefälligkeit in Höhe von 1,0 Mrd.€ mit einem Coupon in Höhe von 5,875%. Die Rückzahlung der Anleihe erfolgte zum 28. Februar 2012 und wurde aus der Liquiditätsposition gedeckt. Die für das Jahr 2013 bestehenden Anleihefälligkeiten (300 Mio. CHF, 750 Mio.€) können ohne eine Neuaufnahme von Finanzverbindlichkeiten zurückgezahlt werden. Da die CHF-Anleihe für die EnBW als Absicherung ihrer Schweizer Aktivitäten dient, ziehen wir in Erwägung, diese erneut in CHF zu refinanzieren. Das Fälligkeitsprofil der EnBW-Anleihen ist ausgewogen. Wir erwarten, dass die geplanten Netto-investitionen aufgrund der starken Innenfinanzierungskraft, abgesehen von möglichen Zwischenfinanzierungen, insgesamt aus dem operativen Cashflow finanziert werden können.

Fälligkeitsprofil der EnBW-Anleihen
in Mio. €



¹ Darin enthalten 300 Mio. CHF umgerechnet zum Stichtag 31.12.2012.

² Erstes Call Date Hybrid.

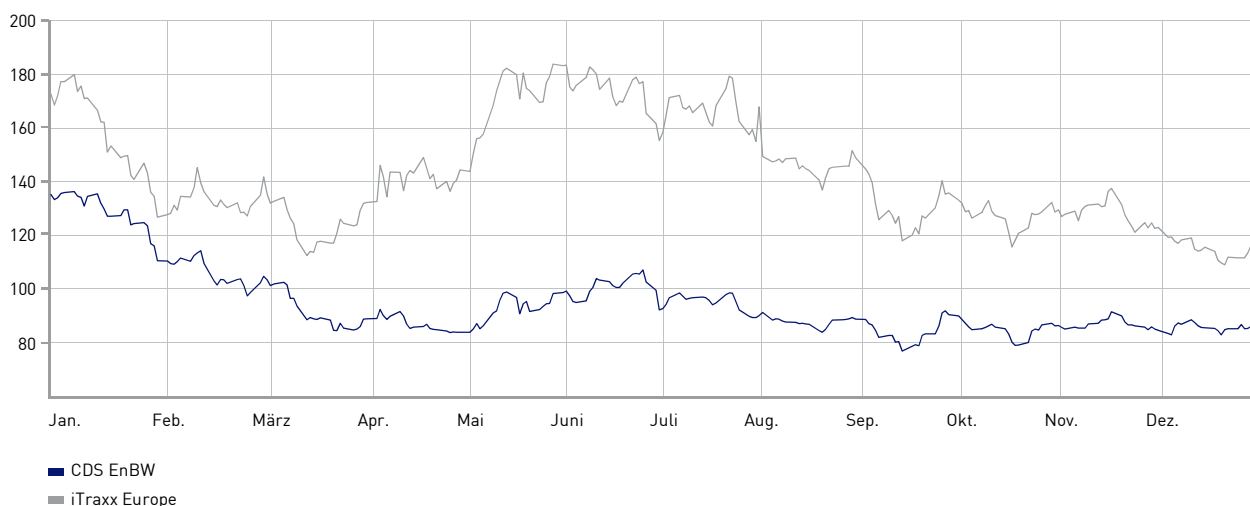
³ Nominal mit Umrechnung zum Stichtag 31.12.2012.

Erläuterungen zu den Finanzverbindlichkeiten befinden sich in Textziffer 24 des Anhangs zum Konzernabschluss (> www.enbw.com/bericht2012 > Finanzbericht 2012).

Entwicklung der fünfjährigen Credit Default Swaps für die EnBW

Die Risikoprämien für EnBW-Kreditprodukte (5-Jahres-CDS) haben sich seit Jahresanfang 2012 positiv entwickelt. Die Stärkung des Eigenkapitals der EnBW durch die Aufstockung der Hybridanleihe und die Kapitalerhöhung sorgten in einem freundlichen Marktumfeld für den Rückgang der CDS-Prämien um circa 50 Basispunkte. Der fünfjährige CDS für die EnBW hat sich im Jahresverlauf 2012 stabiler entwickelt als der Index iTraxx Europe, bestehend aus den CDS-Preisen von 125 großen europäischen Unternehmen, dessen Volatilität in hohem Maß auf die Verschärfung der europäischen Schuldenkrise zurückzuführen war.

Entwicklung des Credit Default Swaps 2012
in Basispunkten



Rating und Ratingentwicklung

Das wesentliche Ziel der EnBW-Finanzstrategie ist die Gewährleistung eines Ratings im A-Bereich. Die damit einhergehenden Anforderungen hat die EnBW seit dem Beginn der Bonitätsbewertung durch die Ratingagenturen Standard & Poor's (2000), Moody's (2002) und Fitch (2009) stets erfüllt.

Seit 2011 stehen die deutschen Energieversorger jedoch unter einer intensiven Beobachtung der Agenturen. Ursächlich dafür sind die energiepolitischen Entscheidungen in Deutschland und ihre Konsequenzen für die inländische Energiebranche.

Ratingüberblick EnBW – Rating/Ausblick	2012	2011	2010	2009	2008
Moody's	A3/negativ	A3/negativ	A2/stabil	A2/stabil	A2/stabil
Standard & Poor's	A-/stabil	A-/stabil	A-/negativ	A-/negativ	A-/stabil
Fitch	A-/stabil	A-/stabil	A/stabil	A/stabil	

Im Lauf des Jahres 2012 haben die Ratingagenturen ihre Bewertungen bestätigt. Die aktuellen Ratings reflektieren das

solide Finanzprofil der EnBW sowie die zuverlässige Umsetzung unseres Maßnahmenpakets. Weitere Details finden Sie in der folgenden Tabelle:

Bewertung durch Ratingagenturen	Stärken	Schwächen
Moody's (18.6.2012)	Substanzielles Maßnahmenpaket	Reduzierte Cashflows durch Kernbrennstoffsteuer und gesunkene Großhandelsmarktpreise sowie höhere CO ₂ -Emissionskosten ab 2017
	Starke Position als einer der Top-4 Stromerzeuger in Deutschland	Erhöhter Druck auf Finanzrisikoprofil
	Dividendenpolitik an Profitabilität ausgerichtet	Durchführungsrisiko bezüglich der Umsetzung des Maßnahmenpakets
Standard & Poor's (21.11.2012)	Solide Position als drittgrößtes deutsches Energieversorgungsunternehmen	Reduzierte Cashflows durch schwächeren deutschen Strommarkt und Abschaltung zweier EnBW-Kernkraftwerke
	Stabile und planbare Cashflows aus reguliertem Geschäft	Geringere Profitabilität durch geringere Auslastung der Kraftwerke, sinkende Großhandelsmarktpreise und einen weniger vorteilhaften Stromerzeugungsmix
	Starke Liquidität, finanzielle Flexibilität und unterstützendes Finanzrisikoprofil	Geringere geografische Diversifizierung im Vergleich mit großen europäischen Energieversorgungsunternehmen
Fitch (12.6.2012)	Verbesserte finanzielle Flexibilität und geringeres Leverage durch Fortschritte bei der Umsetzung des Maßnahmenpakets	Mittelfristig weitere Schwächung des Operating Cashflows durch Kernbrennstoffsteuer, geringere Großhandelsmarktpreise und die Vollauktionierung der CO ₂ -Zertifikate ab 2013
	Starkes Geschäftsprofil als vertikal integriertes Unternehmen mit dominierender Position in Baden-Württemberg	Reduzierte Erzeugungsmarge durch höheren Druck auf Merit Order der konventionellen Kraftwerkskapazitäten wegen Einspeisung erneuerbarer Energien
	Planbares reguliertes Netzgeschäft	Abschaltung zweier Kernkraftwerke durch Atomgesetznovelle

Die EnBW ist bestrebt, ihr Rating im A-Bereich mittelfristig zu erhalten, um weiterhin

- > eine erstklassige Adresse für Finanzierungspartner zu sein, ohne Einschränkungen in ihren Finanzierungsmöglichkeiten,
- > als zuverlässiger Geschäftspartner in ihren Handelsaktivitäten zu gelten,
- > möglichst niedrige Kapitalkosten zu erzielen und
- > eine angemessene Anzahl von Projekten realisieren zu können und damit ihre Zukunftsfähigkeit zu erhalten.

Unser bereits 2010 beschlossenes umfangreiches Maßnahmenpaket dient der Untermauerung der finanziellen Stärke des Unternehmens. Vor dem Hintergrund der gravierend veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen und mit Blick auf die Energiewende in Deutschland passten wir einzelne Schritte stetig an. Im Berichtsjahr haben wir die uns selbst auferlegten Maßnahmen erfolgreich umsetzen können (> **Lagebericht > Ziele, Strategie und Unternehmenssteuerung > S. 57ff).**

Investitionsanalyse

Zahlungswirksame Nettoinvestitionen des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	2012	2011	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	348,9	459,5	-24,1
Strom Netz und Vertrieb	308,7	379,1	-18,6
Gas	63,7	81,1	-21,5
Energie- und Umweltdienstleistungen	95,5	164,8	-42,1
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen gesamt	816,8	1.084,5	-24,7
Auszahlungen für den Erwerb von vollkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	38,8	168,5	-77,0
Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen ²	20,7	42,1	-50,8
Auszahlungen aus Anteilsveränderungen weiterhin vollkonsolidierter Unternehmen	1,1	19,8	-94,4
Investitionen gesamt	877,4	1.314,9	-33,3
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	-89,8	-33,8	-
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	-66,2	-83,1	-20,3
Einzahlungen aus dem Verkauf von vollkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	-258,1	-6,3	-
Einzahlungen aus dem Verkauf von Beteiligungen ²	-15,7	-13,9	12,9
Einzahlungen aus Anteilsveränderungen weiterhin vollkonsolidierter Unternehmen	0,0	-245,6	-
Einzahlungen aus Beteiligungsmodellen	0,0	-25,2	-
Desinvestitionen gesamt	-429,8	-407,9	5,4
Nettoinvestitionen (zahlungswirksam)	447,6	907,0	-50,7

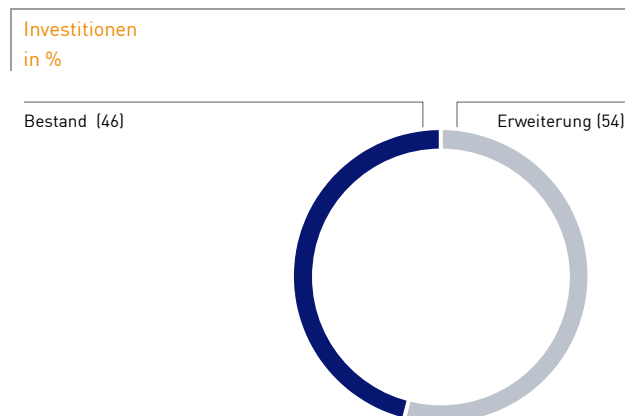
¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Ohne Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

Im Berichtsjahr 2012 investierte der EnBW-Konzern insgesamt 877,4 Mio. €, dies entspricht einem Rückgang um 33,3% gegenüber dem Vorjahr (1.314,9 Mio. €). Die getätigten Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen beliefen sich 2012 dabei auf 816,8 Mio. €, das sind 267,7 Mio. € oder 24,7% weniger als im Vorjahr. Der Anteil an den Gesamtinvestitionen betrug 93,1%, nach zuvor 82,5%. Die 2012 rückläufigen Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen korrespondieren mit dem im Zuge der gravierend veränderten Rahmenbedingungen angepassten Investitionsprogramm. Zudem ist der höhere Vorjahreswert der Gesamtinvestitionen durch die nachträgliche Kaufpreiszahlung im Rahmen des Anteilserwerbs an der EWE Aktiengesellschaft in Höhe von 83,9 Mio. € beeinflusst.

2012 nahmen die Investitionen in Ersatz- und Erneuerungsmaßnahmen mit rund 46% einen großen Anteil an der Gesamtinvestitionssumme ein. Die EnBW investierte vor allem in den Ausbau und die Instandhaltung bestehender Kraftwerke und der Netzinfrastruktur. Für Wachstumsprojekte wie die Realisierung des zweiten Offshore-Windparks EnBW Baltic 2, den Bau des Steinkohlekraftwerks RDK 8, die Vorbereitungen für den Bau des Gas- und Dampfkraftwerks Lausward sowie für weitere Erweiterungsprojekte wurden rund 54% der Gesamtinvestitionen verwendet. Die Investitionen in erneuerbare Energien machten rund 18%

der Gesamtinvestitionen aus. Im Wesentlichen finanzierten wir damit die Vorbereitungen für die Realisierung des zweiten Offshore-Windparks EnBW Baltic 2 sowie den Ausbau unserer Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien in der Türkei.



Auf das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel entfielen rund 40% der Investitionen. Gegenüber 2011 reduzierte sich der Wert um 24,1% auf 348,9 Mio. €. Hauptinvestment war hier – neben dem Bau des Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe – die Realisierung des Offshore-Windparks EnBW Baltic 2. Die Investitionssumme im

Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb belief sich auf 308,7 Mio.€. Sie lag damit 18,6% unter dem Niveau des Vorjahres (379,1 Mio.€). Die Mittel wurden überwiegend für die kontinuierliche Modernisierung und den Ausbau unserer Netze aufgewendet – vorrangig für den Anschluss sowie die Netzertüchtigung der Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien. Die Investitionen im Geschäftsfeld Gas reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr (81,1 Mio.€) um 21,5% auf 63,7 Mio.€. Das verringerte Investitionsvolumen ist im Wesentlichen auf die Fertigstellung des Gas-speicherprojekts Etzel Ende 2011 zurückzuführen. Investitionen in Höhe von 95,5 Mio.€ entfielen auf das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen. Der Rückgang um 42,1% gegenüber dem Vorjahr (164,8 Mio.€) ist vor allem auf die im Vorjahr getätigten Investitionen in den Bau eines Ersatzbrennstoffkraftwerks in Eisenhüttenstadt zurückzuführen.

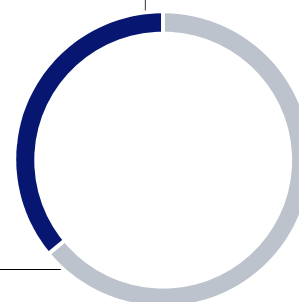
Die Finanzakquisitionen der EnBW nahmen von 230,4 Mio.€ im Vorjahr um 73,7% auf 60,6 Mio.€ im Jahr 2012 ab. Der hohe Vorjahreswert ist im Wesentlichen auf die nachträgliche Kaufpreiszahlung im Rahmen des Anteilserwerbs an der EWE Aktiengesellschaft zurückzuführen. Die Des-investitionen sind gegenüber dem Vorjahr (407,9 Mio.€) auf 429,8 Mio.€ angestiegen. Ursachen sind neben der Veräuße-rung unserer Beteiligung in Polen erhöhte sonstige Abgänge. Gegenläufig wirkten Einzahlungen aus Anteilsveränderun-

gen weiterhin vollkonsolidierter Unternehmen im Jahr 2011. Per Saldo betrug die Nettoinvestitionssumme im Geschäftsjahr 2012 447,6 Mio.€, gegenüber 907,0 Mio.€ in der Vorberichtsperiode.

Desinvestitionen in %

Baukostenzuschüsse
und sonstige Abgänge (36)

Klassische Desinvestitionen (64)



Für den Erwerb von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen bestanden zum 31. Dezember 2012 Investitions-verpflichtungen in Höhe von 975,6 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 1.138,2 Mio.€). Die Verpflichtungen zum Erwerb von Unternehmen beliefen sich auf 495,1 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 449,5 Mio.€). Die Investitionsverpflichtung wird aus dem laufenden Funds from Operations (FFO) finanziert.

Liquiditätsanalyse

Free Cashflow des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	2012	2011	Veränderung in %
Operating Cashflow	856,3	1.747,4	- 51,0
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit	915,1	414,7	120,7
Erhaltene Zinsen und Dividenden	346,2	394,1	-12,2
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-335,9	-346,9	-3,2
Funds from Operations (FFO)	1.781,7	2.209,3	-19,4
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit	-915,1	-414,7	120,7
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-816,8	-1.084,5	-24,7
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	89,8	33,8	-
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	66,2	83,1	-20,3
Free Cashflow	205,8	827,0	-75,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Operating Cashflow lag 2012 mit 856,3 Mio.€ um 51,0% deutlich unter dem Vorjahresniveau von 1.747,4 Mio.€. Ursachen sind im Wesentlichen gestiegene Verbräuche bei den Kernenergieerückstellungen, die aus der Stilllegung zweier unserer Kernkraftwerke resultierten, ein erhöhter Saldo aus Vermögenswerten und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit sowie ein Mittelzufluss in den gezahlten Ertragsteuern des Vorjahres infolge der Veräußerung eines

Körperschaftsteuerguthabens. Der Funds from Operations (FFO) liegt damit im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 1.781,7 Mio.€ um 19,4% unter dem Vorjahresniveau von 2.209,3 Mio.€. Im Periodenvergleich erhöhte sich der Saldo aus Vermögenswerten und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit deutlich um 500,4 Mio.€. Wesentliche Ursache hierfür ist der Anstieg des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,

unter anderem aufgrund einer nicht ausreichenden EEG-Umlage, die frühestens 2013 ausgeglichen wird. Gegenläufig wirkten hohe Sicherheitsleistungen für Derivate im Vorjahr. Im Vorjahresvergleich geringere Investitionen in

immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen führten im Berichtszeitraum zu einem Free Cashflow in Höhe von 205,8 Mio.€, eine Verringerung gegenüber dem Vorjahr um 621,2 Mio.€.

Cashflow-Rechnung des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	2012	2011	Veränderung in %
Operating Cashflow	856,3	1.747,4	-51,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-274,3	-658,3	-58,3
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-730,8	-188,2	-
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	-148,8	900,9	-
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	-0,2	0,2	-
Veränderung der flüssigen Mittel	-149,0	901,1	-

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Im Geschäftsjahr 2012 lag der Cashflow aus Investitionstätigkeit mit -274,3 Mio.€ deutlich unter dem Niveau des Vorjahres von -658,3 Mio.€. Hauptgründe hierfür sind im Periodenvergleich geringere Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen, geringere Auszahlungen für Kaufpreisanzahlungen und Kapitalerhöhungen sowie im Jahr 2012 höhere Einzahlungen aus der Veräußerung unserer Beteiligung in Polen. Beim Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ergab sich 2012 ein gegenüber dem Vorjahr (2011: -188,2 Mio.€) deutlich erhöhter Mittelabfluss von 730,8 Mio.€. Hintergrund dieses Anstiegs sind die Rückzahlung einer Anleiheverbindlichkeit in Höhe von 1 Mrd.€, geringere Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten sowie Einzahlungen aus Anteilsveränderungen weiterhin vollkonsolidierter Unternehmen im Jahr 2011. Gegenläufig

wirkten die im Juli 2012 durchgeführte Kapitalerhöhung sowie geringere Dividendenzahlungen. Die flüssigen Mittel des Konzerns verminderten sich im Berichtszeitraum um 149,0 Mio.€.

Die Zahlungsfähigkeit des EnBW-Konzerns war im Geschäftsjahr 2012 auf Basis der vorhandenen liquiden Mittel und des weiterhin positiven Free Cashflows sowie der verfügbaren externen Finanzierungsquellen jederzeit gewährleistet. Die künftige Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die solide Finanzlage abgesichert. Unter anderem wird dies durch ungenutzte Kreditlinien in Höhe von 2,539 Mrd.€ unterstützt, deren Verwendung keinen Beschränkungen unterliegt (> www.enbw.com/bericht2012 > Finanzbericht 2012).

Vermögenslage

Kurzfassung der Bilanz des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Aktiva			
Langfristige Vermögenswerte	25.140,8	25.261,7	-0,5
Immaterielle Vermögenswerte	(1.926,7)	(2.004,2)	-3,9
Sachanlagen	(13.782,5)	(13.791,5)	-0,1
At equity bewertete Unternehmen	(2.355,9)	(3.042,4)	-22,6
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(6.058,7)	(5.442,8)	11,3
Latente Steuern	(46,4)	(38,3)	21,1
Kurzfristige Vermögenswerte	10.948,0	10.217,1	7,2
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	681,1	209,9	-
	36.769,9	35.688,7	3,0
Passiva			
Eigenkapital	7.183,4	6.126,8	17,2
Langfristige Schulden	20.313,5	20.695,2	-1,8
Rückstellungen	(11.132,5)	(10.760,5)	3,5
Latente Steuern	(1.325,3)	(1.492,5)	-11,2
Finanzverbindlichkeiten	(5.560,1)	(6.219,1)	-10,6
Kurzfristige Schulden	9.272,4	8.866,1	4,6
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0,6	0,6	-
	36.769,9	35.688,7	3,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Bilanzsumme des EnBW-Konzerns belief sich zum Stichtag 31. Dezember 2012 auf 36.769,9 Mio. €. Zum Jahresultimo 2011 waren es 35.688,7 Mio. €. Die langfristigen Vermögenswerte sanken zum 31. Dezember 2012 um 120,9 Mio. €. Der Rückgang ist vor allem auf die Umgliederung der österreichischen 32,5%-Beteiligung EVN AG in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte zurückzuführen. Gegenläufig wirkte ein Anstieg der Wertpapiere, der hauptsächlich durch gestiegene Marktwerte verursacht war. Die kurzfristigen Vermögenswerte nahmen um 730,9 Mio. € auf 10.948,0 Mio. € zu. Im Wesentlichen ist dies bedingt durch den temporären Anstieg der kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aufgrund einer nicht ausreichenden EEG-Umlage, die voraussichtlich im Jahr 2013 ausgeglichen wird. Der Rückgang der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte durch die Veräußerung unserer polnischen Beteiligungen im ersten Quartal 2012 wurde durch die Umgliederung der EVN AG im vierten Quartal 2012 überkompensiert. Die Zunahme des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2012 um 17,2% auf 7.183,4 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der im Juli 2012 durchgeführten Kapitalerhöhung. Die Eigenkapitalquote zum

Bilanzstichtag lag mit 19,5% deutlich über dem Niveau des Vorjahresultimos von 17,2%. Der Anstieg der langfristigen Rückstellungen um 372,0 Mio. € auf 11.132,5 Mio. € ist im Wesentlichen auf die Kernenergie Rückstellungen zurückzuführen, die sich aufgrund der Senkung des Diskontierungszinssatzes im Stichtagsvergleich erhöhten. Der Rückgang der langfristigen Finanzverbindlichkeiten um 10,6% ist maßgeblich durch die Umgliederung von Anleiheverbindlichkeiten in Höhe von rund 1 Mrd. €, die 2013 zur Rückzahlung anstehen, bedingt. Gegenläufig wirkte die Aufstockung unserer Hybridanleihe. Der erhöhende Effekt durch die Umgliederung der langfristigen Anleiheverbindlichkeiten in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten wurde durch die Rückzahlung einer Anleiheverbindlichkeit von 1 Mrd. € im Februar 2012 kompensiert. Zum Rückgang der kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten um 224,9 Mio. € auf 1.201,1 Mio. € trugen insbesondere gesunkene Bankverbindlichkeiten bei. Insgesamt stiegen die kurzfristigen Schulden um 4,6% auf 9.272,4 Mio. € an, vor allem weil sich die negativen Marktwerte der derivativen Finanzinstrumente aufgrund der Entwicklung der Marktpreise erhöhten.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstrukturanalyse des EnBW-Konzerns ¹	2012	2011	Veränderung in %
Eigenkapitalquote in %	19,5	17,2	13,4
Durchschnittliches Capital Employed	14.935,5	15.434,1	-3,2
Bereinigte Nettoschulden/Eigenkapital	1,2	1,4	-14,3
Deckungsgrad langfristige Vermögenswerte (langfristige Vermögenswerte/Eigenkapital)	3,5	4,1	-14,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Das durchschnittliche Capital Employed ging im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 3,2% auf 14.935,5 Mio. € zurück. Das Verhältnis der bereinigten Nettoschulden zum Eigenkapital verbesserte sich 2012 von 1,4 auf 1,2. Die Kennzahl „Deckungsgrad langfristige Vermögenswerte“ verbesserte sich auf 3,5, nach 4,1 im Vorjahr. Beide Verbesserungen sind vor allem auf die im Juli 2012 durchgeführte Kapitalerhöhung zurückzuführen.

Bereinigte Nettoschulden

Die bereinigten Nettoschulden verringerten sich zum 31. Dezember 2012 gegenüber dem Stand zum Jahresende 2011 um 1,6 % auf 8.415,6 Mio. €. Die bilanziellen Nettoschulden gingen von 9.457,9 Mio. € um 831,4 Mio. € auf 8.626,4 Mio. €

zurück. Hauptgründe hierfür waren die im Juli 2012 durchgeführte Kapitalerhöhung sowie die Desinvestitionen. Gegenläufig wirkte ein Fehlbetrag auf dem EEG-Bankkonto, resultierend aus der nicht ausreichenden EEG-Umlage. Im Rahmen einer Bestandsumschichtung – infolge des geänderten Kapitalmarktumfelds – wurden die kurzfristigen Finanzmittel der Spezialfonds in langfristige Wertpapiere investiert. Der Rückgang der bereinigten Nettoschulden liegt mit 138,0 Mio. € deutlich unter dem Rückgang der bilanziellen Nettoschulden. Grund hierfür sind die noch nicht verrechneten versicherungsmathematischen Verluste. Diese erhöhten sich aufgrund der Absenkung des Diskontierungszinssatzes der Pensionsrückstellungen von 5,25 % auf 3,80 % um 1.051,4 Mio. €.

Bereinigte Nettoschulden des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung in %
Kurzfristige Finanzmittel	-3.341,2	-3.719,5	-10,2
Kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergie Rückstellungen	1.075,3	1.377,5	-21,9
Bereinigte kurzfristige Finanzmittel	-2.265,9	-2.342,0	-3,2
Anleihen	5.380,7	6.196,3	-13,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	971,7	937,0	3,7
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	408,8	511,8	-20,1
Finanzverbindlichkeiten	6.761,2	7.645,1	-11,6
Bilanzielle Nettofinanzschulden²	4.495,3	5.303,1	-15,2
Pensions- und Kernenergie Rückstellungen	11.190,5	10.875,0	2,9
Langfristige Wertpapiere und Ausleihungen ³	-5.902,3	-5.213,0	13,2
Kurzfristige Finanzmittel der Spezialfonds und kurzfristige Wertpapiere zur Deckung der Pensions- und Kernenergie Rückstellungen	-1.075,3	-1.377,5	-21,9
Sonstiges	-81,8	-129,7	-36,9
Bilanzielle Nettoschulden³	8.626,4	9.457,9	-8,8
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.158,1	106,7	-
Marktwert von CO ₂ -Zertifikaten, die für die geplante künftige Stromproduktion beschafft wurden	-154,4	0,0	-
Langfristige Forderungen in Zusammenhang mit Kernenergie Rückstellungen	-555,5	-511,0	8,7
Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften	-159,0	-125,0	27,2
Anpassung 50 % des Nominalbetrags der Hybridanleihe ⁴	-500,0	-375,0	33,3
Bereinigte Nettoschulden³	8.415,6	8.553,6	-1,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften und 50 % des Nominalbetrags der Hybridanleihe betragen die Nettofinanzschulden 3.836,3 Mio. € (31.12.2011 angepasst: 4.803,1 Mio. €).

³ Beinhaltet Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

⁴ Unsere Hybridanleihe erfüllt aufgrund ihrer Strukturmerkmale die Kriterien für die Klassifizierung je zur Hälfte als Eigenkapital und Fremdkapital bei den Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's.

Der dynamische Verschuldungsgrad setzt die bereinigten Nettoschulden ins Verhältnis zum Adjusted EBITDA.

$$\text{Dynamischer Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Bereinigte Nettoschulden}}{\text{Adjusted EBITDA}}$$

Dynamischer Verschuldungsgrad des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	2012	2011	Veränderung in %
Bereinigte Nettoschulden	8.415,6	8.553,6	-1,6
Adjusted EBITDA	2.343,1	2.449,0	-4,3
Dynamischer Verschuldungsgrad	3,59	3,49	2,9

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Zum 31. Dezember 2012 erhöhte sich der dynamische Verschuldungsgrad auf 3,59. Ursache hierfür war das gegenüber dem Vorjahr um 4,3% rückläufige Adjusted EBITDA.

Wertbeitrag

Wertbeitrag des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern 2012	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umwelt-dienst-leistungen	Holding/ Konsoli-dierung	Gesamt
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis (in Mio. €)	984,8	471,1	99,4	150,9	-18,4	1.687,8
Durchschnittliches Capital Employed (in Mio. €)	5.662,9	4.656,1	1.539,2	1.500,1	1.577,2	14.935,5
ROCE (in %)	17,4	10,1	6,5	10,1	-	11,3
Kapitalkostensatz (in %)	9,7	8,2	8,5	8,9	-	8,7
Wertbeitrag (in Mio. €)	436,0	88,5	-30,8	16,5	-	388,3

Wertbeitrag des EnBW-Konzerns nach Geschäftsfeldern 2011 ¹	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umwelt-dienst-leistungen	Holding/ Konsoli-dierung	Gesamt
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis (in Mio. €)	1.345,4	274,3	60,2	193,2	-87,8	1.785,3
Durchschnittliches Capital Employed (in Mio. €)	5.952,2	4.501,3	1.435,6	1.483,8	2.061,2	15.434,1
ROCE (in %)	22,6	6,1	4,2	13,0	-	11,6
Kapitalkostensatz (in %)	9,8	8,0	8,1	8,9	-	8,7
Wertbeitrag (in Mio. €)	761,9	-85,5	-56,0	60,8	-	447,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Trotz schwieriger Markt- und Umfeldbedingungen hat der EnBW-Konzern im Geschäftsjahr 2012 einen positiven Wertbeitrag in Höhe von 388,3 Mio.€ generiert, der jedoch um 13,2% geringer als im Vorjahr ausfiel. Wesentliche Ursache für den Rückgang ist das niedrigere Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis im Jahr 2012. Dementsprechend ermäßigte sich im Geschäftsjahr 2012 der

ROCE um 0,3 Prozentpunkte auf 11,3%. Gleichwohl konnten die Kapitalkosten deutlich übertroffen werden. Diese lagen auf Konzernebene weiterhin bei 8,7% vor Steuern.

Zur Wertbeitragsentwicklung der Geschäftsfelder

Das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel hatte 2012 den größten Anteil an der Unternehmenswertsteigerung des EnBW-Konzerns. Allerdings reduzierte sich der Wertbeitrag gegenüber dem Vorjahr deutlich von 761,9 Mio. € auf 436,0 Mio. €. Wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist das rückläufige operative Ergebnis in diesem Unternehmensbereich. Positiv auf den Wertbeitrag wirkt sich dagegen die gegenüber dem Vorjahr geringere Kapitalbasis aus, was vor allem auf das deutlich reduzierte Working Capital zurückzuführen ist. Demgegenüber wirken sich Sachinvestitionen in fortlaufende Projekte wie den Bau des Steinkohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe sowie die Entwicklung und Realisierung der Offshore-Windanlage EnBW Baltic 2 erhöhend auf das Capital Employed aus.

Im Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb hat sich der Wertbeitrag positiv entwickelt. Dieser konnte von -85,5 Mio. € im Vorjahr auf 88,5 Mio. € gesteigert werden. Der Anstieg in diesem Segment ist bedingt durch das gegenüber 2011 deutlich bessere operative Ergebnis. Die höhere Kapitalbasis resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen in die kontinuierliche Modernisierung und den Ausbau der Netze, insbesondere für den Anschluss sowie die Netzertüchtigungen der Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien, sowie aus der Veränderung des Working Capital.

Der Wertbeitrag im Geschäftsfeld Gas belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf -30,8 Mio. €, was jedoch eine Verbesserung um 25,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Dieser Anstieg ist der deutlichen Ergebnisverbesserung in diesem Geschäftsfeld geschuldet. Teilweise gegenläufig wirkt die im Vergleich zum Vorjahr höhere Kapitalbasis, was im Wesentlichen auf den Anstieg des Working Capital zurückzuführen ist.

Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen war der Wertbeitrag im Berichtszeitraum rückläufig. Der Grund dieses Rückgangs um 44,3 Mio. € auf 16,5 Mio. € im Jahr 2012

liegt in dem Vergleich zum Vorjahr geringeren Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis begründet. Die Kapitalbasis blieb gegenüber 2011 nahezu konstant.

Für den Bereich Holding/Konsolidierung hat sich die Kapitalbasis im Wesentlichen aufgrund der im Geschäftsjahr 2012 vorgenommenen Desinvestition der polnischen Minderheitsbeteiligung Elektrownia Rybnik S.A. deutlich reduziert. Darüber hinaus schlagen sich aufgrund der Durchschnittsbildung für das Capital Employed die zum Jahresabschluss 2011 vorgenommenen Wertberichtigungen auf Beteiligungen vollständig in der Kapitalbasis nieder.

Details zur Entwicklung des Adjusted EBIT sowie zum Adjusted Beteiligungsergebnis sind in den Ausführungen unter Adjusted und neutrales Ergebnis in diesem Kapitel nachzulesen ([> Lagebericht > Ertragslage > S. 69ff](#)).

Zur Ermittlung des Wertbeitrags

Die Kapitalkosten vor Steuern stellen eine Mindestverzinsung auf das eingesetzte Kapital dar. Erst wenn die erzielte Verzinsung (ROCE) über den Kapitalkosten liegt, entsteht ein positiver Wertbeitrag. Zur Ermittlung der Kapitalkosten wird der gewichtete Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten zugrunde gelegt. Der gewichtete Durchschnitt ist der jeweilige Anteil von Eigen- und Fremdkapital am Gesamtkapital. Der Wert des Eigenkapitals entspricht dabei einer Marktbewertung und stimmt somit nicht mit dem bilanziellen Wert überein. Die Eigenkapitalkosten basieren auf der Rendite einer risikofreien Anlage und einem unternehmensspezifischen Risikoaufschlag. Dieser bestimmt sich aus der Differenz einer risikofreien Anlage und der Rendite des Gesamtmarkts, gewichtet mit dem unternehmensindividuellen Beta-Faktor. Die langfristigen Konditionen, zu denen der EnBW-Konzern Fremdkapital aufnehmen kann, dienen zur Festlegung der Fremdkapitalkosten. Die steuerliche Abzugsfähigkeit der Fremdkapitalzinsen wird über das Tax Shield berücksichtigt.

Ableitung des Kapitalkostensatzes (WACC) des EnBW-Konzerns	2012	2011
Risikofreier Zinssatz (r_f)	3,8 %	4,0 %
Marktrisikoprämie (MRP)	5,0 %	5,0 %
Betafaktor (β)	0,9	0,8
Eigenkapitalkostensatz nach Steuern	8,2 %	7,9 %
Fremdkapitalkostensatz vor Steuern (r_{FK})	5,8 %	6,0 %
Tax Shield der Fremdkapitalzinsen	-1,5 %	-1,5 %
Fremdkapitalkostensatz nach Steuern	4,3 %	4,5 %
Anteil Eigenkapital (EK)	50,0 %	50,0 %
Anteil Fremdkapital (FK)	50,0 %	50,0 %
Kapitalkostensatz nach Steuern	6,2 %	6,2 %
Steuersatz (s)	29,0 %	29,0 %
Kapitalkostensatz vor Steuern (Konzern)	8,7 %	8,7 %

Um den unterschiedlichen Risiken unserer Geschäftsaktivitäten entlang der Wertschöpfungskette gerecht zu werden, ermitteln wir die Kapitalkosten separat für die einzelnen Geschäftsfelder (> Lagebericht > Ziele, Strategie und Unternehmenssteuerung > S. 60).

$$\text{WACC nach Steuern} = (r_F + \text{MRP} \times \beta) \times \text{EK} / (\text{EK} + \text{FK}) + r_{\text{FK}} \times (1 - s_{\text{TS}}) \times \text{FK} / (\text{EK} + \text{FK})$$

Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	2012	2011
EBIT	1.275,2	677,8
Neutrales EBIT	179,6	922,3
Beteiligungsergebnis ²	138,9	-670,2
Neutrales Beteiligungsergebnis ²	26,5	801,7
Steueranpassung Beteiligungsergebnis ³	67,6	53,7
Adjusted EBIT inklusive Beteiligungsergebnis	1.687,8	1.785,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Ohne Ergebnis aus Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

³ Adjusted Beteiligungsergebnis/0,71 – Adjusted Beteiligungsergebnis (mit 0,71 = 1 – Steuersatz 29 %).

Durchschnittliches Capital Employed des EnBW-Konzerns in Mio. € ¹	2012	2011
Immaterielle Vermögenswerte	1.926,7	2.004,2
Sachanlagen	13.782,5	13.791,5
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	81,5	77,3
Beteiligungen ²	2.512,3	3.272,2
Vorratsvermögen ³	1.131,5	955,1
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ⁴	3.900,6	3.040,9
Übrige Vermögenswerte ⁵	3.173,4	2.790,6
Sonstige Rückstellungen	-1.167,6	-1.128,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten ⁶	-7.537,7	-6.793,5
Zuschüsse	-1.566,3	-1.582,8
Latente Steuern ⁷	-1.278,9	-1.454,2
Capital Employed zum 31.12.	14.958,0	14.972,5
Durchschnittliches Capital Employed⁸	14.935,5	15.434,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Beinhaltet at equity bewertete Unternehmen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind.

³ Ohne CO₂-Zertifikate, die für die künftige Stromproduktion beschafft wurden.

⁴ Ohne verbundene Unternehmen.

⁵ Ohne verbundene Unternehmen, ohne langfristige Forderungen in Zusammenhang mit Kernenergie Rückstellungen.

⁶ Ohne verbundene Unternehmen, ohne als Verbindlichkeiten erfasste Kaufpreisverpflichtungen gegenüber Anteilseignern ohne beherrschenden Einfluss.

⁷ Aktive und passive latente Steuern saldiert.

⁸ Durchschnittliche Berechnung auf Basis der jeweiligen Quartalswerte des Berichtsjahres und des Vorjahresendwerts.

Nicht bilanzierte immaterielle Vermögenswerte

Eine Reihe immaterieller Vermögenswerte, die nicht in der Bilanz erfasst werden, leistet einen erheblichen Beitrag zur Unternehmensentwicklung und zum Erfolg des EnBW-Konzerns. Das Wissen der hoch qualifizierten Mitarbeiter in Kombination mit modernen, effizienten Geschäftsprozessen sowie die Beziehungen zu Partnern und Kunden gilt es optimal einzusetzen und zu gestalten. Das sogenannte intellektuelle Kapital der EnBW, bestehend aus Human-, Struktur- und Beziehungskapital, beeinflusst die Geschäftstätigkeit und den Wert des Unternehmens wesentlich.

Für die EnBW ist das professionelle Management des intellektuellen Kapitals von strategischer Bedeutung. Als einziges Großunternehmen in Deutschland ermitteln und überprüfen wir seit 2005 unsere Wissensziele mittels der „Wissensbilanz – made in Germany“. Die Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals werden dabei in den zentralen Gesellschaften des Konzerns von fachlich und hierarchisch repräsentativ zusammengesetzten Mitarbeitergruppen im Rahmen einer systematischen Selbsteinschätzung beurteilt. Qualität und Quantität der einzelnen Faktoren sowie die Systematik der Entwicklung der Faktoren im Unternehmen werden anhand von 27 Fragen bewertet. Danach werden die Ergebnisse aus den Gesellschaften zu einer Konzernauswertung konsolidiert.

Dies lässt eine Beurteilung der Entwicklungsperspektiven des intellektuellen Kapitals der EnBW und die Identifizierung von Handlungsfeldern zu. In den Jahren 2005 bis 2011 wurden über 300 Maßnahmen zur Entwicklung des intellektuellen Kapitals abgeleitet. Als besonders wirksam haben sich die Maßnahmen im Bereich Management- und Sozialkompetenz, insbesondere das Teamleiter-Entwicklungsprogramm, erwiesen. Das intellektuelle Kapital der EnBW hat sich seit 2010 unterschiedlich entwickelt. Zuletzt lagen die Bewertungen für Human-, Struktur- und Beziehungskapital durchschnittlich im „befriedigenden“ bis „guten“ Bereich. Als Konsequenz der veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen, der Neuausrichtung des Konzerns und der daraus hervorgehenden Verunsicherung der Mitarbeiter und der übrigen Stakeholder verschlechterte sich die Einschätzung der drei Kapitalarten gegenüber dem Vorjahr. Besonders negativ verlief die Entwicklung in puncto Humankapital ([> Lagebericht > Humankapital > S. 96](#)).

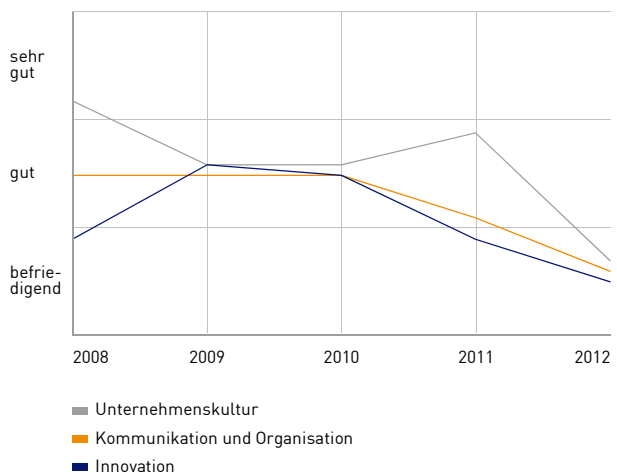
Strukturkapital: Die Einflussfaktoren des Strukturkapitals zeigten 2012 negative Tendenzen auf. Die Unternehmenskultur wird als „befriedigend“ bewertet und als eine offene, durch Teamarbeit und Wir-Gefühl geprägte Kultur wahrgenommen. Verbesserungspotenzial wird vor allem bei dem bereichsübergreifenden Zusammengehörigkeitsgefühl gesehen, um Entscheidungs- und Handlungsprozesse zu beschleunigen.

Die Bewertung von Kommunikation und Organisation des EnBW-Konzerns nahm 2012 weiter ab und bewegt sich nun auf einem „befriedigenden“ Niveau. Optimierungsbedarf wird vor allem an Schnittstellen zwischen Abteilungen und einzelnen Gesellschaften gesehen, bedingt durch die steigende Komplexität des Konzerns.

Die Beurteilung der Innovationsfähigkeit des Unternehmens bewegt sich unverändert auf einem „befriedigenden“ Niveau. Die stark veränderten Marktbedingungen und Gesetze, aber auch neue Wettbewerber führen zu wachsenden strategischen Ansprüchen an Innovationen. Vorschläge insbesondere für Prozessverbesserungen werden teilweise aus Kapazitätsgründen und wegen der aktuellen Umstrukturierung nicht systematisch genug umgesetzt.

Entwicklung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals der EnBW

Strukturkapital

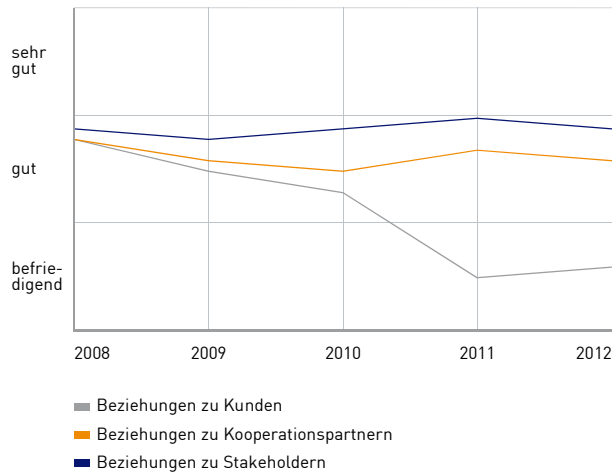


Beziehungskapital: Die Bewertung der Kundenbeziehungen der EnBW entwickelte sich stabil und liegt am oberen Ende des „befriedigenden“ Niveaus. 2012 wurden einige neue Instrumente für das Beziehungsmanagement erfolgreich eingeführt. Dennoch wirken zunehmend schwierige Marktbedingungen und der intensive Wettbewerb bei gleichzeitig steigenden Wachstumsambitionen negativ auf die Qualität der Kundenbeziehungen.

Die Beziehung zu Kooperationspartnern wird weiterhin als „gut“ beurteilt. Qualität und Systematisierung dieses Faktors stiegen sogar gegenüber 2011 an. Gestärkt werden können diese Faktoren durch eine Intensivierung der einzelnen Beziehungen, zum Beispiel zu Forschungsinstituten, und eine strategischere Ausrichtung des Umgangs mit Kooperationspartnern. Verbesserungspotenzial besteht beim Umfang der Beziehungen, hier vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien.

Das Bewertungsniveau des Faktors „Beziehung zu Stakeholdern“ bewegt sich 2012 weiter am oberen Ende des „guten“ Niveaus.

Entwicklung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals der EnBW
Beziehungskapital



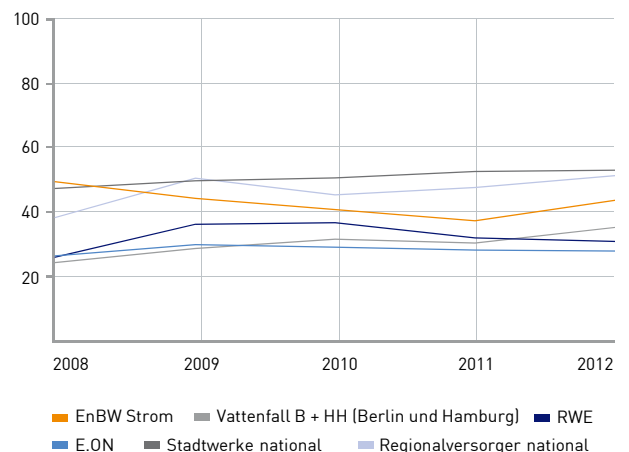
Marktforschung

Die Marke EnBW ist für uns von großer Bedeutung. Unser Ziel ist es, ein positives Markenimage zu erhalten und auszubauen; es ist ein wesentliches Element der Beziehungen zu Kunden, Partnern und Behörden. Voraussetzung dafür ist eine klare Positionierung der EnBW im intensiven Wettbewerb, die sich aus der Markenidentität der EnBW ableiten lässt. Diese strategische Ausrichtung hat dazu geführt, dass die Marke EnBW neben einer sehr hohen Bekanntheit in Baden-Württemberg bei ihren Kunden als kompetenter und für den Kunden gut erreichbarer Partner mit regionaler Verwurzelung geschätzt wird. Folglich zählt sich das Management des immateriellen Vermögenswerts

der Marke aus: Das Bild des Kunden von der EnBW verstärkt seine Bindung an das Unternehmen. Im Rahmen der Neuausrichtung des Konzerns wollen wir uns künftig noch stärker als Partner für dezentrale Energielösungen am Markt positionieren und unsere Position als CO₂-armer Erzeuger sichern.

Kundenbindung basiert auf einer hohen Kundenzufriedenheit. Der intensive Wettbewerb in der Branche wirkte auch in diesem Jahr auf die Kundenzufriedenheit und -loyalität der Privatkunden der EnBW. Die Kundenloyalität der EnBW konnte 2012 nach einem Rückgang im Jahr 2011 – infolge der Ereignisse in Japan – wieder gesteigert werden. Die Kundenzufriedenheit und -loyalität zum Unternehmen EnBW rangierte im Berichtsjahr wieder mit Abstand vor RWE, E.ON und Vattenfall, jedoch hinter den Stadtwerken und Regionalversorgern.

Kundenzufriedenheit
(Anteil Kunden in % „außerordentlich zufrieden“ / „sehr zufrieden“)



Unternehmenssituation der EnBW AG

Das Jahresergebnis der EnBW AG verbesserte sich trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen im Wesentlichen aufgrund einmaliger Effekte im Vorjahr um 405,3 Mio. €, der Jahresüberschuss betrug somit 336,5 Mio. €. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags von 23,1 Mio. € ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 359,6 Mio. €. Der Hauptversammlung wird wie im Vorjahr eine Dividende von 0,85 € je Aktie vorgeschlagen.

Unternehmenssituation der EnBW AG

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW AG) hat als Holding die Leitungsfunktion im EnBW-Konzern. Die wirtschaftliche Lage der EnBW AG hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Lage des Konzerns ab. Der Jahresabschluss der EnBW AG wird gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) und Aktiengesetz (AktG) aufgestellt. Der von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mannheim, geprüfte ausführliche Jahresabschluss sowie der mit dem Konzern zusammengefasste Lagebericht der EnBW AG werden zusammen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk im Bundesanzeiger veröffentlicht. Der vollständige Jahresabschluss der EnBW AG steht als Download zur Verfügung (www.enbw.com/bericht2012 > Jahresabschluss AG).

Vermögenslage der EnBW AG

Die Vermögenslage der EnBW AG wird maßgeblich von ihren Beteiligungen sowie der zentralen Finanz- und Liquiditätssteuerung bestimmt. Die zentrale Finanz- und Liquiditätssteuerung wirkt sich sowohl auf die Finanzanlagen als auch auf die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus. Bei der EnBW AG werden die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus der Zusage betrieblicher Altersversorgung sowie sonstiger Betriebsvereinbarungen der wesentlichen Tochtergesellschaften gebündelt. Die hieraus resultierenden jährlichen Aufwendungen für die Altersversorgung der aktiven Mitarbeiter werden von den jeweiligen Tochtergesellschaften vergütet.

Kurzfassung der Bilanz der EnBW AG in Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Aktiva		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	5,4	6,2
Sachanlagen	6,6	8,5
Finanzanlagen	17.794,5	16.178,7
	17.806,5	16.193,4
Umlaufvermögen		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.661,7	2.600,6
Übrige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	324,6	211,1
Wertpapiere und flüssige Mittel	2.384,2	2.302,9
	5.370,5	5.114,6
Rechnungsabgrenzungsposten	34,9	43,3
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	0,1	0,1
	23.212,0	21.351,4

¹ Nach deutschem Handelsrecht.

Kurzfassung der Bilanz der EnBW AG in Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Passiva		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	708,1	640,0
Eigene Anteile	-14,7	-14,7
Ausgegebenes Kapital	(693,4)	(625,3)
Kapitalrücklage	776,0	22,2
Gewinnrücklagen	1.592,5	1.592,5
Bilanzgewinn	359,6	230,7
	3.421,5	2.470,7
Rückstellungen	5.060,2	4.774,2
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.923,8	12.492,8
Übrige Verbindlichkeiten	1.791,4	1.603,8
	14.715,2	14.096,6
Rechnungsabgrenzungsposten	15,1	9,9
	23.212,0	21.351,4

¹ Nach deutschem Handelsrecht.

Das Finanzanlagevermögen erhöhte sich um 1.615,8 Mio.€. Der Anstieg betraf im Wesentlichen Ausleihungen an verbundene Unternehmen mit 1.097,4 Mio.€ sowie Wertpapiere des Anlagevermögens mit 233,6 Mio.€.

Das Eigenkapital erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund der im Berichtsjahr 2012 durchgeführten Kapitalerhöhung in Höhe von 821,9 Mio.€. Die Eigenkapitalquote der EnBW AG stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozentpunkte auf 14,7%.

Der Anstieg bei den Rückstellungen ist im Wesentlichen auf die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zurückzuführen, die überwiegend durch den geringeren Abzinsungszinssatz gestiegen sind.

Die übrigen Verbindlichkeiten stiegen im Wesentlichen aufgrund der Erhöhung der Hybridanleihe im Volumen von 250 Mio.€.

Ergebnis der EnBW AG und Dividende

Kurzfassung der Gewinn- und Verlustrechnung der EnBW AG in Mio. € ¹	2012	2011
Beteiligungsergebnis	1.067,9	1.004,0
Zinsergebnis	-377,2	-473,3
Personalaufwand	-93,5	-59,0
Sonstige Aufwendungen und Erträge	-100,1	91,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	497,1	563,3
Außerordentliche Aufwendungen	0,0	-503,8
Steuern	-160,6	-128,3
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	336,5	-68,8

¹ Nach deutschem Handelsrecht.

Der Jahresüberschuss der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2012 beträgt 336,5 Mio.€ und liegt damit um 405,3 Mio.€ über dem Vorjahreswert. Der Bilanzgewinn beläuft sich auf 359,6 Mio.€ und berücksichtigt einen Gewinnvortrag von

23,1 Mio.€. Das Beteiligungsergebnis verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr, das durch Einmaleffekte beeinflusst war, nur geringfügig aufgrund der schlechteren Ertragslage der Tochterunternehmen um 63,9 Mio.€. Das negative

Zinsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls leicht um 96,1 Mio.€, im Wesentlichen aufgrund höherer Ausleihungen an verbundene Unternehmen.

Der Anstieg im Personalaufwand ist wesentlich durch höhere Aufwendungen im Rahmen der Altersversorgung bedingt.

Die Veränderung der sonstigen Aufwendungen und Erträge ist im Wesentlichen durch Einmaleffekte im Vorjahr geprägt.

Bei den außerordentlichen Aufwendungen im Vorjahr handelte es sich um die Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen auf Grund der vollständigen Berücksichtigung des verbliebenen Unterschiedsbetrages im Rahmen der Umstellung auf die Vorschriften des BilMoG.

Der Steueraufwand ist um 32,3 Mio.€ höher als im Vorjahr und beträgt 160,6 Mio.€. Er ergibt sich im Wesentlichen durch Vorsorge für steuerliche Betriebsprüfungsrisiken. Es sind ausschließlich tatsächliche Steuern enthalten, da wegen aktivem Überhang keine latenten Steuern bilanziert sind. Vom Bilanzierungswahlrecht bei aktivem Überhang von Steuerlatenzen wurde kein Gebrauch gemacht.

Der Hauptversammlung am 25. April 2013 wird vorge schlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 0,85€ je Aktie auszuschütten. Zum 31. Dezember 2012 waren insgesamt 270.855.027 Aktien dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2012 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 230,2 Mio.€ betragen.

Anmerkungen zur Berichtsweise

Der Konzernabschluss der EnBW AG wird entsprechend § 315a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) aufgestellt.

Schlusserklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand der EnBW AG erstellte für das Geschäftsjahr 2012 gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, der mit folgender Erklärung schließt: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen

Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, an dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der herrschenden oder eines mit ihnen verbundenen Unternehmens sind weder getroffen noch unterlassen worden.“

EnBW-Aktie

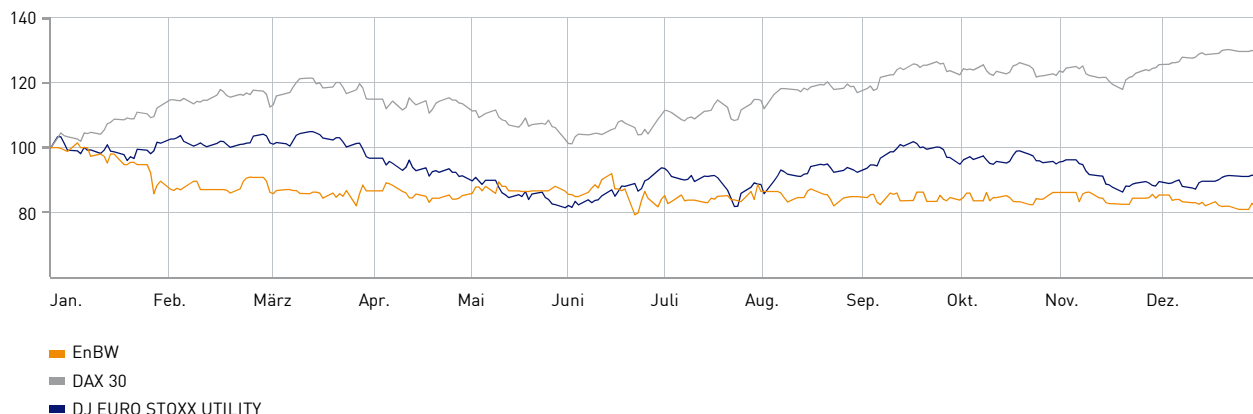
Zu Jahresbeginn startete der DAX mit einem Stand von 6.075,72 Punkten und konnte das erste Quartal knapp unterhalb der 7.000er-Marke bei 6.946,83 Punkten beenden. In den ersten Monaten 2012 war es gelungen, die Zahlungsfähigkeit Griechenlands durch einen Schuldenschnitt abzuwenden und das Bankensystem mit zinsgünstigen Ausleihungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) zu stabilisieren. Die Krisenstimmung verstärkte sich jedoch dann wieder aufgrund der Lage des spanischen Staatshaushalts und zahlreicher spanischer Großbanken, die wegen Immobiliengeschäften unter Druck geraten waren. Seit dem Jahrestief bei 5.969,40 Punkten Anfang Juni konnte der DAX im weiteren Jahresverlauf fast ununterbrochen zulegen. Der erneute Börsenaufschwung wurde durch die von den Regierungschefs der Eurostaaten beschlossenen kurzfristigen Hilfen für Italien und Spanien und die angekündigten direkten Bankenhilfen aus dem Rettungsfonds ESM beflügelt. Sein Jahreshoch erreichte der DAX am 20. Dezember bei 7.672,10 Punkten. Zum Stichtag 28. Dezember 2012 wurde der Schlusskurs dann mit 7.612,39 Punkten festgestellt, sodass der DAX im Jahr 2012 mit 29,1% das größte Plus seit 2003 verbuchte und damit besser lag als die meisten anderen Indizes in Europa.

Das durch die Energiewende herausfordernde Umfeld setzt die deutschen Energieversorgungsunternehmen jedoch weiter unter Druck. So notierte die EnBW-Aktie zum Jahresende 2012 bei 30,15 €, nach 37,73 € zu Jahresbeginn.

Im europäischen Umfeld vollzog der Index DJ EURO STOXX UTILITY, der die Aktien europäischer Versorger abbildet, einen Rückgang von 8,8% auf Jahresfrist.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden insgesamt 95.154 EnBW-Aktien in XETRA gehandelt. Im Tagesdurchschnitt lag der Umsatz somit bei 433 Stück.

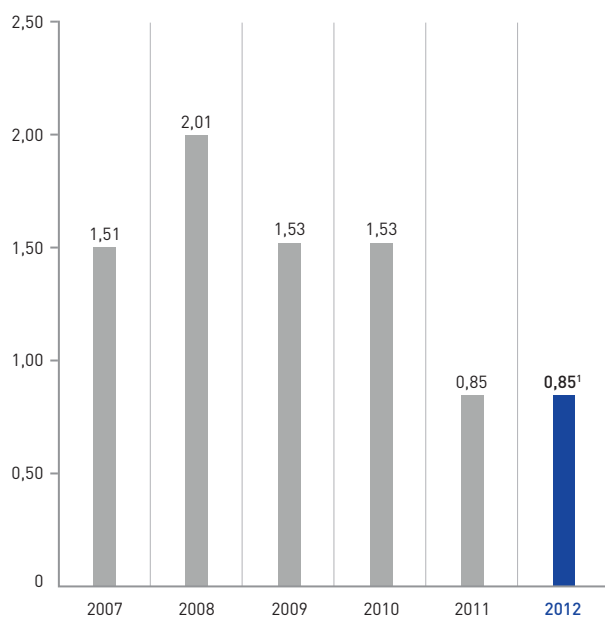
Performance der EnBW-Aktie 2012
in %



Dividendenpolitik

Das Vertrauen der Kapitalmarktteilnehmer in die EnBW basiert auf den vom Unternehmen geschaffenen Werten. Die Höhe der Dividende orientiert sich an der Ertragskraft des Unternehmens, dem Umfang des Investitionsprogramms und der Höhe der Nettofinanzschulden sowie des dynamischen Verschuldungsgrads. Ziel der EnBW ist es, grundsätzlich 40% bis 60% des Adjusted Konzernüberschusses als Dividende auszuzahlen.

Dividendenentwicklung
in €



¹ Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 2012, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Hauptversammlung am 25.4.2013.

Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Faktor des Unternehmenserfolgs der EnBW. Die Personalstrategie ist darauf ausgerichtet, die Umsetzung der geschärften Unternehmensstrategie zu unterstützen und die EnBW nach außen und innen als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren. Das Humankapital wird zurückhaltender als im Vorjahr bewertet.

Entwicklung der Mitarbeiterzahlen und der Personalstruktur

Der EnBW-Konzern beschäftigte zum 31. Dezember 2012 19.998 Mitarbeiter. Dies sind 185 Mitarbeiter oder 0,9% weniger als zum Jahresende 2011. In den durch die übergreifende Reorganisation im Rahmen des Effizienzprogramms „Fokus“ betroffenen Gesellschaften ging die Mitarbeiterzahl um 562 oder rund 4% zurück. Ursächlich für den Rückgang sind vor allem Maßnahmen, wie der bereits 2011 ausgesprochene Einstellungsstopp und das Abfindungsangebot für die Mitarbeiter in sieben Support- und

Querschnittsfunktionen. Aufgrund der Erstkonsolidierung der ODR Technologie Service GmbH, der RBS wave GmbH und der Energie-Service Deutschland AG mit insgesamt 231 Mitarbeitern erhöhte sich die Anzahl der Mitarbeiter im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen. Der Anstieg der Mitarbeiterzahl im Geschäftsfeld Gas resultiert aus der geänderten Zuordnung von Teilen der Belegschaft des Geschäftsfelds Energie- und Umweltdienstleistungen. Bereinigt um die Effekte der Erstkonsolidierung sank die Zahl der Mitarbeiter des EnBW-Konzerns im Stichtagsvergleich vom Jahresende 2011 zum Jahresende 2012 um 2,1%.

Mitarbeiter des EnBW-Konzerns ¹	31.12.2012	31.12.2011 ³	Veränderung in %
Strom Erzeugung und Handel	4.686	4.826	-2,9
Strom Netz und Vertrieb	5.958	6.174	-3,5
Gas	889	702	26,6
Energie- und Umweltdienstleistungen	8.029	7.990	0,5
Holding	436	491	-11,2
Gesamt	19.998	20.183	-0,9
In Mitarbeiteräquivalenten ²	18.912	19.330	-2,2

¹ Anzahl der Mitarbeiter ohne Auszubildende und ohne ruhende Arbeitsverhältnisse; der Begriff Mitarbeiter bezeichnet weibliche und männliche Beschäftigte.

² Umgerechnet in Vollzeitbeschäftigungen.

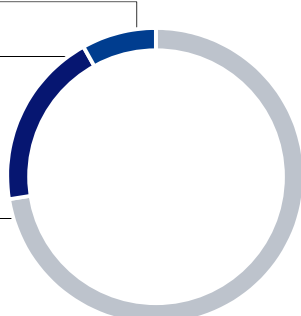
³ Angepasst an den Konsolidierungskreis zum 31.12.2012.

Die regionale Verteilung unserer Mitarbeiter zeigt gegenüber dem Vorjahr keine gravierenden Veränderungen. Der Großteil der Mitarbeiter ist in Baden-Württemberg beschäftigt. Die Mehrheit der 8,1% im Ausland beschäftigten Mitarbeiter entfällt auf die Beteiligung in der Tschechischen Republik. Einen Hochschul-, Fachhochschul- oder dualen Hochschulabschluss weisen 25,9% der EnBW-Beschäftigten auf (Vorjahr: 25,5%). 68,7% der Mitarbeiter verfügen über eine Fachschulausbildung oder Lehre (Vorjahr: 68,6%). Die übrigen

5,4% haben einen Schulabschluss ohne eine weitere nachgewiesene Berufsausbildung (Vorjahr: 5,9%). Der Anteil von Frauen an der Gesamtmitarbeiterzahl zum Jahresresultimo 2012 belief sich auf 25,2% (Vorjahr: 25,7%). In Führungspositionen waren Frauen zu 10,6% (Vorjahr: 10,1%) vertreten. Ende 2012 beschäftigte der EnBW-Konzern 996 schwerbehinderte Mitarbeiter (Vorjahr: 973) – das sind 5,0% der Belegschaft. Der Ausländeranteil lag zum 31. Dezember 2012 bei 10,2%, 2011 zählten wir 10,5%.

Mitarbeiter nach Regionen
in %

im Ausland [8,1]
in anderen Bundesländern [19,4]
in Baden-Württemberg [72,5]

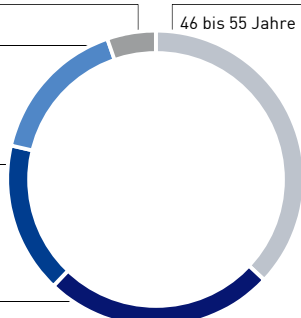


Die Teilzeitquote unter Berücksichtigung der Mitarbeiter in Altersteilzeit erhöhte sich gegenüber 2011 auf 13,3% (Vorjahr: 12,5%). Von den 2.666 Mitarbeitern in Teilzeit waren 1.528 Frauen; dies entspricht einem Anteil von 57,3% (Vorjahr: 59,8%). Die Fluktuationsrate der EnBW-Belegschaft lag bei 5,3% (Vorjahr: 4,6%), während die Krankheitsquote wie im Vorjahr 4,3% betrug.

Das durchschnittliche Alter der EnBW-Mitarbeiter lag 2012 nahezu unverändert bei 45,0 Jahren (Vorjahr: 44,2 Jahre). Die Verteilung der Altersgruppen änderte sich im Periodenvergleich geringfügig. Im Jahr 2012 begannen rund 300 Jugendliche ihre Ausbildung oder ihr Studium in den Kerngesellschaften der EnBW. Die Ausbildungsquote in den Kerngesellschaften der EnBW in Baden-Württemberg, die auch die Studierenden in den dualen Studiengängen berücksichtigt, belief sich zum Jahresende 2012 auf 7,0% (Vorjahr: 7,1%). Insgesamt beschäftigt die EnBW über 1.000 Auszubildende oder Studierende.

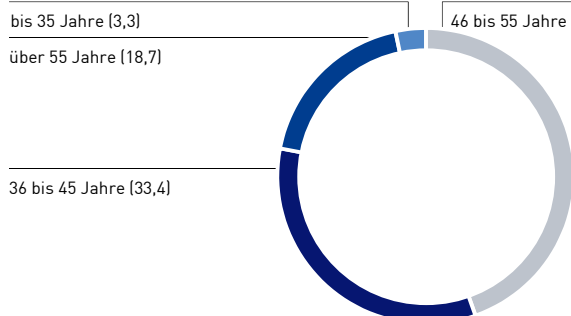
Mitarbeiter nach Altersgruppen
in %

bis 25 Jahre [5,3]
über 55 Jahre [16,1]
26 bis 35 Jahre [16,5]
36 bis 45 Jahre [25,1]
46 bis 55 Jahre [37,0]



Führungskräfte nach Altersgruppen
in %

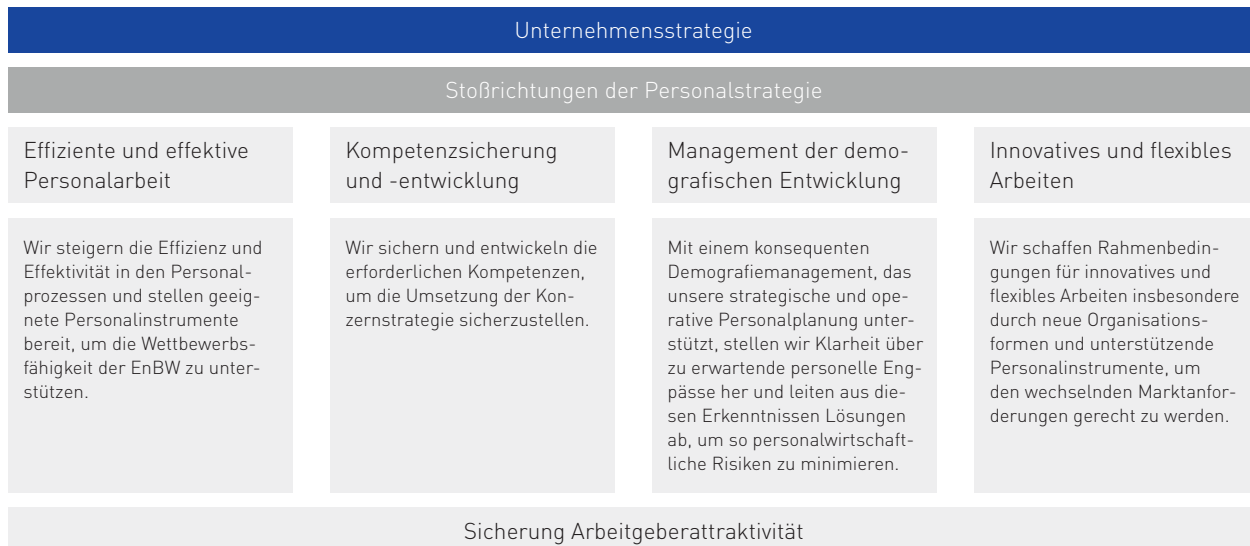
bis 35 Jahre [3,3]
über 55 Jahre [18,7]
36 bis 45 Jahre [33,4]
46 bis 55 Jahre [44,6]



Personalstrategie

In einer Zeit der Neuausrichtung ist die Personalarbeit für die EnBW von besonderer Bedeutung. Wir entwickeln die Mitarbeiter des Unternehmens, binden erfolgskritische Kompetenzen an den Konzern und gewinnen neue Mitarbeiter in den relevanten Zielgruppen, um die Umsetzung der Unternehmensstrategie zu unterstützen. Als Arbeitgeber sind wir dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet, unsere Verantwortung für Mitarbeiter und Gesellschaft nehmen wir ernst. Dies äußert sich beispielsweise in Maßnahmen zur Förderung der Arbeitssicherheit und zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (> **Arbeitssicherheit und Gesundheitsmanagement** > S. 95). Mit unseren Verbesserungsprogrammen „Impuls“, „WIN“ und „KVP“ (kontinuierlicher Verbesserungsprozess) optimieren wir zusammen mit unseren Mitarbeitern die EnBW stetig. Mit insgesamt 780 Verbesserungsvorschlägen zu den übergeordneten Abläufen im Unternehmen haben die Einreichungen unserer Mitarbeiter weiterhin eine hohe Qualität: Die zu erzielenden Einsparungen liegen hier im Jahr 2012 um rund 40% über dem Vorjahr.

Mit einer nachhaltigen Personalarbeit wollen wir die Attraktivität der EnBW als Arbeitgeber kontinuierlich steigern (> www.enbw.com/karriere). Im Hinblick auf dieses Ziel haben wir im Jahr 2012 verschiedene Maßnahmen innerhalb der vier Stoßrichtungen unserer Personalstrategie fortgeführt. Beispielhaft hierfür sind die Neuausrichtung unserer Ausbildung (> **Lagebericht** > **Prognosebericht** > S. 141f), der Leitfaden für Führungskräfte zum Umgang mit psychischen Belastungen oder die Umsetzung des Pilotbetriebs „Mobiles Arbeiten“.



Effiziente und effektive Personalarbeit

Nach intensiven Diskussionen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite wurde eine Einigung zum geplanten Personalabbau und dem Personalbeitrag erzielt. Der Personalbeitrag entspricht rund einem Drittel des „Fokus“-Gesamtverbesserungsziels von 750 Mio.€ und soll so sozialverträglich wie möglich erreicht werden. 2011 wurde deshalb bereits ein vorläufiger Einstellungsstopp beschlossen. Zudem vereinbarten EnBW und Gewerkschaft zum 1. Januar 2012 im „Fokus“-Tarifvertrag erste Maßnahmen zur Reduzierung der Personalkosten. Der Tarifvertrag, der betriebsbedingte Beendigungskündigungen ausschließt, enthält unter anderem eine Verringerung der Wochenarbeitszeit, in der ersten Stufe auf 37 Stunden bei gleichzeitigem Verzicht auf eine für 2012 vereinbarte Tarifierhöhung. Die zweite Stufe sieht die Reduzierung eines 2014 wirksamen Vergütungsabkommens um weitere 1,8% vor; damit einher geht eine wöchentliche Arbeitszeit von 36 Stunden. Zusätzlich haben sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter auf eine Absenkung der Erfolgsbeteiligung für tarifgebundene Mitarbeiter in den Jahren 2013 bis 2015 um durchschnittlich 18% einer Monatsvergütung verständigt.

Bis zum 31. Dezember 2012 galt außerdem eine freiwillige Abfindungsregelung für Beschäftigte in sieben Support- und Querschnittsfunktionen. Ergänzend stand seit Mai 2012 für Mitarbeiter aus diesen Funktionen ein für sie kostenloses Beratungsangebot zur beruflichen Neuorientierung zur Verfügung. Der erste Baustein, die vertrauliche Orientierungsberatung, war darauf ausgerichtet, dem Mitarbeiter eine Einschätzung seiner beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sowie einen Überblick über den aktuellen Arbeitsmarkt zu geben. In zwei weiteren Bausteinen, der Vermittlungsberatung beziehungsweise dem Outplacement wurden nach einer individuellen Analyse potenzieller externer Optionen gemeinsam mit

dem Mitarbeiter die damit verbundenen Möglichkeiten einer beruflichen Neuorientierung konkretisiert und bei Bedarf um Bewerbungstrainings und Qualifizierungsmaßnahmen ergänzt. Dieses Angebot endete ebenfalls zum 31. Dezember 2012. Insgesamt haben zum Jahresende rund 350 Mitarbeiter aus Support- und Querschnittsfunktionen einen Aufhebungsvertrag unter Annahme des Abfindungsangebots unterzeichnet.

Seit Ende Juli 2012 galt darüber hinaus folgende Regelung zur Altersteilzeit: Mitarbeiter aus den abfindungsberechtigten Support- und Querschnittsfunktionen, die die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, können auch dann einen Altersteilzeitvertrag abschließen, wenn dadurch mehr als 5% der Arbeitnehmer in ihrem Betrieb in Altersteilzeit gehen würden.

Zum Jahresende haben sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite auf eine Reihe von Personalum- und -abbauinstrumenten geeinigt, um den noch erforderlichen Abbau zur Erreichung des „Fokus“-Gesamtziels von 1.350 Stellen ebenfalls sozialverträglich umzusetzen. Die Einzelheiten regeln ein Sozialplan und ein Interessenausgleich ([> Lagebericht > Prognosebericht > S. 141f](#)).

Kompetenzsicherung und -entwicklung

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu erhöhen, bereiten wir unsere Mitarbeiter mit dem EnBW-Kompetenzmanagement „KomMit“ zielgerichtet auf künftige Herausforderungen vor. Der Anwenderkreis des bereits 2011 initiierten Programms wurde aufgrund sehr positiver Resonanz im Jahr 2012 erweitert. Im Rahmen der jährlichen Mitarbeitergespräche ermöglichen es einheitliche Sollprofile für Mitarbeiter und klare Einschätzungskriterien, Entwicklungserfordernisse einfacher zu identifizieren und systematisch darauf zu reagieren. Neben der Nutzung von Off-the-job-Angeboten können Mitarbeiter auch on the job an ihrer

Entwicklung arbeiten, zum Beispiel durch die gezielte Übernahme neuer Aufgaben. Zudem besteht die Möglichkeit einer Entsendung ins Ausland – oft für mehrere Jahre – zur Entwicklung und Steuerung von Auslandsbeteiligungen oder für die Dauer der Durchführung von Projekten.

Ziel der zentralen Nachfolgeplanung der EnBW ist die kontinuierliche und systematische Personalbedarfsdeckung im oberen und im Topmanagement unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Unser jährlicher Management-Entwicklungsprozess „ME EnBW“ mit einem regelmäßigen, intensiven Dialog mit den einzelnen Gesellschaften bildet die Grundlage für eine zielgerichtete und effiziente Entwicklungs- sowie Nachfolgeplanung. „ME EnBW“ stärkt die Managementkompetenz im Unternehmen. In jährlichen Führungskonzferenzen leiten wir aus der Beurteilung der Managementkompetenzen individuelle Entwicklungsmaßnahmen ab. Ausgerichtet am künftigen Managementbedarf bieten wir einem Kreis von Potenzialträgern die Möglichkeit, sich stärker im Konzern zu vernetzen sowie gemeinsam an konzernrelevanten Themen zu arbeiten. Für alle Führungskräfte gibt es konzernweite verbindliche Qualifizierungsprogramme. Diese orientieren sich an den aktuellen und künftigen Herausforderungen der EnBW und der gesamten Energiebranche.

Als Ausbildungsbetrieb in Baden-Württemberg legen wir Wert auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung. Neben der Vermittlung von reinem Fachwissen stehen unter anderem auch Seminare über Methoden- und Sozialkompetenzen auf dem Programm. Im Rahmen von Werkstudententätigkeiten, Praktika oder Abschlussarbeiten bot die EnBW darüber hinaus im Jahr 2012 erneut über 1.000 Studierenden die Möglichkeit, wertvolle Praxiserfahrung zu sammeln. Die Förderung von Studierenden nimmt bei uns einen hohen Stellenwert ein, vor allem im Bereich der MINT-(Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik-)Studiengänge. Der Konzern engagiert sich beispielsweise in den Programmen „Energy Career Program“ (ECP), „Network²“ und „KompetenzKompass“ oder als Partnerunternehmen der Femtec, einem Netzwerk zur Förderung von Frauen in Naturwissenschaft und Technik.

Zur Gewinnung und Entwicklung akademischer Nachwuchskräfte ermöglichten wir auch 2012 zehn Hochschulabsolventen mit unserem 15-monatigen Konzerntraineeprogramm einen attraktiven Einstieg in die Energiewirtschaft. In mehreren Praxisphasen, einem Auslandseinsatz sowie im direkten Austausch mit Fach- und Führungskräften lernen die Trainees insbesondere die Wachstumsfelder der EnBW kennen und erhalten Gelegenheit zu einer intensiven persönlichen Entwicklung. Nach Ende des Programms übernehmen sie verantwortungsvolle Aufgaben im Konzern.

Management der demografischen Entwicklung

Den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnet die EnBW mit einem konsequenten Demografiemanagement und der stetigen Weiterentwicklung unserer Instrumente zur Altersstrukturanalyse. In diesem Zusammenhang haben wir die strategische und qualitative Personalplanung weiterentwickelt und minimieren so personalwirtschaftliche Risiken. Unser Gesundheitsmanagement trägt dazu bei, dass Mitarbeiter leistungsfähig und gesund bleiben. Gleichzeitig unterstützen wir im Rahmen unserer Mitarbeiterentwicklung lebenslange Lernprozesse. Den systematischen Transfer und Erhalt von Wissen und Erfahrungen im Unternehmen gewährleisten wir mit unserer Wissensstaffette.

Innovatives und flexibles Arbeiten

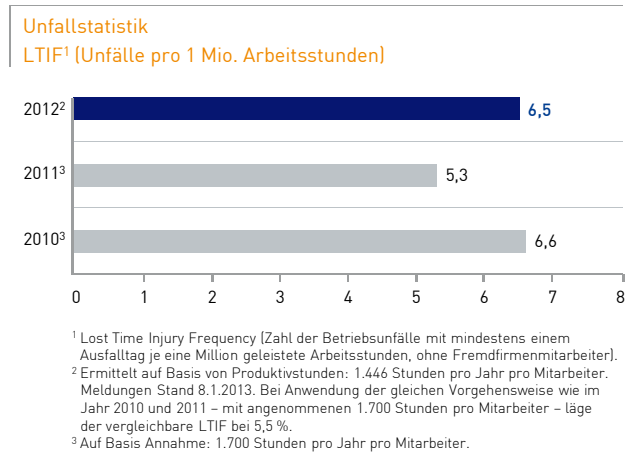
2011 wurde ein Projektleiter-Entwicklungsmodell für leitende Angestellte erarbeitet und eingeführt, um dem erhöhten Bedarf an kompetenten und erfahrenen Projektleitern für die temporäre Bearbeitung von komplexen Aufgabenstellungen zu begegnen und strukturell flexibler auf aktuelle Anforderungen reagieren zu können. Es umfasst Organisations- und Personalmechanismen sowie Instrumente zur Entwicklung generalistischer Führungskräfte im EnBW-Konzern. 2012 wurden im Rahmen des Topkonzernprojekts „P³“ (> **Lagebericht** > **Ziele, Strategie und Unternehmenssteuerung** > **S. 59**) Qualifizierungsbausteine entwickelt, um die Projektmanagement-Kompetenz im Unternehmen entlang konzernweit einheitlicher Standards systematisch auszubauen.

Eine familienfreundliche Personalpolitik hat bei der EnBW seit Langem einen hohen Stellenwert. Neben Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Freizeitangeboten und flexiblen Arbeitszeiten können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassende Beratungsangebote beispielsweise zu den Themen Pflege und Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. 2012 wurden die Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder unserer Mitarbeiter weiter ausgebaut. Seit Januar 2012 stehen zehn weitere Kitaplätze für EnBW-Mitarbeiterkinder in Karlsruhe zur Verfügung, und zwar in der Sport-Kindertagesstätte „Wirbelwind“. Betreiber der Einrichtung ist der Verein Kind und Beruf e. V.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsmanagement

Sicherheit im Arbeitsalltag ist uns sehr wichtig. Wir sind bestrebt, die sicheren Arbeitsbedingungen für unsere Mitarbeiter zu erhalten und stetig zu fördern. 2012 haben wir zum Beispiel die Zertifizierung nach OHSAS 18001, dem international anerkannten Arbeitsschutz-Managementsystem auf weitere Gesellschaften ausgeweitet und den EnBW-Jugendarbeitsschutzpreis „JAZ“ ausgeschrieben. Bei der Erhebung der Zahl der Betriebsunfälle mit mindestens einem Ausfalltag je eine Million geleisteter Arbeitsstunden (Lost Time Injury Frequency, LTIF) wurde die Berechnungsgrundlage im Jahr 2012 geändert. Anstatt wie in den Jahren

2010 und 2011 von einer Annahme von 1.700 Arbeitsstunden pro Mitarbeiter auszugehen, wurden die Produktivstunden von 1.446 Stunden pro Mitarbeiter zugrunde gelegt. Auf dieser neuen Basis beläuft sich der LTIF in den Kerngesellschaften der EnBW im Jahr 2012 auf 6,5.



Leistungsfähige und zufriedene Mitarbeiter sind eine wesentliche Einflussgröße auf den Unternehmenserfolg der EnBW. Nur gesunde Mitarbeiter, die sich im Arbeitsalltag sicher aufgehoben fühlen, können einen produktiven und wirtschaftlichen Beitrag zum Erfolg leisten. Das betriebliche Gesundheitsmanagement der EnBW bündelt daher verschiedene Aktivitäten rund um Arbeits- und Gesundheitsschutz. Im Mittelpunkt steht dabei eine Vielzahl von Angeboten und Serviceleistungen, die es Mitarbeitern ermöglichen, sich fit zu halten und ihre Gesundheit zu schützen, wie zum Beispiel Physiotherapie oder Impfprophylaxe. Im abgelaufenen Geschäftsjahr starteten wir eine unternehmensweite Informationskampagne zum Thema Organspende. Die erneute Zertifizierung durch die „Gesellschaft zur Qualitätssicherung in der betriebsärztlichen Betreuung“ und der Gewinn des Corporate Health Awards bescheinigten uns auch 2012 eine hoch qualifizierte Arbeitsmedizin mit besonders vorbildlichen Leistungen.

Corporate Compliance und Datenschutz

Der Verhaltenskodex des EnBW-Konzerns gibt allen Mitarbeitern einen Überblick über die wichtigsten externen und internen Regeln. Vom Bereich Corporate Compliance und Datenschutz erhalten Mitarbeiter konkrete Hilfestellungen, um sich im Geschäftsalltag regelkonform verhalten zu können. Seit der Veröffentlichung des Kodex im Jahr 2009 wurden die relevanten Compliance-Themen allen Mitarbeitern mithilfe verschiedener E-Learnings vermittelt. Daneben haben die Mitarbeiter Compliance-sensibler Bereiche Präsenztrainings zu den Schwerpunktthemen Korruptionsprävention und Kartellrecht erhalten. 2012 haben rund 1.000 Mitarbeiter und Führungskräfte an einem Präsenztraining teilgenommen.

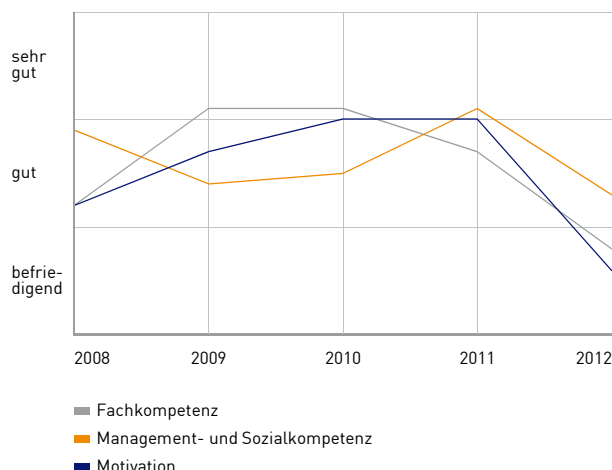
Die Beratungshotline des Bereichs Corporate Compliance und Datenschutz ist ein wichtiger Bestandteil der präventiven Compliance-Ausrichtung. Jeder Mitarbeiter des EnBW-Konzerns kann sich bei Fragen oder Unsicherheiten an den Compliance-Bereich wenden. Im Berichtsjahr gingen 1.023 Anfragen zu den Schwerpunktthemen Zuwendungen, Spenden und Sponsoring ein. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass in der Belegschaft ein sensibler Umgang mit Compliance-relevanten Vorgängen vorhanden ist.

Durch den Aufbau eines zentral gesteuerten Richtlinien-Managements schuf der Bereich Corporate Compliance und Datenschutz für die Mitarbeiter Transparenz über die unternehmensintern geltenden Regeln und stellt diese in der jeweils aktuellen Fassung zur Verfügung (www.enbw.com/bericht2012 > Finanzbericht 2012).

Bewertung des intellektuellen Kapitals: Humankapital

Die EnBW bewertet seit 2005 ihr intellektuelles Kapital nach der Methode „Wissensbilanz – made in Germany“. Damit werden die Einflussfaktoren auf den Unternehmenserfolg greifbar gemacht, die von der Finanzberichterstattung nicht erfasst werden. Im Rahmen einer systematischen Selbsteinschätzung wird erhoben, ob die gegenwärtige Ausprägung dieser Faktoren im Hinblick auf die mittelfristigen Unternehmensziele noch ausreicht. Zur Festigung von Stärken und zur Minimierung von Schwächen werden aus den Bewertungsergebnissen für die einzelnen Faktoren konkrete Maßnahmen abgeleitet. Das intellektuelle Kapital setzt sich aus den drei Elementen Humankapital, Beziehungskapital und Strukturkapital zusammen ([> Lagebericht > Beziehungs- und Strukturkapital > S. 86f](#)). 2012 waren die Einflussfaktoren des Humankapitals der EnBW „befriedigend“ bis „gut“ ausgeprägt. Die Veränderung etlicher Faktoren im Vergleich zum Vorjahr begründet sich vor allem in den wachsenden Herausforderungen für die Mitarbeiter aufgrund der Neuausrichtung des Unternehmens.

Entwicklung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals der EnBW Humankapital



Im Hinblick auf die künftigen Anforderungen bewerten die Mitarbeiter die aktuell im Unternehmen vorhandene Fachkompetenz als „befriedigend“. Auf die Bewertung 2012 wirkt sich der Einstellungsstopp aufgrund von „Fokus“ negativ aus. Die Neuausrichtung des Konzerns erhöht die Fluktuation, was zu einem Verlust qualifizierter Mitarbeiter führt. Teilweise werden andere Kompetenzen benötigt, um den veränderten Herausforderungen zu begegnen.

Die Management- und Sozialkompetenz wird 2012 als „gut“ bewertet. Dieses Ergebnis geht im Wesentlichen auf den laufenden Veränderungsprozess und den damit verbundenen Anstieg der Anforderungen aufgrund einer zunehmenden Komplexität – konzernweit wie gesellschaftsspezifisch – zurück. Verbesserungspotenzial sehen die Mitarbeiter vor allem beim Management größerer Veränderungen; auch die Tatsache, dass gute Führungskräfte den Konzern verlassen, beeinflusst die Bewertung. Unsere initiierten und angepassten Führungskräfte-Entwicklungsprogramme wirken stabilisierend auf die derzeitige Situation.

Wir wollen die Mitarbeitermotivation kontinuierlich fördern. Im Berichtsjahr bewegt sich die Einschätzung dieses Faktors auf einem „befriedigenden“ Niveau. Die Verunsicherung über die persönliche künftige Entwicklung führt zu einer Beeinträchtigung der Identifikation mit den eigenen Aufgaben und dem Unternehmen (> **Lagebericht > Kompetenzsicherung und -entwicklung > S. 94f).**

Umweltschutz

Die EnBW hat den Schutz der Umwelt in ihren Unternehmenszielen fest verankert. Der Umweltschutz ist somit auf Konzernebene und in allen Gesellschaften eine zentrale Aufgabe und eine für alle Mitarbeiter verbindliche Vorgabe im Rahmen ihrer Tätigkeit.

Zielgerichteter Umweltschutz

Als Unternehmen tragen wir Mitverantwortung für unsere Umwelt und die Erhaltung der biologischen Vielfalt. Bei unserem Handeln berücksichtigen wir den Klimaschutz und den zukunftsorientierten, nachhaltigen Umgang mit allen natürlichen Ressourcen. Die EnBW hat als erster Energiekonzern in Deutschland bereits im Jahr 2006 ein nach ISO 14001 zertifiziertes Umweltmanagementsystem auf Konzernebene eingeführt. Unser Bekenntnis zum Umweltschutz haben wir in unseren Umweltgrundsätzen beschrieben (> www.enbw.com/umweltschutz):

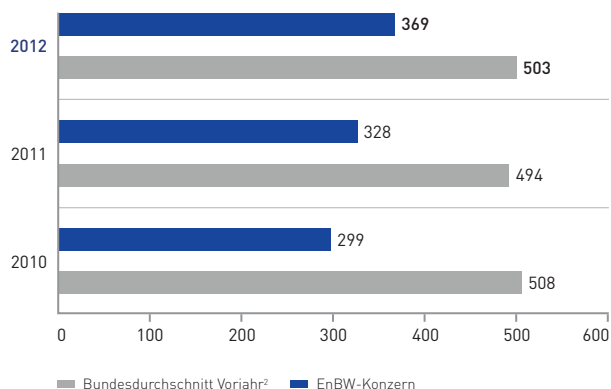
- > Die EnBW steht für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung.
- > Die EnBW fördert die Kommunikation und Bewusstseinsbildung zu umweltrelevanten Themen.
- > Die EnBW steht für umweltverträgliches Handeln in allen Geschäftsfeldern.

Anhand definierter Indikatoren haben wir für die Themenfelder erneuerbare Energien, direkte und indirekte CO₂-Emissionen, Luftschadstoffe und Biodiversität quantitative Konzernziele für den Zeitraum 2011 bis 2015 festgelegt. Ausgangspunkt ist das Jahr 2010. Nach zwei Jahren liegen wir größtenteils innerhalb unseres Zielkorridors.

- > **Spezifische CO₂-Emissionen:** Ziel ist es, unsere herausragende Stellung als CO₂-armer Erzeuger zu sichern und mit den spezifischen CO₂-Emissionen unserer Strom-eigenerzeugung auch künftig unter dem Bundesdurchschnitt zu bleiben. Im Vergleich zum Vorjahreswert von 328 g CO₂/kWh stiegen diese Emissionen 2012 um etwa 12 % auf 369 g CO₂/kWh. Hintergrund der Zunahme ist der im Jahresvergleich geringere Anteil der Kernenergie infolge der Abschaltung der Kernkraftblöcke GKN I und KKP 1 bei einer in etwa gleich gebliebenen konventionellen Stromerzeugung. Dennoch liegen die spezifischen CO₂-Emissionen deutlich unter den gesamtdeutschen Werten von 503 g CO₂/kWh im Jahr 2011.

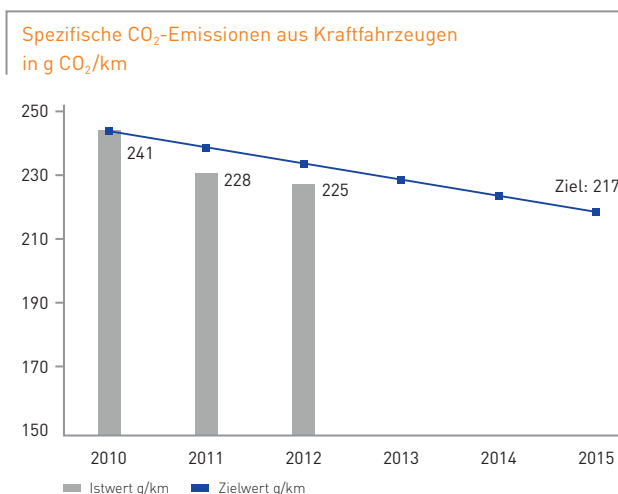
- > **Emissionen eigener Kraftfahrzeuge:** Wir wollen bis 2015 den CO₂-Ausstoß unserer Fahrzeugflotte um 10 % pro Kilometer reduzieren (Basisjahr: 2010). Durch die bisher umgesetzten Maßnahmen konnten wir im Jahr 2012 die CO₂-Emissionen der eigenen Kraftfahrzeuge auf 226 g CO₂/km/Fahrzeug verringern. Damit ist die EnBW auf dem besten Weg, den Zielwert des Jahres 2015 zu erreichen. In diesen Daten enthalten sind die tatsächlichen Kraftstoffverbräuche sowohl von Pool- und Dienstfahrzeugen als auch von Betriebsfahrzeugen zum Beispiel im Netzbereich.

Spezifische CO₂-Emissionen (Stromeigenerzeugung¹ EnBW-Konzern) in g/kWh



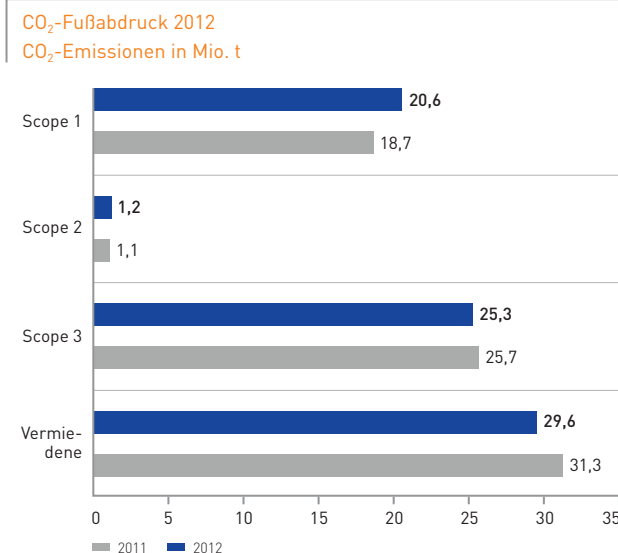
¹ Die Eigenerzeugung beinhaltet eigene und teileigene Kraftwerke sowie langfristige Bezugsverträge.

² Der Bundesdurchschnitt des jeweiligen Berichtsjahres liegt erst im Herbst des Folgejahres vor. Daher erfolgt der Vergleich gegenüber dem Bundesdurchschnitt des Vorjahres.



Der CO₂-Fußabdruck der EnBW

„CO₂-Effizienz erhöhen“ und „Energieeffizienz steigern“ sind zwei strategische Stoßrichtungen im Umweltschutz der EnBW. Für das Jahr 2010 ermittelte die EnBW erstmals ihren konzernweiten CO₂-Fußabdruck auf Basis von Scope 1 und Scope 2 des internationalen Standards Greenhouse-Gas-(GHG-) Protokoll. Seit 2011 entwickelten wir unseren konzernweiten CO₂-Fußabdruck konsequent weiter. Wir berichten nun zusätzlich ausgewählte Scope-3-Emissionen, deren Ermittlung gemäß GHG-Protokoll optional ist.



Zahlreiche Geschäftstätigkeiten der EnBW führen zur Vermeidung von CO₂-Emissionen. Unter anderem sind dies die Stromerzeugung aus Kernenergie und erneuerbaren Energien, Energieeffizienzprojekte bei unseren Kunden und Partnern sowie die Erzeugung von Strom und Wärme auf Basis von Biogas. Insgesamt führten diese Aktivitäten zu vermiedenen Emissionen von 29,6 Mio. tCO₂.

CO₂-Fußabdruck und Scopes



Die EnBW berichtet ihren CO₂-Fußabdruck in Anlehnung an den internationalen Standard „Greenhouse Gas Protocol“ (GHG), der die Treibhausgasemissionen in drei Kategorien, sogenannte Scopes, gliedert:

- Scope 1: direkte Klimagasemissionen, die aus Quellen stammen, die dem Unternehmen gehören oder direkt kontrolliert werden (zum Beispiel Emissionen aus fossiler Energieerzeugung, durch den Betrieb von Gasanlagen, durch Heizungsanlagen und durch eigene Kraftfahrzeuge).
- Scope 2: indirekte Treibhausgasemissionen, die bei der Produktion zugekaufter Energie (Strom, Gas, Fernwärme) oder durch Netzverluste entstehen.
- Scope 3: alle anderen indirekten Emissionen, die nicht unter Scope 2 fallen, zum Beispiel Abbau und Transport von Brennstoffen, Gasverbrauch bei Kunden, Geschäftsreisen.

Emissionen der Scopes 1 und 2 müssen gemäß GHG in einem CO₂-Fußabdruck berichtet werden. Das Berichten von Scope 3 und vermiedenen Emissionen ist optional. Bei einem Energieversorgungsunternehmen wie der EnBW wird der CO₂-Fußabdruck weitgehend von den Erzeugungsanlagen (Scope 1) bestimmt.

Energieeffizienz bei der EnBW

- Das EnBW-Trinkwasserversorgungssystem verfügt über ein ausgeklügeltes Maschinenkonzept. Mithilfe eines Energiemanagementsystems optimieren wir ständig den Betrieb der Wasseranlagen. Das vorhandene hydraulische Potenzial „vernichten“ wir nicht über Druckreduzierarmaturen, sondern nutzen diese Energie vor der Einspeisung ins städtische Verteilnetz für die Stromerzeugung. Der eigene Stromverbrauch wird durch diese Maßnahme mehr als kompensiert.
- **Projekt „IBEC“:** Mit unserem Energieeinsparprogramm „20/20/20“ verfolgen wir das Ziel, in unserem Immobilienportfolio bis 2020 mindestens 20% CO₂ sowie mindestens 20% Energiekosten einzusparen. Als Grundlage dienen die Werte von 2010. Betrachtet werden rund 500 Gebäude mit einer Bruttogeschossfläche von insgesamt rund 1 Mio. m². Im Rahmen unseres Projekts „Improving Building Energy Costs“ (IBEC) werden die Strukturen, Prozesse und Methoden für ein ganzheitliches und

nachhaltiges Energiemanagement für das Immobilienportfolio der EnBW entwickelt. Dabei orientieren wir uns an den Anforderungen der ISO-Norm 50001 – Energiemanagementsysteme.

Green IT: Unter dem Schlagwort „Green IT“ setzen wir stetig Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz unserer EDV-Infrastruktur um. Die Effizienz der in Rechenzentren eingesetzten Energie bewertet man typischerweise mit dem Power-Usage-Effectiveness-(PUE-)Wert. Der PUE-Wert setzt die insgesamt im Rechenzentrum verbrauchte Energie ins Verhältnis zu der Energieaufnahme der IT-Komponenten. Gute PUE-Werte liegen unter 2,0. Unser PUE-Wert 1,87 aus dem Jahr 2010 konnte 2012 auf 1,72 weiter verbessert werden. Somit sind die Rechenzentren der EnBW bereits gut aufgestellt. Dies konnte durch Maßnahmen wie beispielsweise den nachträglichen Aufbau einer Freiluftkühlereinrichtung erreicht werden. Abhängig vom Standort eines Rechenzentrums können so bis zu 8.000 kWh pro Jahr an Energie eingespart werden.

Biodiversität, Natur- und Artenschutz

Die biologische Vielfalt oder Biodiversität umfasst die Vielfalt der einzelnen Tier- und Lebensräume wie auch die genetische Vielfalt innerhalb der einzelnen Tier- und Pflanzenarten. Weltweit wird ein dramatisches Artensterben beobachtet. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist daher ein zentraler Bestandteil des Umweltschutzes und einer nachhaltigen Unternehmensführung. (www.enbw.com/biodiversitaet).

Bei der Verleihung des Deutschen Corporate-Social-Responsibility-(CSR-)Preises erreichte die EnBW 2012 in der Kategorie „Biodiversitätsmanagement zum Erhalt der weltweiten biologischen Vielfalt“ das Finale. Kerninhalte der EnBW-Bewerbung waren neben der strategischen Verankerung und Messbarmachung des Themas Biodiversität vor allem das EnBW-Amphibienschutzprogramm und die Vogelschutzmaßnahmen. Die Jury hob in ihrer Bewertung besonders hervor, dass die EnBW im Bereich der direkten Auswirkungen auf die Biodiversität (zum Beispiel Hochspannungsmasten, Offshore-Anlagen) sowie im Liegenschaftsmanagement gut aufgestellt ist.

➤ **EnBW-Amphibienschutzprogramm:** In Kooperation mit der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) haben wir im Jahr 2011 das EnBW-Amphibienschutzprogramm „Impulse für die Vielfalt“ initiiert. Mit diesem Schutzprogramm fördern wir erstmals EnBW-standortunabhängig in ganz Baden-

Württemberg Projekte, die den Schutz heimischer Amphibienarten zum Ziel haben. In den Jahren 2011 und 2012 sind insgesamt 59 Förderanträge von Vereinen, Ortsgruppen der Naturschutzverbände, Städten und Gemeinden sowie Privatpersonen eingegangen. Hiervon wurden 29 Projekte von einem Fachgremium aus Landesvertretern, Artenexperten und EnBW-Mitarbeitern ausgewählt und durch die Antragsteller umgesetzt. So leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Aktionsplan „Biologische Vielfalt“ der Landesregierung von Baden-Württemberg.

➤ **Vogelschutz im Netzbereich:** Bei der EnBW genießt das Thema „Vogelschutz im Freileitungsnetz“ seit Jahren einen hohen Stellenwert. So haben wir auch 2012 direkt vor Ort aktiv Vogelschutzmaßnahmen realisiert. An Freileitungsmasten haben unsere Freileitungsmonteure in Kooperation mit Naturschutzverbänden und -vereinen weitere Nistkästen zum Beispiel für Wanderfalken, Turmfalken und Steinkäuze angebracht und erneut selbst Jungstörche beringt. Diese Aktivitäten zeigen, dass sich moderne Energiewirtschaft und nachhaltiger Artenschutz hervorragend ergänzen können.

➤ **Rammschallminderung zum Schutz von Schweinswalen:** Um lärmsensible Meeresbewohner zu schützen, streben wir an, den bei der Verankerung der verschiedenen Bauelemente einer Offshore-Windkraftanlage entstehenden Schall zu reduzieren. Besonders betroffen von diesen Schallemissionen ist der im Bestand bedrohte Schweinswal. Gemeinsam mit der Firma Hochtief testete die EnBW deshalb vor Beginn der eigentlichen Bauarbeiten für den Ostsee-Windpark EnBW Baltic 2 die von Hochtief entwickelte Blasenschleiersäule, die den Rammschall deutlich mindern soll. Im Nachgang zu diesem Test beteiligten wir uns mit sieben anderen Errichtern und Betreibern von Offshore-Windkraftanlagen am Forschungsprojekt zur Evaluation von Systemen zur Rammschallminderung (ESRA). Alle getesteten Systeme bewirken Schallminderungen in bestimmten Frequenzbereichen von bis zu 20 dB. Der gesamte relevante Frequenzbereich ließ sich bisher jedoch noch nicht reduzieren. Die Ergebnisse des Projekts werden der gesamten deutschen Offshore-Industrie zur Verfügung gestellt und für die Weiterentwicklung der getesteten und auch für neue Schallschutzsysteme genutzt. Ziel ist es, den Wert von 160 dB in absehbarer Zeit sicher zu unterschreiten und langfristig weitergehende Schallminderungen zu erreichen.

Um eine Weiterentwicklung im Umweltschutz zu gewährleisten, ist es notwendig, datenbasiert zu steuern und sich messen zu lassen. Um dies auch nach außen darzustellen, sind in der nachfolgenden Tabelle die wesentlichen Umweltkennzahlen für 2012 im Vergleich zum Vorjahr aufgeführt.

Umweltkennzahlen ¹	Einheit	2012	2011 ¹⁰
Brennstoffe			
Kohle	GJ	198.122.580	171.222.376
Erdgas	GJ	17.076.177	23.847.593
Müll	GJ	8.809.393	8.855.220
Biomasse	GJ	2.906.582	2.836.802
Sonstige ³	GJ	1.586.682	1.676.487
Kernbrennstoffeinsatz ^{4, 5}	t	40,0	35,5
Sonstige Einsatzstoffe			
Kalkprodukte	t	247.347	208.507
Ammoniak/Ammoniakwasser	t	17.880	14.906
Natronlauge	t	8.352	7.969
Salzsäure	t	6.152	5.729
Wassernutzung			
Oberflächen-/Flusswasserentnahme	Mio. m ²	1.886	2.385
Brunnen-/Grundwasserentnahme	Mio. m ²	8,1	7,5
Trinkwasserentnahme	Mio. m ²	46,5	45,2
Kühlwassereinleitung (Direkteinleitung)	Mio. m ²	1.987	2.378
Abwasser (Indirekt- und Direkteinleitung)	Mio. m ²	6,99	5,98
Nebenprodukte			
Grob- und Flugasche	t	631.244	505.376
Gips	t	571.647	512.675
Sonstige	t	31.261	10.823
Abfall			
Abfall konventionell	t	865.138	811.615
davon gefährlicher Abfall	t	137.562	126.151
Verwertungsquote	%	87,9	79,7
Abfall radioaktiv ⁶	g/kWh	0,0012	0,0013
CO₂-Fußabdruck			
Direkte CO ₂ -Emissionen (Scope 1) ⁷	Mio. t CO ₂ eq	20,6	18,7
Indirekte CO ₂ -Emissionen (Scope 2)	Mio. t CO ₂ eq	1,2	1,1
Sonstige indirekte CO ₂ -Emissionen (Scope 3)	Mio. t CO ₂ eq	25,3	25,7
Vermiedene CO ₂ -Emissionen ⁹	Mio. t CO ₂ eq	29,6	31,3
Spezifische CO ₂ -Emissionen Eigenerzeugung Strom ^{2, 7}	g/kWh	369	328
Klassische Luftschadstoffe			
Spezifische SO ₂ -Emissionen Eigenerzeugung Strom ²	mg/kWh	240	204
Spezifische NO _x -Emissionen Eigenerzeugung Strom ²	mg/kWh	239	217
Schwefeldioxid (SO ₂)	t	12.951	11.240
Stickoxide, angegeben als NO ₂	t	15.690	14.459
Umweltschutzausgaben⁸			
Investitionen in Umweltschutz	Mio. €	180	262
Laufende Aufwendungen im Umweltschutz	Mio. €	223	225

¹ Wenn nicht anders angegeben, spiegeln die Daten die Gesellschaften und Anlagen im Konsolidierungskreis wider.

² Eigenerzeugung einschließlich Vertragskraftwerken und langfristigen Bezugsverträgen; nicht enthalten ist der kurzfristige Bezug, bei dem die Primärenergieträger nicht bekannt sind.

³ Heizöl und Klärschlamm.

⁴ Eigene Kraftwerke.

⁵ Gesamtschwermetallmasse.

⁶ Gemäß BDEW-Leitfaden „Stromkennzeichnung“ (Stand: September 2011), bezogen auf die Eigenerzeugung.

⁷ Vorläufige Daten.

⁸ Gemäß UStatG und BDEW-Leitfaden zur Erfassung von Investitionen und laufenden Aufwendungen im Umweltschutz (April 2007).

⁹ CO₂-Vermeidungsfaktoren für erneuerbare Energien gemäß UBA-Veröffentlichung „Emissionsbilanz erneuerbarer Energieträger“ mit Anhang 2 vom Dezember 2011 und für Kernenergie in Anlehnung an BDEW und VGB mit 920 g CO₂/kWh.

¹⁰ Vorjahreszahlen angepasst.

Erläuterung ausgewählter Kennzahlen

Zur Kompensation der Kernenergie wurden gegenüber 2011 bei vergleichbarer Eigenerzeugung die Erzeugung aus erneuerbaren Energien weiter ausgebaut und mehr Kraftwerke mit fossilen Energieträgern eingesetzt.

Brennstoffe, Nebenprodukte und sonstige Einsatzstoffe

Der gegenüber 2011 erhöhte Einsatz der fossilen Energieerzeugung ist auch der Grund für den Anstieg der erzeugungsbezogenen Stoffströme, wie der Brennstoffe, der Nebenprodukte und der sonstigen Einsatzstoffe.

Die Ursache für den Rückgang von Erdgas als Brennstoff um circa 30% liegt an der geringeren Stromproduktion durch Gaskraftwerke im Jahr 2012.

Der Einsatz von Kernbrennstoffen ist im Jahr 2012 gegenüber 2011 gestiegen. Er erfolgt nicht kontinuierlich, sondern in festgelegten Wechselzyklen. 2011 wurden mit 35,5t vergleichsweise wenige Kernbrennstoffe nachgeladen, während sich der Wert von 40t im Jahr 2012 auf dem üblichen Niveau befindet.

Abfall

Im Jahr 2012 fielen 865.138t konventionelle Abfälle an und damit 6% mehr als im Vorjahr. Dies liegt vorwiegend an vermehrten Bauaktivitäten in den Beteiligungen und der Inbetriebnahme von neuen Erzeugungsanlagen.

Die Verwertungsquote konnte auf 87,9% verbessert werden. Sowohl nichtgefährliche als auch gefährliche Abfälle konnten vermehrt einer Verwertung zugeführt werden.

CO₂-Fußabdruck und klassische Luftschadstoffe

Die direkten CO₂-Emissionen werden hauptsächlich vom Einsatz der fossilen Kraftwerke bestimmt. Der Anstieg der fossilen Stromerzeugung begründet deshalb auch die gestiegenen direkten CO₂-Emissionen von 18,7 auf 20,6 Mio. t CO₂eq.

Der Anstieg der indirekten CO₂-Emissionen resultiert aus Netzverlusten mit erhöhten Lastflüssen im Übertragungs- und Verteilnetz.

Aufgrund der geringeren Stromproduktion durch Kernenergie verringerten sich die vermiedenen CO₂-Emissionen von 31,3 auf 29,6 Mio. t CO₂eq.

Der Anstieg sowohl der absoluten Mengen an Schwefeldioxid und den Stickoxiden als auch der spezifischen Emissionen ist direkt auf den Ersatz der Kernenergie durch Stromerzeugung aus Kohle zurückzuführen.

Wassernutzung

Die Mindererzeugung in der Kernenergie hatte Auswirkungen auf den Wasserbedarf zu Kühlzwecken. Dies spiegelt sich in den geringeren Werten bei der Oberflächen-/Flusswasserentnahme und bei der Kühlwassereinleitung wider.

Umweltschutzausgaben

Im Jahr 2012 sanken die Investitionen für den Umweltschutz von 262 Mio.€ auf 180 Mio.€. Dies liegt im Wesentlichen an geringeren Investitionen der Wasserkraftprojekte in Rheinfelden und Iffezheim aufgrund des fortgeschrittenen Projektstands sowie gegenüber 2011 reduzierten Investitionen für den Offshore-Windpark EnBW Baltic 2.

Gesellschaft

Die EnBW versteht sich als Teil der Gesellschaft. Als baden-württembergisches Unternehmen übernehmen wir bewusst Verantwortung im Land und auch darüber hinaus. Bildung, soziales Miteinander, Kunst und Kultur prägen das Wesen einer Gesellschaft. Diese Bereiche zu fördern, ist das Ziel unseres vielfältigen gesellschaftlichen Engagements.

Verantwortung übernehmen

Die EnBW ist sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Gesellschaftliches Engagement ist Teil unserer Nachhaltigkeitsstrategie, die unsere Unternehmensstrategie unterstützt. Wir sorgen nicht nur heute und auch morgen für eine zuverlässige Energieversorgung und innovative Energielösungen, sondern übernehmen auch Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft: Speziell die Wissensvermittlung für Kinder und Jugendliche ist uns ein besonderes Anliegen. Auch die Förderung von Kunst, Kultur und Sport – vor allem in Baden-Württemberg – besitzt bei der EnBW einen hohen Stellenwert (> **Lagebericht** > **Ziele, Strategie und Unternehmenssteuerung** > S. 57).

Akzeptanz durch Dialog

Für eine in der Bevölkerung akzeptierte Energiezukunft brauchen wir eine Kultur der Verständigung und einen gesamtgesellschaftlichen Dialog. Die EnBW pflegt ihre Stakeholder-Beziehungen mit unterschiedlichen Maßnahmen wie institutionalisierte Stakeholderdialoge, Beteiligungsangebote an innovativen Geschäftsmodellen – zum Beispiel Bürgerenergiegenossenschaften – aber auch im Rahmen von Bildungspartnerschaften.

Als Betreiber technischer Großanlagen mit starken Berührungspunkten zur Umwelt ist für die EnBW die Wissensvermittlung und der unmittelbare Kontakt mit den Menschen der Region und darüber hinaus unerlässlich. An vielen Standorten bietet die EnBW in „InfoCentern“ die Möglichkeit, den Kraftwerksbetrieb kennenzulernen und sich über energiewirtschaftliche Themen zu informieren. Unsere Mitarbeiter vor Ort stehen unseren Gästen als Diskussionspartner zur Verfügung. Besucher sind kommunale Entscheidungsträger, Umweltgruppen, politische und kulturelle Vereinigungen, wissenschaftliche Delegationen, Hochschulen, Fachgruppen, Schulen, Jugendgruppen und Privatpersonen. Im Berichtsjahr 2012 zählten die zehn „InfoCenter“ der EnBW Kraftwerke AG 27.373 Besucher (Vorjahr: 24.558). Über 45.000 Besucher nutzten im Jahr 2012 das Besichtigungsangebot der EnBW, das den gesamten Energiemix der EnBW abbildet und Einblicke in die erneuerbare, konventionelle und nukleare Energieerzeugung gibt.

Kennzahlen Gesellschaft Veranstaltungen	2012 Gäste/ Teilnehmer
Bildungsveranstaltungen	2.440
Debattenabende	544
Symposien	141
InfoCenter	
Besichtigungen Kernkraftwerke	18.207
Besichtigungen Wasser- und konventionelle Kraftwerke	27.373
Besichtigungen Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien	2.352

Um einen Beitrag zum besseren Verständnis der Zusammenhänge zwischen Energiewirtschaft und Klimaschutz sowie zur Sicherung des Forschungsstandorts zu leisten, gründete die EnBW Ende 2007 die „Stiftung Energie & Klimaschutz Baden-Württemberg“. Ziel des internationalen Netzwerks ausgewiesener Experten ist es, länderübergreifend, sachlich und auch kontrovers über effektive Maßnahmen im Bereich der Energienutzung und -erzeugung zu diskutieren, die zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen. Die Ergebnisse werden in die öffentliche Debatte eingebracht. Neben Debattenabenden mit Vertretern aus Politik, Industrie und Wissenschaft veranstalten wir Symposien und Aktionstage im Rahmen verschiedener Projektarbeiten – an dem Projekt „Klimakids“ beteiligten sich beispielsweise über einen Zeitraum von drei Jahren acht Schulen und rund 50 Schulklassen (> **www.energieundklimaschutzbw.de**).

Social Media nutzen

Auch in den neuen Medien wie Facebook (> **www.facebook.com/EnBW**), Twitter (> **www.twitter.com/EnBW**) und YouTube (> **www.youtube.com/user/EnBW**) informieren wir über unsere Aktivitäten und treten in Dialog mit unseren Zielgruppen. Hier behandeln wir vor allem die Themen „Energiesparen“, „Produktneuheiten“ und „Karriere“, aber auch Unternehmensmeldungen der EnBW.

Bürgerenergiegenossenschaften



Mit den Bürgerenergiegenossenschaften brachte die EnBW 2008 ein Zukunftsmodell auf den Markt. Es ermöglicht Bürgern und Kommunen in Baden-Württemberg, in Eigenregie neue Anlagen für erneuerbare Energien zu bauen oder sich an EnBW-Anlagen zu beteiligen. Die EnBW unterstützt die Bürgerenergiegenossenschaften finanziell und mit ihrer Expertise bei der Projektumsetzung. Interessierten Bürgern stellt sie eine Projektgruppe zur Seite. Gemeinsam organisiert man vor Ort Gründungs- und Informationsveranstaltungen, auf denen geplante Projekte vorgestellt werden und die Bevölkerung Anteile zeichnen kann. Hierbei ist es der EnBW wichtig, als langfristig verlässlicher Partner gegenüber den Bürgerenergiegenossenschaften aufzutreten. Ziel ist es, den Bürgern vor Ort die Möglichkeit zu bieten, Beteiligte bei der Umsetzung der konkreten Projekte vor Ort zu werden.

Weichen stellen

In vielen unserer Projekte zur Förderung des Gemeinwohls stehen Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt. Es ist uns ein Anliegen, frühzeitig Interesse für Technik und Naturwissenschaften zu wecken und das Bewusstsein für Umwelt, Klima und natürliche Ressourcen zu schärfen. Mit der EnBW-Energiekiste unterstützen wir die frühkindliche Bildung in Kindergärten. Vorschulkinder erhalten über altersgerechte Versuche Verständnis für naturwissenschaftliche Zusammenhänge und auch für Energiephänomene.

Seit über 30 Jahren sind wir Bildungspartner der Schulen in Baden-Württemberg. 2012 profitierten beispielsweise 1.077 Stuttgarter Grundschüler (Vorjahr: 730) im Wasserwerk Münster von realitätsnahe Unterricht, in dem es unter anderem um die Wege des Trinkwassers in die Landeshauptstadt geht. Lehrkräfte, Referendare, Lehramtsstudenten und Kindergartenpersonal informieren wir im Rahmen von Workshops und Fachexkursionen. Auch an Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen engagieren wir uns (**> Lagebericht > Forschung und Entwicklung > S. 108**). Wir möchten zum einen die energietechnologische und energiewirtschaftliche Lehre fördern und zum anderen akademische Nachwuchskräfte für unseren Konzern gewinnen (**> Lagebericht > Mitarbeiter > S. 95**).

Um über die schulischen Lehrpläne hinaus den Schülern praxisnah ökonomische Bildung zu vermitteln, beteiligt sich die EnBW zum Beispiel an der europaweiten Initiative „business@school“ der Boston Consulting Group. Hier können Schüler der gymnasialen Oberstufe in Projektarbeit selbst durchspielen, wie Unternehmen und Wirtschaft funktionieren. Die EnBW stellt für teilnehmende Schulen Betreuer bereit, die die Schüler bei ihren Projektaufgaben unterstützen.

Im Rahmen der Roland-Berger-Stiftung unterstützen wir auch einzelne begabte Kinder mit Förderstipendien.

Soziales und kulturelles Engagement zeigen

Seit 2006 arbeitet die EnBW mit dem Integrationsunternehmen „Arbeit für Menschen mit Behinderungen“ (AfB) zusammen, bei der über die Hälfte der Mitarbeiter geistig oder körperlich eingeschränkt ist. Das Unternehmen setzt ausgemusterte IT-Hardware von großen Unternehmen und Institutionen in Stand und verkauft sie weiter. Die EnBW hat 2012 43,5 Tonnen IT-Endgeräte und Elektromaterial über die AfB zur Weiterverwendung aufarbeiten lassen. Die darin enthaltene nicht funktionsfähige Hardware wurde von AfB im hausinternen Zerlegebetrieb nach ISO-Norm getrennt und recycelt.

Die Geburtstagskarten der EnBW zieren von Kindern gemalte Bilder. Als Gegenleistung für die Karten spenden wir jedes Jahr für eine andere soziale Organisation in Baden-Württemberg. 2012 war dies der Förderkreis krebskranke Kinder e.V. sowie die Organisation Schlupfwinkel. Zudem werden seit Weihnachten 2011 nicht – wie sonst üblich – Geschäftspartner bedacht, sondern regionale und nachhaltige Projekte: 2012 gingen je 7.500 € an die Weihnachtsspendenaktionen von acht verschiedenen Tageszeitungen. Wir setzen auch Impulse in Kunst, Kultur und Sport. Mit dem Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe, dem Kunstmuseum Stuttgart und dem Festspielhaus Baden-Baden unterstützen wir seit Jahren Kulturinstitutionen, deren Renomé weit über die regionalen Grenzen ausstrahlt. Unser Engagement im Sport zielt auf die Förderung des Jugend- und Breitensports: Wir sind sowohl Partner des in Baden-Württemberg mitgliederstärksten Sportfachverbands, des Schwäbischen Turnverbands, als auch des Badischen Turnverbands, dem Dachverband aller badischen Turnvereine. Außerdem haben wir die EnBW-Oberliga ins Leben gerufen und bieten mit ihr Jahr für Jahr knapp 50 Vereinen Perspektiven für einen landesweiten Spielbetrieb in den Jugendspielklassen.

Für ihre Spenden brachte die EnBW Holding AG im Jahr 2012 eine Summe von insgesamt 962.862 € auf (Vorjahr: 1.132.835 €).

Beschaffung

Viele Lieferanten und Dienstleister tragen zur Leistungserstellung bei der EnBW bei. Wir wählen sie sorgfältig aus und setzen sehr hohe Maßstäbe. Unsere strengen Kriterien für nachhaltiges Handeln gelten auch für unsere Geschäftspartner in Einkauf und Handel.

Einkaufen mit Verantwortung

Die EnBW ist bestrebt, ihre Einkaufsprozesse effizient und wirtschaftlich umzusetzen. Gleichzeitig gilt es, auch qualitative, rechtliche und nachhaltige Aspekte zu beachten. Indem unser Einkauf diese Ziele verwirklicht und verantwortungsbewusst wirtschaftet, beeinflusst er das Konzernergebnis positiv. Die Anwendung von Konzernrichtlinien im Einkauf stellt Rechtssicherheit und Transparenz in den Prozessen her. Zudem gewährleisten wir so die Einhaltung von internen und externen Vorgaben.

Wesentliche Aufgabe des Einkaufs ist die Beschaffung sämtlicher Materialien, Investitionsgüter und Dienstleistungen für die EnBW-Kerngesellschaften. Unsere circa 16.000 Lieferanten kommen aus den verschiedensten Branchen und geografischen Regionen. Etwa 50% von ihnen sind in Baden-Württemberg angesiedelt. So erreichen wir durch kurze Lieferwege neben ökonomischen Effekten auch eine nachhaltige Entlastung unserer Umwelt und schöpfen Werte für Baden-Württemberg. Eines ist allen Lieferanten gemeinsam: Sie müssen unsere Nachhaltigkeitsanforderungen erfüllen, und das entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Geschäftspartnerauswahl und -entwicklung

Nachhaltige Beschaffung beginnt bei der sorgfältigen Auswahl unserer Geschäftspartner. Unsere potenziellen Lieferanten müssen bei Vergaben über 400.000€ sowie bei Netzdienstleistungen im Präqualifizierungsprozess darlegen, welche nachhaltigen Maßnahmen sie in den Bereichen Datenschutz, Qualitätsmanagement, Umweltmanagement, Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit praktizieren und wie sie sich hier weiterentwickeln. 2012 haben wir unter der Koordination unseres Konzernzentraleinkaufs in einem konzernübergreifenden Projekt einen unternehmensweiten, vereinheitlichten und optimierten Präqualifizierungsprozess erarbeitet. Nach Projektabschluss müssen dann alle potenziellen Lieferanten mit einem jährlichen Einkaufsvolumen über 50.000€ pro Jahr diesen Prozess

erfolgreich durchlaufen. In definierten Fällen führen wir standardisierte Geschäftspartnerprüfungen durch, um die Risiken zu analysieren und zu minimieren.

Maßnahmen zur Nachhaltigkeit im Einkauf

Lieferantenmanagement Präqualifikation Lieferantenauswahlprozess Lieferantenbewertung	Risikomanagement Audits Eskalationsprozess Geschäftspartnerprüfung
Kommunikation/ Schulung Berichterstattung zur Nachhaltigkeit Training für Einkäufer Dialog mit Lieferanten	Vorgaben/ Messgrößen Allgemeine Einkaufsbedingungen Konzernrichtlinie Einkauf Entwicklung von Standards Leistungsindikatoren

Nachhaltige Lieferantenentwicklung

Die Erfüllung der Anforderungen wird bei der Lieferantenbewertung und im Rahmen regelmäßiger Lieferantenaudits vor allem im Dienstleistungsbereich bei Arbeiten in den Netzen in einem transparenten Prozess überprüft. Gemeinsam mit den Fachbereichen haben wir ein übergreifendes Lieferantenbewertungssystem eingeführt. Im Falle der Nichteinhaltung unserer Anforderungen wird über einen mehrstufigen Eskalationsprozess der Lieferant nochmals unterwiesen; bei größeren Mängeln wird sogar die Geschäftsbeziehung beendet.

Unsere Lieferanten verpflichten sich darüber hinaus in den benötigten Warengruppen, standardisierte internationale Umweltmanagementnormen wie die ISO 14001 einzuhalten. Damit legen sie sich auf einen ständigen Verbesserungsprozess ihrer Umweltleistung fest.

Kontinuierliche Weiterentwicklung im Einkauf

Ausgewiesene Experten schulen unsere Mitarbeiter regelmäßig in Sachen Compliance (> www.enbw.com/bericht2012 > Corporate-Governance-Bericht).

Um unsere Prozesse abzugleichen und zu optimieren, engagieren wir uns seit Langem in renommierten Verbänden, beispielsweise im Bundesverband für Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) oder im Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Hier werden branchenweite Richtlinien und Kennzahlen zunehmend auch im Bereich Nachhaltigkeit für den Einkauf erarbeitet und weiterentwickelt.

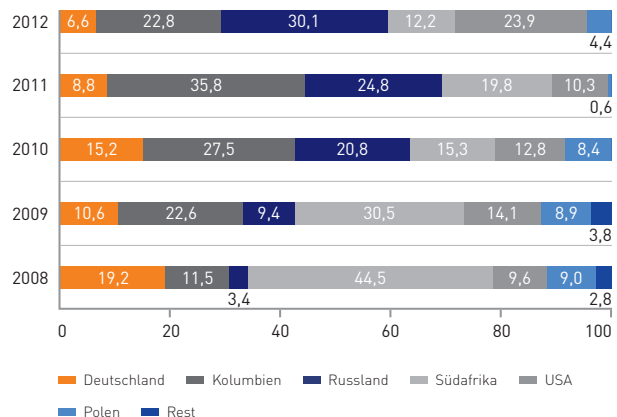
Nachhaltige Rohstoffbeschaffung im Handel am Beispiel Kohle

Der Steinkohlehandel wird im Rahmen der Energiewende für die EnBW auch künftig eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit spielen. Die EnBW ist auf Importe aus dem Ausland angewiesen – unter anderem aus Ländern wie Kolumbien, in denen die Auswirkungen des Bergbaus auf die Bevölkerung vor Ort auch in der deutschen Öffentlichkeit kritisch diskutiert werden. Im Dialog mit den Produzenten vor Ort und den Stakeholdern in Deutschland sucht die EnBW deshalb nach Wegen, die Kohlebeschaffung nachhaltig so zu gestalten, dass die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards gewährleistet ist.

2011 wurden weltweit 6,9 Mrd. t Steinkohle gefördert. Der seewärtige Handel mit Steinkohle hatte ein Volumen von 978 Mio. t. Daraus hat die EnBW knapp 0,5% beziehungsweise 4,6 Mio. t für den Einsatz in den eigenen Kraftwerken beschafft. Nur noch 440.000 t kamen für die EnBW-Kraftwerke aus deutscher Produktion. Der Kohlehandel wird von den ökonomischen Interessen der Rohstoffkonzerne und Handelsunternehmen dominiert. Als Endverbraucher sieht die EnBW jedoch auch die Verantwortung für ein nachhaltiges Wirtschaften. Deshalb suchen wir gemeinsam mit Produzenten und diversen Stakeholdern nach Lösungen, um die Nachhaltigkeit der Kohlebeschaffung über die gesamte Wertschöpfungskette zu verbessern. Transparenz über die Herkunft der Kohle ist dabei der erste Schritt.

Deutschland musste 2011 bereits drei Viertel seines Bedarfs an Kraftwerkskohle aus Importen decken. Bei der EnBW war dieser Anteil noch höher. 2012 kamen rund 81% der Kohle aus den drei Hauptimportländern Kolumbien, Russland und den USA.

Kohleeinkauf der EnBW¹
in %



¹ Gerundete Werte.

Eine nachhaltige Kohleversorgung beginnt mit Prüfung der Abbaubedingungen vor Ort. Die wichtigsten Produzenten bewertet die EnBW in den Bereichen Einhaltung von Menschenrechten, Arbeitssicherheit, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Die Ergebnisse werden in einem Nachhaltigkeitsregister zusammengefasst. Zusätzlich wird für alle Lieferanten eine umfangreiche Geschäftspartnerprüfung durchgeführt. Neben der finanziellen Bonität wird hier auch die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindestkriterien überprüft.

Ein offener Dialog ist ein weiterer wichtiger Baustein in der Nachhaltigkeitsstrategie der EnBW. Zu diesem Dialog gehören der direkte Kontakt zu den Produzenten und das Gespräch mit Politik, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen sowie der Öffentlichkeit. Nur über einen stetigen Austausch können wir die an uns gestellten Anforderungen aufnehmen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Aufgrund der Komplexität des Kohlehandels kann die EnBW nicht in jedem Fall selbst Abhilfe schaffen. Wir greifen jedoch konkrete Anliegen auf und sprechen mit unseren Zulieferern und den Produzenten. Darüber hinaus nutzen wir unsere Mitgliedschaft im UN Global Compact und in anderen Organisationen, um für eine verantwortliche Kohlebeschaffung zu werben und Veränderungen hin zu mehr Nachhaltigkeit anzustoßen.

Forschung und Entwicklung

Die Forschungs- und Innovationsaktivitäten der EnBW sind auf die Verringerung der CO₂-Emissionen, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und die dafür notwendige Flexibilisierung des Energiesystems ausgerichtet. Damit wollen wir heute die Grundlagen für Verbesserungen bei uns und neue Produkte für dezentrale Lösungen mit erneuerbaren Energien entwickeln. Für F&E-Aktivitäten hat der EnBW-Konzern 2012 36,9 Mio. € aufgewendet (Vorjahr: 37,0 Mio. €).

Ziele und Leitlinien

Forschungsschwerpunkte



- > Weitere Erschließung erneuerbarer Energien: Unser Ziel ist es, neue Technologien für erneuerbare Energien wirtschaftlich nutzbar zu machen und zusätzliche Potenziale zu erschließen. In der Forschung engagieren wir uns vor allem in den Bereichen Geothermie und neue Bioenergiequellen.
- > Flexibilisierung des Energiesystems: Zunehmend müssen fluktuierende erneuerbare Energien mit dem Stromverbrauch in Einklang gebracht werden. Dabei muss auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Energiesystems mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien gesichert werden. Um diese Herausforderung zu lösen, erproben wir neue technische und methodische Ansätze wie dezentrale Speicher und neue Marktmodelle. Hierzu gehören auch die Möglichkeiten der Elektromobilität mit Ladetechnik für Elektrofahrzeuge und Abrechnungsmodellen sowie weitere Konzepte, Energie- und Verkehrssysteme zum gegenseitigen Nutzen miteinander zu verknüpfen.
- > Verringerung der CO₂-Emissionen: Solange Kraftwerke mit fossilen Energieträgern im Einsatz sind, sind der sparsame Einsatz von Brennstoff und der umweltschonende Betrieb eine wichtige Aufgabe. In Forschungsprojekten arbeiten wir gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Industrie an der Erhöhung der Wirkungsgrade von Kraftwerken, der Abtrennung von CO₂ aus Rauchgasen und neuen Möglichkeiten der Minderung von CO₂ aus der Atmosphäre.

Im Rahmen der EnBW-Forschungsaktivitäten entstehen beispielhafte Pilotlösungen, die einen Mehrwert in eigenen Anlagen oder für unsere Kunden bieten. Ihre Weiterentwicklung soll einen Beitrag zur Wertsteigerung des Unternehmens leisten. Unser ganzheitlicher Ansatz ist auf eine nachhaltige Energieversorgung ausgerichtet. Damit verfolgt die EnBW fortschrittliche Technologien für Neuent-

wicklungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Unternehmens sowie direkt bei Anwendungen unserer Kunden. Unser Schwerpunkt liegt auf Pilot- und Demonstrationsvorhaben.

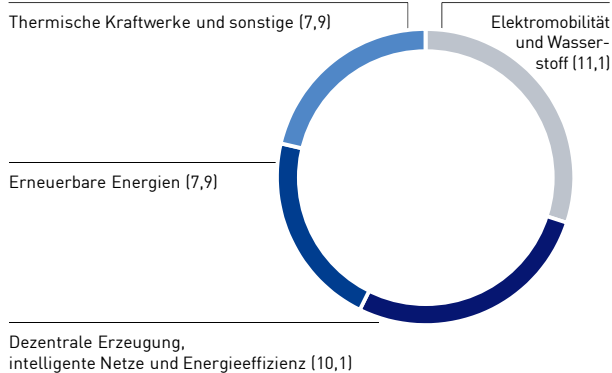
Effiziente Struktur

Der F&E-Bereich der EnBW zeichnet sich durch eine schlanke Struktur aus. Ziel ist, frühzeitig Know-how für die Entwicklung praxisrelevanter Innovationen aufzubauen und diese für neue Produkte und effizientere Prozesse verfügbar zu machen. Die Durchführung erfolgt in den EnBW-Gesellschaften oder bei unseren Kunden. Bei unseren Vorhaben legen wir großen Wert auf einen frühzeitigen Austausch mit Kooperationspartnern aus Wissenschaft und Industrie. Hohe Bedeutung messen wir dabei Konzepten zu, die an der Schwelle zur Marktreife stehen. Ohne eigene Forschungslabors setzen wir auf eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern.

Aufwand und Personal

Der EnBW-Konzern hat im Geschäftsjahr 2012 aus eigenen Mitteln 31,6 Mio. € (Vorjahr: 32,0 Mio. €) für F&E aufgewendet. Eine öffentliche Forschungsförderung erhielt der Konzern in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €). Insgesamt konnte die EnBW 2012 F&E-Projekte mit einem Volumen von 36,9 Mio. € durchführen (Vorjahr: 37,0 Mio. €). 190 (Vorjahr: 180) der über 200 mit F&E-Projekten befassten Mitarbeiter sind in EnBW-Gesellschaften angesiedelt. 17 Mitarbeiter (Vorjahr: 19) sind in der Holdingseinheit „Forschung und Innovation“ tätig und koordinieren die Forschungsaktivitäten des Konzerns. Bei diesen Mitarbeitern handelt es sich vorwiegend um Ingenieure sowie Natur- und Wirtschaftswissenschaftler. Im Zuge einer praxisorientierten Ausbildung, die die EnBW anbietet, werden sie von zahlreichen Studierenden unterstützt.

Forschungsaufwand in Mio. €



Nutzung von externem Know-how

Unser Know-how weiten wir durch Entwicklungs- und Forschungsk Kooperationen kontinuierlich aus. Zu den wichtigsten externen Forschungs- und Innovationspartnern gehören die Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg, vor allem in Karlsruhe und Stuttgart. Darüber hinaus pflegen wir bundesweit intensive Kooperationen mit den Universitäten und Forschungseinrichtungen in Aachen, Berlin, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Hamburg-Harburg, Köln, München und Oldenburg. Derzeit kooperieren wir mit insgesamt rund 50 Hochschulen.

In unseren Forschungsprojekten nutzen wir auch internationale Kooperationen. Im Geschäftsjahr 2012 setzten wir Untersuchungen mit der École Polytechnique Fédérale de Lausanne und weiteren Partnern fort, mit speziellen Anlagen Strom aus bisher nicht genutzter Abwärme bei Industriekunden zu gewinnen. Eine Pilotanlage soll 2013 in zwei deutschen Industriebetrieben getestet werden. Gemeinsam mit einem deutschen Anlagenbauer und US-amerikanischen Einrichtungen haben wir außerdem die transatlantische Zusammenarbeit in der Sicherheitsforschung an intelligenten Netzen der Zukunft fortgesetzt.

Ausgewählte Ergebnisse

Erneuerbare Energien

Wir möchten weitere erneuerbare Energiequellen erschließen. Neben technologischen Verbesserungen ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eine große Herausforderung.

Geothermie: Mit unseren Forschungsarbeiten in den Geothermiekraftwerken Bruchsal und Soultz-sous-Forêts im Elsass leisten wir einen aktiven Beitrag zur Erschließung weiterer erneuerbarer Energiequellen. Das Geothermiekraftwerk Bruchsal startete 2012 den operativen Betrieb. Hierzu gründete die EnBW gemeinsam mit der Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH (ewb) eine Gesellschaft,

an der die EnBW 75% der Anteile hält. Der Betrieb wird von bereits laufenden regierungsgeführten Forschungsprojekten begleitet, mit denen der Thermalwasserkreislauf und die Kraftwerksanlage weiter optimiert werden sollen. Ziel der Maßnahmen ist, die Jahresbetriebsstundenzahl auf das hohe Niveau von Grundlastkraftwerken zu steigern. Die EnBW will damit prüfen, wie sie Geothermiestrom in Deutschland wirtschaftlich erzeugen kann. Im elsässischen Soultz-sous-Forêts arbeitet die EnBW mit Partnern an sogenannten Enhanced Geothermal Systems (EGS) – verbesserten geothermischen Systemen. Seit Oktober 2011 speist das Geothermiekraftwerk planmäßig Strom ins französische Stromnetz ein. Forschungsergebnisse zeigen hier die Pumpentechnik als Schlüssel für die Optimierung des Betriebs und der Wirtschaftlichkeit.

Bioenergie: Mit der Forschung wollen wir neue Bioenergiequellen für die dezentrale Energieversorgung nutzbar machen. Zusätzlich arbeiten wir an technischen Lösungen, die die Wettbewerbsfähigkeit von ländlichem Biogas dadurch erhöhen, dass es dem regionalen Energiebedarf entsprechend bereitgestellt werden kann.

- **„ETAMAX“:** Die effiziente Produktion und Nutzung von Biogas aus Bioabfall untersuchen wir gemeinsam mit Wissenschaftlern des Fraunhofer-Instituts für Bioverfahrenstechnik und Grenzflächen und weiteren Partnern im Projekt „ETAMAX“ (Bedeutung: maximale Effizienz). Ende Oktober 2012 nahmen wir eine Demonstrationsanlage im EnBW-Kraftwerk Stuttgart-Gaisburg in Betrieb. Die EnBW ist für die Veredelung des gewonnenen Biogases zu reinem Biomethan verantwortlich. Dabei wird das aus Abfällen gewonnene Biogas mithilfe einer innovativen Technologie, dem Membranverfahren, zu Bioerdgas aufbereitet. Es wird dann unter hohem Druck gespeichert und für die Nutzung als Kraftstoff in erdgasbetriebenen Mercedes-Benz-Fahrzeugen bereitgestellt.
- **„BioHybrid“:** Biogas kann – intelligent genutzt – im ländlichen Raum die Energiewende unterstützen. Dort kommt es immer häufiger zu einem temporären Überangebot von Strom aus Sonnen-, Wind- und Bioenergie. Zuvor gespeichertes Biogas könnte bei ungünstigem Wetter oder nachts verstromt werden. Damit würden Lücken bei der Wind- und Sonnenstromerzeugung geschlossen werden. Das zukunftsweisende Konzept der EnBW-Tochter Erdgas Südwest GmbH sieht vor, bei Überangebot an Strom aus erneuerbaren Energien Biogas mit einem zu errichtenden Biogasleitungsnetz zu bündeln und in einer speziellen Anlage zu verflüssigen und zu speichern.

Flexibilisierung des Energiesystems

Die Einbindung großer Mengen erneuerbarer Energien und ihr aufkommensgerechter Verbrauch gehören zu den Schlüsselaufgaben für unser Energiesystem.

Smart Market: Das von der Bundesregierung geförderte Projekt „MeRegio“ (Minimum Emission Region) wurde nach

drei Jahren Laufzeit erfolgreich abgeschlossen. Im September 2012 beendeten wir die Datensammlung über das Nutzerverhalten auf Basis der tageszeitlichen Änderung des Strompreises. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse entstand ein funktionierender virtueller Energiemarktplatz für die Zukunft. Die EnBW möchte ihren Kunden Lösungen an die Hand geben, die eine Eigenverbrauchsoptimierung ermöglichen und gleichzeitig das Stromnetz entlasten können. Die rund 1.000 MeRegio-Kunden haben zusätzlich ihre CO₂-Emissionen reduziert – durch eine effizientere Energiebereitstellung, aber auch durch weniger Verbrauch an sich (➤ www.meregio.de).

Zur Frage, wie neue Speichertechnik – angeschlossen an ein intelligentes Stromnetz – unternehmerisch genutzt werden kann, haben wir 2012 weitere Projekte mit Partnern begonnen. Wir vergleichen beispielsweise die energiewirtschaftlichen Kosten der verschiedenen Möglichkeiten, Erzeugung und Verbrauch in Einklang zu bringen, angefangen bei flexibler Erzeugung in zentralen und dezentralen Kraftwerken bis hin zu Speichern und der Erzeugung von Wasserstoff oder Wärme.

Smart Grid: Eine große Zahl von Einspeisern erneuerbarer Energien in Stromnetze zu integrieren, führt zu erhöhten Anforderungen an die Auslastung der Netze und zu einem hohen Steuerungs- beziehungsweise Speicherbedarf. Die intelligente Steuerung von Netzen („intelligente Netze“ – Smart Grid) nimmt an Bedeutung zu und kann einen Netzausbau sogar teilweise unnötig machen. Dazu müssen in den Stromverteilnetzen die aktuellen Energiegrößen angeschlossener Stromerzeugungseinheiten, elektrischer Verbraucher und Netzbetriebsmittel ausgewertet werden. Die Integration der erneuerbaren Energien macht es beispielsweise örtlich erforderlich, korrigierend auf die Netzspannung einzuwirken. Die EnBW engagiert sich in diesem Zusammenhang in einer Vielzahl von Projekten. Zum Beispiel testen wir im Verteilnetz auch die Möglichkeiten, mithilfe von Batteriespeichern mehr erneuerbare Energien zu integrieren, ihre Einspeisespitzen aufzufangen und Spannungsüberschreitungen zu vermeiden.

- **Projekt „RiesLing“:** In Wechingen-Oberdorf nahm die EnBW Ostwürttemberg Donau-Ries im Oktober 2012 gemeinsam mit der ABB, der Deutschen Telekom und der EnBW Regional AG die erste intelligente Transformator-Kompaktstation Deutschlands mit stufenloser Spannungsregelung in Betrieb. Die Station ermöglicht es der Netzführung erstmals, die Spannung im Ortsnetz aktiv an die erzeugte Strommenge von erneuerbaren Energieträgern anzupassen. Damit integriert sie diese Energieformen besser in das Stromverteilnetz.

Verknüpfung des Stromnetzes mit dem Gasnetz (Power to Gas): Durch die erhöhte, aber schwankende Erzeugung der erneuerbaren Energien wird es künftig zu hohen Energieüberbeziehungsweise -unterangeboten im deutschen Stromnetz

kommen. Techniken für die Energiespeicherung über Tage bis Wochen werden benötigt, die die Kapazitätsgrenzen heutiger Stromspeicher vervielfachen. Aus aktueller Sicht eignen sich dazu chemische Energieträger wie Wasserstoff oder Methan. Die EnBW untersucht im Projekt „Speicherung elektrischer Energie aus regenerativen Quellen im Erdgasnetz“ gemeinsam mit Partnern aus Industrie und Wissenschaft die langfristigen Potenziale dieses Ansatzes. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt analysieren wir, wie sich unterschiedliche Betriebsweisen und standortspezifische Faktoren auf die Wirtschaftlichkeit verschiedener Power-to-Gas-Konzepte auswirken.

Hybridisierung: Wir untersuchten die Speicherung von Strom im Wärmemarkt als effiziente technische Alternative zur H₂-Erzeugung und -Methanisierung. Hybride Heizungsanlagen, die je nach Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom zwischen Gas- und Strombetrieb umschalten können, haben danach in Haushalten, Fernwärme und Industrie ein beträchtliches Potenzial zur Aufnahme des erneuerbaren Stromüberangebots.

Dezentrale Energieerzeugung: Ein weiterer Forschungsschwerpunkt der EnBW liegt auf der dezentralen Energieerzeugung. Wir sind stetig bestrebt, neue Technologien und Prozesse zu erforschen, um dezentrale Lösungen für unsere Kunden verfügbar zu machen.

- **„CALLUX“:** Vor rund elf Jahren begann die EnBW als eines der ersten Energieversorgungsunternehmen, die vielversprechende Brennstoffzellentechnologie zu testen. Brennstoffzellenheizgeräte reduzieren den Primärenergieverbrauch. Effizient, umweltschonend und praktisch geräuschlos wandelt das System Erdgas direkt in Strom und Wärme um. Die EnBW engagiert sich deshalb unter anderem im Projekt „CALLUX“, bei dem die beteiligten Unternehmen mit Förderung der Bundesregierung bis 2016 die Technologie in Feldtests vorantreiben wollen. In Baden-Württemberg sollen Ende 2013 rund 200 Geräte installiert sein; über 100 Brennstoffzellenheizungen werden schon getestet. 2012 setzten wir auch die neueste Generation vom Typ „Hexis Galileo 1000 N“ ein, die die Energie des eingesetzten Brenngases noch besser nutzt. Zusätzlich nahmen wir die erste wandhängende und damit platzsparende Anlage überhaupt in Betrieb, die den Einsatz der Brennstoffzellentechnik auch in kleineren Wohn- und Immobilieneinheiten möglich macht. In den nächsten Jahren werden die ersten frei verkäuflichen Angebote erwartet.
- **„Forschungsplattform für Dezentrale Energien“:** Die von der Bundesregierung geförderte Forschungsplattform – an der wir uns gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) engagieren – treibt die Entwicklung energieeffizienter Technologien voran. In Kooperation mit einem Anlagenbauer bereitet die EnBW derzeit den Prototypen einer umweltschonenden Mikrogasturbine für die kommerzielle Nutzung vor. 2013 soll dieser Prototyp mit einer elektrischen Leistung von 100 kW einsatzbereit sein. Als

eine Alternative zu Gasmotoren eignen sich Mikrogasturbinen vor allem für die dezentrale Energieversorgung von Industrieanlagen und Gebäuden. Die Turbinen können mit verschiedenen Gasarten auch erneuerbarer Herkunft sowie flüssigem Brennstoff betrieben werden.

Elektromobilität: Unsere Kunden und Stakeholder zeigen ein verstärktes Interesse daran, dass wir Lösungen für eine nachhaltige und emissionsfreie Mobilität von morgen finden. Wir untersuchen in Pilotprojekten, welche Potenziale die Elektro- und Wasserstoffmobilität besitzen und wie sie heute und in Zukunft in das Energiesystem integriert werden können. Hieraus gewinnen wir wertvolle Erkenntnisse, um Angebote für unsere Kunden zu entwickeln. So haben wir in mehreren regionalen und länderübergreifenden Projekten 2012 Lade-, Abrechnungs- und Mobilitätssysteme für kommunale Partner, Business-Partner und Privatkunden getestet und erste kommerzielle Angebote in den Markttest gebracht.

- **Spitzencluster:** Die EnBW unterstützt das von der Bundesregierung initiierte Cluster „Elektromobilität Süd-West“ in zwei Forschungsprojekten, unter anderem zum kabellosen Laden. Das Cluster bündelt die Kompetenzen renommierter Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der von der Automobilbranche geprägten Region Karlsruhe-Mannheim-Stuttgart-Ulm.
- **Ladeinfrastruktur Stuttgart und Region:** Die EnBW hat mit Landesförderung zusammen mit der Stadt Stuttgart rund 300 Ladepunkte neu aufgebaut, die auch car2go zur Verfügung stehen, der europaweit größten elektrischen Carsharing-Flotte mit in der Endausbaustufe 500 Fahrzeugen. In diesem Zuge wird die EnBW die Anzahl der Ladepunkte bis Ende 2013 auf rund 500 Ladepunkte in Stuttgart und der Region erhöhen.
- **Wasserstoff-(H₂)-Mobilität:** Im Rahmen der Initiative „H₂Mobility“ hat die EnBW in Stuttgart und Karlsruhe mit Förderung durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zwei öffentlich zugängliche Wasserstofftankstellen errichtet. Die Tankstelle in Stuttgart wurde 2012 um eine in ihrer Leistung variabel steuerbare Elektrolyseanlage zur örtlichen Wasserstoffproduktion ergänzt. Anhand des Projekts soll die Wirtschaftlichkeit von Wasserstoff als Speicher für erneuerbare Energien, zum Beispiel Windenergie, ermittelt werden. Die Erkenntnisse aus diesen Projekten fließen kontinuierlich in laufende Untersuchungen über mögliche Geschäftsmodelle entlang der H₂-Wertschöpfungskette ein. Die EnBW unterstützt in den kommenden Jahren mit ihrer Erfahrung den Aufbau einer Tankstelleninfrastruktur für Wasserstoff-Brennstoffzellenfahrzeuge in Deutschland.

Verringerung der CO₂-Emissionen

„Kraftwerke des 21. Jahrhunderts“ (KW21): Trotz des steigenden Anteils an Strom aus erneuerbaren Energien werden Verbraucher auch in den kommenden Jahrzehnten zu großen Teilen auf Strom aus fossilen Brennstoffen angewiesen sein, wenn Sonne und Wind nicht ausreichend zur Energieerzeugung genutzt werden können. Die EnBW forscht des-

halb mit Partnern an der Frage, wie ihre fossilen Kraftwerke noch effizienter, flexibler und umweltschonender eingesetzt werden können. In der 2012 abgeschlossenen Forschungsinitiative „KW21“ arbeiteten 23 Forschungsgruppen mit elf Industriepartnern – darunter die EnBW – an 70 Projekten zu diesen Fragen. Die Ergebnisse fließen in die Verbesserung eigener Anlagen und Prozesse ein.

Effizienzsteigerung in der Kraftwerkstechnik: Bestehende Kraftwerke müssen für eine deutlich höhere Einspeisung von erneuerbar erzeugtem Strom in die elektrischen Netze weiterentwickelt werden. Sie müssen den Ausgleich zwischen der fluktuierenden und schwer zu prognostizierenden Einspeisung und der aktuellen Nachfrage leisten – sofern Speicher dies nicht übernehmen können. In unserer Kraftwerksforschung gehen wir darauf ein, wie schnell Leistungsänderungen möglich sind, welche Produkte am Regelenergiemarkt bedient werden können und zu welchen Kosten die Stabilität der konventionellen Kraftwerke gewahrt werden kann. Zu diesem Zweck untersuchen wir gemeinsam mit Partnern verschiedene Bereitstellungswege für die Regelleistung und deren Betriebskosten. Anhand der Untersuchungsergebnisse wollen wir Optimierungspotenziale für die unterschiedlichen Kraftwerke aufzeigen. Zudem setzen wir uns mit den Auswirkungen der schwankenden Erzeugung auf die Versorgungssicherheit auseinander. In einem weiteren Projekt beteiligen wir uns an der Untersuchung von Dampfkraftwerksprozessen mit CO₂-Abtrennung zur Bereitstellung von Regelernergie.

CO₂-Abscheidung: Die EnBW untersucht verschiedene CO₂-Abscheidetechnologien. Die gewonnenen Erkenntnisse sind eine wichtige Grundlage für die Einhaltung von Umwelt- und Genehmigungsaufgaben. Sie ermöglichen der EnBW zudem, die bei Kraftwerksneubauten und -erweiterungen gesetzlich vorgeschriebenen Nachweise zur CO₂-Abscheidung zu führen. Unsere Vorhaben befassen sich vor allem damit, den hohen Energiebedarf und den Aufwand für die Abtrennung von CO₂ zu senken und dadurch nur wenige Prozentpunkte beim Wirkungsgrad des Kraftwerks zu verlieren. Zwei aussichtsreiche Verfahren bewerten wir in eigenen Versuchsanlagen. Darin untersuchen wir auch die Regelfähigkeit von Großanlagen. Unsere Testanlage im Kohlekraftwerk Heilbronn reinigt die beim Verbrennungsprozess entstehenden Rauchgase mittels wässriger Aminlösung von CO₂. Im Jahr 2012 führten wir dort mit Partnern umfangreiche Messkampagnen unter anderem zur Optimierung von Energie- und Betriebsmittelverbrauch durch. Auch die Forschung an der Pilotanlage zum Carbonate-Looping-Verfahren in Stuttgart, die 2010 gemeinsam mit der Universität Stuttgart errichtet wurde, haben wir fortgesetzt. In dieser Anlage wird dem Rauchgasstrom Kalkpulver zugegeben, mit dem sich das CO₂ chemisch verbindet. In einem zweiten Schritt trennt man das CO₂ aus dem Kalk ab und bereitet es für die weitere Nutzung auf. Dieses Verfahren verspricht künftig weitere Verbesserungen hinsichtlich des Wirkungsgradverlusts, der Emissionen und der Einsatzstoffe gegenüber der in Heilbronn angewendeten Aminwäsche.

Nachtragsbericht

Die EnBW Baltic 2 GmbH und die Europäische Investitionsbank haben einen Finanzierungsvertrag über ein langfristiges Investitionsdarlehen in Höhe von 500 Mio.€ für den Offshore-Windpark EnBW Baltic 2 geschlossen. Das Darlehen wurde am Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2012 noch nicht beansprucht.

Weitere Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der EnBW von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2012 nicht eingetreten.

Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems

Grundsätze

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) der EnBW soll eine ordnungsgemäße und verlässliche Finanzberichterstattung sicherstellen. Die Wirksamkeit des IKS wird durch eine regelmäßige Prüfung der Eignung und Funktionsfähigkeit der konzernweiten Kontrollmechanismen auf der Einzelgesellschafts- sowie Konzernebene gewährleistet. Sind bestehende Kontrollschwächen identifiziert und ist ihre Relevanz für den Jahresabschluss erörtert, werden sie zeitnah behoben. Basis der IKS-Methodik im EnBW-Konzern ist der COSO-Standard, ein international etablierter Rahmen für interne Kontrollsysteme.

Sofern die Kontrollmechanismen einen standardisierten und überwachten Reifegrad erreichen sowie keine wesentlichen Kontrollschwächen vorhanden sind, wird das rechnungslegungsbezogene IKS als wirksam eingestuft. Der Reifegrad ergibt sich aus dem unternehmensinternen Verständnis von einem IKS als sinnvollem Instrument der Risikoversorge und dem Umsetzungsgrad der konzernweiten IKS-Methodik in den Konzerngesellschaften. Die Wesentlichkeit von Kontrollschwächen bemisst sich an der Eintrittswahrscheinlichkeit und dem Umfang einer möglichen Falschaussage im Verhältnis zu den betroffenen Jahresabschlussposten. Als ein Teil des rechnungslegungsbezogenen IKS definiert das rechnungslegungsbezogene Risikomanagementsystem Maßnahmen zur Identifizierung und Bewertung von Risiken, die das Ziel eines regelkonformen Jahresabschlusses gefährden.

Trotz eines etablierten IKS besteht keine absolute Sicherheit in Bezug auf die Zielerreichung sowie die Vollständigkeit. Die Leistungsfähigkeit des IKS kann in Einzelfällen durch unvorhergesehene Veränderungen im Kontrollumfeld, kriminelle Handlungen oder menschliche Fehler beeinträchtigt werden.

Struktur

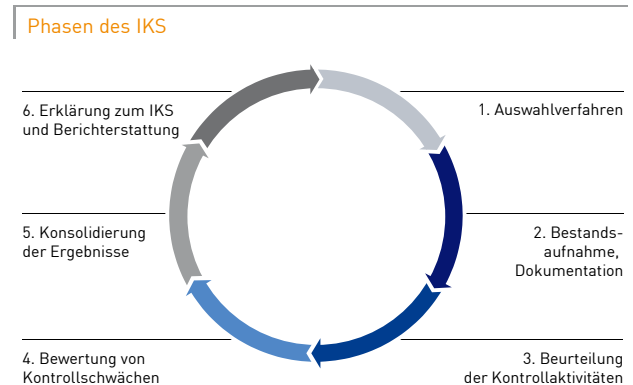
Das IKS der EnBW unterteilt sich in eine zentrale und eine dezentrale Organisation. Alle wesentlichen Gesellschaften verfügen über einen IKS-Verantwortlichen. Dieser überwacht die Wirksamkeit des IKS auf Gesellschaftsebene und bewertet aufgetretene Kontrollschwächen. Jährlich wird ein IKS-Gesellschaftsbericht erstellt, der von der Geschäftsleitung der Gesellschaften genehmigt wird. Der auf Konzernebene angesiedelte IKS-Verantwortliche unterstützt die Einzelgesellschaften bei der Umsetzung der standardisierten Vorgehensweise und konsolidiert die erhobenen Daten. Ein aggregierter IKS-Konzernbericht wird dem Konzernvorstand

jährlich vorgelegt und ist Grundlage der Berichterstattung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats.

Prozess

Die Vollständigkeit und Konsistenz der Jahresabschlusserstellung und -offenlegung stellen standardisierte Prozesse sicher. Das rechnungslegungsbezogene IKS definiert die Kontrollen zur Einhaltung der Konzernbilanzierungsrichtlinien sowie der Verfahrensanweisungen und Zeitpläne der einzelnen Rechnungslegungsprozesse. Ein jährlicher Regelkreislauf überwacht die Aktualität der Dokumentation, die Eignung sowie die Funktionalität der Kontrollen; zudem identifiziert und bewertet er auftretende Kontrollschwächen.

Ein risikoorientiertes Auswahlverfahren definiert die relevanten Gesellschaften, die wesentlichen Jahresabschlussposten und Prozesse einschließlich Kontrollen. Grundlage dieses Auswahlverfahrens sind quantitative und qualitative Risikoindikatoren.



Ein zentrales Dokumentationssystem erfasst die definierten Prozesse und Kontrollen. Im Anschluss wird die Wirksamkeit dieser Kontrollaktivitäten beurteilt. Hierbei wird analysiert, ob die Kontrollaktivitäten grundsätzlich geeignet sind, die Risiken einer fehlerhaften Finanzberichterstattung zu reduzieren. Zudem überprüft eine regelmäßige Überwachung der Kontrolldurchführung und deren Dokumentation die Funktionsfähigkeit der festgelegten Kontrollen. Werden Kontrollschwächen festgestellt, schließt sich eine Bewertung der Auswirkungen auf den Jahresabschluss an. Die Ergebnisse bilden die Grundlage des Berichts auf Gesellschaftsebene sowie des aggregierten Konzernberichts. Darüber hinaus führt die Konzernrevision im Rahmen einer risikoorientierten Prüfungsplanung regelmäßig IKS-Prüfungen bei ausgewählten Konzerngesellschaften durch.

Risiko- und Chancenbericht

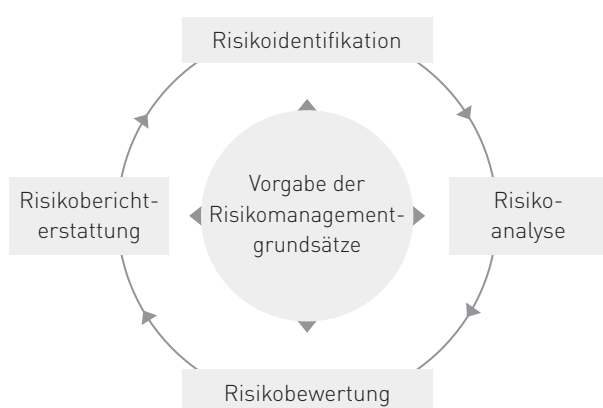
Die Risikolage des EnBW-Konzerns verschärfte sich 2012. Die EnBW sieht sich aufgrund der Energiewende in Deutschland und der damit verbundenen politischen und regulatorischen Konsequenzen vor große Herausforderungen gestellt. Daraus ergeben sich – neben den erheblichen Risiken – auch Chancen für neue geschäftliche Aktivitäten. Mit gezielten strategischen und operativen Maßnahmen minimieren wir Risiken und heben Chancen. Bestandsgefährdende Risiken bestehen für den Konzern derzeit nicht.

Grundsätze des Risikomanagements

Die EnBW definiert potenzielle negative Abweichungen von der geplanten Ertrags-, Vermögens- oder Liquiditätslage als Risiko. Risiken entstehen entweder aus grundsätzlich kalkulierbaren, aber dennoch der Zufälligkeit unterliegenden, oder aber aus nicht vorhersehbaren Ereignissen. Die Risiken für den EnBW-Konzern unterteilen sich in folgende Kategorien: Umfeld und Branche, Strategie, operative Risiken, Finanzen, Recht und sonstige Risiken.

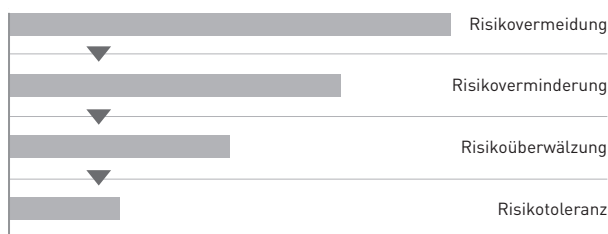
Der EnBW-Konzern versteht das Risikomanagement als einen proaktiven und präventiven Prozess zur Steuerung interner und externer Risiken für die EnBW-Geschäftstätigkeit. Er umfasst die Risikoidentifikation, -analyse, -bewertung und -berichterstattung.

Prozess



Die Risikosteuerung sieht Maßnahmen zur Risikovermeidung, -verminderung und -überwälzung, der bilanziellen Risikovorsorge oder Risikotoleranz vor. Der grundsätzliche Betrachtungshorizont des Risikomanagements erstreckt sich über den mittelfristigen Planungszeitraum; hinzu kommen Risiken über diesen Zeitraum hinaus, sofern sie von besonderer Bedeutung sind.

Steuerung



Struktur und Prozess des Risikomanagements

Das Risikomanagementsystem im EnBW-Konzern gliedert sich in zentrale und dezentrale Einheiten. Das auf Holdingebene angesiedelte Konzernrisikomanagement übernimmt die konzernweite Vorgabe von Methoden und Prozessen und ist für die Risikoberichterstattung an den Vorstand verantwortlich. Die Konzernrichtlinie zum Risikomanagement definiert konzernweit den Umgang mit Risiken. Ausgehend von der Ebene der Einzelgesellschaften erfolgt eine Risikoaggregation entlang der festgelegten Berichtslinien über den gesamten Konzern.

Als zentrales Steuerungsgremium beleuchtet der Konzernrisikoausschuss unter Einbindung von Einzelgesellschaften Fragen und Sachverhalte des Risikomanagements aus verschiedenen Konzernperspektiven. Zudem gewährleistet er die Qualität des Konzernrisikoberichts. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Risikosituation informiert. Eine detaillierte Bewertung der Risikolage des Konzerns führt im Aufsichtsrat vor allem der Prüfungsausschuss durch.

Der Risikomanagementprozess ist als kontinuierlicher Vorgang in die betrieblichen Abläufe der Gesellschaften im EnBW-Konzern sowie auf Holdingebene integriert. Es bestehen verschiedene Berichts- und Eskalationsstufen. Die Erfassungsschwelle von Risiken liegt bei einem möglichen Schaden von 1 Mio. € über dem dreijährigen Planungshorizont. Die Geschäftsführung der jeweiligen Einzelgesellschaften verantwortet die Steuerung dieser Risiken. Erreicht die

Risikohöhe einen Wert von 20 Mio.€ im Planungshorizont oder 10 Mio.€ im ersten Planjahr, wird der zuständige Ressortvorstand unterrichtet. Die Konzernrisikoschwelle beträgt 50 Mio.€ über dem Planungshorizont. Derartige Risiken werden dem Gesamtvorstand vorgelegt. Die Konzernrisikoberichterstattung erfolgt quartalsweise in standardisierter Form und bei wesentlichen Risikoveränderungen monatlich im Rahmen einer Sonderberichterstattung. Tritt eine

akute und zeitkritische Risikosituation ein, wird der Vorstand sofort in Kenntnis gesetzt.

Bestehen Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von bis zu 50%, wird anhand einer Einzelprüfung beurteilt, ob diese in der nächsten Planungsrunde zu behandeln sind. Bei Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit über 50% werden diese planerisch berücksichtigt und, soweit möglich, bilanzielle Maßnahmen im IFRS-Konzernabschluss ergriffen.

Struktur



Im Rahmen der kontinuierlichen Fortentwicklung unseres Risikomanagementprozesses wurde der etablierte Bottom-up-Prozess um eine systematische Top-down-Perspektive erweitert. Damit erhalten wir einen noch umfassenderen Gesamtüberblick und können zusätzliche Nutzenpotenziale heben. Darüber hinaus modellieren wir die Topchancen und -risiken über den Mittelfristplanungszeitraum stochastisch. Dies lässt Aussagen zur Bandbreite des künftigen Konzernergebnisses und weiterer Zielgrößen zu. Regelmäßige Workshops und Informationsveranstaltungen dienen dem Aufbau und der Weiterentwicklung der fachlichen Expertise unserer Mitarbeiter in Bezug auf das Risikomanagement.

chen Vertrauensverlusts eine latente Krise des europäischen Finanzsektors etabliert mit nachteiligen Auswirkungen auf die Erholung der Realwirtschaft. Negative Entwicklungen könnten auch aus einem Scheitern des Reformprozesses in Griechenland resultieren wie auch aus einem Wirtschaftsrückgang der USA infolge des derzeit noch ungelösten unausgeglichenen Finanzhaushalts. Als weitere Risiken bleiben die erhöhte Labilität der Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten und die daher rührenden Risiken für die Ölversorgung der Welt bestehen. Vor diesem Hintergrund sind sowohl konjunkturelle Risiken als auch Turbulenzen an den Finanzmärkten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung und die Vermögenswerte nicht auszuschließen, die zu erneuten Wertberichtigungen führen können.

Umfeld- und Branchenrisiken

Gesamtwirtschaftliche Risiken

Konjunkturlage: Die globale Wirtschaftsentwicklung hat nahezu überall an Fahrt verloren (> **Lagebericht** > **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen** > **S. 61ff**). Trotzdem wird im nächsten Jahr von einem stabilen Wachstum der Weltwirtschaft ausgegangen, wenn auch nur in einem im längerfristigen Vergleich mäßigen Tempo. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die konjunkturelle Entwicklung durch eine expansive Geldpolitik der verschiedenen Zentralbanken gestützt wird, wodurch das Risiko einer erhöhten Inflation zugenommen hat. Sollte der politische Wille innerhalb der Europäischen Union zu Konsolidierung und Strukturreformen nachlassen, besteht ein weiteres großes Risiko für die Konjunkturerentwicklung, indem sich aufgrund eines mögli-

Pensionsverpflichtungen: Bei der EnBW AG werden die Pensionsverpflichtungen der wesentlichen Tochtergesellschaften gebündelt. Ziel ist, die langfristigen Pensionsrückstellungen des Konzerns innerhalb eines ökonomisch sinnvollen Zeitraums durch entsprechende Finanzanlagen zu decken. Aufgrund des rückläufigen Zinstrends mussten wir 2012 den Diskontierungzinssatz für Pensionsverpflichtungen anpassen. Zum Jahresabschluss 2012 lag der Diskontierungzinssatz bei 3,80% und somit 1,45 Prozentpunkte unter dem Zinssatz des Vorjahresabschlusses. Dies führte zu einem um 1.051,4 Mio.€ höheren Barwert der Pensionsverpflichtungen. Das Verfahren zur Ermittlung des Zinssatzes wurde im vierten Quartal 2012 geändert. Die Sen-

kung des Diskontierungszinssatzes ist im Wesentlichen auf das derzeit niedrige Zinsniveau infolge der europäischen Schuldenkrise zurückzuführen. In Abhängigkeit von der Zinsentwicklung bleibt das Diskontierungszinsniveau von Pensionsrückstellungen chancen- und risikobehaftet. Die daraus resultierenden Veränderungen des Barwerts der Pensionsverpflichtungen wirken sich auf die Höhe der bereinigten Nettoschulden der EnBW aus.

Kernenergierückstellungen: Maßgeblich für die Bestimmung des Barwerts von Kernenergierückstellungen sind der Diskontierungssatz und die Inflationsrate. Aus einer möglichen divergierenden Entwicklung der beiden Faktoren – einem Abwärtstrend des Diskontierungssatzes beziehungsweise einer steigenden Inflationsrate – entsteht das Risiko eines Anstiegs des Barwerts der Kernenergierückstellungen. Erhöht sich der Barwert, könnte dies negativ auf die Höhe der bereinigten Nettoschulden wirken und demzufolge das Rating der EnBW belasten.

Ausgleich Bilanzkreise: Der Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW GmbH (TNG) verantwortet die Beschaffung und den Einsatz von Regelenergie und nimmt den Ausgleich etwaiger Bilanzabweichungen im Bilanzkreis des jeweiligen Bilanzkreisverantwortlichen vor. Es besteht dabei die Möglichkeit, dass externe Bilanzkreisverantwortliche die Regelungen zur Führung ihres Bilanzkreises nicht einhalten und dadurch ihre Bilanzkreise durch Energiefahrpläne nicht gedeckt werden. Dies könnte auch missbräuchlich erfolgen. Die TNG müsste bei einem solchen Sachverhalt die eingesetzte Regularbeit im Rahmen der Ausgleichsenergieabrechnung gegenüber den betroffenen Bilanzkreisen verrechnen. Falls diese Bilanzkreise abschließend nicht in der Lage sind, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, entsteht ein finanzieller Schaden bei der TNG. Es besteht das Risiko, dass die Bundesnetzagentur die Wälzung des entstandenen Schadens über die Netzentgelte nicht genehmigt.

Marktentwicklung

Marktpreisrisiko: Fast alle Vermögenswerte und Geschäfte unserer Konzerngesellschaften in den Bereichen Erzeugung, Handel und Vertrieb sind Marktpreisänderungsrisiken ausgesetzt. Eine zentrale Aufgabe des Risikomanagements ist die Bewertung und Steuerung des aus Marktpreisänderungen resultierenden Gewinn- oder Verlustpotenzials. Grundlage unseres Risikomanagements und -controllings sind kontinuierlich an die Marktentwicklung angepasste Best-Practice-Verfahren. Das Risikocontrolling der EnBW Trading GmbH (ETG) erfasst täglich die Marktpreisänderungs- und Kreditrisiken, die Einhaltung der Limite und das an den aktuellen Marktpreisen gemessene Ergebnis. Auf diese Weise sichern wir das Konzernergebnis durch das frühzeitige Absichern von Energiepreisrisiken an den Terminmärkten. Die Absicherungsstrategie basiert auf einem Hedge-Konzept, das auch die Wahrung von Chancen umfasst. Mit Blick auf unsere Stromerzeugung hat für die Risikosteuerung im

Besonderen die finanzielle Absicherung gegen fallende Strompreise und steigende Brennstoff- und Emissionszertifikatepreise Vorrang. Kerngeschäft der ETG ist die Vermarktung unserer Eigenerzeugung und deren Absicherung gegen Marktpreisänderungsrisiken vor allem über den Großhandelsmarkt. Diese Risiken lassen sich jedoch nur für einen begrenzten Zeitraum absichern. Bei der Vermarktung ihrer Erzeugungsmengen besteht für die EnBW – trotz Absicherungsstrategie – langfristig das Risiko sinkender Strompreise beziehungsweise das Risiko einer ungünstigen Entwicklung des Brennstoff-Strompreis-Verhältnisses. Ein Risikomanagementkomitee, in das verschiedene Konzerngesellschaften entlang der Wertschöpfungskette sowie die Konzernholding eingebunden sind, agiert als zentrales Organ der Risikosteuerung. Im Rahmen der Risikosteuerung für den Vertrieb gewährleistet die EnBW die Bereitstellung erwarteter Absatzmengen. Darüber hinaus sichert die ETG Währungsrisiken aus dem Bezug von Brennstoffen ab, die in Fremdwährungen gehandelt werden. Im Zuge einer kontinuierlichen Optimierung werden Chancen, die sich aus der Flexibilität unserer Kraftwerke ergeben, entsprechend aktueller Marktpreise genutzt. Über die Risikosteuerung hinaus setzt die ETG ihr Know-how an den Energiemärkten auch für unseren Eigenhandel ein, um zusätzliche Erträge zu erwirtschaften.

Folgende wesentliche Marktpreisrisiken leiten wir aus der Marktentwicklung ab:

Im Energiehandel des EnBW-Konzerns werden Energiehandelskontrakte für Zwecke des Preisrisikomanagements, der Kraftwerksoptimierung, der Lastglättung und der Margenoptimierung abgeschlossen. Eigenhandel ist nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt. Die Preisänderungsrisiken resultieren im Wesentlichen aus der Beschaffung und Veräußerung von Strom, der Beschaffung der Brennstoffe Kohle, Gas und Öl sowie der Beschaffung von Emissionsrechten. Außerdem entstehen Preisrisiken für den EnBW-Konzern durch das Eingehen spekulativer Positionen im Eigenhandel. Die Preisrisiken werden anhand einer fortlaufenden Überprüfung der Marktpreiserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Im Jahr 2012 wendeten wir Forwards, Futures, Swaps und Optionen als Sicherungsinstrumente an. Zum 31. Dezember 2012 betrugen die Nominalwerte aller Energiederivate insgesamt 45.355,1 Mio. €. Der Marktwert aller Energiederivate belief sich auf -400,1 Mio. €.

Der EnBW-Konzern ist durch die Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs sowie durch Gas- und Ölhandelsgeschäfte Risiken aus Fremdwährung ausgesetzt. Zusätzliche Währungsrisiken bestehen aufgrund von in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten. Dieses Währungsrisiko sichern wir anhand fortlaufend überprüfter Devisenkursenerwartungen mit geeigneten standardisierten Finanzinstrumenten ab. Im Wesentlichen bestehen für den EnBW-Konzern Währungsrisiken in US-Dollar, Schweizer Franken, Ungarischer Forint sowie in Tschechischen Kronen.

Das bei ausländischen Konzerngesellschaften außerhalb der Eurozone gebundene Nettovermögen sowie die Umrechnungsrisiken (Translationsrisiken) werden nur in Einzelfällen gegen Wechselkursschwankungen gesichert.

Der EnBW-Konzern und die EnBW AG nutzen zinsensitive Finanzinstrumente, um den Erfordernissen der operativen und strategischen Liquiditätssteuerung gerecht zu werden. Zinsrisiken ergeben sich hierbei nur aus variabel verzinslichen Instrumenten. Sie bestehen auf der Aktivseite aus Bankguthaben und auf der Passivseite aus variabel verzinslichen Bankverbindlichkeiten. Daneben ergeben sich Zinsrisiken aus Derivaten in Form von Swapgeschäften, hauptsächlich in der Eurozone. Eine entsprechende Sensitivitätsanalyse findet sich in der Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten im Anhang zum Konzernabschluss. Das Nominalvolumen der Zins- und Währungsderivate zum 31. Dezember 2012 belief sich auf 5.816,3 Mio. €. Die Marktwerte dieser Derivate betrugen 125,2 Mio. €.

Wettbewerbsrisiko: Die Intensität des Wettbewerbs im Endkundengeschäft sowohl im B2C- als auch im B2B-Segment birgt das Risiko von Kundenverlusten. Die Wechselbereitschaft der Kunden ist hoch. Es bestehen Preis- und Margenrisiken, falls die Aufwendungen für energiewirtschaftliche Kosten nicht an die Kunden weitergereicht werden können.

Strombezugsverträge: Bei ungünstigen Marktpreisentwicklungen können sich aus Strombezugsverträgen des Konzerns Ergebnisbelastungen ergeben. Die EnBW hat für einen Strombezugsvertrag eine Drohverlustrückstellung gebildet.

Politische und regulatorische Risiken

Energiewende: Aus dem im Sommer 2011 beschlossenen Gesetzespaket zur Energiewende ergeben sich große Herausforderungen für die Energiewirtschaft in Deutschland. Auch der französische Staatspräsident Hollande kündigte an, den Kernenergieanteil an der Stromerzeugung bis 2025 auf 50 % reduzieren zu wollen, dies im Besonderen durch die Stilllegung einzelner Kernkraftwerke. Aus diesem Grund wird das Kernkraftwerk im französischen Fessenheim voraussichtlich – einige Monate früher, als bislang geplant – Ende 2016 endgültig vom Netz gehen. Grundsätzlich besteht das Risiko, dass sich die EnBW an den Kosten für den Kraftwerksrückbau beteiligen muss. Nach Ermessen der EnBW besteht jedoch dahingehend kein rechtmäßiger Anspruch des Kraftwerksbetreibers. Der Sachverhalt befindet sich in Klärung. Die Risikosituation in Bezug auf mögliche Investitionen für die Nachrüstung der Kraftwerke und daraus resultierende höhere Strombezugsaufwendungen für die EnBW besteht weiterhin, auch für das Kraftwerk Cattenom.

Für die Endlagerung von hoch radioaktivem Abfall wurde in Deutschland bisher keine endgültige Regelung getroffen. Auf Grundlage eines noch zu verabschiedenden Standort-

auswahlgesetzes (Endlagersuchgesetz) soll ein geeigneter Standort ermittelt werden. Eine erste noch mit Unsicherheiten behaftete Abschätzung des daraus resultierenden Kostenanteils für EnBW liegt im mittleren dreistelligen Millionenbereich. Gemäß der Verordnung über Vorausleistungen für die Einrichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle (Endlager VIV) sind die Kosten für die Erkundung von Lagerstätten von kernkraftnutzenden Unternehmen wie der EnBW zu tragen. Die rechtliche Verpflichtung der Betreiber, die Kosten einer zu Grunde alternativen Standortsuche zu tragen, ist strittig. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des EnBW-Konzerns durch Kosten der Erkundung und des Ausbaus von Endlagerstätten sowie der Endlagerung an sich erheblich belastet werden könnte.

Als Konsequenz aus der Energiewende schaltete die EnBW im März 2011 zwei Kernkraftwerke ab. Im Sommer 2011 stellte sie den Leistungsbetrieb dieser Anlagen endgültig ein. Die EnBW hat langfristige Lieferverträge mit Uranlieferanten abgeschlossen. Die Stilllegung der Kernkraftwerksblöcke bedingt, dass die EnBW nun weitaus weniger Uran benötigt, als ursprünglich geplant. Bei Nichteinhaltung der vertraglich festgesetzten Abnahmemenge besteht das Risiko einer Entschädigungszahlung der EnBW an den Lieferanten. Es besteht das Risiko, dass – abhängig von der Entwicklung der Marktpreise – die mögliche Entschädigungszahlung der EnBW über der bereits bilanziell erfassten Risikovorsorge liegt.

Kernbrennstoffsteuer und Förderfondsvertrag: Am 1. Januar 2011 trat das Kernbrennstoffsteuergesetz in Kraft. Pro eingesetztem Gramm Kernbrennstoff sieht das Gesetz eine Steuer von 145 € vor. Erhoben werden soll die Steuer von 2011 bis 2016. Die Bundesregierung hält ungeachtet des Inkrafttretens der 13. Atomgesetznovelle, mit der die sieben ältesten deutschen Kernkraftwerke (KKW) und das KKW Krümmel endgültig ihren Leistungsbetrieb einstellen mussten, an der Kernbrennstoffsteuer fest. Damit ergeben sich für die EnBW in den Jahren 2011 bis 2016 erhebliche zusätzliche Belastungen des operativen Ergebnisses. Die EnBW reichte im Juli beziehungsweise November 2011 wegen der Anmeldung der Kernbrennstoffsteuer für ihre stillgelegten Kraftwerksblöcke Philippsburg 2 (KKP 2) und Neckarwestheim II (GKN II) beim Finanzgericht Baden-Württemberg – Außensenat Freiburg Klagen ein und stellte Anträge auf Aussetzung der Vollziehung (AdV). Nach Auffassung der EnBW verstößt die Kernbrennstoffsteuer gegen Verfassungs- und Europarecht. Im Januar 2012 lehnte das Finanzgericht Baden-Württemberg die Anträge ab. Die EnBW hat mit der zugelassenen Beschwerde den Bundesfinanzhof angerufen. Zur Kostenoptimierung wurde auf eine Beschwerde im parallelen AdV-Verfahren GKN II verzichtet. Da der Bundesfinanzhof (BFH) in München eine gleichgelagerte Beschwerde in Sachen Grafenrheinfeld ablehnte, wurde auch die Beschwerde der EnBW Kernkraft GmbH (EnKK) aussichtslos.

Die Klagen in den Hauptsacheverfahren sind noch beim Finanzgericht Baden-Württemberg anhängig. Mit einer Entscheidung im Verfahren GKN II ist frühestens im zweiten Quartal 2013 zu rechnen. Das Verfahren KKP 2 wurde auf Antrag beider Parteien aus prozessökonomischen Gründen ruhend gestellt, bis über die Klage im Verfahren GKN II entschieden ist.

Im Juli 2012 wurde für KKP 2 eine erneute Kernbrennstoffsteueranmeldung in Höhe von 124,3 Mio.€ vorgenommen. Gegen die Steueranmeldung wurde Sprungklage beim Finanzgericht Baden-Württemberg eingereicht; damit wurde der bisher eingeschlagene Klageweg kontinuierlich fortgesetzt. Im November 2012 erfolgte schließlich eine erneute Kernbrennstoffsteueranmeldung für GKN II in Höhe von 151,5 Mio.€. Auch gegen diese Steueranmeldung wurde Sprungklage beim Finanzgericht Baden-Württemberg eingereicht.

Mit Vorlagebeschluss vom 29. Januar 2013 hat das Finanzgericht Hamburg das Kernbrennstoffsteuergesetz als verfassungswidrig eingeschätzt. Das Gesetz wird demzufolge dem Bundesverfassungsgericht zur Normenkontrolle vorgelegt. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die Verfahren der EnKK betreffend KKP 2 und GKN II bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausgesetzt werden.

Bundesregierung und Betreiber unterzeichneten im Zuge der Ende 2010 beschlossenen Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke einen Förderfondsvertrag. Dieser sollte die Komponenten Laufzeitverlängerung, Kernbrennstoffsteuer und Förderung erneuerbarer Energien miteinander verknüpfen. Im Rahmen der Laufzeitverlängerung sollten auf Basis des Vertrags Vorauszahlungen in einen Fonds für erneuerbare Energien geleistet werden. Diese sollten ab 2017 mit den zu leistenden Förderbeiträgen von 9€/MWh aus dem Laufzeitverlängerungskontingent verrechnet werden. Nach Inkrafttreten der 13. Novelle des Atomgesetzes besteht nach Ansicht der Kernkraftwerksbetreiber keine Zahlungsverpflichtung mehr.

Netznutzung: Die Anreizregulierungsverordnung und die damit verbundenen Erlösobergrenzen und Netznutzungsentgelte können innerhalb einer Regulierungsperiode angepasst werden. Energieintensive Kunden können laut § 19 Abs. 2 Stromnetzentgeltverordnung von Netznutzungsentgelten befreit werden oder ein individuelles Netznutzungsentgelt erhalten. Die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) nehmen daraufhin untereinander einen Belastungsausgleich vor und ermitteln und veröffentlichen eine bundesweit einheitliche Umlage. Gemäß der Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) vom 14. Dezember 2011 wird die Umlage zunächst auf Basis von Planwerten ermittelt. Ein finanzielles Risiko wird minimiert, indem mögliche Differenzen zur Istabrechnung bei der Ermittlung der Umlage der Folgejahre berücksichtigt werden.

Ertüchtigung Masten: Derzeit wird ein zu erreichendes Sicherheitsniveau für bestehende Masten definiert, das dem Stand der Technik entspricht. Es besteht die Möglichkeit, dass sich die Forderungen der Energieaufsicht Baden-Württemberg künftig auf alle Masten ausweiten könnten und sich diese nicht mehr wie bisher nur auf die Überprüfung und eventuelle Ertüchtigung von Thomasstahl-Masten beschränken wird. Stellt sich bei einer Überprüfung der Zuverlässigkeit heraus, dass die Anforderungen nicht erfüllt werden, würden Ertüchtigungs- oder Neubaumaßnahmen erforderlich werden, die nicht in den aktuellen Wirtschaftsplänen berücksichtigt sind.

Missbrauchsverfahren Regelleistung: Die BNetzA hat ihr Missbrauchsverfahren gegen die deutschen ÜNB weiterhin nicht abgeschlossen. Seit Mai 2010 wird von allen deutschen ÜNB der Netzregelverbund angewendet, bei dem das Gegeneinanderregeln minimiert wird. Somit wurde dem Gegenstand des Verfahrens hinsichtlich des systembedingten Gegeneinanderregels zwischen den vier deutschen Regelzonen abgeholfen. Es besteht das Risiko, dass ein Teil der seit 2006 bis zu diesem Zeitpunkt von unserem ÜNB, der TransnetBW GmbH, getätigten Regelleistungsausgaben nicht anerkannt und in künftigen Entgeltperioden entgeltmindernd berücksichtigt wird.

Umsetzung 3. Binnenmarktpaket: Die im Sommer 2011 in Kraft getretene Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sieht striktere Unbundling-Vorgaben für ÜNB vor. Die EnBW setzt das ITO-Modell um. Die gesetzlichen Vorgaben führen zu nicht unerheblichen Synergieverlusten. Ein Risiko besteht darin, dass die BNetzA die Kosten für die Dissynergie nicht oder nur teilweise anerkennt.

Novellierung Wasserhaushaltsgesetz: Gemäß dem im Jahr 2009 novellierten Wasserhaushaltsgesetz sollen bestehende Länderverordnungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Anlagen (VAWS) abgelöst und durch eine bundeseinheitliche Verordnung (AwSV) ersetzt werden. Nach dem voraussichtlichen Inkrafttreten Mitte 2013 wird daraus resultierend mittel- bis langfristig ein potenzieller Nachrüstbedarf für Anlagen insbesondere im Netzbereich entstehen.

Regulierung Systemdienstleistungen: Mit Ablauf der ersten Regulierungsperiode verliert die derzeit bestehende freiwillige Selbstverpflichtung zur Regelleistung und zur Verlustenergie ihre Gültigkeit. Daher besteht für das Stromübertragungsnetz das regulatorische Risiko einer fehlenden oder modifizierten Regulierung dieser Systemdienstleistungen.

EEG-Umlage: Infolge der Energiewende und des forcierten Ausbaus der erneuerbaren Energien – der zuletzt stärker war als erwartet – erhöht sich auch die EEG-Umlage. Die Energieversorgungsunternehmen und somit die EnBW sind zur Entrichtung dieser Umlage in entsprechender Höhe verpflichtet. Für die EnBW besteht derzeit das Risiko, dass sie die

erhöhten Zahlungen im Fall von Laufzeitverträgen mit Preisgarantie nicht an die Kunden weitergeben kann. Der Vertrieb kann eine angemessene Preisanpassung erst nach Ende der Vertragslaufzeiten vornehmen.

Zeitweise Deckungslücke EEG-Konto: Der über den Prognosen liegende Zubau bei den EEG-Erzeugungsmengen erhöht die EEG-Vergütungszahlungen innerhalb der TransnetBW GmbH. Da die EEG-Umlage für jeweils ein Kalenderjahr festgeschrieben ist, kann es unterjährig zu keinem Ausgleich der höheren Auszahlungen kommen. Folglich kann die daraus entstehende Deckungslücke im Jahr 2012 voraussichtlich mit der EEG-Umlage 2013 ausgeglichen werden. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 kam es auf dem EEG-Bankkonto zu einem Fehlbetrag, der die Nettoverschuldung der EnBW erhöht. Das gleiche Risiko besteht für die Folgejahre.

Verwendung wiederaufgearbeiteten Plutoniums: Der Kernbrennstoff aus dem Kernkraftwerk Neckarwestheim I wurde bis März 2011 in Sellafield (Vereinigtes Königreich) wiederaufgearbeitet. Nach dem Atomgesetz muss das durch die Wiederaufbereitung gewonnene Plutonium in Deutschland, der EU oder der Schweiz als Brennstoff eingesetzt werden. Nach Schließung der Mischoxid-(MOX-)Anlage in Sellafield können die hierzu notwendigen speziellen MOX-Brennelemente nunmehr ausschließlich in einer Anlage in Frankreich hergestellt werden. Ein Transport des Plutoniums aus dem Vereinigten Königreich nach Frankreich ist gegenwärtig jedoch rechtlich nicht möglich. Um in der verbleibenden Betriebszeit der eigenen Kraftwerke der gesetzlichen Verpflichtung zum Wiedereinsatz des Plutoniums nachzukommen, ist eine MOX-Brennelementefertigung in Frankreich in Verbindung mit einem Plutonium-Titelswap im Vereinigten Königreich vorgesehen. Diese mit dem Atomgesetz konforme Lösung macht einen Plutoniumtransport überflüssig und führt den Plutoniumbestand der EnKK in Sellafield auf null. Im Rahmen dieser Lösung bestehen mögliche Risiken in Form von Vertragsrisiken, Mehrkosten oder auch Terminrisiken, die die getroffene bilanzielle Vorsorge überschreiten könnten. Realisiert sich eines dieser Risiken, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der EnBW haben.

Strategische Risiken

Investitionen

Wirtschaftlichkeit von Investitionen: Der EnBW-Konzern treibt eine Reihe von Neubauprojekten voran, die von einer hohen Komplexität und dem Zusammenwirken zahlreicher Beteiligter gekennzeichnet sind. Aus diesem Grund sind Beeinträchtigungen im Erstellungsprozess, die zu Abweichungen vom geplanten Ablauf der Projekte, verbunden mit zeitlichen Verzögerungen und Kostensteigerungen, führen oder führen können, nicht auszuschließen. Zurzeit besteht das Risiko einer Verzögerung der Fertigstellung des Neubaus des Steinkohlekraftwerks RDK 8 über das Jahr 2013

hinaus und des Neubaus von Block 9 des Grosskraftwerks Mannheim (GKM 9) bis ins Jahr 2015. Bei dem im Bau befindlichen Offshore-Windpark EnBW Baltic 2 könnte es zu erhöhten Kosten sowie zu einer Terminverzögerung der Inbetriebnahme über das Jahr 2014 hinaus kommen. Aufgrund der langwierigen Diskussionen über die Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat die EnBW ihre Investitionsentscheidung für ihren geplanten Nordsee-windpark EnBW Hohe See verschoben. Die Festlegungen des EnWG hinsichtlich verbindlicher Termine für die Netzanbindung von Offshore-Windparks allein bringen keine Planungssicherheit. Aufgrund der unsicheren Rahmenbedingungen besteht das Risiko, dass die bisher aufgelaufenen Projektaufwendungen abgeschrieben werden müssen.

Desinvestitionen: Zur Umsetzung der Konzernstrategie sieht die EnBW gezielt werthaltige Aktivitäten im Rahmen von Veräußerungen bestehender Unternehmensbeteiligungen vor. Das Desinvestitionsportfolio wird ergänzt durch Beteiligungsmodelle für erneuerbare Energien – wie beispielsweise beim Offshore-Windpark EnBW Baltic 2 – und durch Anlagenverkäufe. Erfahrungsgemäß gehen damit Unsicherheiten hinsichtlich der Realisierung von Minder- beziehungsweise Mehrerlösen, zeitlichen Verschiebungen der genannten Aktivitäten sowie im Hinblick auf die Höhe der Entlastung der Nettoverschuldung einher. Sollten die erzielbaren Desinvestitionserlöse nicht unseren Planungen und Vorstellungen entsprechen, wirkt sich dies auf die Investitionsfähigkeit des Konzerns aus.

Beteiligungen: Sofern die Übernahme der bis zum 17. Februar 2011 von der EDF gehaltenen EnBW-Aktien durch die dem Land Baden-Württemberg zuzurechnende NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH (NECKARPRI) in Verbindung mit dem Abschluss einer Aktionärsvereinbarung zwischen NECKARPRI und OEW Energie-Beteiligungs GmbH einen Kontrollwechsel im Sinne des EWE-Vertragswerks darstellen sollte, wäre die EnBW verpflichtet, den kommunalen Aktionären der EWE ihre Anteile zum gutachterlich zu ermittelnden Unternehmenswert anzudienen. Nach Auffassung der EnBW lag kein Kontrollwechsel vor. Hingegen haben die kommunalen Aktionäre die EnBW zur Angebotslegung aufgefordert. Die EnBW ist dem nicht nachgekommen. Sollte es nicht zu einer einvernehmlichen Einigung über den Sachverhalt kommen, besteht das Risiko, dass der Verkaufspreis unter dem aktuell bei der EnBW geführten Buchwert liegt.

Bei Beteiligungen, die mit dem Marktwert anhand von Aktienkursen zu bilanzieren sind, besteht im Fall von negativen Aktienkursentwicklungen ein Abschreibungsrisiko. Derzeit besteht daher ein Wertberichtigungsrisiko auf die EnBW-Beteiligung an der EVN AG.

Sonstige strategische Risiken

Wiederabschluss von Konzessionsverträgen: 2012 wurden rund 70 Konzessionsverträge neu verhandelt und abgeschlossen. Durch die Ausrichtung an kommunalen Zielen und das etablierte Konzessions- und Beziehungsmanagement konnte der EnBW-Konzern somit trotz verstärktem Wettbewerb mit Stadtwerken die Gesamtzahl der Konzessionen nahezu stabil halten. Rund 100 Strom- und Gaskonzessionsverträge im Netzgebiet der EnBW und ihrer wesentlichen Beteiligungen laufen bis zum Jahr 2014 aus und stehen zur Neuverhandlung an. Die für die EnBW bedeutenden Konzessionen sind die der Mitgliedskommunen des Neckar-Elektrizitätsverbands sowie die der Städte Stuttgart, Düsseldorf und Heilbronn. Grundsätzlich zeigen Städte und Gemeinden ein vermehrtes Interesse, Strom-, Gas- und Wassernetze in die öffentliche Hand zu übernehmen. Die Stadt Stuttgart hat angekündigt, ab dem 1. Januar 2014 die Wasserversorgung wieder selbst übernehmen zu wollen. Für die Aktivitäten in der Energieversorgung wurde eigens ein Stadtwerk gegründet. Bei einem Erwerb der Konzession durch ein integriertes Energieversorgungsunternehmen besteht das Risiko, dass dieses sukzessive die bei einem Netzübergang bei den EnBW-Vertrieben verbleibenden Kunden abwirbt. Der Erfolg der Energiewende erfordert intelligente und leistungsfähige Stromnetze. Durch die Rekommunalisierung werden die Verteilnetze derzeit immer weiter zersplittert. Dies geht auch zulasten der Versorgungssicherheit und -qualität. Als Unternehmen des Landes ist die EnBW bei der Energiewende ein attraktiver Partner für die Kommunen und ihre Stadtwerke. Wir gehen mit differenzierten Angeboten aktiv auf Städte und Gemeinden zu. Die Angebote umfassen neben der Verlängerung von Konzessionen auch gemeinsame Gesellschaften mit Kommunen und Stadtwerken.

Effizienzprogramm „Fokus“: Das Projekt „Fokus“ befindet sich aktuell im Zeitplan, die volle Wirkung der Verbesserungsmaßnahmen hierzu wird sich bereits ab 2014 und damit ein Jahr früher, als ursprünglich geplant, entfalten. Für das Geschäftsjahr 2012 lagen die Ergebnisverbesserungen bereits über den ursprünglichen Erwartungen. Derzeit besteht für die Folgejahre jedoch noch das Risiko, dass die Struktur- und Wertschöpfungskettenprojekte den weiteren Hochlauf der geplanten Ergebnisverbesserungen nicht vollumfänglich erfüllen können. Dieses Risiko wird sich in dem Maß reduzieren, wie die Umsetzungsvoraussetzungen zur Realisierung der Ergebnisverbesserungen geschaffen werden.

Operative Risiken

Endogene und exogene Faktoren: Bei der EnBW erfolgen die Produktionsprozesse entlang der Wertschöpfungskette in den Geschäftsfeldern des Konzerns in komplexen und hoch spezialisierten technischen Anlagen. Wir sind bestrebt, Schäden an Anlagen zu vermeiden und Ausfälle zu minimieren. Den endogenen Risiken sollen eine moderne Technik, eine kontinuierliche Instandhaltung der Anlagen und die Schulung der Mitarbeiter vorbeugen. Risiken lassen sich aber trotz hoher

Standards nicht komplett vermeiden. Exogene Faktoren wirken sich in der Regel schnell und unvorhergesehen auf unsere Prozesse aus, was die Risikoeinschätzung erschwert. Diesen Risiken versuchen wir mit präventiven Maßnahmen zu begegnen.

Die wirtschaftlichen Belastungen operativer Risiken minimieren wir – soweit möglich und wirtschaftlich sinnvoll – unter anderem durch den Abschluss von Versicherungen. Jährliche Bedarfsanalysen sollen einen ausreichenden Umfang des Versicherungsschutzes gegen eintretende Sachschäden sicherstellen. Die Höhe des zu tragenden Selbstbehalts wählen wir nach ökonomisch sinnvollen Maßstäben. Je nach Dauer kann eine Betriebsunterbrechung besonders im Kraftwerksbereich zu einer deutlichen Belastung der Ertragslage führen.

Die Ereignisse im Kernkraftwerk Philippsburg (KKP 2) aus den Jahren 2009 und 2010 wurden durch externe Gutachter analysiert. Die behördliche Gesamtbewertung könnte Maßnahmen erfordern, die zu erhöhten Aufwendungen führen.

Systemverantwortung: Das Energiewirtschaftsgesetz weist der EnBW als Betreiber von Übertragungs- und Fernleitungsnetzen im Strom- und Gasbereich die sogenannte Systemverantwortung zu. In den vergangenen Jahren sind die Netze veränderten Anforderungen ausgesetzt. Übertragungsnetzbetreiber erwarten, dass das Übertragungsnetz zunehmend nur noch mit erheblichen operativen Eingriffen gemäß den europäischen Mindestsicherheitsstandards betrieben werden kann. Daher stieg das Risiko häufigerer Unregelmäßigkeiten beziehungsweise Unterbrechungen in der Versorgung aufgrund von Engpasssituationen im Strom- und Gasnetz. Sollte sich eine Störung oder Gefährdung des sicheren Netzbetriebs durch die hierfür üblicherweise vorgesehenen Mechanismen nicht oder nicht rechtzeitig beseitigen lassen, sind die Betreiber von Übertragungsbeziehungsweise Fernleitungsnetzen gesetzlich zu sogenannten Notfallmaßnahmen berechtigt. Alle hiervon jeweils betroffenen Leistungsverpflichtungen ruhen währenddessen. Die Haftung der EnBW als Übertragungsbeziehungsweise Fernleitungsnetzbetreiber für Vermögensschäden aus solchen Notfallmaßnahmen ist ausgeschlossen. Grundsätzlich trägt die EnBW jedoch das Fehleinschätzungsrisiko bezüglich des tatsächlichen Vorliegens einer Notfallmaßnahme. Sollte es zu Unregelmäßigkeiten beziehungsweise Unterbrechungen in der Versorgung kommen, so haftet die EnBW grundsätzlich für hieraus entstandene Schäden. Der Gesetzgeber sieht hierbei jedoch bestimmte Haftungsbegrenzungen vor (Niederspannungsanschlussverordnung, NAV). Nicht ausgeschlossen werden kann ein Reputationsrisiko.

Umsatzsteuer-Betrug im Energiehandel: Durch den grenzüberschreitenden Handel mit Energie besteht auch für seriöse Marktteilnehmer das Risiko der Einbindung in ein sogenanntes Umsatzsteuerkarussell. Im Geschäftsjahr 2012 wurden gegenüber der EnBW geänderte Umsatzsteuerbescheide für die Veranlagungszeiträume 2009 und 2010 durch die Finanzbehörden in Höhe von rund 50 Mio.€

erlassen. Die Änderungen betreffen Vorsteuern auf erworbene CO₂-Emissionszertifikate, die nach Auffassung der Steuerfahndung nicht abzugsfähig sind, weil die EnBW habe erkennen können, dass der Verkäufer in ein Umsatzsteuerkarussell eingebunden ist. Der entsprechende Aufwand wurde unter den sonstigen Steuern erfasst und die Schuld bezahlt, wenngleich die EnBW die Vorwürfe bestreitet und dementsprechend Einspruch eingelegt hat. Eine Forderung gegen die Steuerbehörde wurde nicht erfasst, da deren Realisierung zwar von der EnBW erwartet, aber zum Bilanzstichtag als nicht hinreichend wahrscheinlich beurteilt werden kann.

Finanzrisiken

Kontrahentenausfallrisiko: Neben Kundengeschäften führen Geschäfte im Over-the-Counter-(OTC-)Markt zu Kontrahentenausfallrisiken. OTC-Geschäfte werden zur Absicherung und Optimierung der Kraftwerkskapazitäten im Handelsbereich getätigt. Elemente des handelsseitig bestehenden Kontrahentenausfallrisikos sind das Settlement Risk und das Mark-to-Market Risk. Das Settlement Risk entsteht aus unbesicherten Forderungen gegenüber Handelspartnern und vertrieblischen Kundenbeziehungen. Das Mark-to-Market-Risiko resultiert aus Marktpreisschwankungen. Durch Preisbewegungen verändert sich der Wert der offenen Position im Handels- und Kundenportfolio. Hieraus ergibt sich das Wiederabsatz- beziehungsweise Wiedereindeckungsrisiko beim Ausfall eines Handelspartners. Im letzteren Fall muss die Wiedereindeckung der Handelsposition zu aktuellen Marktpreisen erfolgen.

Um das Kontrahentenausfallrisiko zu reduzieren, wurden mit einigen Handelspartnern bilaterale Margin-Vereinbarungen abgeschlossen. Hierbei werden gegen bestehende Kontrahentenrisiken Sicherheiten gestellt. Somit hält sich das Kontrahentenausfallrisiko aus der gegebenen Geschäftsbeziehung innerhalb der definierten Grenzen. Wir sehen für Handelspartner im OTC-Markt einen Kreditrahmen auf Basis der individuellen Bonität vor. Das Kontrahentenausfallrisiko wird regelmäßig ermittelt und die Einhaltung der Kreditrahmen beziehungsweise deren Verteilung wird überwacht. Die abgeschlossenen Handelsgeschäfte am OTC-Markt basieren grundsätzlich auf Rahmenverträgen, die zum Beispiel von der European Federation of Energy Traders (EFET), der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) oder der International Emissions Trading Association (IETA) veröffentlicht werden. Für Geschäfte an Energiebörsen wie EEX oder ICE schließt das Clearing der Geschäfte über Börse und Clearingbank ein Kontrahentenausfallrisiko aus. 2012 meldete keiner unserer OTC-Geschäftspartner Insolvenz an.

Bei ungünstiger Marktentwicklung kann es aufgrund der Margin-Regelungen bei Börsengeschäften und bilateralen Margin-Vereinbarungen zu kurzfristigen Liquiditätsabflüssen kommen. Diese werden spätestens bei Erfüllung der zugrunde liegenden Termingeschäfte wieder ausgeglichen. Mittels Stress-tests wird dieses Liquiditätsrisiko kontinuierlich überwacht. Ausgelöst durch die Eurokrise kam es im Berichtsjahr 2012 in der

Finanzbranche zu einer Verschlechterung der Bonität und einer Herabstufung einiger Finanzinstitute. Dadurch erhöhte sich das Kreditrisiko. Es besteht die Gefahr, dass sich die Eurokrise auf die Realwirtschaft ausdehnt und es zu einem weiteren Anstieg des Kreditrisikos kommt. Solche negativen Auswirkungen begrenzen wir nach Möglichkeit durch eine aktive Überwachung und Steuerung der Ausfallrisiken bei Kunden und Handelspartnern.

Rating: Die wirtschaftliche Lage und die Aussichten der deutschen Energieversorger werden durch die Energiewende in Deutschland belastet. Die Ratingagenturen analysieren die Herausforderungen, vor denen die Energiebranche steht und beobachten die Marktteilnehmer weiterhin intensiv. Entsprechend sind wir im permanenten Dialog mit den Ratingagenturen. Standard & Poor's bestätigte im November 2012 das A-Rating der EnBW sowie den stabilen Ausblick. Die Ratingeinstufungen bei Moody's und Fitch sind weiterhin unverändert mit A3 (negativer Ausblick) und A- (stabil). Wir sehen grundsätzlich das Risiko, dass die Ratingagenturen die Bonitätsbeurteilung der EnBW herabstufen könnten, falls die EnBW die Erwartungen der Agenturen nicht erfüllen kann ([> Lagebericht > Finanzlage > S. 74ff](#)).

Asset-Management: Leitlinien der konservativen Anlagestrategie der Finanzmittel der EnBW sind eine gute Bonität, eine hohe Liquidität und eine breite Diversifikation der Anlagen. Diese Strategie verfolgten wir auch 2012. Im Jahr 2011 bestand im Zuge der Euroschuldenkrise und den daraus resultierenden Belastungen der internationalen Finanzmärkte ein erhöhtes Wertberichtigungsrisiko für das Wertpapierportfolio. Teilweise realisierte sich dieses. Naturgemäß besteht die Gefahr der Verfehlung der Zielrendite und weiterer Wertberichtigungen. Der auf Einzeltitelbasis ermittelte Value at Risk betrug zum Bilanzstichtag 63,8 Mio. € (95%/10 Tage). 2011 betrug dieser Wert 71,5 Mio. € (95%/10 Tage).

Unsere Kapitalanlagen unterliegen aufgrund des volatilen Finanzmarktumfelds Kursänderungs- und weiteren Verlustrisiken. Sollten diese Risiken zu Wertminderungen führen, die signifikant oder länger anhaltend sind, ist eine Abschreibung auf die entsprechenden Wertpapiere vorzunehmen. Im Geschäftsjahr 2012 beliefen sich die Abschreibungen infolge signifikanter Wertminderungen auf 26,3 Mio. € (Vorjahr: 71,2 Mio. €) ([> Lagebericht > Finanzlage > S. 74ff](#)).

Rechtliche Risiken

Neben politischen beziehungsweise legislativen und regulatorischen Risiken bergen vertragliche Beziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern eine Vielzahl weiterer Risiken. Zu diesen Themen werden teilweise gerichtliche Verfahren und sonstige rechtliche Auseinandersetzungen geführt. In einem geringen Umfang führen wir diese auch bei Themen mit gesellschaftsrechtlichem Hintergrund. Dementsprechend wurden in Abstimmung mit den Fachbereichen sowie dem Rechtsbereich hierfür bilanzielle Risikovorsorgen in angemessenem Umfang gebildet. Für schwebende Rechtsstreitigkeiten mit geringen

Erfolgsaussichten der Gegenseite besteht ein Risiko in Höhe von 418,3 Mio.€, das unter den Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen ist. Darüber hinaus sind gegen die EnBW verschiedene Prozesse, behördliche Untersuchungen oder Verfahren sowie andere Ansprüche anhängig, deren Erfolg allerdings als sehr unwahrscheinlich erachtet wird und daher nicht unter den Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen werden. Wesentliche Auseinandersetzungen sind:

Preis Anpassungsklauseln: Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat sich weiterentwickelt, es fehlt aber weiterhin an einer umfassenden Entscheidung, die alle anstehenden Fragen abdeckt. Sofern erforderlich, wurden die im EnBW-Konzern verwendeten Preis Anpassungsklauseln an die aktuelle Rechtsprechung angepasst. Darüber hinaus sind beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) derzeit drei Verfahren von Energieversorgungsunternehmen anhängig, die sich mit der Wirksamkeit von Preis Anpassungsregelungen befassen. Dabei haben zwei Verfahren Preis Anpassungsregelungen in Gas- beziehungsweise Stromgrundversorgungsverträgen nach § 4 Abs. 2 AVB beziehungsweise § 5 Abs. 2 GVV zum Gegenstand. Die beiden letztgenannten Verfahren sind derzeit ausgesetzt.

Rückbau Kernkraftwerk Obrigheim: Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg hat am 25. September 2012 im Verfahren auf vorläufigen Rechtsschutz den Sofortvollzug der zweiten Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für das Kernkraftwerk Obrigheim (2. SAG) bestätigt. Da die Kläger im Hauptsacheverfahren bislang keine neuen Argumente vorgebracht haben, ist gegenwärtig davon auszugehen, dass der VGH auch in der Hauptsache die Klage abweisen wird. Wenn die Klage gegen die zweite Stilllegungs- und Abbaugenehmigung allerdings erfolgreich wäre, würde dies zu einer Verzögerung des Rückbaus führen. Daraus würden abhängig vom zeitlichen Verlauf des Verfahrens Mehrkosten entstehen.

Betriebliche Altersversorgung: Zur Neuregelung der betrieblichen Altersversorgung bei der EnBW sind bei den zuständigen Arbeitsgerichten weiterhin Rechtsverfahren anhängig. Es besteht das Risiko, dass in den abschließenden Verfahren zuungunsten der EnBW entschieden werden könnte und somit eine ergebniswirksame Belastung entstehen würde. Die Erfolgsaussichten sind nach unserer eigenen Einschätzung und nach den Einschätzungen der unser Unternehmen vertretenden Rechtsanwälte jedoch deutlich positiv.

Schadensersatzansprüche EWE/VNG: In der Hauptversammlung der VNG-Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft (VNG) wurde am 15. Dezember 2011 die Ablehnung der Übertragung der Beteiligung der EWE Aktiengesellschaft (EWE) an der VNG auf die EnBW beschlossen. Die EWE trat Anfang April 2012 mit der EnBW in Kontakt und kündigte bisher nicht näher bezifferte Schadensersatzansprüche wegen vermeintlicher Verletzung der Förderpflicht aus dem VNG-

Kaufvertrag an. Nach Auffassung der EnBW ist der Vertragsrücktritt rechtmäßig und es besteht keine Grundlage für die geltend gemachten Ansprüche.

Kartellrechtliche Preisüberprüfungen: Kartellrechtliche Risiken für den Konzern können sich auch im Jahr 2013 aufgrund der kartellrechtlichen Kontrollaktivitäten zur Fernwärme-, Gas-, Strom- und Wasserpreisbildung ergeben. Nach der Ergebnisveröffentlichung zur Sektorenuntersuchung Fernwärme durch das Bundeskartellamt ist ein wettbewerbswidriges Verhalten seitens der EnBW nicht erkennbar, sodass sich kartellrechtliche Überprüfungen unter Einbindung der EnBW derzeit ausschließlich auf den Bereich Wasser konzentrieren. Bundesweit zeigen eine verschärfte BGH-Rechtsprechung seit 2010 sowie verstärkte Aktivitäten der zuständigen Behörden auf Landes- und Bundesebene einen Trend zu einer kritischeren Auseinandersetzung mit der kartellrechtlichen Überprüfung von Wasserpreisen. Die EnBW hat als Wasserversorger in Stuttgart zum 1. August 2012 die Preise erhöht und dabei lediglich die seit 2007 gestiegenen Kosten weitergegeben. Mittlerweile hat die zuständige Landeskartellbehörde Baden-Württemberg ein kartellrechtliches Missbrauchsverfahren gegen die EnBW eingeleitet, was angesichts der vergleichsweise hohen Preise aber nicht unüblich ist. Wegen der besonderen Gegebenheiten bei der Stuttgarter Wasserversorgung, hält die EnBW die reine Weitergabe von Kostensteigerungen aber für gerechtfertigt.

Sonstige Risiken

Personalrisiken: Unsere Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor der operativen und strategischen Unternehmensentwicklung. Daraus entsteht für die EnBW das Risiko, nicht in ausreichendem Maß über Mitarbeiter mit den erforderlichen Qualifikationen beziehungsweise Kompetenzen zu verfügen. Bei der Rekrutierung in den relevanten Zielgruppen beispielsweise ist vor allem der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt mit anderen Unternehmen für dieses Risiko ausschlaggebend. Zudem erhöhen die demografische Entwicklung und die verschärften Rahmenbedingungen der Energiebranche dieses Risiko. Anhand von kontinuierlichen Analysen erhalten wir Aufschluss über Bereiche mit besonderem Handlungsbedarf. Ein zusätzliches Risiko ergibt sich aus dem Effizienzprogramm „Fokus“. Es besteht das Risiko des Verlusts wichtiger Leistungsträger, wenn diese in der Phase des Umbaus keine Perspektive für sich sehen. Mit internen Personalentwicklungsmaßnahmen sowie der Positionierung des Unternehmens als attraktiver Arbeitgeber wirken wir diesem Risiko entgegen (**> Lagebericht > Mitarbeiter > S. 92ff**).

IT-Risiken: Informations- und Kommunikations-(IuK-) Technologien unterstützen und gewährleisten den reibungslosen Ablauf zahlreicher Geschäftsprozesse der EnBW. Die IuK-Sicherheit hat somit im Konzern eine hohe Priorität. Ziel ist es, IuK-Netzwerke und alle IuK-

Anwendungen störungsfrei bereitzustellen, geschäftskritische Informationen vor einem Verlust oder einer ungewollten Veränderung abzusichern sowie die Prozessdurchführung optimal zu unterstützen.

Unsere hohen, auf internationalen und branchenspezifischen Grundsätzen basierenden Sicherheitsstandards reduzieren mögliche IuK-Risiken. Zentrales Element der Standards sind die EnBW-Konzerngrundsätze zur Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnologie (EKSIT@), ein konzernweites, verbindliches Regelwerk zur Nutzung unserer Informations- und Kommunikationssysteme. Besonderen Wert legen wir hierbei auf die Sicherheit von Informationen und Daten, die Einhaltung rechtlicher Rahmenbedingungen und den sicheren Betrieb unserer IuK-Systeme.

Daten im IuK-Netzwerk werden entsprechend ihrer Bedeutung gemäß dem identifizierten Schutzbedarf geschützt. Service Level Agreements mit IuK-Dienstleistern stellen die Umsetzung der gewünschten Anforderungen sicher. Für die Bewertung des IuK-Risikos wird der geschäftsprozessrelevante Schutzbedarf mit dem umgesetzten Sicherheitsniveau der Leistungserbringung abgeglichen. Weitergehende Maßnahmen, um die erforderliche Sicherheit herzustellen, können nach Bedarf abgeleitet werden. Der Analyse- und Bewertungsprozess wird in Zusammenarbeit von IT- und Risikomanagern durchgeführt und stetig optimiert.

Gesamtbeurteilung

Auf Basis der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Methoden und Werkzeuge des Risikomanagementsystems kann der EnBW-Konzern die wirtschaftlichen Auswirkungen der Risiken regelmäßig bewerten.

Seit dem Jahr 2011 verschärfte sich die Risikosituation für die gesamte Branche der Energieversorgungsunternehmen. Infolge der Energiewende veränderten sich die Rahmenbedingungen der Branche gravierend. Mit Blick auf 2013 stellt sich die Gesamtrisikosituation der EnBW als deutlich angespannt dar. Zahlreiche Faktoren gefährden die Erreichung unserer wirtschaftlichen Ziele.

Die politische Entscheidung für den Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie führte zu einer Reduzierung der Planungssicherheit und birgt auch künftig ein großes Risikopotenzial. Für den EnBW-Konzern resultierten daraus einschneidende Konsequenzen im operativen Geschäft und Belastungen der Ergebnissituation. Mittelfristig eröffnen sich im Zuge der Energiewende jedoch auch neue Chancen. Die Euroschuldenkrise verursachte eine anhaltende Volatilität an den internationalen Finanzmärkten. Aus diesem Grund könnten erneute Wertberichtigungen auf Kapitalanlagen und andere Vermögenswerte notwendig werden. Die aktuellen Wettbewerbs- und Marktrisiken könnten die Ertrags-, Finanz-, Vermögens- und Liquiditätslage des EnBW-Konzerns beeinträchtigen. Im Zuge der künftigen Investitionsvorhaben werden sich die Projektrisiken ebenfalls erhöhen.

Wir reduzieren das Risikopotenzial für den Konzern mit operativen und bilanziellen Maßnahmen. Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit tragen wir mit bilanzieller Vorsorge in Form von Rückstellungen und Wertberichtigungen Rechnung. Wesentliche Risiken fließen in die aktuellen Vorscheurechnungen ein.

Im Jahresverlauf 2012 haben sich zwar einige Risiken reduziert oder sind entfallen, jedoch sind etliche zusätzliche Risiken für die EnBW aufgetreten beziehungsweise haben sich verschärft oder realisiert. Bestandsgefährdende Risiken konnten 2012 für den EnBW-Konzern nicht festgestellt werden.

Risikokategorie	Entspannung	Verschärfung
Umfeld- und Branchenrisiken	95%	5%
Strategische Risiken	85%	15%
Operative Risiken	65%	35%
Finanzrisiken	65%	35%
Sonstige Risiken	65%	35%
Gesamtbeurteilung	85%	15%

Im Berichtsjahr 2012 erfolgte die Berichterstattung über die aktuelle Risikolage und deren Veränderung an den EnBW-Vorstand und die Geschäftsleitungen der Konzerngesellschaften im quartalsweisen Turnus beziehungsweise einer monatlichen Sonderberichterstattung. Zudem informierten wir die Öffentlichkeit mittels der Quartalsfinanzberichterstattung über die Veränderungen der Risikolage des Konzerns. Im Fall unvorhersehbarer aufgetretener und realisierter Risiken unterrichteten wir Entscheidungsträger mit Eilmeldungen. Der EnBW-Vorstand informierte den EnBW-Aufsichtsrat mit detaillierten Quartalsberichten über die aktuelle Risikolage des Konzerns. Wie im Deutschen Corporate Governance Kodex vorgesehen, beschäftigte sich der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats in seinen Sitzungen mit Risiken, die die Ertrags-, Finanz-, Vermögens- und Liquiditätslage des Konzerns wesentlich beeinflussen können.

Das konzernweite Risikomanagementsystem wird regelmäßig durch die Konzernrevision geprüft – sowohl hinsichtlich der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen als auch hinsichtlich seiner Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit. Die Konzernrevision berichtet hierüber dem Aufsichtsrat.

Chancen für den EnBW-Konzern ergeben sich aus der Geschäftstätigkeit und der Umfeldentwicklung. Neue Potenziale können sich beispielsweise aufgrund energiepolitischer Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene, durch das Erschließen neuer Märkte oder den Verbesserungsvorschlag eines Mitarbeiters im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens eröffnen. Frühzeitig erkannt und ergriffen, können Chancen den Unternehmenserfolg erhöhen. Ziel der EnBW ist es, Chancen so zu nutzen, dass sie möglichst zu einer überplanmäßigen Ergebnisentwicklung beitragen. Ein

wettbewerbsorientierter Markt – so die Überzeugung der EnBW – dient dem Wohl unserer Kunden. Die EnBW fordert von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Unternehmen, ungeachtet ihres jeweiligen Verantwortungsbereichs und -umfangs, unternehmerisches Denken und Handeln, um Chancen permanent zu suchen und wahrzunehmen. Im operativen Geschäft erfassen die Konzerngesellschaften Chancen, die sich im Rahmen der Betriebstätigkeit beziehungsweise aufgrund verbesserter Marktbedingungen sowie externer Faktoren ergeben. Der Bereich Konzernstrategie und die am Markt tätigen Einheiten identifizieren systematisch strategische Chancen im Umfeld und innerhalb der EnBW, bewerten sie und entwickeln Maßnahmen, um sie zu nutzen. Der EnBW-Vorstand erörtert turnusmäßig strategische Chancen und beschließt Maßnahmen, um sie zu realisieren.

Im Wesentlichen können Chancen im Umfeld des EnBW-Konzerns oder im Rahmen einer einzelnen Geschäftstätigkeit entstehen. Die Chancen sind oftmals die Gegenpositionen der entsprechenden Risiken. Die Chancen aus der Entwicklung der Umfeldbedingungen des Unternehmens klassifiziert die EnBW in Chancen aus Veränderungen im politischen und regulatorischen Umfeld, aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, aus Marktentwicklungen und aus technologischen Entwicklungen. Generell können Veränderungen der Rahmenbedingungen bei der EnBW und ihren Wettbewerbern von unterschiedlicher Relevanz sein.

Unternehmensspezifische Chancen

Beteiligungen

Grundsätzlich sind wir bemüht, gemeinsam mit Beteiligungsunternehmen und Partnern Synergiepotenziale zu identifizieren und auszuschöpfen, was uns die Chance auf zusätzliche Ergebnisbeiträge eröffnet.

Energiewende

Unternehmensstrategische Chancen sehen wir im Wandel der Energiebranche und -politik allgemein. Der überdurchschnittlich hohe Anteil an CO₂-effizienten Erzeugungskapazitäten in unserem Stromerzeugungsportfolio begründet einen im Vergleich zum Wettbewerb geringeren Bedarf an CO₂-Zertifikaten. Dies bietet uns die Chance, die EnBW als CO₂-armen Erzeuger am Markt zu positionieren. Zudem investieren wir in erneuerbare Energien, die mittel- und langfristig für die Energieerzeugung in Deutschland und in anderen Ländern eine wesentliche Rolle spielen werden. Auch vertriebsseitig hat die EnBW frühzeitig die Weichen dafür gestellt, sich im Unterschied zu reinen Energielieferanten als Anbieter von Energielösungen zu profilieren. Die entsprechenden Produkte und Pakete – zum Beispiel in den Feldern Smart Home, Gebäudeenergieeffizienz, Elektromobilität und dezentrale Erzeugung sowie Pilotprojekte zur nachhaltigen Stadt – werden wir nach sorgfältigen Markttests verstärkt und über die relevanten Marken anbieten. So erschließen sich nach unserer Überzeugung neue Perspektiven und Wachstumschancen für die Vertriebe. Das

wachsende Umweltbewusstsein der Kunden begreifen wir ebenfalls als Chance für die EnBW und begegnen ihm mit einem Ökostromangebot. In unserem Unternehmensleitbild sind der Klima- und der Umweltschutz fest verankert. Wir wollen die verschiedenen Energieträger ökonomisch und ökologisch effizient verbinden. Unsere Kompetenz im Bereich der erneuerbaren Energien eröffnet der EnBW zusätzliche Geschäftschancen.

Neue Geschäftsfelder und Märkte

Die Erschließung neuer Geschäftsfelder bietet – bestärkt durch die energiepolitischen Veränderungen in Deutschland und die technologischen Entwicklungen – unternehmensstrategische Chancen für die EnBW. Im Zuge unserer weiterentwickelten Regionalstrategie wollen wir die Beziehung zu Kommunen und Stadtwerken weiter stärken. Eine Zusammenarbeit mit Dritten, Bürgerbeteiligungen und Partnerschaftsmodelle bieten uns zusätzlich die Chance, unsere Vorhaben im Rahmen der geschärften Unternehmensstrategie erfolgreich umzusetzen. An ausgewählten Auslandsmärkten wollen wir weitere unternehmensstrategische Chancen wahrnehmen. Im Blickpunkt der EnBW stehen Länder mit einer hohen Wachstumsdynamik der Wirtschaftsleistung und des Energieverbrauchs. Beispielhaft sind hier Länder in Mittel- und Osteuropa sowie die Türkei. Die EnBW hat durch ihr Engagement vor Ort die Möglichkeit, an dieser Wachstumsdynamik zu partizipieren.

Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns

Rahmenbedingungen für die geschäftlichen Aktivitäten von Energieversorgungsunternehmen haben sich insbesondere in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit einschneidend verändert. Diese Veränderungen betreffen das politische und regulatorische Umfeld, die Markt- und Wettbewerbsstrukturen ebenso wie die gesellschaftliche Akzeptanz energiewirtschaftlicher Tätigkeit. Die EnBW befindet sich vor diesem Hintergrund in einem Prozess der Schärfung ihrer Unternehmensstrategie. Vorrangige Stoßrichtungen sind hierbei die Sicherung ihrer Position als CO₂-armer Erzeuger und der Ausbau dezentraler Lösungsangebote im Energiebereich. In beiden Stoßrichtungen kommt der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energiequellen herausragende Bedeutung zu.

Die Neuausrichtung des Geschäftsmodells erfordert erhebliche Investitionen zu einer Zeit, in der schwierige Rahmenbedingungen die Eigenfinanzierungskraft des Konzerns belasten. Die EnBW hat daher umfangreiche Maßnahmen ergriffen und zu wesentlichen Teilen schon erfolgreich umgesetzt, die ihr finanziellen Spielraum verschaffen und zugleich die solide Finanzlage des Unternehmens untermauern. Wichtige Ratingagenturen bestätigten 2012 das A-Rating der EnBW.

Das operative Ergebnis des EnBW-Konzerns ging 2012 geringfügig um 4,3% zurück. Ergebniseinbußen des Geschäftsbereichs Strom Erzeugung und Handel standen Ergebnisverbesserungen der Geschäftsfelder Strom Netz und Vertrieb sowie Gas gegenüber. Negative außerordentliche Effekte fielen 2012 in weit geringerem Umfang an als im Vorjahr. Der Konzernjahresüberschuss – soweit er auf die Aktionäre der EnBW AG entfällt – beläuft sich auf 473,5 Mio. €. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung am 25. April 2013 vor, zu beschließen, hieraus eine Dividende von 0,85 € je Aktie auszuschütten.

Die Zahlungsfähigkeit des EnBW-Konzerns war im Geschäftsjahr 2012 auf Basis der vorhandenen liquiden Mittel, eines positiven Free Cashflows und der verfügbaren externen Finanzierungsquellen jederzeit gewährleistet. Die solide Finanzlage des Unternehmens ist auch künftig gesichert. Die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag lag mit 19,5% deutlich über dem Niveau zum Vorjahresultimo von 17,2%. Die bereinigten Nettoschulden des Konzerns verringerten sich zum 31. Dezember 2012 gegenüber dem Stand ein Jahr zuvor um 1,6% auf 8.415,6 Mio. €. Der dynamische Verschuldungsgrad erhöhte sich im Stichtagsvergleich aufgrund des Rückgangs des Adjusted EBITDA von 3,49 auf 3,59.

Die wirtschaftliche Lage des EnBW-Konzerns hat sich nach den zahlreichen Sonderbelastungen des Jahres 2011 – beispielsweise erhöhte Rückstellungen und Abschreibungen im Bereich der Kernenergie – im Geschäftsjahr 2012 gefestigt. Allerdings bestehen auf dem Weg in die „neue Energiewelt“ noch zahlreiche Herausforderungen, die es im Schulterchluss zwischen Management, Mitarbeitern, Aktionären und Partnern zu bewältigen gilt.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder maßgeblich sind, und erläutert die Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung sowie die Vergütung des Aufsichtsrats.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und die Vorgaben aus dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard (DRS) 17 (geändert 2010). Darüber hinaus beinhaltet er die erforderlichen Angaben, die nach den Erfordernissen des deutschen Handelsrechts, erweitert durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG), Bestandteil des Anhangs nach § 314 HGB beziehungsweise des Lageberichts nach § 315 HGB sind.

Vergütung des Vorstands

Auf Vorschlag des Personalausschusses beschließt der Aufsichtsrat über das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente und überprüft es regelmäßig. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung sind neben der Aufgabe und der Leistung der Vorstandsmitglieder die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die nachhaltige Wertentwicklung des Unternehmens.

Die Vorstandsvergütung setzt sich aus den folgenden wesentlichen Komponenten zusammen:

Erfolgsunabhängige Vergütung

Sie umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltstfähig ist, sowie sonstige Bezüge und die im Rahmen des Short Term Incentive (STI) vereinbarte Mindesttantieme (30% der Jahresgrundvergütung). Die Mindesttantieme entfällt bei Neu- und Wiederbestellungen seit dem 7. Juli 2010.

Erfolgsbezogene Vergütung

➤ **STI (Verträge vor Umsetzung des VorstAG):** Als erfolgsbezogene Vergütung wird der variable Anteil des STI ausgewiesen. Die Höhe des STI hängt davon ab, inwieweit die Jahresziele erreicht wurden. Diese umfassen Finanzziele auf Konzernebene, die an den beiden Kenngrößen EBITDA und ROCE gemessen werden, sowie individuelle Ziele. Eine Gewichtung dieser Ziele erfolgte durch den Aufsichtsrat zu Beginn des Geschäftsjahres. Der STI beträgt höchstens 200% der durchschnittlichen fixen Jahresgrundvergütung.

➤ **Leistungsbonus (für Neu- und Wiederbestellungen seit dem 7. Juli 2010):** Die Höhe des Leistungsbonus hängt davon ab, inwieweit die Jahresziele erreicht wurden. Diese umfassen Finanzziele auf Konzernebene, die an den beiden Kenngrößen EBITDA und ROCE gemessen werden, sowie individuelle Ziele. Eine Gewichtung dieser Ziele erfolgte durch den Aufsichtsrat zu Beginn des Geschäftsjahres. Der Leistungsbonus beträgt höchstens 200% der durchschnittlichen fixen Jahresgrundvergütung. Der Leistungsbonus orientiert sich an der Zielerreichung über einen Gesamtzeitraum von drei Jahren: Der Anteil des Leistungsbonus der individuellen Ziele (30%) für das jeweilige Bemessungsjahr wird sofort ausbezahlt; der Anteil des Leistungsbonus der Unternehmensziele (70%) wird gedrittelt. Das erste Drittel wird ebenfalls sofort ausbezahlt. Die beiden verbleibenden Bestandteile (Deferral 1 und 2) werden anhand der Zielerreichung der Unternehmensziele in den Folgejahren angepasst, mit 3% pro Jahr verzinst und nach Feststellung des jeweiligen Jahresabschlusses der Folgejahre 1 und 2 ausbezahlt. Die Auszahlung erfolgt unter der Bedingung, dass ein Mindestniveau erreicht wird.

➤ **Long Term Incentive (LTI):** Der LTI ist von den erzielten relativen Wertsteigerungen des Konzerns abhängig. Maßgeblich ist die Steigerung des Nettoeigenkapitalwerts; dabei wird die Steigerung ermittelt, indem die jeweils gemittelten Durchschnittswerte der Nettoeigenkapitalwerte von zwei Drei-Jahres-Zeiträumen miteinander verglichen werden. Die Größenordnung des LTI liegt zwischen 0% und 85% für ein Vorstandsmitglied und zwischen 0% und 100% für den Vorstandsvorsitzenden, bezogen auf die durchschnittliche fixe Jahresgrundvergütung. Hinzu kommt noch eine Komponente, die die relative Performance des Konzerns verglichen mit einer Peer Group von Wettbewerbern auf Basis des Nettoeigenkapitalwerts misst. Hieraus kann sich eine Veränderung des LTI von ±20%, bezogen auf die nach dem Nettoeigenkapitalwert ermittelte LTI-Größe, ergeben. Die Auszahlung erfolgt nach Feststellung des Jahresabschlusses, erstmals nach dreijähriger Vorstandstätigkeit.

➤ **„Fokus“-Beitrag des Vorstands:** Der Vorstand leistet einen Beitrag zu „Fokus“, indem er freiwillig auf einen Teil seiner variablen Vergütung verzichtet. Der Verzicht auf einen Teil der variablen Vergütung betrifft ausschließlich zwei Vergütungsbestandteile: den kollektiven STI beziehungsweise Leistungsbonus und den LTI inklusive der Wettbewerbskomponente. Basis der Berechnung ist das Zieleinkommen des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Bei Erreichung des Zieleinkommens wird auf den kollektiven STI beziehungsweise Leistungsbonus und den LTI inklusive der Wettbewerbskomponente ein Abschlag von 20% erhoben.

Der fest definierte prozentuale Abschlag, der sich auf Basis des jeweiligen Zieleinkommens errechnet, wird in den folgenden Fällen erhoben:

- > bei Erreichen des Zieleinkommens
- > bei Überschreiten des Zieleinkommens

Sollte die IST-Vergütung unter dem Zieleinkommen liegen, wird die Differenz zwischen Zieleinkommen und IST-Vergütung auf den fest definierten prozentualen Abschlag angerechnet und der geringere Abschlag wird erhoben. In jedem Fall wird jedoch ein Mindestabschlag von 20.000€ pro Jahr erhoben.

Der „Fokus“-Beitrag des Vorstands ergibt sich aus Ergänzungsvereinbarungen zum Dienstvertrag, die der Aufsichtsrat mit jedem einzelnen Vorstandsmitglied getroffen hat. Diese Ergänzungsvereinbarungen gelten für die Geschäftsjahre 2012 bis 2014. Diese Regelung wird auch auf Dienstverträge mit Vorstandsmitgliedern angewandt, die in dem genannten Zeitraum neu abgeschlossen werden.

Vergütung der Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2012

Angaben in € (Vorjahresangaben in Klammern)	Erfolgsunabhängige Vergütung			Erfolgsbezogene Vergütung		Gesamt
	Grundvergütung	Sonstige Bezüge ¹	Mindest- tantieme	ohne langfristige Anreizwirkung	mit langfristiger Anreizwirkung	
Dr. Frank Mastiaux, Vorsitzender (seit 1. Oktober 2012)	200.000 -	121.818 ² -	- -	176.933 -	- ³ -	498.751 -
Hans-Peter Villis, Vorsitzender (bis 30. September 2012)	637.500 (850.000)	8.701 (13.977)	191.250 (255.000)	959.738 (789.900)	- (187.533)	1.797.189 (2.096.410)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	500.000 (500.000)	49.808 (50.477)	112.500 (150.000)	667.083 (374.500)	- ³ (99.000)	1.329.391 (1.173.977)
Thomas Kusterer (seit 1. April 2011)	450.000 (337.500)	21.344 (11.040)	- -	389.350 (195.413)	63.917 ³ -	924.611 (543.953)
Dr. Dirk Mausbeck (seit 1. Oktober 2011)	412.500 (100.000)	8.257 (4.869)	- -	355.238 (56.300)	18.938 ³ -	794.933 (161.169)
Dr. Hans-Josef Zimmer (seit 1. Januar 2012)	450.000 -	38.401 -	- -	389.350 (4.622)	- ³ (37.400)	877.751 (42.022)
Christian Buchel (bis 31. Mai 2011)	- (187.500)	- (8.363)	- (56.250)	- (128.586)	- (83.934)	- (464.633)
Gesamt	2.650.000 (1.975.000)	248.329 (88.726)	303.750 (461.250)	2.937.692 (1.549.320)	82.855 (407.867)	6.222.626 (4.482.163)

¹ Die sonstigen Bezüge beinhalten geldwerte Vorteile, insbesondere aus dem Zurverfügungstellen von Dienstwagen in Höhe von 130.329 € (Vorjahr: 86.660 €) und aus Auslagen von 5.500 € (Vorjahr: 2.066 €).

² Darin ist die mit Dr. Frank Mastiaux vereinbarte einmalige Prämie in Höhe von 450.000 € anteilig enthalten, die nach einjähriger Vorstandstätigkeit zahlbar ist.

³ Laut aktuellem Stand betragen die Deferrals von Dr. Frank Mastiaux 192.223 €, Dr. Bernhard Beck 120.140 €, Thomas Kusterer 482.630 € (Vorjahr: 98.795 €), Dr. Dirk Mausbeck 411.313 € (Vorjahr: 29.273 €) und Dr. Hans-Josef Zimmer 432.503 €.

Zusagen an den Vorstand für den Fall der Tätigkeitsbeendigung

In der ersten Bestellperiode erwerben die Vorstandsmitglieder grundsätzlich keinen Anspruch auf Ruhegehalt oder Übergangsgeld. Mit Hans-Peter Villis besteht eine Sonderregelung, wonach ihm die Zahlung eines Festbetrags in Höhe von 130.000€ pro Jahr bereits in der ersten Bestellperiode in den folgenden drei Fällen zusteht: bei dauerhafter Arbeitsunfähigkeit, ab dem Erreichen des 63. Lebensjahres oder wenn das Vertragsverhältnis vor Erreichen der Altersgrenze von 63 Jahren beendet oder nicht verlängert wird, soweit die Ursache der Beendigung oder Nichtverlängerung

nicht auf einem in seiner Person liegenden Grund beruht. Bis zum Erreichen des Ruhestandsalters werden andere Bezüge hälftig angerechnet. Hierfür wurden im Geschäftsjahr 286.144€ zugeführt. Der Barwert der Verpflichtung beträgt derzeit 1.997.744€.

Dr. Frank Mastiaux und Thomas Kusterer haben ab der ersten Bestellperiode einen unverfallbaren Anspruch auf Ruhegehalt. Für Dr. Dirk Mausbeck leitet sich der Anspruch auf Ruhegehalt aus den vertraglichen Regelungen seiner vorherigen Konzerntätigkeit ab.

Ab der zweiten Bestellperiode bestehen die Ansprüche auf Rentenzahlungen ab dem Alter von 63 Jahren oder im Fall einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit wie folgt: Die Anwartschaften steigen proportional zum Zeitraum ab der erstmaligen Vorstandsbestellung und sind auf höchstens 60% der ruhegehaltstfähigen Jahresgrundvergütung begrenzt. Soweit keine gesetzliche Unverfallbarkeit besteht, tritt die Unverfallbarkeit der Anwartschaften ab der zweiten Bestellperiode ein. Die Steigerungsraten sind grundsätzlich so bemessen, dass mit Erreichen der dienstvertraglich vorgesehenen Altersgrenze die maximale Versorgungshöhe erreicht wird. Eine Anrechnung von anderweitig erworbenen betrieblichen Altersversorgungszusagen erfolgt, soweit die ruhegehaltstfähige Jahresgrundvergütung überschritten wird.

Bei Eintritt des Pensionsfalls werden die Rentenzahlungen nach den gesetzlichen Vorschriften des Betriebsrentengesetzes dynamisiert.

Nach dem Tod eines Vorstandsmitglieds haben die Hinterbliebenen Anspruch auf Weiterzahlung der Vergütung für drei Monate. Witwen erhalten lebenslang 60% des Ruhegelds, das das Vorstandsmitglied am Todestag bezogen hat beziehungsweise bezogen hätte, wenn der Pensionsfall an diesem Tag eingetreten wäre. Kinder des Vorstandsmitglieds erhalten bis zum 25. Lebensjahr eine Waisenrente (20% wenn das Kind Vollwaise ist, 12% wenn das Kind Halbwaise ist). Die Hinterbliebenenversorgung ist insgesamt auf 100% des Ruhegehaltsanspruchs begrenzt.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit bestehen keine Abfindungszusagen. Eine Abfindung kann sich aber aus einer Aufhebungsvereinbarung ergeben, die im Einzelfall individuell getroffen wird. Für zum Bilanzstichtag bestehende Verträge wurde vereinbart, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags vergüten. Beim Abschluss oder bei der Verlängerung von Vorstandsverträgen wird darauf geachtet, dass bei Beendigung des Anstellungsvertrags aus einem vom Vorstandsmitglied zu verantwortenden wichtigen Grund keine Zahlung an das Vorstandsmitglied erfolgt.

Für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit wegen eines Change of Control wird beim Abschluss oder bei der Verlängerung eines Vorstandsvertrags verein-

bart, dass Ausgleichs- oder Abfindungszahlungen höchstens das Eineinhalbfache des Abfindungs-Caps betragen dürfen.

Für Dr. Frank Mastiaux, Thomas Kusterer, Dr. Dirk Mausbeck und Dr. Hans-Josef Zimmer besteht die folgende Change-of-Control-Zusage: Im Fall der Amtsniederlegung und Kündigung durch ein Vorstandsmitglied aufgrund von Change of Control steht diesem die ausstehende Jahresgrundvergütung bis zum Ablauf der vorgesehenen Vertragslaufzeit, maximal jedoch drei Jahresgrundvergütungen zu. Dieser Anspruch ist mit der vorzeitigen Beendigung des Dienstvertrags fällig. Seit 1. Oktober 2012 gilt diese Zusage auch für Dr. Bernhard Beck.

Im Fall einer vorübergehenden Dienstverhinderung des Vorstandsmitglieds wegen Krankheit oder sonstiger vom Vorstandsmitglied nicht zu vertretender Gründe werden für die ersten sechs Monate die Vergütung, wobei sich die Höhe der variablen Vergütung aus dem Durchschnitt der letzten drei Jahre bemisst, und für weitere sechs Monate die Grundvergütung gezahlt. Die Zahlungen für den Fall der Dienstverhinderung erfolgen jedoch längstens bis zum Ende der Laufzeit des Dienstvertrags. Abweichend davon hatte Dr. Bernhard Beck bis zum 30. September 2012 eine Regelung, die für die Dauer von zwölf Monaten einen Anspruch auf Fortzahlung seiner Vergütung vorsah. Dauert die Verhinderung länger als zwölf Monate an, so hatte er danach Anspruch auf Fortzahlung der Grundvergütung, längstens bis zum Ende der Laufzeit des Dienstvertrags. Hans-Peter Villis hatte längstens bis zur Beendigung der vertraglichen Laufzeit des Dienstvertrags Anspruch auf Fortzahlung seiner Vergütung.

Hans-Peter Villis hat das Unternehmen mit Ablauf seines Dienstvertrags zum 30. September 2012 verlassen. Über die beschriebenen dienstvertraglichen Regelungen hinaus wurden mit Hans-Peter Villis keine weiteren Vereinbarungen getroffen.

Aus den Versorgungsregelungen ergeben sich folgende Angaben für das Geschäftsjahr 2012 (Vorjahresangaben in Klammern). Die Darstellung erfüllt die Anforderungen des § 285 Nr. 9a HGB. Es werden der erdiente Anspruch zum Bilanzstichtag, der Jahresaufwand für Pensionsverpflichtungen sowie der zum Bilanzstichtag erdiente Barwert der Pensionsverpflichtungen (einschließlich der durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierten Versorgungszusage) angegeben.

	Erdienter Anspruch zum 31.12.2012	Jahresaufwand für Pensions- verpflichtungen (in €) ⁵	Barwert der Pensionsver- pflichtungen (Defined Benefit Obligation) (in €)
Dr. Frank Mastiaux, Vorsitzender (seit 1. Oktober 2012)	30 % ¹ -	158.732 -	158.732 -
Hans-Peter Villis, Vorsitzender (bis 30. September 2012)	130.000 € (130.000 €)	286.144 (325.128)	1.997.744 (1.208.304)
Dr. Bernhard Beck, LL.M.	60 % ² (57,5 %)	329.961 (322.902)	4.222.979 (3.229.927)
Thomas Kusterer	32,5 % ² (30 %)	121.984 (85.395)	1.371.714 (799.005)
Dr. Dirk Mausbeck ³	7 % ⁴ (7 %)	35.278 (4.673)	357.810 (249.429)
Dr. Hans-Josef Zimmer (seit 1. Januar 2012)	42,5 % ² -	247.007 -	3.148.367 -
Christian Buchel (bis 31. Mai 2011)	- (0)	- (0)	- (0)

¹ Anspruch in Prozent der ruhegehaltstfähigen Jahresgrundvergütung; derzeitige Basis: 600.000 €.

² Anspruch in Prozent der ruhegehaltstfähigen Jahresgrundvergütung; derzeitige Basis: 350.000 €.

³ Ab der zweiten Bestellperiode betragen die jährlich erworbenen Anteile an der ruhegehaltstfähigen Grundvergütung 2,5 % rückwirkend zum Beginn des Dienstvertrags.

⁴ Anspruch in Prozent der ruhegehaltstfähigen Jahresgrundvergütung; derzeitige Basis 250.000 €.

⁵ Darin enthalten: Zuführung zum Versorgungskapital in Höhe von insgesamt 79.884 € (Vorjahr: 33.304 €). Hierbei handelt es sich um eine durch Gehaltsverzicht eigenfinanzierte Versorgungszusage.

Unter dem Jahresaufwand für Pensionsverpflichtungen werden sowohl der Dienstzeitaufwand als auch der Zinsaufwand ausgewiesen. Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) nach IFRS in Höhe von 11,3 Mio. € (Vorjahr: 5,5 Mio. €).

Die Bezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich auf 5,2 Mio. € (Vorjahr: 5,4 Mio. €). Diese Rentenzahlungen werden entsprechend der prozentualen Veränderungen der Vergütungen laut Tarifvertrag dynamisiert.

Es bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands der EnBW und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 65,4 Mio. € (Vorjahr: 51,2 Mio. €).

Zum Geschäftsjahresende bestehen wie im Vorjahr keine Vor-
schüsse und Kredite gegenüber den Mitgliedern des Vorstands.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das gesamte Geschäftsjahr 2012 neben dem Ersatz ihrer Auslagen eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von je 15.000 €. Sie erhalten ferner pro Geschäftsjahr eine variable Vergütung, die sich an der Höhe des jeweils erzielten EBITDA des EnBW-Konzerns pro Geschäftsjahr orientiert. Für jeden vollendeten Betrag von 10 Mio. €, um den das erzielte EBITDA des jeweiligen Geschäftsjahres die Bemessungsuntergrenze von 1.500 Mio. € EBITDA übersteigt, werden jedem Aufsichtsratsmitglied 250 € vergütet. Die Höhe der variablen Vergütung ist dabei jedoch je Aufsichtsratsmitglied auf einen maximalen Betrag von 20.000 € pro Jahr beschränkt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats leisten

einen Beitrag zu „Fokus“, indem sie freiwillig auf einen Teilbetrag ihrer variablen Vergütung in Höhe von 5.000 € verzichtet haben. Die Zahlung der variablen Vergütung erfolgt nach Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das abgelaufene Geschäftsjahr beschließt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Zweifache, der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats das Eineinhalbfache der vorgenannten Beträge.

Für die Tätigkeit in einem oder mehreren Ausschüssen des Aufsichtsrats erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats zum Ausgleich des zusätzlichen Aufwands pauschal eine feste Vergütung in Höhe von je 5.000 € pro Geschäftsjahr. Der Vorsitzende eines oder mehrerer Ausschüsse erhält das Zweifache der Ausschussvergütung, es sei denn, der jeweilige Ausschuss ist im betreffenden Geschäftsjahr nicht tätig geworden.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehörten oder eine Vorsitzendenfunktion wahrgenommen haben, erhalten einen der zeitlichen Dauer ihres Amts oder ihrer Funktion im Geschäftsjahr entsprechenden Teil der Vergütung.

Zusätzlich erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen und Ausschusssitzungen ein Sitzungsgeld in Höhe von je 500 €. Für die Teilnahme an Vorbesprechungen wird ein Sitzungsgeld in Höhe von je 250 € gezahlt, wobei für jede Aufsichtsratssitzung nur eine Vorbesprechung vergütet wird.

Entsprechend dieser Vergütungssystematik erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012 folgende Gesamtvergütung (einschließlich Sitzungsgeldern und Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften):

Gesamtvergütung der Aufsichtsratsmitglieder der EnBW AG 2012 Angaben in € (Vorjahresangaben in Klammern)	Fixe Vergütung (inkl. Sitzungsgelder)	Variable Vergütung ¹	Mandatsver- gütungen von Tochtergesell- schaften	Gesamt
Dr. Claus Dieter Hoffmann, Vorsitzender	51.500 (55.000)	34.500 (15.000)	0 (0)	86.000 (70.000)
Dietrich Herd, stellv. Vorsitzender	41.250 (47.000)	24.625 (11.250)	19.220 (23.800)	85.095 (82.050)
Günther Cramer	24.330 (11.980)	14.750 (3.596)	0 (0)	39.080 (15.576)
Dirk Gaerte ³	24.500 (27.000)	14.750 (7.500)	0 (0)	39.250 (34.500)
Reiner Koch ⁴	20.250 (24.250)	14.750 (7.500)	14.150 (14.400)	49.150 (46.150)
Silke Krebs ⁵	27.331 (12.979)	14.750 (3.596)	0 (0)	42.081 (16.575)
Marianne Kugler-Wendt ⁴	27.250 (31.500)	14.750 (7.500)	13.420 (17.092)	55.420 (56.092)
Wolfgang Lang	27.000 (30.000)	14.750 (7.500)	7.960 (11.787)	49.710 (49.287)
Dr. Hubert Lienhard	25.500 (22.822)	14.750 (6.452)	0 (0)	40.250 (29.274)
Arnold Messner	30.000 (23.832)	14.750 (5.281)	7.299 (5.764)	52.049 (34.877)
Bodo Moray ⁴	28.750 (31.500)	14.750 (7.500)	15.059 (16.613)	58.559 (55.613)
Bernd Munding	20.250 (16.312)	14.750 (5.280)	7.000 (6.700)	42.000 (28.292)
Gunda Röstel	33.000 (21.233)	14.750 (5.281)	0 (0)	47.750 (26.514)
Dr. Nils Schmid ⁵	25.831 (14.849)	14.750 (3.781)	0 (0)	40.581 (18.630)
Klaus Schörnich ⁴	27.000 (28.771)	14.750 (7.500)	13.250 (12.925)	55.000 (49.196)
Heinz Seiffert ³	28.500 (30.027)	14.750 (7.500)	0 (0)	43.250 (37.527)
Gerhard Stratthaus	26.000 (27.418)	14.750 (7.500)	0 (0)	40.750 (34.918)
Dietmar Weber	27.250 (31.500)	14.750 (7.500)	9.425 (7.325)	51.425 (46.325)
Kurt Widmaier ³	29.000 (32.000)	14.750 (7.500)	0 (0)	43.750 (39.500)
Dr. Bernd-Michael Zinow	36.250 (40.000)	14.750 (7.500)	11.193 (7.300)	62.193 (54.800)
Marc Boudier ² (bis 16.1.2011)	0 (657)	0 (329)	0 (0)	0 (986)
Dr. Daniel Camus ² (bis 9.1.2011)	0 (370)	0 (185)	0 (0)	0 (555)

Gesamtvergütung der Aufsichtsratsmitglieder der EnBW AG 2012 Angaben in € (Vorjahresangaben in Klammern)	Fixe Vergütung (inkl. Sitzungsgelder)	Variable Vergütung ¹	Mandatsver- gütungen von Tochtergesell- schaften	Gesamt
Dr.-Ing. Rainer Dulger (21.2.2011 bis 30.6.2011)	0 (9.240)	0 (2.671)	0 (0)	0 (11.911)
Prof. Dr. Dr. h.c.mult. Wolfgang Franz (21.2.2011 bis 19.4.2011)	0 (5.295)	0 (1.192)	0 (0)	0 (6.487)
Josef Götz (bis 19.4.2011)	0 (11.723)	0 (2.240)	0 (0)	0 (13.963)
Prof. Dr. Ulrich Goll (10.3.2011 bis 9.7.2011)	0 (10.534)	0 (2.507)	0 (0)	0 (13.041)
Marianne Laigneau ² (12.1.2011 bis 17.2.2011)	0 (1.521)	0 (760)	0 (0)	0 (2.281)
Pierre Lederer ² (bis 17.2.2011)	0 (2.630)	0 (986)	0 (0)	0 (3.616)
Serge Massart ² (17.1.2011 bis 17.2.2011)	0 (1.315)	0 (658)	0 (467)	0 (2.440)
Thomas Piquemal ² (bis 17.2.2011)	0 (3.322)	0 (986)	0 (0)	0 (4.308)
Helmut Rau (8.3.2011 bis 9.7.2011)	0 (12.616)	0 (2.548)	0 (0)	0 (15.164)
Gérard Roth ² (bis 17.2.2011)	0 (6.130)	0 (986)	0 (0)	0 (7.116)
Christoph Walther (bis 19.4.2011)	0 (10.722)	0 (2.240)	0 (0)	0 (12.962)
Summe	580.742 (636.048)	324.625 (160.305)	117.976 (124.173)	1.023.343 (920.526)

¹ Die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2012 wird erst nach Beschlussfassung der Hauptversammlung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2013 ausbezahlt. Der Verzicht der Mitglieder des Aufsichtsrats auf einen Teilbetrag ihrer Vergütung in Höhe von 5.000 € ist hierbei berücksichtigt.

² Die Vergütung wurde an die EDF abgeführt.

³ Gemäß §§ 82 - 88 Landesbeamtengesetz in Verbindung mit § 5 Landesnebenberufungsverordnung erfolgt die Ablieferung an den Landkreis.

⁴ Gemäß der Richtlinie des DGB über die Abführung von Aufsichtsratsvergütungen wird die Vergütung an die Hans-Böckler-Stiftung und die ver.di Gewerkschaft Politische Bildung gGmbH abgeführt.

⁵ Die Mitglieder der Landesregierung haben sich verpflichtet, Vergütungen aus Aufsichtsräten, Beiräten und allen vergleichbaren Gremien, in denen sie in Zusammenhang mit ihrem Amt tätig sind oder als Mitglied der Landesregierung entsandt werden, in entsprechender Anwendung des § 5 Landesnebenberufungsverordnung an das Land abzuliefern, soweit diese im Kalenderjahr insgesamt den Bruttobetrag von 6.100 € übersteigen (Ministerratsbeschluss vom 24.5.2011).

In den vorstehenden Angaben zu den fixen Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder sind Sitzungsgelder in Höhe von 155.250 € (Vorjahr: 218.000 €) und in den Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften sind Sitzungsgelder in Höhe von 38.100 € (Vorjahr: 39.504 €) enthalten.

Sonstige Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, vor allem Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden den Aufsichtsratsmitgliedern nicht gewährt. Sie haben im Berichtsjahr auch keine Kredite und Vorschüsse erhalten.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der EnBW von ihr in angemessener Höhe abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe einbezogen. Für diese D&O-Versicherung wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart, der für Mitglieder des Vorstands drei Monatsgrundgehälter und für Mitglieder des Aufsichtsrats eine halbe Jahresvergütung beträgt. Seit 1. Juli 2010 beträgt der Selbstbehalt bei der D&O-Versicherung für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats jeweils 10% des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der jeweiligen festen jährlichen Vergütung.

Angaben nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht des Vorstands

Der Vorstand macht nachfolgend die nach den §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB vorgeschriebenen Angaben und erläutert diese zugleich gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG.

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) beträgt 708.108.042,24 € und ist in 276.604.704 auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von jeweils 2,56 € eingeteilt.

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10% überschreiten

Die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit Sitz in Ravensburg und die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH mit Sitz in Stuttgart hielten zum 31. Dezember 2012 jeweils direkt 46,75 % am Grundkapital der EnBW.

Alleiniger Anteilsinhaber der OEW Energie-Beteiligungs GmbH ist der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke mit Sitz in Ravensburg (Zweckverband OEW). Dieser war daher zum 31. Dezember 2012 indirekt über die OEW Energie-Beteiligungs GmbH mit 46,75 % am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Alleinige Anteilsinhaberin der NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH ist die NECKARPRI GmbH mit Sitz in Stuttgart, die wiederum eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des Landes Baden-Württemberg ist. Die NECKARPRI GmbH und das Land Baden-Württemberg waren daher zum 31. Dezember 2012 jeweils indirekt über die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH mit 46,75 % am Grundkapital der EnBW beteiligt.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In der am 7. Januar 2011 veröffentlichten Angebotsunterlage zum freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebot der NECKARPRI GmbH an die Aktionäre der EnBW hat diese bekannt gegeben, dass sie und das Land Baden-Württemberg aufgrund einer mit dem Zweckverband OEW, der OEW Energie-Beteiligungs GmbH sowie den früheren Aktionären Electricité de France SA (EDF) und E.D.F. INTERNATIONAL SA (EDFI) geschlossenen Vereinbarung mit schuldbefreiender Wirkung anstelle von EDFI und EDF in die Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 mit dem Zweckverband OEW und der OEW Energie-Beteiligungs GmbH eintreten, wenn der zwischen der NECKARPRI GmbH und der EDFI geschlossene Aktienkaufvertrag zum Erwerb der seinerzeitigen EnBW-Beteiligung der EDFI durch die NECKARPRI GmbH vollzogen wird. Über aus diesem Anlass eventuell vorgenommene

Änderungen der Aktionärsvereinbarung vom 26. Juli 2000 gegenüber dem von der EDF veröffentlichten und im EnBW-Geschäftsbericht 2010 auf Seite 104 wiedergegebenen Inhalt enthält die Angebotsunterlage der NECKARPRI GmbH keine gesonderten Informationen. Der zwischen der NECKARPRI GmbH und der EDFI geschlossene Aktienkaufvertrag ist am 17. Februar 2011 vollzogen worden, womit das Land Baden-Württemberg und die NECKARPRI GmbH Parteien der Aktionärsvereinbarung mit dem Zweckverband OEW und der OEW Energie-Beteiligungs GmbH geworden sind. Am 5. April 2011 hat die NECKARPRI GmbH ihre gesamte zu diesem Zeitpunkt an der EnBW gehaltene Beteiligung auf ihre seinerzeit neu gegründete Tochtergesellschaft NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH übertragen; gleichzeitig wurde diese ebenfalls Partei der Aktionärsvereinbarung mit dem Zweckverband OEW und der OEW Energie-Beteiligungs GmbH.

Nach den Angaben in der vorgenannten Angebotsunterlage enthält die Aktionärsvereinbarung übliche Regelungen das Verhältnis der beiden Hauptaktionäre der EnBW untereinander betreffend sowie über deren Verhältnis zur EnBW und die Koordinierung ihres Einflusses gegenüber der EnBW. Dazu gehören insbesondere Regelungen über die abgestimmte und teilweise einheitliche Ausübung von Stimmrechten (Stimmbindung), die Einrichtung eines Aktionärsausschusses für diese Zwecke und die wechselseitige Abstimmung hinsichtlich wesentlicher Geschäftsvorfälle und Entscheidungen. Die NECKARPRI GmbH hat darüber hinaus in der Angebotsunterlage darüber informiert, dass die Aktionärsvereinbarung möglicherweise während des Laufs der Annahmefrist des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots geändert oder ganz oder teilweise aufgehoben wird.

Am 27. Januar 2012 hat die Verbandsversammlung des Zweckverbands OEW einer Fortschreibung der Aktionärsvereinbarung mit der NECKARPRI und dem Land Baden-Württemberg zugestimmt. Dem Vorstand der EnBW liegen keine Informationen über aus diesem oder einem anderen Anlass eventuell erfolgte Änderungen und Ergänzungen der Aktionärsvereinbarung gegenüber dem vorstehend dargestellten Inhalt vor. Aus den der EnBW vorliegenden Mitteilungen nach den §§ 21 ff. WpHG ergibt sich, dass das Land Baden-Württemberg, die NECKARPRI GmbH, die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH, der Zweckverband OEW und die OEW Energie-Beteiligungs GmbH zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts noch ihr Verhalten in Bezug auf die EnBW aufgrund einer Vereinbarung oder in sonstiger Weise abstimmen.

Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung

Die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands obliegt dem Aufsichtsrat gemäß § 84 AktG in Verbindung mit § 31 MitbestG. Diese Kompetenz wird in § 7 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der EnBW abgebildet. Sollte ausnahmsweise ein erforderliches Vorstandsmitglied fehlen, hat nach § 85 AktG die Bestellung eines Vorstandsmitglieds durch das Gericht zu erfolgen, wenn ein dringender Fall vorliegt.

Das Recht zu Satzungsänderungen liegt gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG bei der Hauptversammlung. Die entsprechenden konkretisierenden Verfahrensregeln sind in den §§ 179, 181 AktG enthalten. Aus Praktikabilitäts Gesichtspunkten wurde die Kompetenz für Satzungsänderungen, die lediglich die Fassung betreffen, dem Aufsichtsrat übertragen. Diese durch § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG eröffnete Möglichkeit ist in § 18 Abs. 2 der Satzung verankert.

Beschlüsse der Hauptversammlung zur Änderung der Satzung bedürfen nach § 179 Abs. 2 AktG einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, sofern die Satzung nicht eine andere – für die Änderung des Unternehmensgegenstands jedoch nur eine höhere – Kapitalmehrheit bestimmt. Nach § 18 Abs. 1 der Satzung bedürfen die Beschlüsse der Hauptversammlung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen (einfache Stimmenmehrheit), soweit nicht Gesetz oder Satzung eine größere Mehrheit oder weitere Erfordernisse bestimmen. Schreibt das Gesetz eine größere Mehrheit der abgegebenen Stimmen beziehungsweise des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals vor, so genügt in den Fällen die einfache Mehrheit, in denen das Gesetz es der Satzung überlässt, dies zu bestimmen.

Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Seit 29. April 2004 existiert bei der EnBW keine Ermächtigung der Hauptversammlung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zum Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft mehr. Die Gesellschaft kann eigene Aktien daher nur aufgrund und nach Maßgabe der übrigen Erwerbsstatbestände des § 71 Abs. 1 AktG erwerben. Die Gesellschaft verfügt zum 31. Dezember 2012 über 5.749.677 eigene Aktien, die aufgrund früherer Ermächtigungen nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden. Die Veräußerung eigener Aktien der Gesellschaft kann über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre der Gesellschaft erfolgen. Eine Verwendung – insbesondere Veräußerung – eigener Aktien in anderer Weise kann nur im Rahmen des Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2004 erfolgen. Aus den von der EnBW gehaltenen eigenen Aktien stehen der Gesellschaft gemäß § 71b AktG keine Rechte zu.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, und die hieraus folgenden Wirkungen

Folgende Vereinbarungen der EnBW stehen unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots im Sinne der §§ 289 Abs. 4 Nr. 8, 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB:

Finanzierungsvereinbarungen

Eine syndizierte Kreditlinie in Höhe von 2 Mrd. €, die zum 31. Dezember 2012 nicht genutzt war, kann von den Gläubigern beim Kontrollerwerb eines Dritten gekündigt und zur Zahlung fällig gestellt werden. Dieses gilt nicht, wenn es sich bei dem Dritten um das Land Baden-Württemberg oder den Zweckverband OEW oder eine andere deutsche öffentlich-rechtliche Rechtspersonlichkeit handelt.

Eine unter dem Debt-Issuance-Programm am 12. Dezember 2008 begebene Schuldverschreibung in Höhe von 20 Mrd. JPY kann von den Gläubigern beim Kontrollerwerb eines Dritten gekündigt und zur Zahlung fällig gestellt werden. Dieses gilt nicht, wenn es sich bei dem Dritten um die EDF (deren Rechtsnachfolger als Aktionär nunmehr das Land Baden-Württemberg ist) oder den Zweckverband OEW oder eine andere deutsche öffentlich-rechtliche Körperschaft handelt.

Ein bilaterales langfristiges Bankdarlehen in Höhe von 500 Mio. € kann vom Darlehensgeber beim Kontrollerwerb eines Dritten gekündigt und zur Zahlung fällig gestellt werden, sofern sich durch den Kontrollerwerb eine nachteilige Auswirkung auf die künftige Rückzahlung des Darlehens ergibt. Dieses gilt nicht, wenn es sich bei dem Dritten um die EDF (deren Rechtsnachfolger als Aktionär nunmehr das Land Baden-Württemberg ist) oder den Zweckverband OEW handelt (**> Lagebericht > Finanzierungsfazilitäten > S. 75f).**

Ein bilaterales langfristiges Bankdarlehen, das am 31. Dezember 2012 mit rund 76,7 Mio. € valuiert, kann vom Darlehensgeber beim Kontrollerwerb eines Dritten gekündigt und zur Zahlung fällig gestellt werden, sofern sich durch den Kontrollerwerb eine nachteilige Auswirkung auf die künftige Rückzahlung des Darlehens ergeben kann. Dies gilt nicht, wenn es sich bei dem Dritten um die EDF oder das Land Baden-Württemberg oder den Zweckverband OEW handelt.

Gesellschaftsrechtliche Vereinbarungen

Im Rahmen des Shareholder Agreements zwischen der EnBW und Eni S.p.A. hat Eni S.p.A. im Fall eines Kontrollwechsels bei der EnBW das Recht, die 50 %-Beteiligung der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH zu erwerben. Ein Kontrollwechsel liegt vor, wenn ein Energieversorgungsunternehmen unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Aktien oder Stimmrechte an der EnBW erlangt. Die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH hält 100 % der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland GmbH sowie der terranets bw GmbH. Der Kaufpreis, den die Eni S.p.A. für den Anteil der EnBW an der EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH bezahlen müsste, bemisst sich nach einem gutachterlich ermittelten Marktwert.

Im Fall eines Kontrollwechsels bei der EnBW ist die EnBW verpflichtet, ihre Aktienbeteiligung an der EWE Aktiengesellschaft (EWE) den kommunalen Anteilseignern der EWE, der Weser-Ems-Energiebeteiligungen GmbH und der Energieverband Elbe-Weser-Beteiligungsholding GmbH zum Kauf anzubieten. Der Kaufpreis ist der gutachterlich zu ermittelnde Marktpreis. Ein Kontrollwechsel liegt vor, wenn

ein anderer Aktionär als die EDF (deren Rechtsnachfolger als Aktionär nunmehr das Land Baden-Württemberg ist) oder der Zweckverband OEW unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Aktien oder Stimmrechte an der EnBW erlangt, was auch durch gemeinsame Beherrschung zusammen mit einem weiteren Aktionär erreicht werden kann.

Die Ziffern 4, 5 und 9 der §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB waren bei der EnBW im Geschäftsjahr 2012 nicht einschlägig.

Prognosebericht

Die Rahmenbedingungen für den Energiesektor gestalten sich insbesondere in Deutschland weiterhin herausfordernd. Die Wende in der deutschen Energiepolitik wird die Ergebnisentwicklung der EnBW in den nächsten Jahren spürbar belasten. Die EnBW hat ein weitreichendes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht und in Teilen schon erfolgreich umgesetzt, um die Energiewende auch künftig aktiv zu gestalten und die Bonität des Unternehmens langfristig zu sichern.

In unserem Prognosebericht gehen wir, soweit möglich, auf die erwartete künftige Entwicklung der EnBW und ihres Umfelds in den nächsten zwei Geschäftsjahren ein.

Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Januar 2013 aktualisierte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine bisherigen Schätzungen für das Weltwirtschaftswachstum aufgrund der Zunahme der Abwärtsrisiken. Nachdem der IWF bereits seine Prognose für das Jahr 2012 nach unten korrigierte, wird auch für 2013 ein um insgesamt 0,4 Prozentpunkte auf 5% verringerter Zuwachs der globalen Wirtschaftsleistung erwartet. Die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen, Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen belasten die Wirtschaftsentwicklung in den hoch verschuldeten Ländern Europas. Zudem zeigt sich die Konjunktur in den USA weiterhin labil. Die weiteren wirtschaftlichen Aussichten sind gemäß IWF im Wesentlichen davon abhängig, dass im Euroraum – aber auch in den USA – entschlossene wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Stabilisierung des Vertrauens ergriffen werden. Im Jahr 2013 wird das BIP-Wachstum der Industrieländer lediglich 1,4% betragen und damit unwesentlich höher sein als im Jahr 2012. Die schwache Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern strahlt auf die Schwellenländer aus. Das Wachstumstempo dieser Ländergruppe wird nach Ansicht des IWF nur leicht um 0,4 Prozentpunkte auf durchschnittlich 5,5% zulegen.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in %	2013	2012
Welt	3,5	3,2
Euroraum	0,1	-0,5
Deutschland	0,9	1,8
Tschechien	0,8	-1,4
Türkei	2,9	4,0

Gemäß Prognose der Europäischen Union wird das BIP der Eurozone im Jahr 2012 um 0,4% sinken. Für das Jahr 2013 wird ein geringes Wirtschaftswachstum um 0,1% vorausgesagt. Getragen wird diese Entwicklung von einem günstigeren außenwirtschaftlichen Umfeld und verbesserten Real-einkommen. Für die tschechische Wirtschaft prognostiziert Eurostat nach einem BIP-Rückgang 2012 im Folgejahr wieder ein leichtes Plus von 0,8%. 2014 soll ein Wirtschaftswachstum von 2,0% erreicht werden. In der Türkei verlor die Wirtschaft bereits 2012 deutlich an Fahrt. Auch 2013 wird sich nach Eurostat-Angaben noch keine Erholung einstellen. Das BIP-Wachstum wird für dieses Jahr auf 2,9% geschätzt, nach 3,0% im Jahr 2012. Erst 2014, so Eurostat, wird die Wirtschaftsleistung wieder kräftiger anziehen und ein Plus von 3,7% erzielen.

Die Krise im Euroraum bremst – stärker als zuvor erwartet – auch die deutsche Wirtschaft, die 2012 nur noch ein geringes Wachstum aufwies. Eine schwache Nachfrage aus dem Euroraum dämpft die Exporte. Dagegen gehen von der Binnennachfrage positive Impulse aus. 2013 dürfte sich die Wirtschaftsleistung – mit wieder wachsender Exportnachfrage – um 0,9% erhöhen. Die Inflationsrate wird etwas nachgeben und 2013 bei voraussichtlich 1,8% liegen (> **Lagebericht** > **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen** > **S. 61f**).

Energienachfrage: Die International Energy Agency geht in ihrem World Energy Outlook 2012 trotz der derzeit noch unsicheren Aussichten für das kurzfristige globale Wirtschaftswachstum davon aus, dass der weltweite Energieverbrauch bis 2035 um ein Drittel steigen wird. Rund 60% der Zunahme werden auf China, Indien und den Nahen Osten entfallen. In den OECD-Ländern (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) nimmt der Energieverbrauch kaum zu. Jedoch geht der Trend in diesen Ländern weg von Erdöl und Kohle (sowie in einigen Ländern von der Kernenergie) hin zu Erdgas und erneuerbaren Energien. Fossile Brennstoffe werden – trotz der wachsenden Nachfrage nach CO₂-armen Energiequellen – den überwiegenden Teil des weltweiten Energiemixes ausmachen. Die EnBW geht auch für Deutschland von einer in den nächsten zwei Jahren geringfügigen Zunahme der Nachfrage nach Strom und Gas aus, auch wenn die deutsche Wirtschaft derzeit etwas langsamer expandiert.

Künftige Entwicklung der Märkte für Primärenergieträger, CO₂-Zertifikate und Strom

Ölmarkt: Für kurzfristige Öllieferungen (Frontmonat) belief sich der durchschnittliche Preis 2012 auf 111,68 US-\$/bbl. Die Terminmarktpreise für das Jahresprodukt Brent 2013 lagen im Jahresdurchschnitt 2012 bei 106,78 US-\$/bbl. Die Marktteilnehmer gingen Ende 2012 also von einem sinkenden Preisniveau aus. Wesentlich für die künftige Preisentwicklung von Öl sind die Erwartungen hinsichtlich der internationalen Wirtschaftsentwicklung. Preisdämpfend wirken die immer noch angespannte Verschuldungssituation einiger Industriestaaten und das weiterhin verhaltene Wirtschaftswachstum der USA. Außerdem wird eine Verlangsamung des Expansionstempos der Schwellenländer befürchtet. Der Ölpreis wird zudem vom künftigen Wert des US-Dollars und der Attraktivität von Rohöl als Anlageklasse bestimmt. Öl steht als strategischer Rohstoff auch immer wieder unter dem Einfluss politischer Ereignisse. Angebotsseitig wirken sich vor allem der Fortgang des Atomkonflikts mit dem Iran, der Konflikt in Syrien und die mögliche Ausweitung des Disputs auf weitere Staaten der Region sowie das daraus resultierende Risiko von Lieferstörungen auf die Ölpreisbildung aus.

Kohlemarkt: Ende 2012 wiesen die Marktpreise für Terminlieferungen von Steinkohle in den ARA-Raum (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) ein ansteigendes Preisniveau auf (2013: 94,05 US-\$/t, 2014: 102,36 US-\$/t). Sie lagen auf einem höheren Niveau als die Spotnotierungen mit 87,35 US-\$/t. Die Marktteilnehmer gehen mittelfristig von steigenden Preisen aus. Eine preistreibende Wirkung – obwohl die derzeitigen Konjunkturausblicke Unsicherheiten aufweisen – geht vor allem von der Erwartung einer hohen Steigerungsrate der künftigen Kohleimporte Indiens und Chinas aus. Zudem wird für Japan und Deutschland aufgrund der reduzierten Stromerzeugung aus Kernkraft eine erhöhte Importnachfrage erwartet. Eine kurzfristige Angebotsverknappung, ausgelöst durch Unwetter oder eine Beeinträchtigung der Infrastruktur, würde das Preisniveau von Kohle ebenfalls heben. Der Abbau des derzeitigen Kohleüberangebots, beispielsweise durch eine Produktionsdrosselung, wirkt sich steigernd auf die Preisentwicklung aus. Auf der Nachfrageseite ist die Entwicklung der globalen Konjunktur relevant für die künftige Preisbildung. Dämpfend auf die Notierungen wirkt der Fortschritt beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Gasmarkt: Die Terminpreise auf dem Gasmarkt für 2013 bewegten sich 2012 überwiegend über dem Spotpreis. Der Preis auf dem niederländischen Großhandelsmarkt TTF betrug Ende 2012 für Gaslieferungen im Jahr 2013 27,13 €/MWh und für das Jahr 2014 27,47 €/MWh. Die Erwartung der Marktteilnehmer einer höheren Nachfrage Japans nach verflüssigtem Erdgas (Liquefied Natural Gas, LNG) infolge eines möglichen Atomausstiegs Japans und einer verzögerten Wiederinbetriebnahme der Atomkraftwerke erhöht das Gaspreisniveau. Eine preisdämpfende Wirkung geht jedoch

vom Ausbau der erneuerbaren Energien aus. Vor allem der starke Fotovoltaikausbau reduziert die mögliche Einsatzzeit von Gaskraftwerken. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme des zweiten Strangs der Nordseepipeline North Stream könnte zusätzliche Gasimporte nach Deutschland zur Folge haben, was langfristig die Liefersicherheit erhöht, die Gaspreise jedoch reduziert.

CO₂-Zertifikate: Bedeutend für die Entwicklung der Preise für CO₂-Zertifikate sind im Wesentlichen zwei Faktoren: das künftige Emissionsvolumen, das maßgeblich von der Entscheidung über eine Erhöhung des Minderungsziels für den CO₂-Ausstoß der Europäischen Union für 2020 abhängt, und der Verlauf der Diskussion über eine mögliche Verschiebung von Auktionsmengen für Emissionszertifikate in der dritten Handelsperiode. Außerdem ist die künftige Wirtschaftsentwicklung in der EU und das daraus resultierende Emissionsaufkommen ein wichtiger Einflussfaktor auf der Nachfrageseite.

Strommarkt: Der durchschnittliche Spotmarktpreis notierte im Jahr 2012 bei 42,60 €/MWh. Die Terminpreise für Base-Produkte lagen Ende 2012 bei 45,07 €/MWh (2013) und 45,31 €/MWh (2014). Angebotsseitig sind vor allem die Brennstoff- und CO₂-Zertifikatepreise sowie die künftige Verfügbarkeit von Kraftwerkskapazitäten und der Ausbau der erneuerbaren Energien von wesentlicher Bedeutung für die künftige Preisentwicklung. Die Abnahme- und Vergütungspflicht gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) führt zu einer wachsenden Einspeisung erneuerbarer Energien. Dies erhöht weiterhin die Volatilität an den Großhandelsmärkten. Künftig könnte dies häufiger zu sehr niedrigen Preisen in einzelnen Stunden führen. Extreme Witterungsverhältnisse, Kraftwerksausfälle oder -engpässe im Ausland könnten kurzfristige Preisausschläge am Spotmarkt auslösen. Die wirtschaftliche Entwicklung, vor allem die Nachfrage der Industrie, wirkt nachfrageseitig auf den Strompreis. Zudem führt die EEG-Umlage zu einer strukturellen Kostenerhöhung auf der Endkundenseite.

Künftige politische und regulatorische Rahmenbedingungen

Entscheidungen der europäischen und deutschen Energiepolitik werden die Geschäftstätigkeit der EnBW auch in den nächsten Jahren wesentlich beeinflussen.

Europa: In Europa wurden die Energie-Roadmap 2015 und die Erneuerbare-Energien-Strategie 2012 noch nicht verabschiedet. Über beide Vorhaben wird weiter verhandelt. Von erheblicher Bedeutung sind ebenfalls die aktuell laufenden Gesetzgebungsverfahren im Bereich der Finanzdienstleistungen sowie des Vergaberechts.

Deutschland: Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll grundlegend überarbeitet werden. Erste Vorschläge hierzu werden für das Frühjahr 2013 erwartet, wie auch über die Richtlinienvorschläge in den Bereichen Vergaberecht und Finanzdienstleistungen.

Energiewirtschaftsgesetz (EnWG): Nachdem Ende 2012 bereits eine Novelle des EnWG beschlossen wurde, befinden sich weitere Gesetze und Verordnungen noch in Vorbereitung, etwa zum Messwesen und zu unterbrechbaren Verbrauchseinrichtungen. Offen bleibt die Frage, ob sie vor der Bundestagswahl 2013 zum Abschluss kommen werden. Gleiches gilt für Verordnungen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und zu elektromagnetischen Feldern (Bundesimmissionsschutzverordnung).

Regulatorische Rahmenbedingungen: Die europäische Harmonisierung der Regulierung des Netzzugangs im Gasmarkt (Netzkodex CAM) wird die deutschen Netzzugangsregelungen verändern. Der erste Netzkodex – der zum Teil inhaltlich auf bereits in Deutschland vollzogene Schritte in diesem Bereich aufbaut – wurde Ende 2012 vom Verband Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas erarbeitet. Der Kodex regelt die Prozesse rund um die Vergabe der Transportkapazitäten auf Fernleitungsebene. Auf Basis dieses Kodexes sollen künftig Kapazitäten an allen Grenzübergangspunkten marktbasiert vergeben werden. Parallel dazu sind am 17. September 2012 neue Regeln zum Engpassmanagement in Kraft getreten. Diese müssen größtenteils zum 1. Oktober 2013 in den Mitgliedsstaaten der EU umgesetzt werden. Das in Deutschland gemäß Gasnetz-zugangsverordnung optionale Überbuchungs- und Rückkaufverfahren für Transportkapazitäten seitens der Netzbetreiber wird damit verpflichtend eingeführt. Die regulatorischen Entwicklungen tragen grundsätzlich zu einer grenzüberschreitenden Vereinheitlichung von Marktregeln bei und beseitigen bestehende Markteintrittsbarrieren. Jedoch führen sie aufgrund der Wechselwirkungen zwischen marktbasierter Kapazitätsvergabe und den neuen Engpassmanagementregeln zu einer höheren Komplexität.

Künftige Branchenentwicklung

Der Energiesektor in Europa befindet sich im Umbruch. Die politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen verändern sich ebenso wie die Markt- und Wettbewerbsstrukturen. Dadurch sind die Unternehmen der Branche gezwungen, ihre Geschäftsmodelle auf den Prüfstand zu stellen. Zugleich sind viele Erzeugungsanlagen überaltert und stehen zur Erneuerung an. Sinkende Erzeugungsmargen, die CO₂-Zertifikate-Vollauktionierung, steigende Anforderungen an die Umwelt- und Klimaverträglichkeit der Geschäftstätigkeit und eine zunehmende staatliche Regulierung belasten die Ertragskraft der Unternehmen und schränken somit ihre Investitionsfähigkeit ein. Die Antworten auf diese Herausforderungen fallen von Unternehmen zu Unternehmen

unterschiedlich aus. Die EnBW verfolgt eine ausgewogene und langfristig orientierte Unternehmensstrategie, die die Interessen der Stakeholder berücksichtigt und die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens sichert.

Der Wettbewerb im Geschäft mit Privat- und Industriekunden sowohl im Strom- als auch im Gasbereich bleibt intensiv. In einzelnen Segmenten wird sich die Wettbewerbssituation aufgrund einer starken Preissensibilität der Kunden und einer steigenden Anzahl von branchenfremden Anbietern noch verschärfen. Die EnBW sieht sich gut aufgestellt, um ihre Marktposition zu behaupten. Unsere Angebote in Feldern wie Smart Home, Elektromobilität, dezentrale Erzeugung oder Energieeffizienz werden wir weiter systematisch ausbauen.

Dezentrale Erzeugungskonzepte sowie eine stärkere Verbreitung von Energiedienstleistungen sind politisch gewollt und werden unterstützt. Diese Rahmenbedingungen sind für die Geschäftsentwicklung der EnBW grundsätzlich positiv, eine zunehmende Nachfrage nach Energieeffizienzdienstleistungen wie zum Beispiel Contracting ist zu erwarten. Dies gilt sowohl bei Industrie- und Gewerbekunden, deren Bedarf an energieeffizienten und CO₂-armen Versorgungsanlagen steigt, als auch bei Kommunen und im Dienstleistungssektor, für die die Erhöhung der Gebäudeeffizienz im Vordergrund steht.

Unternehmensstrategie und künftige Unternehmensentwicklung

Nachhaltiges und verantwortungsvolles Handeln ist ein leitendes Prinzip der EnBW. Wir verzahnen daher sukzessive unsere Unternehmens- mit unserer Nachhaltigkeitsstrategie. Zugleich befindet sich die EnBW angesichts der einschneidenden Veränderungen in unserem Umfeld, die den finanziellen Spielraum der EnBW stark einschränken, in dem Prozess einer deutlichen Schärfung der Geschäftsstrategie. Unsere Strategie lässt sich auf zwei Stoßrichtungen verdichten:

- CO₂-arme Erzeugung sichern
- Dezentrale Lösungsangebote etablieren

Um die Umsetzung unserer Strategie weiterhin auf ein solides finanzielles Fundament zu stellen, hat der Vorstand der EnBW frühzeitig ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das die drei Elemente Kapitalmaßnahmen, Effizienzsteigerung und Desinvestitionen umfasst (> Lagebericht > Ziele, Strategie und Unternehmenssteuerung > S. 59).

Kapitalmaßnahmen: Mit der Platzierung einer Hybridanleihe im Gesamtvolumen von 1 Mrd.€ und einer Kapitalerhöhung um rund 822 Mio.€ sind die geplanten Kapitalmaßnahmen bereits erfolgreich abgeschlossen.

Effizienzsteigerung: Das Effizienzprogramm „Fokus“ sieht eine Zielgröße von nachhaltig 750 Mio.€ EBIT-wirksame Verbesserung pro Jahr vor. Im Jahr 2014 soll die volle Wirkung des Programms erreicht sein; 2012 konnte schon eine Verbesserung von über 300 Mio.€ erzielt werden.

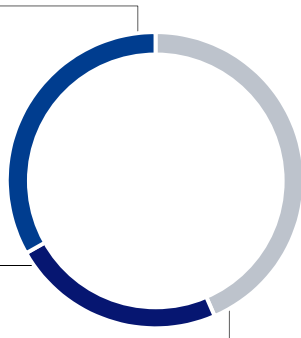
Desinvestitionen: Darüber hinaus sind Desinvestitionen von 2013 bis 2015 im Gesamtvolumen von 2,6 Mrd.€ vorgesehen; hiervon entfallen auf die weitere Veräußerung nicht strategischer Beteiligungen 43,5%. 2011 und 2012 wurden bereits rund 500 Mio.€ realisiert. Insbesondere bei unseren Auslandsaktivitäten konzentrieren wir uns auf die Tschechische Republik, die Schweiz und die Türkei. Bestehende Beteiligungen in anderen Ländern wollen wir, soweit möglich, abbauen. Hinzu kommen Desinvestitionen aus Beteiligungsmodellen für erneuerbare Energien von rund 23% und sonstige Sachanlageabgänge von rund 33%.

Desinvestitionen 2013–2015
in %

Sonstige Abgänge
und Baukostenzuschüsse (33,2)

Beteiligungsmodelle (23,3)

Klassische Desinvestitionen (43,5)



Investitionen: Auf Grundlage der bereits umgesetzten und der für die nächsten Jahre vorgesehenen Elemente des Maßnahmenpakets ist die EnBW in der Lage, im Planungszeitraum 2013 bis 2015 Bruttoinvestitionen von 5,2 Mrd.€ zu tätigen. Das neue, zukunftsichere und nachhaltige ausgerichtete Geschäftsmodell der EnBW nimmt so Gestalt an.

Dabei stellt die Sicherung unserer herausragenden Stellung als CO₂-armer Energieerzeuger eine zentrale strategische Stoßrichtung der EnBW dar. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem von Wind- und Wasserkraftwerken. Hier werden wir im Planungszeitraum 2013 bis 2015 2,4 Mrd.€ investieren und damit neue Erzeugungskapazitäten von rund 700 MW zubauen. Daneben bauen wir die Stromerzeugung aus Speichern und Gas aus. Im Rahmen der Partnerschaft mit den Vorarlberger Illwerken werden wir 2014 mit dem Bau des Pumpspeicherkraftwerks Obervermont II mit einer Leistung von 360 MW beginnen. Neben Pumpspeichern sollen vor allem Gaskraftwerke wie beispielsweise das Projekt am Standort Lausward unserem Erzeugungsportfolio die notwendige Flexibilität verleihen, die beim zunehmenden

Einsatz erneuerbarer Energien unabdingbar ist. Für diesen Zweck sind Investitionen bis 2015 von 0,5 Mrd.€ vorgesehen.

Kommunen, Stadtwerke, Industrie- und Gewerbetunden sowie Bürger wollen an energiewirtschaftlichen Entscheidungen in ihrem Umfeld in stärkerem Maß als früher teilhaben. Die EnBW nimmt diese Bestrebungen auf, entwickelt und etabliert dezentrale Lösungsangebote im Energiebereich und will erster Ansprechpartner für Energiefragen sein. Zum Ausbau dieses Bereichs, in dem wir derzeit bereits einen Umsatz von rund 200 Mio.€ erzielen, werden wir bis 2015 rund 350 Mio.€ investieren. Zudem stehen wir über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg Partnerschaftsmodellen aufgeschlossen gegenüber. Die EnBW-internen Abrechnungs- und Abwicklungssysteme wollen wir darüber hinaus für Dritte öffnen, um Skaleneffekte zu erzielen.

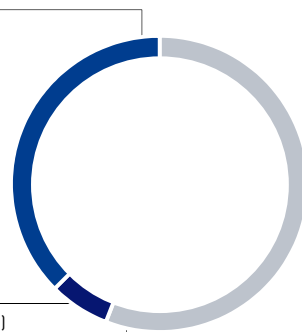
Neben den bereits erwähnten Investitionen in die CO₂-arme Erzeugung (2,9 Mrd.€) und die Ausrichtung als dezentraler Lösungsanbieter (0,34 Mrd.€) fließen weitere Mittel von rund 2 Mrd.€ in Bestandsinvestitionen wie beispielsweise in die Erhaltung der Netze und in laufende Projekte wie die Fertigstellung des Kohlekraftwerks RDK 8 in Karlsruhe. Flankierend optimieren wir den bestehenden Kraftwerkspark und gewährleisten im nuklearen Bereich den sicheren Betrieb und den Rückbau der Anlagen unter Beachtung höchster Sicherheitsstandards.

Investitionen 2013 – 2015
in %

Sonstiges (37,5)

Dezentraler Lösungsanbieter (6,6)

CO₂-arme Erzeugung (55,9)



Erwartete Geschäftsentwicklung

Beginnend mit dem Quartalsfinanzbericht Januar bis März 2013 stellt der EnBW-Konzern seine Segmentberichterstattung um. Hintergrund ist die Neuausrichtung unseres Geschäftsmodells und die Umstrukturierung des Konzerns. Die neue Segmentstruktur stellt sich wie folgt dar:

- Geschäftsfeld Erzeugung und Handel
- Geschäftsfeld Erneuerbare Energien
- Geschäftsfeld Netze
- Geschäftsfeld Vertriebe
- Sonstiges/Konsolidierung

Im Geschäftsjahr 2013 steht die EnBW vor großen Herausforderungen. Ursachen sind vor allem rückläufige Spreads in der Erzeugung sowie die seit Jahresbeginn 2013 wirksame Vollauktionierung der CO₂-Zertifikate. Positive Effekte ergeben sich dagegen aus dem schnelleren Hochlauf des Effizienzsteigerungsprogramms „Fokus“, dessen Maßnahmen bereits Ende 2013 voll entwickelt sein werden und dann ihre Wirkung von rund 750 Mio. € Einsparungen ab 2014 entfalten. Die vielfältigen strategischen Initiativen zum verstärkten Angebot dezentraler Energielösungen und die derzeit laufenden Großinvestitionen unter anderem in Offshore-Windparks sowie Kohlekraftwerke werden mittelfristig ebenfalls zu spürbaren Ergebnisverbesserungen führen, sodass wir ab 2014 wieder mit einem Anstieg des operativen Ergebnisses rechnen.

Erwartete Absatzentwicklung und Eigenerzeugung

Die absolute Höhe des Umsatzes des EnBW-Konzerns ist für die Ergebnisentwicklung von untergeordneter Bedeutung, da der Umsatz im Geschäftsfeld Erzeugung und Handel vor allem durch die Handelsaktivitäten unserer Tradinggesellschaft bestimmt wird. In Abhängigkeit von der Marktentwicklung im Jahresverlauf können dabei durchaus starke Preis- und Umsatzenschwankungen ohne entsprechende Auswirkungen auf das Ergebnis auftreten. Im Geschäftsfeld Vertriebe werden die Umsatzerlöse üblicherweise durch die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis beeinflusst. Für die erzielte Rohmarge des Gasgeschäfts ist dieser Zusammenhang jedoch nicht entscheidend.

Die Umsätze im Geschäftsfeld Netze hängen stark von der Entwicklung der EEG-Umsätze ab, die jedoch keine Auswirkungen auf die Ergebnisentwicklung haben.

Demgegenüber sind die Absätze im B2C- und B2B-Bereich von Strom und Gas von größerer Bedeutung für die künftige Ertragslage des Unternehmens. Insgesamt gehen wir im Stromgeschäft 2013 von einem gegenüber 2012 weiter rückläufigen Absatz aus. Im B2C-Geschäft wird der Absatz wettbewerbsbedingt voraussichtlich nochmals geringfügig zurückgehen und im B2B-Geschäft ist von einem deutlichen Absatzrückgang im Bereich Industriekunden auszugehen. Bei Gas erwarten wir, basierend auf einem durchschnittlichen Temperaturverlauf, im B2C-Geschäft geringfügige Absatzzuwächse aus einer verstärkten Marktbearbeitung. Im B2B-Geschäft sollen – allerdings abhängig vom Wettbewerbsumfeld im Bereich der Weiterverteiler – deutliche Zuwächse erzielt werden.

Die Eigenerzeugung wird 2013 durch den Probebetrieb des Kohlekraftwerks RDK 8 und den kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Energien steigen.

(Außen-)Absatz und Eigenerzeugung des EnBW-Konzerns 2013 gegenüber dem Vorjahr

Absatz Strom B2C	-1 % bis -5 %
Absatz Gas B2C	+1 % bis +5 %
Absatz Strom B2B	-5 % bis -10 %
Absatz Gas B2B	+5 % bis +10 %
Eigenerzeugung i. w. S. ¹	+5 % bis +10 %

¹ Die Eigenerzeugung enthält die Erzeugung aus eigenen und teileigenen Kraftwerken sowie langfristige Strombezugsverträge.

Erwartete Ergebnisentwicklung (Adjusted EBITDA)

Das Geschäftsfeld Erzeugung und Handel erbringt bei der EnBW bislang – wenn auch mit zuletzt abnehmender Tendenz – den überwiegenden Teil des Ergebnisses und bestimmt daher in hohem Maß auch das Konzernergebnis. Das Adjusted EBITDA dieses Geschäftsfelds wird im Jahr 2013 deutlich zurückgehen. Eine wesentliche Ursache dieser Entwicklung sind die rückläufigen Preise und Spreads auf den Großhandelsmärkten für Strom in früheren Perioden, in denen wir die Verkaufspreise für im Jahr 2013 zu liefernde Strommengen fest vereinbart haben. Hinzu kommt die ab 2013 wirksame Vollauktionierung der CO₂-Zertifikate. Unsere Maßnahmen zur Effizienzsteigerung können diese negativen Einflüsse 2013 in diesem Segment nur geringfügig abmildern.

Das operative Ergebnis des Geschäftsfelds Erneuerbare Energien wird 2013 voraussichtlich sinken. Eine Ursache ist ein Basiseffekt aus dem Jahr 2012, als für die Stromerzeugung aus Laufwasser ganzjährig außerordentlich gute Verhältnisse herrschten. Ein zweiter Grund für den Ergebniserückgang sind sinkende Strompreise, die insbesondere die Profitabilität unserer Laufwasserkraftwerke reduzieren. Da wir für die Planung 2013 von durchschnittlichen Witterungs- und Wasserverhältnissen ausgehen, ist allein damit ein Ergebniserückgang verbunden. Die Aktivitäten im Bereich Wind-Onshore werden zwar ihr Ergebnis steigern, diese Verbesserung wird aber wohl nicht ausreichen, um die Ergebniseinbußen im Bereich Laufwasser auszugleichen. Die Wind-Offshore-Anlagen werden voraussichtlich ab 2014 Ergebnisbeiträge liefern.

Das Adjusted EBITDA des Geschäftsfelds Netze dürfte 2013 deutlich steigen, bedingt durch erhöhte Netzentgelte durch den Entfall aus der Rückgabe von Mehrerlösen an Kunden im Jahr 2012 aufgrund der Überschreitung der 5%-Grenze beim Regulierungskonto.

Auch die Ergebnisentwicklung des Geschäftsfelds Vertriebe sollte 2013 positiv verlaufen. Die zunehmende Vermarktung dezentraler Lösungsangebote im Energiebereich sollte sich ergebniserhöhend auswirken. Effizientere Kostenstrukturen, insbesondere im B2B-Bereich, werden das Ergebnis des Geschäftsfelds zusätzlich stützen.

Ergebniseffekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises werden sich im Jahr 2013 aus heutiger Sicht nicht ergeben.

Das Adjusted EBITDA auf Konzernebene wird somit 2013 zwischen -5% und -10% unter dem Niveau von 2012 liegen. Die laufenden umfangreichen Effizienzsteigerungsmaßnahmen können die entstehenden Belastungen insbesondere aus der

Vollauktionierung der CO₂-Zertifikate nur zum Teil ausgleichen. Für 2014 rechnen wir – bereinigt um Veränderungen des Konsolidierungskreises – bedingt durch die sukzessive Inbetriebnahme von Kraftwerken und Windparks sowie durch die Wirksamkeit unseres Effizienzprogramms mit einem steigenden Ergebnis von 3%.

Ergebnisentwicklung 2013 [Adjusted EBITDA] ¹ gegenüber dem Vorjahr	2013	2012
Geschäftsfeld Erzeugung und Handel	-30 % bis -40 %	1.125,2
Geschäftsfeld Erneuerbare Energien	-10 % bis -20 %	238,7
Geschäftsfeld Netze	+15 % bis +25 %	773,6
Geschäftsfeld Vertriebe	+10 % bis +20 %	240,7
Sonstiges/Konsolidierung	-	-35,1
Konsolidierungskreis	Keine Änderungen	-
Adjusted EBITDA, Konzern	-5 % bis -10 %	2.343,1

¹ Geschäftsfelder bereinigt um Änderungen des Konsolidierungskreises.

Adjusted Konzernüberschuss, Dividende, neutrales Ergebnis und ROCE

Die Adjusted Abschreibungen werden 2013 unter anderem aufgrund des Wachstumsanteils bei den Investitionen geringfügig steigen. Das Adjusted Beteiligungsergebnis wird 2013 voraussichtlich auf dem Niveau des Jahres 2012 liegen. Das negative Adjusted Finanzergebnis dürfte sich 2013 durch die Tilgung von Anleihen im Jahr 2012 und die weitere Rückführung von Finanzverbindlichkeiten im Jahresverlauf 2013 deutlich verringern. Die Adjusted Steuerquote sollte zwischen 25% und 30% liegen. Insgesamt rechnen wir damit, dass der Adjusted Konzernüberschuss nach Minderheiten im Geschäftsjahr 2013 um 20% bis 30% zurückgehen wird, da der Rückgang im EBITDA durch die Verbesserung im Finanzergebnis nur zu einem geringen Teil ausgeglichen werden kann. Auch für 2014 ist aufgrund der geplanten Desinvestitionstätigkeit nicht mit einer Verbesserung des Adjusted Konzernüberschuss zu rechnen.

Beim neutralen Ergebnis 2013 erwarten wir geringe positive Ergebnisbeiträge aus dem aufgelegten Desinvestitionsprogramm.

Die geplanten Nettoinvestitionen werden wir voraussichtlich aus dem laufenden Cashflow (Funds from Operations, FFO) finanzieren können. Die bereinigten Nettoschulden werden voraussichtlich durch den deutlich positiven Saldo aus FFO, Investitionen und Desinvestitionen im Jahr 2013 deutlich sinken. Bei unverändertem Diskontierungssatz für die Kernenergie- und Pensionsrückstellungen streben wir bereinigte Nettoschulden zwischen 7,0 Mrd.€ und 7,5 Mrd.€ an. Hierdurch erwarten wir, den dynamischen Verschuldungsgrad trotz rückläufigem Ergebnis im Jahr 2013 gegenüber 2012 zu verbessern und damit

unsere Ratingeinstufung sichern zu können. Unter Berücksichtigung der finanziellen Stabilität streben wir weiterhin grundsätzlich eine Ausschüttungsquote von 40% bis 60% – bezogen auf den Adjusted Konzernüberschuss – an.

Der Rückgang des Capital Employed im Jahr 2012 wird sich bedingt durch die Desinvestitionsaktivitäten auch 2013 fortsetzen. Für das Geschäftsjahr 2013 erwarten wir einen ROCE von rund 10%.

Entwicklung der EnBW AG

Das Ergebnis der EnBW AG ist wesentlich durch das Beteiligungsergebnis geprägt. Der erwartete Ergebnisrückgang wirkt sich daher im operativen Geschäft des Konzerns auch auf das Ergebnis der EnBW AG aus. Das Ergebnis der EnBW AG dürfte sich 2013 trotzdem besser darstellen als im Vorjahr, weil positive Einmaleffekte unter anderem aus Desinvestitionen zu erwarten sind.

Wesentliche Chancen und Risiken der nächsten zwei Jahre

Die wesentlichen Zielgrößen der EnBW sind das Adjusted EBITDA und die bereinigten Nettoschulden, auf die sich auch die Prognose fokussiert. Potentielle Einflussfaktoren auf die Prognose sind ausführlich im Chancen- und Risikobericht dargestellt ([> Lagebericht > Risiko- und Chancenbericht > S. 113ff](#)).

Das künftige Adjusted EBITDA der EnBW wird maßgeblich von der Erzeugungsmarge, in der sich die Entwicklung der Rohstoff- und Strompreise widerspiegelt, bestimmt. Für das Jahr 2013, und weitgehend auch für das Folgejahr, haben wir

die wesentlichen Volumina anhand unserer Sicherungsstrategie über getätigte Termingeschäfte gesichert. In den Jahren danach steigen naturgemäß die offenen Mengen und somit sowohl die Chancen als auch die Risiken.

Einen weiteren Risikofaktor für die Ertragslage stellt die Verfügbarkeit unserer Kraftwerke dar. In der Vergangenheit erzielten unsere Kraftwerke im nationalen Vergleich stets überdurchschnittliche Werte in Bezug auf die Verfügbarkeiten.

Bei den erneuerbaren Energien ist die Stromproduktion und damit das Ergebnis auch stark abhängig von Witterungsverhältnissen (Wasser, Wind). In der Prognose legen wir stets Durchschnittsjahre zugrunde. Des Weiteren beeinflusst die Entwicklung der Strompreise insbesondere die Profitabilität unserer Laufwasserkraftwerke.

Im Vertrieb können erhebliche Risiken durch Veränderungen des Verbraucherverhaltens entstehen. Risiken ergeben sich zudem für den Strom- und Gasvertrieb sowie den Kundenbestand aus nicht absehbaren Aktivitäten der Wettbewerber sowie aus dem durch Unsicherheit geprägten politischen und rechtlichen Rahmen für Preismaßnahmen. Der Gasabsatz ist grundsätzlich in hohem Maß von Temperaturschwankungen abhängig. Die konjunkturelle Entwicklung beeinflusst ganz wesentlich den Verbrauch von Industrie und Gewerbe. Die wachsende Nachfrage nach Energiedienstleistungen rund um Themen wie Energieeffizienz, Hausautomatisierung, Energiemanagement, Elektromobilität und dezentrale Erzeugung eröffnet dem Vertrieb der EnBW neue Chancen.

Rund 100 Strom- und Gaskonzessionsverträge im Netzgebiet der EnBW und ihrer wesentlichen Beteiligungen laufen bis zum Jahr 2014 aus und stehen zur Neuverhandlung an. Die für die EnBW bedeutenden Konzessionen sind die der Mitgliedsgemeinden des Neckar-Elektrizitätsverbands sowie die der Städte Stuttgart, Düsseldorf und Heilbronn.

Das Projekt „Fokus“ befindet sich aktuell im Zeitplan, die volle Wirkung der Verbesserungsmaßnahmen hierzu wird bereits bis Ende 2014 und damit ein Jahr früher als ursprünglich geplant erfolgen. Für das Geschäftsjahr 2012 lagen die Ergebnisverbesserungen bereits über den ursprünglichen Erwartungen.

Auf die bereinigten Nettoschulden kann eine Vielzahl von hauptsächlich nicht vom Unternehmen beeinflussbaren Faktoren einwirken.

In Abhängigkeit von der Zinsentwicklung bleibt das Diskontierungszinsniveau von Pensionsrückstellungen chancen- und risikobehaftet. Veränderungen des Barwerts der Pensionsverpflichtungen wirken sich auf die Höhe der bereinigten Nettoschulden der EnBW aus. Eine Zinssensitivität von 0,5% bedeutet eine Veränderung der bereinigten Nettoschulden zwischen 400 und 450 Mio. €.

Aus einem weiteren Abwärtstrend des Diskontierungssatzes entsteht das Risiko eines Anstiegs des Barwerts der Kernenergie Rückstellungen. Eine Zinssensitivität von 0,5% bedeutet eine Veränderung der bereinigten Nettoschulden von rund 500 Mio. €.

Für die Endlagerung von hoch radioaktivem Abfall wurde in Deutschland bisher keine endgültige Regelung getroffen. Die rechtliche Verpflichtung der Betreiber, die Kosten einer zu Grunde alternativen Standortsuche zu tragen, ist strittig. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass insbesondere die bereinigten Nettoschulden, aber auch die Ertragslage des EnBW-Konzerns durch Kosten der Erkundung und des Ausbaus von Endlagerstätten sowie der Endlagerung an sich erheblich belastet werden könnten.

Am 1. Januar 2011 trat das Kernbrennstoffsteuergesetz in Kraft. Pro eingesetztem Gramm Kernbrennstoff sieht das Gesetz eine Steuer von 145 € vor. Chancen für die bereinigten Nettoschulden ergeben sich in Abhängigkeit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit des Kernbrennstoffsteuergesetzes.

Zur Umsetzung der Konzernstrategie sieht die EnBW gezielt werthaltige Aktivitäten im Rahmen von Veräußerungen bestehender Unternehmensbeteiligungen vor. Sollten die erzielbaren Desinvestitionserlöse nicht unseren Planungen und Vorstellungen entsprechen, wirkt sich dies auf unser Investitionsprogramm beziehungsweise die bereinigten Nettoschulden aus.

Aus der zunehmenden Volatilität der Kapitalmärkte lassen sich Chancen und Risiken für die Kapitalanlagen der EnBW ableiten. Eine Veränderung der Performance der Kapitalanlagen um 5% zieht eine Veränderung der bereinigten Nettoschulden von rund 350 Mio. € nach sich.

Aufgrund der verschärften Rahmenbedingungen für die Branche stehen die deutschen Energieversorgungsunternehmen unter intensiver Beobachtung der Ratingagenturen. Es besteht – trotz ergriffener Maßnahmen zur Untermauerung unserer soliden Finanzlage – grundsätzlich das Risiko einer Ratingherabstufung.

Entwicklungen in der Personalarbeit

Der mit der Neuausrichtung der Konzernstruktur verbundene Personalum- und -abbau wird 2013 umgesetzt. Nach Unterzeichnung des Sozialplans und der Interessenausgleiche durch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite erfolgt in der ersten Jahreshälfte 2013 eine Sozialauswahl. Mitarbeiter, deren Stellen künftig wegfallen, werden von der EnBW dabei unterstützt, eine neue Beschäftigung inner- oder außerhalb des Konzerns zu finden sowie sich weiterzuqualifizieren.

Die Neuausrichtung erfordert auch eine Anpassung der Rahmenbedingungen für die Ausbildung bei der EnBW. Diese wird künftig in einigen wenigen Gesellschaften gebündelt und die Zahl der Ausbildungsstandorte wird von

14 auf 9 reduziert. Bildete die EnBW bisher über den Eigenbedarf hinaus aus, werden sich die Zahl der Auszubildenden sowie die angebotenen Berufsbilder und Übernahmen in Zukunft noch stärker am tatsächlichen Personalbedarf der EnBW ausrichten. 2013 wird die EnBW rund 200 Auszubildende und Studierende einstellen.

Der Verband der Privaten Energiewirtschaft in Baden-Württemberg und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di führen derzeit Verhandlungen über die künftige Entwicklung der Tarifvergütungen. Ein im Dezember 2012 vorgelegtes verbessertes Angebot der Arbeitgeberseite führte nicht zum Abschluss und ist Gegenstand weiterer Verhandlungen.

Das Projekt zur Etablierung von mobilem Arbeiten im Unternehmen ist gestartet und soll 2013 mit Inkrafttreten einer Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden. Geplant ist, mobiles Arbeiten dann in Form von alternierender Teleheimarbeit, das heißt tageweisem Arbeiten von zu Hause, konzernweit anzubieten.

Bei der Zusammenarbeit mit Fremdfirmen legt die EnBW großen Wert auf Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Die Vorgehensweise dieser Zusammenarbeit ist in einem Konzernstandard geregelt, der 2013 umgesetzt wird. Ziel ist es, die Qualität des Arbeitsschutzes zu verbessern und damit die Zahl der Unfälle zu reduzieren.

Entwicklung im Bereich Umweltschutz

Die aktuellen Entwürfe zur Umsetzung der EU-Industrieemissions-Richtlinie und der bundesweiten Anlagenverordnung zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen werden nach derzeitigem Stand zu erhöhten Umweltausgaben führen. Diese umfassen technische Umbaumaßnahmen im Bereich der Luftreinhaltung im Bereich der Kraftwerke sowie Systeme für die Rückhaltung wassergefährdender Stoffe im Netzbereich. Damit zusammenhängend entstehen auch erhöhte Betriebskosten. Durch deutlich erhöhte Kontroll- und Berichtspflichten entsteht ein entsprechend erhöhter Verwaltungsaufwand.

Infolge der schrittweisen Abschaltung der Kernkraftwerke erwarten wir den Anstieg der spezifischen CO₂-Emissionen der Stromerzeugung. Mittel- bis langfristig gehen wir mit zunehmendem Ausbau der erneuerbaren Energien von einer Reduktion der spezifischen CO₂-Emissionen aus.

Die EnBW engagiert sich auch künftig für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Baden-Württemberg. Neben anderen Projekten ist besonders das Förderprogramm „Impulse für

die Vielfalt“ zu nennen. Mit diesem Förderprogramm nimmt die EnBW eine Vorreiterrolle im Amphibienschutz in Baden-Württemberg ein.

Entwicklung von Forschung und Entwicklung

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung aus eigenen Mitteln werden in den Jahren 2013 und 2014 etwa auf dem Niveau des Jahres 2012 (31,6 Mio. €) liegen. Zudem gehen wir von einer unveränderten Mitarbeiterzahl in dem Bereich aus.

Die EnBW wird ihre Schwerpunkte der Forschungs- und Entwicklungsarbeit entlang der strategischen Stoßrichtungen des Unternehmens weiter intensiv verfolgen. Für eine nachhaltige Energieversorgung werden wir auch künftig neue Technologien wirtschaftlich nutzbar machen, insbesondere für erneuerbare Energien und dezentrale Lösungen. Die Herausforderung vor allem in Deutschland besteht darin, große Mengen fluktuierender erneuerbarer Energie ins Netz einzubinden und bedarfsgerecht zu verbrauchen. Im Planungszeitraum werden wir deshalb auch weiter die Möglichkeiten zur Flexibilisierung des Energiesystems untersuchen. Dezentrale Lösungsansätze spielen darin eine große Rolle, nicht zuletzt aber auch der immer sparsamere Einsatz fossiler Brennstoffe.

Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung aus Sicht der Unternehmensleitung

Für 2013 erwarten wir einen Rückgang des Adjusted EBITDA der EnBW um 5 % bis 10 % gegenüber 2012. Für das Jahr 2014 gehen wir von einem Anstieg des konsolidierungsbereinigten operativen Ergebnisses um 3 % aus. Eine solide Finanzlage nimmt bei der EnBW einen hohen Stellenwert ein. Aus diesem Grund sind wir bestrebt, die bereinigten Nettoschulden zu senken, um so auch unsere Ratingeinstufung zu erhalten.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklungen oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier abgegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Jahresabschluss

des EnBW-Konzerns

102 Gewinn- und Verlustrechnung

103 Gesamtergebnisrechnung

104 Bilanz

105 Kapitalflussrechnung

106 Eigenkapitalveränderungsrechnung

107 Anhang des EnBW-Konzerns

- 107 Allgemeine Grundlagen
- 107 Konsolidierungsgrundsätze
- 108 Konsolidierungskreis
- 108 Änderungen des Konsolidierungskreises
- 108 Veränderung von Anteilen an weiterhin vollkonsolidierten Unternehmen 2011
- 109 Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 102 Auswirkungen neuer, noch nicht anzuwendender Rechnungslegungsstandards
- 115 Anpassung der Vorjahreszahlen
- 116 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 123 Ermessensentscheidungen und Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
- 124 Währungsumrechnung

125 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz

- 125 (1) Umsatzerlöse
- 126 (2) Sonstige betriebliche Erträge
- 126 (3) Materialaufwand
- 127 (4) Personalaufwand
- 127 (5) Sonstige betriebliche Aufwendungen
- 128 (6) Abschreibungen
- 129 (7) Beteiligungsergebnis
- 130 (8) Finanzergebnis
- 131 (9) Ertragsteuern
- 133 (10) Immaterielle Vermögenswerte
- 136 (11) Sachanlagen
- 138 (12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
- 139 (13) At equity bewertete Unternehmen

- 141 (14) Übrige finanzielle Vermögenswerte
- 142 (15) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- 143 (16) Ertragsteuererstattungsansprüche
- 143 (17) Sonstige Vermögenswerte
- 145 (18) Vorratsvermögen
- 145 (19) Finanzielle Vermögenswerte
- 146 (20) Flüssige Mittel
- 146 (21) Eigenkapital
- 149 (22) Rückstellungen
- 155 (23) Latente Steuern
- 156 (24) Verbindlichkeiten und Zuschüsse
- 161 (25) Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sowie Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

162 Sonstige Angaben

- 162 (26) Ergebnis je Aktie
- 163 (27) Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten
- 176 (28) Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen
- 177 (29) Honorare des Abschlussprüfers
- 178 (30) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB beziehungsweise § 264b HGB
- 178 (31) Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex
- 178 (32) Aktiengeschäfte und Aktienbesitz von Personen mit Führungsaufgaben
- 178 (33) Angaben zur Kapitalflussrechnung
- 180 (34) Zusätzliche Angaben zum Kapitalmanagement
- 181 (35) Segmentberichterstattung
- 185 (36) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen
- 187 (37) Beziehungen zu nahestehenden Personen
- 188 (38) Zusätzliche Angaben
- 200 (39) Angaben zu Konzessionen
- 200 (40) Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
- 200 (41) Zukunftsgerichtete Aussagen

201 Bestätigungsvermerk

202 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. € ¹	Anhang	2012	2011
Umsatzerlöse inklusive Strom- und Energiesteuern		20.131,1	19.723,6
Strom- und Energiesteuern		-885,2	-967,3
Umsatzerlöse	(1)	19.245,9	18.756,3
Bestandsveränderung		-26,6	30,6
Andere aktivierte Eigenleistungen		59,8	59,5
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	1.072,4	934,1
Materialaufwand	(3)	-15.288,6	-15.094,3
Personalaufwand	(4)	-1.599,3	-1.608,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(5)	-1.170,5	-1.268,4
EBITDA		2.293,1	1.809,6
Abschreibungen	(6)	-1.017,9	-1.131,8
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		1.275,2	677,8
Beteiligungsergebnis	(7)	144,3	-632,2
davon Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen		[25,5]	[-680,1]
davon übriges Beteiligungsergebnis		[118,8]	[47,9]
Finanzergebnis	(8)	-712,1	-803,7
davon Finanzerträge		[395,9]	[347,0]
davon Finanzaufwendungen		[-1.108,0]	[-1.150,7]
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)		707,4	-758,1
Ertragsteuern	(9)	-172,6	-32,8
Konzernüberschuss/-fehlbetrag		534,8	-790,9
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis		[61,3]	[51,4]
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallendes Ergebnis		[473,5]	[-842,3]
Aktien im Umlauf (Mio. Stück), gewichtet		257,265	244,257
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss/-fehlbetrag (€)²	(26)	1,84	-3,45

¹ Vorjahreszahlen angepasst. Weitere Angaben im Anhang unter „Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

² Verwässert und unverwässert; bezogen auf das auf die Aktionäre der EnBW AG entfallende Ergebnis.

Gesamtergebnisrechnung

Mio. € ¹	2012	2011
Konzernüberschuss/-fehlbetrag	534,8	-790,9
Unterschied aus der Währungsumrechnung	51,6	-83,1
Cashflow Hedge	-309,6	-111,5
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	169,9	-323,3
At equity bewertete Unternehmen	0,0	-6,7
Ertragsteuern auf ergebnisneutral erfasste Aufwendungen und Erträge	77,0	50,3
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	-11,1	-474,3
Gesamtergebnis	523,7	-1.265,2
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis	(73,1)	(29,4)
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallendes Ergebnis	(450,6)	(-1.294,6)

¹ Vorjahreszahlen angepasst. Weitere Angaben im Anhang unter „Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Bilanz

Mio. € ¹	Anhang	31.12.2012	31.12.2011	01.01.2011
Aktiva				
Langfristige Vermögenswerte				
Immaterielle Vermögenswerte	(10)	1.926,7	2.004,2	2.118,8
Sachanlagen	(11)	13.782,5	13.791,5	13.741,9
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(12)	81,5	77,3	99,0
At equity bewertete Unternehmen	(13)	2.355,9	3.042,4	3.895,1
Übrige finanzielle Vermögenswerte	(14)	6.058,7	5.442,8	5.950,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	567,4	531,1	475,6
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	17,1	19,2	23,7
Sonstige langfristige Vermögenswerte	(17)	304,6	314,9	288,2
Latente Steuern	(23)	46,4	38,3	27,3
		25.140,8	25.261,7	26.620,2
Kurzfristige Vermögenswerte				
Vorratsvermögen	(18)	1.285,9	955,1	987,8
Finanzielle Vermögenswerte	(19)	785,6	1.011,0	964,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	3.919,3	3.075,3	3.212,6
Ertragsteuererstattungsansprüche	(16)	169,4	164,1	389,1
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	(17)	2.204,5	2.279,3	1.629,1
Flüssige Mittel	(20)	2.583,3	2.732,3	1.831,2
		10.948,0	10.217,1	9.014,0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(25)	681,1	209,9	11,8
		11.629,1	10.427,0	9.025,8
		36.769,9	35.688,7	35.646,0
Passiva				
Eigenkapital	(21)			
Anteile der Aktionäre der EnBW AG				
Gezeichnetes Kapital		708,1	640,0	640,0
Kapitalrücklage		774,2	22,2	22,2
Gewinnrücklagen		4.541,9	4.272,3	5.372,6
Eigene Aktien		-204,1	-204,1	-204,1
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen		108,3	131,2	584,8
		5.928,4	4.861,6	6.415,5
Nicht beherrschende Anteile		1.255,0	1.265,2	1.155,4
		7.183,4	6.126,8	7.570,9
Langfristige Schulden				
Rückstellungen	(22)	11.132,5	10.760,5	10.125,7
Latente Steuern	(23)	1.325,3	1.492,5	1.797,6
Finanzverbindlichkeiten	(24)	5.560,1	6.219,1	6.631,9
Ertragsteuerverbindlichkeiten	(24)	289,6	264,1	195,6
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	2.006,0	1.959,0	1.963,9
		20.313,5	20.695,2	20.714,7
Kurzfristige Schulden				
Rückstellungen	(22)	1.225,6	1.243,3	1.048,2
Finanzverbindlichkeiten	(24)	1.201,1	1.426,0	613,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(24)	3.466,5	3.514,3	3.154,7
Ertragsteuerverbindlichkeiten	(24)	254,2	200,5	210,5
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	(24)	3.125,0	2.482,0	2.334,0
		9.272,4	8.866,1	7.360,4
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	(25)	0,6	0,6	0,0
		9.273,0	8.866,7	7.360,4
		36.769,9	35.688,7	35.646,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst. Weitere Angaben im Anhang unter „Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie „Anpassung der Vorjahreszahlen“.

Kapitalflussrechnung

Mio. € ^{1,2}	2012	2011
1. Operativer Bereich		
EBITDA	2.293,1	1.809,6
Veränderung der Rückstellungen	-409,1	191,5
Ergebnis aus Anlagenabgängen	-6,5	14,7
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	105,0	169,3
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit	-915,1	-414,7
Vorräte	(-393,4)	(-137,5)
Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(-867,2)	(341,4)
Saldo aus sonstigen Vermögenswerten und Schulden	(345,5)	(-618,6)
Gezahlte Ertragsteuern	-211,1	-23,0
Operating Cashflow	856,3	1.747,4
2. Investitionsbereich		
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-816,8	-1.084,5
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	89,8	33,8
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	66,2	83,1
Auszahlungen aus dem Erwerb von vollkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	-38,8	-168,5
Einzahlungen aus dem Verkauf von vollkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	258,1	6,3
Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte	-1.560,7	-1.073,8
Einzahlungen aus dem Verkauf sonstiger finanzieller Vermögenswerte	1.176,9	1.207,6
Einzahlungen/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	204,8	-56,4
Erhaltene Zinsen	188,5	217,8
Erhaltene Dividenden	157,7	176,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-274,3	-658,3
3. Finanzierungsbereich		
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-335,9	-346,9
Gezahlte Dividenden	-313,3	-468,1
Einzahlungen aus Anteilsveränderungen weiterhin vollkonsolidierter Unternehmen	0,0	245,6
Auszahlungen aus Anteilsveränderungen weiterhin vollkonsolidierter Unternehmen	-1,1	-19,8
Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten	570,8	978,8
Tilgung von Finanzverbindlichkeiten	-1.470,7	-577,8
Kapitalerhöhung	819,4	0,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-730,8	-188,2
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	-148,8	900,9
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	-0,2	0,2
Veränderung der flüssigen Mittel	-149,0	901,1
Flüssige Mittel am Anfang der Periode	2.732,3	1.831,2
Flüssige Mittel am Ende der Periode	2.583,3	2.732,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst. Weitere Angaben im Anhang unter „Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

² Weitere Angaben im Anhang unter [33] „Angaben zur Kapitalflussrechnung“.

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Mio. € ^{1,2}	Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen ⁴									Summe
	Gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklage ³	Gewinnrücklagen	Eigene Aktien	Unterschied aus der Währungsumrechnung	Cash-flow Hedge	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	At equity bewertete Unternehmen	Anteile der Aktionäre der EnBW AG ⁴	Nicht beherrschende Anteile ⁴	
Stand: 01.01.2011⁵	662,2	5.372,6	-204,1	-49,6	102,8	524,9	6,7	6.415,5	1.155,4	7.570,9
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen				-68,8	-59,1	-317,7	-6,7	-452,3	-22,0	-474,3
Konzernfehlbetrag/-überschuss ⁶		-842,3						-842,3	51,4	-790,9
Gesamtergebnis	0,0	-842,3	0,0	-68,8	-59,1	-317,7	-6,7	-1.294,6	29,4	-1.265,2
Gezahlte Dividenden		-373,7						-373,7	-71,0	-444,7
Übrige Veränderungen ⁷		115,7		-1,3				114,4	151,4	265,8
Stand: 31.12.2011	662,2	4.272,3	-204,1	-119,7	43,7	207,2	0,0	4.861,6	1.265,2	6.126,8
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen				45,1	-216,5	148,5		-22,9	11,8	-11,1
Konzernüberschuss		473,5						473,5	61,3	534,8
Gesamtergebnis	0,0	473,5	0,0	45,1	-216,5	148,5	0,0	450,6	73,1	523,7
Kapitalerhöhung	820,1							820,1		820,1
Gezahlte Dividenden		-207,6						-207,6	-83,0	-290,6
Übrige Veränderungen ⁷		3,7						3,7	-0,3	3,4
Stand: 31.12.2012	1.482,3	4.541,9	-204,1	-74,6	-172,8	355,7	0,0	5.928,4	1.255,0	7.183,4

¹ Vorjahreszahlen angepasst. Weitere Angaben im Anhang unter „Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie „Anpassung der Vorjahreszahlen“.

² Weitere Angaben im Anhang unter [21] „Eigenkapital“.

³ Davon gezeichnetes Kapital 708,1 Mio. € und Kapitalrücklage 774,2 Mio. € [31.12.2011: gezeichnetes Kapital 640,0 Mio. € und Kapitalrücklage 22,2 Mio. €].

⁴ Davon kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten zum 31.12.2012 in Höhe von 0,0 Mio. € [31.12.2011: 16,5 Mio. €]. Auf die Aktionäre der EnBW AG entfallend: 0,0 Mio. € [31.12.2011: 16,5 Mio. €]. Auf die nicht beherrschenden Anteile entfallend: 0,0 Mio. € [31.12.2011: 0,0 Mio. €].

⁵ Die Gewinnrücklagen zum 01.01.2011 enthalten rückwirkende Anpassungen in Höhe von -31,6 Mio. €. Auf die Aktionäre der EnBW AG entfallend: -31,6 Mio. €. Auf nicht beherrschende Anteile entfallend: 0,0 Mio. €.

⁶ Der Konzernfehlbetrag enthält rückwirkende Anpassungen vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 in Höhe von 25,0 Mio. €. Auf die Aktionäre der EnBW AG entfallend: 25,0 Mio. €. Auf die nicht beherrschenden Anteile entfallend: 0,0 Mio. €.

⁷ Davon Veränderung der Gewinnrücklagen und des Unterschieds aus der Währungsumrechnung aufgrund von Anteilsänderungen an Tochterunternehmen, die nicht zu einem Verlust der Beherrschung führen, in Höhe von -0,4 Mio. € beziehungsweise 0,0 Mio. € [Vorjahr: 99,7 Mio. € beziehungsweise -1,3 Mio. €]. Davon Veränderung der nicht beherrschenden Anteile aufgrund von Anteilsänderungen an Tochterunternehmen, die nicht zu einem Verlust der Beherrschung führen, in Höhe von -0,6 Mio. € [Vorjahr: 146,6 Mio. €].

Anhang des EnBW-Konzerns zum Jahresabschluss 2012

Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) wird entsprechend § 315a Abs. 1 HGB zu den am Bilanzstichtag verpflichtend in der Europäischen Union anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Zusätzlich werden die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) beachtet. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS und IFRIC werden nicht angewendet. Der Konzernabschluss entspricht damit den vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten IFRS und IFRIC, soweit diese in EU-Recht übernommen wurden.

Der Konzernabschluss wird in Millionen Euro (Mio. €) ausgewiesen. Neben der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung sowie die Eigenkapitalveränderungsrechnung des EnBW-Konzerns gesondert dargestellt.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag des Jahresabschlusses des Mutterunternehmens aufgestellt. Das Geschäftsjahr des Mutterunternehmens ist das Kalenderjahr.

Der Sitz der Gesellschaft ist Karlsruhe, Deutschland. Die Anschrift lautet EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe.

Die Hauptaktivitäten der EnBW sind den Angaben zur Segmentberichterstattung zu entnehmen.

Der Vorstand der EnBW hat den Konzernabschluss am 7. Februar 2013 aufgestellt.

Konsolidierungsgrundsätze

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der in- und ausländischen Unternehmen wurden einheitlich nach den bei der EnBW geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Unternehmenserwerbe werden nach der Erwerbsmethode bilanziert. Die Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbs ergeben sich aus den beizulegenden Zeitwerten der hingegebenen Vermögenswerte und der eingegangenen oder übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt. Die Bewertung von nicht beherrschenden Anteilen erfolgt zum anteiligen beizulegenden Zeitwert der identifizierten Vermögenswerte und der übernommenen Verbindlichkeiten. Anschaffungsnebenkosten werden zum Zeitpunkt ihres Entstehens als Aufwand erfasst. Bei sukzessiven Unternehmenszusammenschlüssen wird zum Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung der vom Erwerber zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbszeitpunkt neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust erfolgswirksam erfasst. Ein Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbs zuzüglich des Betrags aller nicht beherrschenden Anteile an dem erworbenen Unternehmen und den erworbenen identifizierbaren Vermögenswerten, übernommenen Schulden und Eventualverbindlichkeiten wird, falls aktivisch, als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen oder, falls passivisch, nach nochmaliger Überprüfung erfolgswirksam vereinnahmt.

Eine Veränderung der Beteiligungshöhe an einem weiterhin vollkonsolidierten Unternehmen wird als Eigenkapitaltransaktion bilanziert. Zum Zeitpunkt des Beherrschungsverlusts werden sämtliche verbliebenen Anteile zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet.

Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen zwischen konsolidierten Unternehmen werden aufgerechnet. Konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet. Zwischenergebnisse werden eliminiert, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Konsolidierungskreis

Nach der Vollkonsolidierungsmethode werden alle Tochterunternehmen einbezogen, auf deren Finanz- und Geschäftspolitik ein beherrschender Einfluss nach dem sogenannten Control Concept ausgeübt werden kann. Bei der Vollkonsolidierung werden die Vermögenswerte und Schulden einer Tochtergesellschaft vollständig in den Konzernabschluss übernommen.

Die Equity-Bewertung kommt zur Anwendung, wenn ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen vorliegt oder wenn die Möglichkeit eines maßgeblichen Einflusses auf die Geschäftspolitik des assoziierten Unternehmens besteht, aber nicht die Voraussetzungen eines Tochterunternehmens vorliegen. Bei der Bewertung von Anteilen bedeutet dies, dass nicht die Vermögenswerte und Schulden des Unternehmens im Konzernabschluss dargestellt werden, sondern nur sein anteiliges Eigenkapital. Ein Geschäfts- oder Firmenwert ist im Beteiligungsansatz enthalten. Negative Unterschiedsbeträge werden im Beteiligungsergebnis ertragswirksam erfasst.

Anteile an Tochterunternehmen, an gemeinschaftlich geführten Unternehmen oder an assoziierten Unternehmen, die aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung sind, werden nach IAS 39 bilanziert. Indikatoren zur Bestimmung der Wesentlichkeit von Tochterunternehmen sind Umsatz, Ergebnis und Eigenkapital dieser Gesellschaften.

Wechselseitige Beteiligungen nach § 19 Abs. 1 AktG liegen im EnBW-Konzern nicht vor.

Der Konsolidierungskreis setzt sich wie folgt zusammen:

Art der Konsolidierung und Anzahl ¹	31.12.2012	31.12.2011
Vollkonsolidierung	121	117
At equity bewertete Unternehmen	22	23

¹ Vorjahreszahlen angepasst. Weitere Angaben unter „Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Änderungen des Konsolidierungskreises

Von den im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden im Berichtsjahr 12 (Vorjahr: 8) inländische Gesellschaften und keine (Vorjahr: 3) ausländische Gesellschaften erstmals konsolidiert. Es wurden keine (Vorjahr: 1) inländischen Gesellschaften und 2 (Vorjahr: 0) ausländische Gesellschaften entkonsolidiert, darüber hinaus wurden 6 Gesellschaften (Vorjahr: 7) verschmolzen.

Im Bereich der at equity bewerteten Unternehmen wurde keine (Vorjahr: 1) inländische Gesellschaft erstmals nach der Equity-Methode bewertet. Eine (Vorjahr angepasst: 1) Gesellschaft wurde aufgrund der Umgliederung in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2012 nicht mehr unter den at equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2012 fanden keine wesentlichen Unternehmenserwerbe und -veräußerungen statt.

Veränderung von Anteilen an weiterhin vollkonsolidierten Unternehmen 2011

Veräußerung von Anteilen an der Energiedienst Holding AG

Am 22. Dezember 2011 hatte die EnBW einen Anteil in Höhe von 15,05% ihrer Tochtergesellschaft Energiedienst Holding AG (EDH), Laufenburg/Schweiz, an die Services Industriels de Genève (SIG) veräußert. Seit der Transaktion hält die EnBW 66,67% der Anteile an der EDH. Die EnBW beherrscht weiterhin die EDH wirtschaftlich. Die aus der Anteilsveräußerung erhaltene Gegenleistung betrug 245,6 Mio. €; sie floss der EnBW in Form von flüssigen Mitteln zu. Der auf die nicht beherrschenden Anteile zu übertragende Wert betrug 147,7 Mio. €. Die Differenz zwischen Veräußerungserlös und dem auf die nicht beherrschenden Anteile übertragenen Wert wurde im Eigenkapital in den Gewinnrücklagen sowie in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasst.

Mio. €	2011
Erhaltene Gegenleistung	245,6
Den nicht beherrschenden Gesellschaftern zuzuordnender Anteil	147,7
Neutral in den Gewinnrücklagen erfasster Betrag	99,2
Neutral in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasster Betrag	-1,3

Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Erstmalige Anwendung geänderter Rechnungslegungsstandards

Das IASB hat folgende Änderung eines Standards verabschiedet, die ab dem Geschäftsjahr 2012 verpflichtend anzuwenden ist, ohne dass diese wesentliche Auswirkungen auf den EnBW-Konzernabschluss hatte:

- **IFRS 7 Änderung (2010) „Finanzinstrumente: Angaben – Übertragung finanzieller Vermögenswerte“:** Die Änderungen führen zu erweiterten Anhangangaben bei der Übertragung von finanziellen Vermögenswerten und sollen den Bilanzadressaten einen besseren Einblick in derartige Transaktionen ermöglichen.

Methodenänderung zur besseren Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das IFRS-Bilanzierungswahlrecht, Gemeinschaftsunternehmen einheitlich entweder unter Anwendung der Quotenkonsolidierung oder unter Anwendung der Equity-Methode im Konzernabschluss anzusetzen, wurde in der Vergangenheit zugunsten der Quotenkonsolidierung ausgeübt. Im Geschäftsjahr 2012 wurde die Wahlrechtsausübung geändert und Gemeinschaftsunternehmen werden unter der Anwendung der Equity-Methode im Konzernabschluss angesetzt. Von der Umstellung betroffen sind die Friedeburger Speicherbetriebsgesellschaft mbH „Crystal“, die Fernwärme Ulm GmbH, die Rheinkraftwerk Iffezheim GmbH, die Pražská energetika Holding a.s. sowie die Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim Anonim Şirketi mit ihren Tochtergesellschaften. Für die Vorjahre wurde gemäß IAS 8 eine Anpassung durchgeführt. Der Grund für die Änderung der Wahlrechtsausübung ist, dass der neue IFRS 11, der innerhalb der EU ab 2014 anzuwenden ist, vorsieht, dass Gemeinschaftsunternehmen gemäß IFRS 11 generell unter Anwendung der Equity-Methode in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Gemeinschaftliche Tätigkeiten gemäß IFRS 11 müssen in der Zukunft zwingend unter Anwendung der anteiligen Einbeziehung im Konzernabschluss berücksichtigt werden. Bei den gemeinschaftlich geführten Unternehmen der EnBW handelt es sich hauptsächlich um Gemeinschaftsunternehmen gemäß IFRS 11. Durch die Änderung der Wahlrechtsausübung berücksichtigt die EnBW die wesentlichen Änderungen des IFRS 11 bereits im Konzernabschluss 2012. Diese Darstellung entspricht außerdem dem üblichen Branchenstandard. Die Anpassungsbeträge auf den Konzernabschluss im Berichtsjahr und in den Vorjahren stellen sich wie folgt dar:

Anpassung der Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2012	2011
Umsatzerlöse inklusive Strom- und Energiesteuern	-37,9	-33,4
Strom- und Energiesteuern	0,0	0,0
Umsatzerlöse	-37,9	-33,4
Andere aktivierte Eigenleistungen	-0,3	-0,2
Sonstige betriebliche Erträge	0,1	0,3
Materialaufwand	10,9	17,3
Personalaufwand	6,9	6,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7,8	10,2
EBITDA	-12,5	0,9
Abschreibungen	9,2	6,0
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	-3,3	6,9
Beteiligungsergebnis	-2,1	14,2
davon Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	(-2,1)	(14,2)
Finanzergebnis	3,3	3,0
davon Finanzerträge	(-0,3)	(0,1)
davon Finanzaufwendungen	(3,6)	(2,9)
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)	-2,1	24,1
Ertragsteuern	(2,1)	(0,9)
Konzernüberschuss/-fehlbetrag	0,0	25,0
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallendes Ergebnis	(0,0)	(25,0)
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss/-fehlbetrag (€)¹	0,00	0,10

¹ Verwässert und unverwässert; bezogen auf das auf die Aktionäre der EnBW AG entfallende Ergebnis.

Anpassung der Bilanz in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	01.01.2011
Aktiva			
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	-54,8	-30,4	-26,1
Sachanlagen	-288,4	-268,1	-193,8
At equity bewertete Unternehmen	251,8	237,2	142,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-3,3	-4,4	-3,6
Sonstige langfristige Vermögenswerte	-7,8	-10,2	-2,7
Latente Steuern	0,0	-0,5	-0,9
	-102,5	-76,4	-84,5
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorratsvermögen	-2,4	-3,0	-3,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-1,1	-1,7	-1,2
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	-2,8	-6,6	-6,4
Flüssige Mittel	-26,0	-44,3	-47,1
	-32,3	-55,6	-49,6
	-134,8	-132,0	-134,1
Passiva			
Eigenkapital			
Anteile der Aktionäre der EnBW AG			
Gewinnrücklagen	25,0	25,0	0,0
	25,0	25,0	0,0
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	-3,2	-2,9	-0,8
Latente Steuern	-3,0	-2,8	-2,7
Finanzverbindlichkeiten	-112,5	-76,2	-77,1
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	-1,7	-1,6	-1,8
	-120,4	-83,5	-82,4
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	-2,0	-1,3	-2,2
Finanzverbindlichkeiten	-20,4	-50,1	-30,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-8,0	-13,8	-9,7
Ertragsteuerverbindlichkeiten	-0,4	0,0	0,0
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	-8,6	-8,3	-9,3
	-39,4	-73,5	-51,7
	-134,8	-132,0	-134,1

Anpassung der Kapitalflussrechnung in Mio. €	2012	2011
1. Operativer Bereich		
EBITDA	-12,5	0,9
Veränderung der Rückstellungen	-1,2	-1,2
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0,2	0,3
Veränderung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit	0,1	6,8
Vorräte	(-0,6)	(-0,3)
Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(4,5)	(-2,9)
Saldo aus sonstigen Vermögenswerten und Schulden	(-3,8)	(10,0)
Gezahlte Ertragsteuern	1,1	0,5
Operating Cashflow	-12,3	7,3
2. Investitionsbereich		
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	57,4	87,1
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen	-1,2	-5,4
Zugänge von Baukosten- und Investitionszuschüssen	-0,5	0,0
Auszahlungen aus dem Erwerb von vollkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen	-33,8	-83,0
Einzahlungen aus dem Verkauf sonstiger finanzieller Vermögenswerte	0,0	8,4
Erhaltene Zinsen	0,2	0,1
Erhaltene Dividenden	36,6	25,9
Cashflow aus Investitionstätigkeit	58,7	33,1
3. Finanzierungsbereich		
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	3,0	0,8
Gezahlte Dividenden	-22,7	-23,4
Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten	-58,7	-66,3
Tilgung von Finanzverbindlichkeiten	50,6	50,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-27,8	-38,3
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	18,6	2,1
Währungskursveränderung der flüssigen Mittel	-0,3	0,7
Veränderung der flüssigen Mittel	18,3	2,8
Flüssige Mittel am Anfang der Periode	-44,3	-47,1
Flüssige Mittel am Ende der Periode	-26,0	-44,3

Anpassungen in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	01.01.2011
Eventualverbindlichkeiten	109,4	105,2	86,0
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	68,9	-12,1	-45,7

Auswirkungen neuer, noch nicht anzuwendender Rechnungslegungsstandards

Das IASB und das IFRIC veröffentlichten bereits folgende Standards und Interpretationen, deren Anwendung für das Geschäftsjahr 2012 jedoch noch nicht verpflichtend ist. Die künftige Anwendung setzt die Übernahme durch die EU in europäisches Recht voraus.

- > **Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS (2012) „Verbesserungen der IFRS-Zyklus 2009–2011“:** Die Änderungen sind das Ergebnis des jährlichen Verbesserungsprozesses des IASB und betreffen eine Vielzahl einzelner IFRS. Die Änderungen sollen den Inhalt der Vorschriften konkretisieren und unbeabsichtigte Inkonsistenzen zwischen den Standards beseitigen. Die Änderungen sind erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Übernahme in EU-Recht steht noch aus. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW werden derzeit geprüft.
- > **IAS 1 Änderung (2011) „Darstellung des Abschlusses – Darstellung von Posten des sonstigen Ergebnisses“:** Gemäß den Änderungen hat der Ausweis von Bestandteilen der Gesamtergebnisrechnung, die in Folgeperioden in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden, und von Bestandteilen, die nicht umgegliedert werden, getrennt zu erfolgen. Werden die Posten der Gesamtergebnisrechnung vor Steuern dargestellt, so ist der dazugehörige Steuerbetrag gleichermaßen für jede Kategorie getrennt auszuweisen. Des Weiteren wird der in IAS 1 verwendete Begriff für die Gesamtergebnisrechnung geändert in „Gewinn- und Verlustrechnung und sonstiges Ergebnis“. Die Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich Auswirkungen auf die Darstellung der Gesamtergebnisrechnung im Konzernabschluss der EnBW haben.
- > **IAS 12 Änderung (2010) „Ertragsteuern – Latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte“:** Die Änderung stellt zumindest teilweise die Behandlung temporärer steuerlicher Differenzen in Zusammenhang mit der Anwendung des Zeitwertmodells von IAS 40 „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ klar. Als weitere Konsequenz führt die Änderung des IAS 12 zu einer Anpassung des SIC 21 „Ertragsteuern – Realisierung von neu bewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten“. Die Änderungen sind erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- > **IAS 19 Änderung (2011) „Leistungen an Arbeitnehmer“:** Die bedeutendste Änderung des IAS 19 besteht darin, dass künftig unerwartete Schwankungen der Pensionsverpflichtungen sowie versicherungsmathematische Gewinne und Verluste unmittelbar im Eigenkapital (kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen) erfasst werden müssen. Das bisherige Wahlrecht zwischen einer sofortigen ergebniswirksamen Erfassung, einer erfolgsneutralen Erfassung oder der zeitverzögerten Erfassung nach der sogenannten Korridormethode wird abgeschafft. Die geänderte Definition der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird sich auf die Bilanzierung der im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufstockungsbeträge auswirken. Bislang wurden die Aufstockungsbeträge als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses klassifiziert und demzufolge im Zeitpunkt der Vereinbarung eines Altersteilzeitvertrags mit ihrem Gesamtbetrag zurückgestellt. Aufgrund der Änderung des IAS 19 erfüllt der Aufstockungsbetrag nicht mehr die Voraussetzungen für das Vorliegen von Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Es handelt sich vielmehr grundsätzlich um andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, die über die betreffende Dienstzeit der Arbeitnehmer ratierlich anzusammeln sind. Die Änderungen des IAS 19 werden insgesamt zu folgenden wesentlichen Effekten führen: Da der EnBW-Konzern derzeit die Korridormethode anwendet, wird die Änderung – bei Anwendung auf die Verhältnisse zum 31. Dezember 2012 – zu einer Erhöhung der Pensionsrückstellungen um 1.158,1 Mio. € führen. Für Altersteilzeitvereinbarungen ergibt sich aufgrund der ratierlichen Ansammlung der Aufstockungsbeträge über die betreffenden aktiven Dienstjahre der altersteilzeitbegünstigten Arbeitnehmer zum 31. Dezember 2012 eine um 26,0 Mio. € niedrigere Rückstellung. Die Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.
- > **IAS 27 Neufassung (2011) „Einzelabschlüsse“:** Der Standard wurde im Rahmen des umfassenden Reformprojekts zur Konsolidierung neu gefasst. IAS 27 enthält nunmehr ausschließlich die unveränderten Vorschriften zu IFRS-Einzelabschlüssen. Die Neufassung des Standards ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Der Standard wird keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- > **IAS 28 Änderung (2011) „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“:** Der IAS 28 wurde im Jahr 2011 in Zusammenhang mit dem IASB-Projekt zu gemeinschaftlichen Vereinbarungen überarbeitet. Die meisten dieser Änderungen ergeben sich aus der Einbeziehung von Gemeinschaftsunternehmen in IAS 28. Der grundlegende Ansatz zur Bilanzierung nach der Equity-Methode wurde nicht geändert.

Die Änderungen sind erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.

- **IAS 32 Änderung (2011) „Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten“:** Durch die Änderung werden die Voraussetzungen zur Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten durch zusätzliche Anwendungsleitlinien konkretisiert. Die Änderung ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine Auswirkung auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- **IFRS 1 Änderung (2010) „Erstmalige Anwendung – Ausgeprägte Hochinflation und Beseitigung der festen Zeitpunkte für Erstanwender“:** Durch die erste Änderung wird der Verweis auf den festen Umstellungszeitpunkt „1. Januar 2004“ durch „Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS“ ersetzt. Die zweite Änderung gibt Anwendungsleitlinien vor, wie bei der Darstellung von IFRS-konformen Abschlüssen vorzugehen ist, wenn ein Unternehmen für einige Zeit die IFRS-Vorschriften nicht einhalten konnte, weil seine funktionale Währung starker Hochinflation unterlag. Die Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- **IFRS 1 Änderung (2012) „Darlehen der öffentlichen Hand“:** Die Änderung bezieht sich auf die Bilanzierung von Darlehen der öffentlichen Hand, die nicht einer marktüblichen Verzinsung unterliegen. Die Änderungen sind auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Übernahme in europäisches Recht steht noch aus. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- **IFRS 7 Änderung (2011) „Angaben – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten“:** Im Zusammenhang mit der Änderung des IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“ hinsichtlich der Saldierung von Finanzinstrumenten wurde der Umfang der erforderlichen Anhangangaben erweitert. Die Änderung des IFRS 7 ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich zu keinen erweiterten Anhangangaben im Konzernabschluss der EnBW führen.
- **IFRS 9 „Finanzinstrumente“:** Mit den Veröffentlichungen von IFRS 9 (2009) und IFRS 9 (2010) schließt das IASB die erste von drei Phasen der Reform der Bilanzierung von Finanzinstrumenten ab. Das IASB beabsichtigt mit IFRS 9, den bestehenden IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ vollständig zu ersetzen. Der Standard befasst sich in der ersten Phase mit der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten. Durch IFRS 9 werden die bisher bestehenden Bewertungskategorien auf nunmehr zwei Bewertungskategorien reduziert: zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert. Am 16. Dezember 2011 hat das IASB eine Änderung des IFRS 9 veröffentlicht, die den erstmaligen Anwendungszeitpunkt auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen (bislang 1. Januar 2013), verschiebt. IFRS 9 wurde noch nicht in europäisches Recht übernommen. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW werden derzeit geprüft.
- **IFRS 10 „Konzernabschlüsse“:** Der IFRS 10 ersetzt die Konsolidierungsvorschriften im bisherigen IAS 27 „Konzern- und Einzelabschlüsse“ und im SIC-12 „Konsolidierung – Zweckgesellschaften“ und schafft eine einheitliche Definition für Beherrschung. IFRS 10 ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. IFRS 10 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- **IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“:** IFRS 11 ersetzt IAS 31 „Anteile an Gemeinschaftsunternehmen“ und SIC-13 „Gemeinschaftlich geführte Einheiten – Nicht monetäre Einlagen durch Partnerunternehmen“ und beinhaltet Vorschriften zur Identifikation, Klassifikation und Bilanzierung von gemeinschaftlichen Vereinbarungen. IFRS 11 ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. IFRS 11 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- **IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“:** Der neue Standard regelt die Anhangangabepflichten zu Unternehmensverbindungen im Konzernabschluss sowie zu gemeinschaftlichen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen. IFRS 12 ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. IFRS 12 wird zu erweiterten Anhangangaben im Konzernabschluss der EnBW führen.
- **IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 Änderungen (2012) „Übergangsvorschriften“:** Durch die Änderungen erfolgt eine Klarstellung der Übergangsvorschriften in IFRS 10 und es werden zusätzliche Erleichterungen beim Übergang auf IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 gewährt. Die Änderungen sind erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Übernahme der Änderungen in europäisches Recht steht noch aus. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW werden derzeit geprüft.

- > **IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 Änderungen (2012) „Investmentgesellschaften“:** Der Standard definiert die sogenannten Investmentgesellschaften als eine eigenständige Form von Unternehmen und nimmt diese von der Verpflichtung zur Konsolidierung von Tochterunternehmen nach IFRS 10 aus. Stattdessen müssen Tochterunternehmen einer Investmentgesellschaft mit dem beizulegenden Zeitwert entsprechend der Vorschrift des IFRS 9 bewertet werden. Die Änderungen sind erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. Die Übernahme der Änderungen in europäisches Recht steht noch aus. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW werden derzeit geprüft.
- > **IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“:** Durch IFRS 13 erfolgt eine standardübergreifende Vereinheitlichung der Definition und der Anforderungen an die Bemessung und die Anhangangaben des beizulegenden Zeitwerts. IFRS 13 ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.
- > **IFRIC 20 „Abraumbeseitigungskosten in der Produktionsphase eines Tagebaubergwerks“:** IFRIC 20 regelt die Bilanzierung von Abraumbeseitigungskosten im Rahmen der Produktionsphase im Tagebau. Die Interpretation stellt klar, wann die Abraumbeseitigungskosten aus der Produktion als Vermögenswert anzusetzen sind und wie die Erst- und Folgebewertung des Vermögenswerts aus der Abraumbeseitigung erfolgt. IFRIC 20 ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Die Interpretation wird voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der EnBW haben.

Anpassung der Vorjahreszahlen

- > Zur besseren Darstellung der Vermögenslage haben wir im Jahr 2012 die Definition für Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, beziehungsweise für Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind, angepasst. Beteiligungen werden künftig nur dann der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet, sofern eine enge operative Verflechtung mit dem EnBW-Konzern besteht. Dies trifft beispielsweise zu, wenn Strombezugsverträge zu einem auf Kosten basierenden Tarif oder Betriebsführungsverträge existieren. Die Änderung der Definition hat Auswirkungen auf unsere Kennzahlen Capital Employed und bereinigte Nettoschulden. Die Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind, sowie die daraus resultierenden Erträge gehen als Bestandteil des Capital Employed und des Beteiligungsergebnisses in die Berechnung des ROCE ein. Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, sind hingegen als Abzugsposten in den bereinigten Nettoschulden enthalten. Zum 31. Dezember 2011 erhöhten sich die Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, um 204,5 Mio. € auf 427,4 Mio. € (1. Januar 2011: Erhöhung um 211,6 Mio. € auf 390,3 Mio. €). Die Erträge aus Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, erhöhten sich im Vorjahr um 28,5 Mio. € auf 38,0 Mio. €.
- > Durch die geänderte Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit einer bedingten Kaufpreisverpflichtung in Zusammenhang mit unserem Investment in der Türkei wurden rückwirkend die sonstigen Finanzverbindlichkeiten angepasst. Die Anpassung führte zu einer Erhöhung der sonstigen Finanzverbindlichkeiten sowie einer Verminderung des Eigenkapitals zum 31. Dezember 2011 um 31,6 Mio. € (1. Januar 2011: 31,6 Mio. €). Die Anpassung erfolgte rückwirkend, da der Erwerb im Geltungsbereich des IFRS 3 (2004) stattfand.
- > Zukünftige Ertragsteuerschulden wurden bisher getrennt von den bestehenden Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern innerhalb der Rückstellungen ausgewiesen. Der IAS 12 „Ertragsteuern“ unterscheidet nicht zwischen Rückstellungen und Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern. Deshalb erfolgt im Geschäftsjahr 2012 entsprechend der allgemein herrschenden Bilanzierungspraxis ein einheitlicher Ausweis innerhalb der Verbindlichkeiten. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst:

Bilanz in Mio. €	31.12.2011	01.01.2011
Langfristige Rückstellungen	-264,1	-195,6
Kurzfristige Rückstellungen	-142,6	-162,8
Langfristige Verbindlichkeiten	264,1	195,6
Kurzfristige Verbindlichkeiten	142,6	162,8

Die sonstigen Steuerrückstellungen werden wegen Geringfügigkeit künftig innerhalb der übrigen Rückstellungen ausgewiesen. Dadurch erhöhten sich die übrigen Rückstellungen im Vorjahr um 2,0 Mio. € (1. Januar 2011: Erhöhung um 3,8 Mio. €).

Die Angaben zur Anpassung der Vorjahreszahlen durch die Änderung der Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen im EnBW-Konzernabschluss befinden sich in diesem Anhang im Kapitel „Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bilanziert und mit Ausnahme des Geschäfts- oder Firmenwerts linear entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer der entgeltlich erworbenen Software beträgt 3 bis 5 Jahre, die Abschreibungsdauer der Konzessionen für Kraftwerke beträgt zwischen 15 und 65 Jahre. Kundenbeziehungen werden entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer zwischen 6 und 30 Jahre abgeschrieben, Wasserrechte und die zugrunde liegenden Konzessionsverträge werden über 30 Jahre abgeschrieben.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Herstellungskosten aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass mit der Nutzung des Vermögenswerts ein künftiger wirtschaftlicher Vorteil verbunden ist und die Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr der Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Im EnBW-Konzern handelt es sich hierbei um Software, die linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben wird.

Die Nutzungsdauern sowie die Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Geschäfts- oder Firmenwerte aus Unternehmenszusammenschlüssen werden entsprechend den Regelungen der IFRS nicht planmäßig abgeschrieben, sondern einmal jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten, die darauf hindeuten, dass der erzielbare Betrag geringer als der Buchwert sein könnte, auf Wertminderung getestet.

Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet. Abnutzbare Sachanlagen werden entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer der einzelnen Komponenten linear abgeschrieben. Die Abschreibung im Zugangsjahr erfolgt zeitanteilig.

Wartungs- und Reparaturkosten werden als Aufwand erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, die zu einem künftigen Nutzenzufluss eines Vermögenswerts führen, werden aktiviert.

Investitionszulagen oder -zuschüsse mindern die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte nicht, sondern werden passivisch abgegrenzt.

Unter den nuklearen Erzeugungsanlagen wird auch der um Abschreibungen verminderte Barwert der geschätzten Kosten für die Stilllegung und den Abbau der kontaminierten Anlagen ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen für unsere wesentlichen Sachanlagen werden nach folgenden konzern-einheitlichen Nutzungsdauern bemessen:

	Jahre
Gebäude	25–50
Kraftwerke	15–50
Stromverteilungsanlagen	25–45
Gasverteilungsanlagen	15–55
Wasserverteilungsanlagen	20–40
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–14

Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft.

Eine Sachanlage wird entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des Vermögenswerts kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus der Ausbuchung des Vermögenswerts resultierenden Gewinne oder Verluste werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode, in der der Vermögenswert ausgebucht wird, erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Fremdkapitalkosten

Sofern für den Erwerb oder die Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts ein beträchtlicher Zeitraum (mehr als zwölf Monate) erforderlich ist, um diesen in seinen beabsichtigten gebrauchsfertigen Zustand zu versetzen, werden die bis zur Erlangung des gebrauchsfertigen Zustands angefallenen und direkt zurechenbaren Fremdkapitalkosten aktiviert. Bei spezifischen Fremdfinanzierungen werden die diesbezüglich anfallenden Fremdkapitalkosten angesetzt. Bei nicht spezifischen Fremdfinanzierungen wird ein konzern-einheitlicher Fremdkapitalkostensatz von 4,3% (Vorjahr: 4,5%) berücksichtigt. Im laufenden Geschäftsjahr wurden Fremdkapitalkosten in Höhe von 51,3 Mio. € (Vorjahr angepasst: 45,9 Mio. €) aktiviert.

Leasingverhältnisse

Bei Leasingverhältnissen handelt es sich um Vereinbarungen, bei denen der Leasinggeber das Recht zur Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts für einen festgelegten Zeitraum gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen auf den Leasingnehmer überträgt. Dies gilt auch für Vereinbarungen, bei denen die Übertragung eines solchen Rechts nicht ausdrücklich beschrieben ist. Leasingverhältnisse sind entweder als Finanzierungsleasing oder als Operating-Leasing einzustufen.

Leasingverhältnisse, bei denen der EnBW-Konzern als Leasingnehmer im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand trägt, werden als Finanzierungsleasing behandelt. Der Leasinggegenstand wird mit dem niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt. In gleicher Höhe wird eine Verbindlichkeit passiviert.

Der aktivierte Leasinggegenstand wird über den kürzeren der beiden Zeiträume aus wirtschaftlicher Nutzungsdauer und Laufzeit des Leasingverhältnisses planmäßig abgeschrieben. Die Verbindlichkeit wird in den Folgeperioden unter Berücksichtigung der Effektivzinsmethode getilgt und fortgeschrieben. Alle übrigen Leasingverhältnisse, bei denen der EnBW-Konzern als Leasingnehmer auftritt, werden als Operating-Leasing eingestuft. Bei Operating-Leasingverhältnissen werden die Leasingraten beziehungsweise Mietzahlungen direkt als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Leasingverhältnisse, bei denen der EnBW-Konzern als Leasinggeber im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer überträgt, werden beim Leasinggeber als Verkaufs- und Finanzierungsgeschäft abgebildet. In Höhe des Nettoinvestitionswerts aus dem Leasingverhältnis wird eine Forderung bilanziert. Die Zahlungen des Leasingnehmers werden unter Berücksichtigung der Effektivzinsmethode als Tilgungsleistung beziehungsweise Zinsertrag erfasst.

Alle übrigen Leasingverhältnisse mit dem EnBW-Konzern als Leasinggeber werden als Operating-Leasingverhältnis behandelt. Der Leasinggegenstand bleibt in der Konzernbilanz und wird planmäßig abgeschrieben. Die Zahlungen des Leasingnehmers werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Ertrag erfasst.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien umfassen Grundstücke und Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten und von der EnBW nicht selbst genutzt werden. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien werden zu fortgeführten Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten bewertet und, sofern abnutzbar, nach der linearen Methode über eine Laufzeit von 25 bis 50 Jahren planmäßig abgeschrieben. Der Marktwert wird nach international anerkannten Methoden, zum Beispiel nach der Discounted-Cashflow-Methode oder durch Ableitung aus aktuellen Marktpreisen, ermittelt und ist im Anhang angegeben.

Wertminderungen

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien auf Werthaltigkeit überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird im Rahmen des Wertminderungstests der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswerts ermittelt. Dieser entspricht dem höheren der Beträge aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert.

Der beizulegende Zeitwert wird auf Grundlage eines Unternehmensbewertungsmodells ermittelt und spiegelt als bestmögliche Schätzung den Betrag wider, zu dem ein unabhängiger Dritter den betreffenden Vermögenswert erwerben würde. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der künftigen Cashflows, die voraussichtlich aus einem Vermögenswert oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit erzielt werden können. Eine zahlungsmittelgenerierende Einheit stellt dabei die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten dar, deren Mittelzuflüsse weitgehend unabhängig von den Mittelzuflüssen anderer Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten sind.

Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die zahlungsmittelgenerierende Einheit bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann.

Aus Unternehmenszusammenschlüssen resultierende Geschäfts- oder Firmenwerte werden den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet, die erwartungsgemäß aus den Synergien des Unternehmenszusammenschlusses Nutzen ziehen sollen.

Der erzielbare Betrag dieser zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten wird mindestens einmal jährlich auf Werthaltigkeit überprüft. Eine zusätzliche Überprüfung findet statt, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise auf eine mögliche Wertminderung vorliegen. Für weitere Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen unter der Anhangangabe (10) „Immaterielle Vermögenswerte“.

Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertberichtigung des Vermögenswerts. Im Fall von Wertberichtigungen in Zusammenhang mit zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde, wird zunächst der zugeordnete Geschäfts- oder Firmenwert reduziert. Übersteigt der Wertberichtigungsbedarf den Buchwert des Geschäfts- oder Firmenwerts, wird der Differenzbetrag proportional auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit verteilt.

Entfällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund für eine früher vorgenommene Wertminderung, erfolgt eine ergebniswirksame Zuschreibung. Die Wertobergrenze bildet hierbei der Buchwert, der sich ohne Wertberichtigung in der Vergangenheit ergeben hätte (fortgeführte Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten).

Ein in früheren Berichtsperioden erfasster Wertminderungsaufwand für Geschäfts- oder Firmenwerte darf nicht wieder rückgängig gemacht werden. Zuschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte werden daher nicht vorgenommen.

At equity bewertete Unternehmen

Die nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden entsprechend dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen angesetzt. Die Buchwerte werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, die ausgeschütteten Dividenden und die sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht oder vermindert. Ein Geschäfts- oder Firmenwert ist im Beteiligungsansatz enthalten.

Finanzielle Vermögenswerte

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, an nicht nach der Equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen und an übrigen Beteiligungen sowie Teile der Wertpapiere sind der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet. Dieser Bewertungskategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die nicht als „zu Handelszwecken gehalten“ oder „bis zur Endfälligkeit gehalten“ sowie als „Kredite und Forderungen“ einzustufen sind. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, sofern dieser verlässlich ermittelt werden kann. Sofern sich der beizulegende Zeitwert mangels Vorliegen eines aktiven Markts nicht verlässlich ermitteln lässt, sind diese finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um sonstige Beteiligungen, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Unrealisierte Gewinne und Verluste werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Liegt am Bilanzstichtag eine dauerhafte oder signifikante Wertminderung vor, werden Anpassungen an den negativen Marktwert ergebniswirksam erfasst. Bei Veräußerung wird der bisher im Eigenkapital erfolgsneutral erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust ergebniswirksam ausgewiesen. Wertminderungen werden über ein Wertberichtigungskonto abgebildet.

Wertpapiere, die der Bewertungskategorie „bis zur Endfälligkeit gehalten“ zugeordnet sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei handelt es sich um börsennotierte Wertpapiere, deren beizulegender Zeitwert zum 31. Dezember 2012 insgesamt 1.119,3 Mio. € (Vorjahr: 1.182,3 Mio. €) beträgt.

Ausleihungen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Marktüblich verzinsten Ausleihungen werden mit dem Nominalwert bilanziert, gering oder unverzinsliche Ausleihungen mit dem Barwert. Wertberichtigungen werden teilweise unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos vorgenommen. Die Entscheidung, ob die Wertberichtigung über ein Wertberichtigungskonto erfolgt oder direkt den Buchwert mindert, hängt von der Wahrscheinlichkeit des erwarteten Forderungsausfalls ab.

Die unter den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesenen und der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehalten“ zuzuordnenden Wertpapiere werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Der beizulegende Zeitwert entspricht dem am Bilanzstichtag gültigen Börsenkurs beziehungsweise dem gültigen Rücknahmepreis. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Von der Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten (Fair Value Option), macht die EnBW keinen Gebrauch.

Vorräte

Die Vorräte werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Durchschnittswerten. Die Herstellungskosten enthalten gemäß IAS 2 die direkt zurechenbaren Einzelkosten und angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich Abschreibungen. Die Herstellungskosten werden auf Basis der Normalbeschäftigung ermittelt. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Herstellungskosten aktiviert. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit wird durch angemessene Abschläge Rechnung getragen. Soweit erforderlich, wird der im Vergleich zum Buchwert niedrigere realisierbare Nettoveräußerungswert angesetzt. Wertaufholungen bei früher abgewerteten Vorräten werden als Minderung des Materialaufwands erfasst.

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Kernbrennelemente werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die Abschreibungen werden nach Maßgabe des Verbrauchs ermittelt.

Zu Handelszwecken erworbene Vorräte werden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten bewertet.

Emissionsrechte

Unentgeltlich erworbene Emissionsrechte des laufenden Geschäftsjahres werden mit dem Nominalwert, die zur Deckung des erwarteten Verbrauchs entgeltlich erworbenen Emissionsrechte mit den Anschaffungskosten unter den Vorräten bilanziert. Zu Handelszwecken erworbene Emissionsrechte werden dagegen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert unter den sonstigen Vermögenswerten bilanziert, wobei die Zeitertschwankungen unmittelbar ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden.

Für die Verpflichtung zur Rückgabe von CO₂-Emissionsrechten wird eine sonstige Rückstellung gebildet. Der Wertansatz der Rückstellung ergibt sich aus dem Buchwert der dafür unentgeltlich zur Verfügung gestellten Emissionsrechte sowie bei einer bestehenden Deckungslücke aus dem Buchwert der im Bestand befindlichen Emissionsrechte. Werden darüber hinaus weitere Emissionsrechte benötigt, sind diese mit dem beizulegenden Zeitwert am Stichtag berücksichtigt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten nach Abzug erforderlicher Wertberichtigungen bilanziert, die sich am tatsächlichen Ausfallrisiko orientieren. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr werden mit ihrem Barwert in der Bilanz ausgewiesen.

Für kurzfristige sonstige Vermögenswerte wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige sonstige Vermögenswerte wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Wertberichtigungen werden teilweise unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos vorgenommen. Die Entscheidung, ob die Wertberichtigung über ein Wertberichtigungskonto erfolgt oder direkt den Buchwert mindert, hängt von der Wahrscheinlichkeit des erwarteten Forderungsausfalls ab.

Flüssige Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente haben kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert.

Eigene Anteile

Erwirbt der Konzern eigene Anteile, werden diese vom Eigenkapital abgezogen. Der Kauf, der Verkauf, die Ausgabe oder die Einziehung eigener Anteile wird nicht erfolgswirksam erfasst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei leistungsorientierten Versorgungsplänen werden die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemäß IAS 19 nach der Methode der laufenden Einmalprämie (Projected-Unit-Credit-Methode) berechnet. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, die außerhalb einer Bandbreite von 10,0 % des Verpflichtungsumfanges liegen, werden auf die durchschnittliche Restlebensarbeitszeit linear verteilt. Die Rückstellung wird in Höhe des Vermögens der zur Deckung der Pensionsverpflichtung gebildeten Fonds gekürzt. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand ausgewiesen, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung und die erwarteten Erträge aus Planvermögen hingegen im Finanzergebnis.

Bei beitragsorientierten Versorgungsplänen werden die Zahlungen bei Fälligkeit als Aufwand erfasst und im Personalaufwand ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei aufgrund von Ereignissen der Vergangenheit, sofern diese künftig zu einem wahrscheinlichen Ressourcenabfluss führen und deren Höhe zuverlässig geschätzt werden kann. Die Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert beziehungsweise mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt.

Die langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag angesetzt. Davon ausgenommen sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Für diese gelten gemäß IAS 19 besondere Regelungen.

Latente Steuern

Latente Steuern wurden gemäß dem Temporary Concept (IAS 12) auf sämtliche zeitliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz der Einzelgesellschaften gebildet. Latente Steuern aus Konsolidierungsvorgängen werden gesondert angesetzt. Aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden bilanziert, sofern deren Realisierung mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist.

Die latenten Steuern werden auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den jeweiligen Ländern zum Zeitpunkt der Realisierung gelten oder erwartet werden. Für inländische Konzerngesellschaften wurde wie im Vorjahr ein Steuersatz von 29,0% angewandt. Steueransprüche und Steuerschulden werden je Organkreis beziehungsweise je Gesellschaft saldiert, sofern die Voraussetzungen hierfür bestehen.

Finanzverbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten werden bei erstmaligem Ansatz zu ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert. Bei der Folgebewertung werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing werden zum niedrigeren Wert aus beizulegendem Zeitwert und Barwert der Mindestleasingraten zum Zeitpunkt der Aktivierung des Leasinggegenstands bewertet.

Der beizulegende Zeitwert der kapitalmarktnotierten Anleihen entspricht den Nominalwerten multipliziert mit den Kursnotierungen zum Abschlussstichtag. Für kurzfristige Finanzverbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige Finanzverbindlichkeiten wird der Marktwert durch Diskontierung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Sofern diese Finanzverbindlichkeiten variabel verzinslich sind, entspricht der Buchwert dem beizulegenden Zeitwert. Der Zeitwert der Anleihen zum 31. Dezember 2012 beträgt 6.145,8 Mio.€ (Vorjahr: 6.630,9 Mio.€); der Zeitwert der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beträgt 1.009,0 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 957,8 Mio.€).

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie übrige Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Bilanzstichtag annähernd dem beizulegenden Zeitwert. Für kurzfristige übrige Verbindlichkeiten wird angenommen, dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht. Für langfristige übrige Verbindlichkeiten wird der Marktwert durch Abzinsung der künftig zu entrichtenden Cashflows ermittelt. Die als Schulden passivierten Baukostenzuschüsse werden entsprechend der Nutzung der Sachanlagen ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst. Der Auflösungszeitraum bei den Baukostenzuschüssen beträgt in der Regel 40 bis 45 Jahre. Investitionskostenzuschüsse und -zulagen werden entsprechend dem Abschreibungsverlauf der zugehörigen Anlagegüter aufgelöst. Die Auflösung wird offen mit den Abschreibungen verrechnet.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Als „zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ werden einzelne langfristige Vermögenswerte und Gruppen von Vermögenswerten ausgewiesen, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können, deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist und die insgesamt die in IFRS 5 definierten Kriterien erfüllen. Unter der Position „Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ werden Schulden ausgewiesen, die Bestandteil einer zur Veräußerung gehaltenen Gruppe von Unternehmenswerten darstellen.

Vermögenswerte, die erstmalig als „zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ klassifiziert werden, dürfen nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern sind mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen.

Gewinne oder Verluste aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung gehaltener Vermögenswerte und von Gruppen von Vermögenswerten werden bis zu ihrer endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten ausgewiesen.

Derivate

Derivate nach IAS 39 werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Ihr Ausweis erfolgt unter den sonstigen Vermögenswerten und übrigen Verbindlichkeiten und Zuschüssen.

Für die Bewertung von Derivaten werden Preise an aktiven Märkten, beispielsweise Börsenkurse, verwendet. Sofern solche Preise nicht vorliegen, werden die beizulegenden Zeitwerte auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Wenn möglich wird dabei auf Notierungen auf aktiven Märkten als Inputparameter zurückgegriffen. Sollten diese ebenfalls nicht vorliegen, fließen unternehmensspezifische Planannahmen in die Bewertung ein.

Handelt es sich um Verträge, die zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß dem erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarf abgeschlossen wurden und weiterhin diesem Zweck dienen (Own Use), werden diese nicht als Derivate nach IAS 39, sondern als schwebende Geschäfte gemäß IAS 37 bilanziert.

Derivate sind der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten“ zugeordnet, sofern kein Hedge Accounting angewendet wird. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bei Derivaten, die in einem Sicherungszusammenhang stehen, bestimmt sich die Bilanzierung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts nach der Art des Sicherungsgeschäfts.

Bei Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Cashflow Hedges, die zum Ausgleich künftiger Cashflow-Risiken aus bereits bestehenden Grundgeschäften oder geplanten, mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden Transaktionen eingesetzt werden, werden die unrealisierten Gewinne und Verluste in Höhe des eingedekten Grundgeschäfts zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital (kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen) ausgewiesen. Eine Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt zeitgleich mit der Ergebniswirkung des abgesicherten Grundgeschäfts.

Bei einem Fair Value Hedge, der zur Absicherung von beizulegenden Zeitwerten von bilanzierten Vermögenswerten oder Schulden eingesetzt wird, werden die Ergebnisse aus der Bewertung von Derivaten und der dazugehörigen Grundgeschäfte ergebniswirksam gebucht.

Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden durch Hedges einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb abgesichert. Unrealisierte Wechselkursdifferenzen werden zunächst erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst und zum Zeitpunkt der Veräußerung des ausländischen Geschäftsbetriebs erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umbucht.

Eventualverbindlichkeiten

Bei Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder um gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich bestimmt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden nicht bilanziert.

Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse werden grundsätzlich bei Risikoübergang auf den Kunden realisiert. Die maßgeblichen Risiken und Chancen gehen grundsätzlich beim Eigentumsübergang oder bei Besitzübergang auf den Kunden über. Die Bewertung der Umsatzerlöse bemisst sich für Güter beziehungsweise Dienstleistungen nach dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu erhaltenden Gegenleistung. Umsatzerlöse werden um Erlöschmälerungen, zum Beispiel Preisnachlässe oder Skonti, gekürzt und ohne Umsatzsteuer sowie nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen. Umsatzerlöse resultieren zum größten Teil aus Strom- und Gasverkäufen, aus der Verteilung von Strom und Gas sowie aus der Abfallentsorgung, aus energienahen Dienstleistungen und aus der Wasserversorgung.

Zinserträge werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode zeitanteilig erfasst. Dividendenerträge werden zu dem Zeitpunkt erfasst, an dem das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

Ermessensentscheidungen und Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses sind bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Ermessensentscheidungen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf den Ausweis und die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden, der Aufwendungen und Erträge sowie der Eventualverbindlichkeiten auswirken können.

Bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind insbesondere folgende Ermessensentscheidungen zu treffen:

- Bei bestimmten Waretermingeschäften ist zu entscheiden, ob diese als Derivat nach IAS 39 oder als schwelbende Geschäfte entsprechend den Vorschriften des IAS 37 zu bilanzieren sind.
- Finanzielle Vermögenswerte sind den Bewertungskategorien des IAS 39 „zu Handelszwecken gehalten“, „zur Veräußerung verfügbar“, „bis zur Endfälligkeit gehalten“ und „Kredite und Forderungen“ zuzuordnen.
- Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen sieht IAS 19 unterschiedliche Möglichkeiten zur Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste vor. Im EnBW-Konzern wird das Korridorverfahren angewendet.

Die Schätzungen beruhen auf Annahmen und Prognosen, die von Natur aus ungewiss sind und Veränderungen unterliegen können. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Folgenden erläutert:

Geschäfts- oder Firmenwerte: Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird jährlich im Rahmen eines Werthaltigkeitstests geprüft. Im Zuge dieses Tests müssen vor allem in Bezug auf künftige Zahlungsmittelüberschüsse Schätzungen vorgenommen werden. Zur Ermittlung des erzielbaren Betrags ist ein angemessener Diskontierungszinssatz zu wählen. Eine künftige Änderung der gesamtwirtschaftlichen, der Branchen- oder der Unternehmenssituation kann zu einer Reduzierung der Zahlungsmittelüberschüsse beziehungsweise des Diskontierungszinssatzes und somit gegebenenfalls zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Geschäfts- oder Firmenwerte führen.

Sachanlagen: Technischer Fortschritt, eine Verschlechterung der Marktsituation oder Schäden können zu einer außerplanmäßigen Abschreibung der Sachanlagen führen.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten: Wertänderungen finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Nachhaltige Wertminderungen werden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst. Objektive Hinweise für das Vorliegen einer nachhaltigen Wertminderung bei Eigenkapitalinstrumenten ergeben sich, wenn der beizulegende Zeitwert signifikant (mindestens 20 %) oder länger anhaltend (während der letzten neun Monate) unter dem Wert der fortgeführten Anschaffungskosten liegt. Im Geschäftsjahr 2012 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen in Höhe von 55,2 Mio. € ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 80,0 Mio. €).

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten: Der beizulegende Zeitwert finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten wird anhand von Börsenkursen oder auf Grundlage anerkannter Bewertungsverfahren einschließlich der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Sofern die in das Bewertungsverfahren eingehenden Parameter sich nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, sind entsprechende Annahmen zu treffen, die sich auf die Höhe des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten auswirken können.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte: Um dem Kreditrisiko Rechnung zu tragen, werden Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen gebildet. Die Höhe der Wertberichtigung umfasst hierbei Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, die auf den Fälligkeitsstrukturen der Forderungssalden, der Bonität der Kunden, den Erfahrungen in Bezug auf Ausbuchungen von Forderungen der Vergangenheit und Veränderungen von Zahlungsbedingungen basieren. Zum 31. Dezember 2012 betragen die Wertberichtigungen bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie den sonstigen Vermögenswerten insgesamt 90,9 Mio. € (Vorjahr: 103,2 Mio. €).

Pensionsrückstellungen: Bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen kommt es durch die Wahl der Prämissen wie Rechnungszins oder Trendannahmen, durch den Ansatz biometrischer Wahrscheinlichkeiten mit den Heubeck-Richttafeln 2005 G sowie durch anerkannte Näherungsverfahren zum Rententrend der gesetzlichen Rentenversicherung gegebenenfalls zu Abweichungen im Vergleich zu den tatsächlichen im Zeitablauf entstehenden Verpflichtungen.

Kernenergie Rückstellungen: Die Rückstellungen für Stilllegung und Entsorgung im Kernenergiebereich basieren auf externen Gutachten, die jährlich aktualisiert werden. Diesen Gutachten liegen Kostenschätzungen der Erfüllungsbeträge für die jeweilige Verpflichtung zugrunde. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere aus Änderungen des Verpflichtungsumfanges und aus Abweichungen von den angenommenen Kostenentwicklungen sowie bei Änderungen der Zahlungszeitpunkte. Weiterhin kann eine Änderung des Diskontierungszinses zu einer Anpassung der Kernenergie Rückstellungen führen.

Drohverlustrückstellungen: Drohverlustrückstellungen werden in der Regel für nachteilige Bezugs- und Absatzverträge gebildet. Eine künftige Änderung der Marktpreise auf der Bezugs- oder Absatzseite kann zu einer Anpassung der Drohverlustrückstellungen führen.

Bilanzierung von Erwerben: Im Rahmen eines Anteilerwerbs werden sämtliche identifizierten Vermögenswerte und Schulden sowie Eventualverbindlichkeiten für Zwecke der Erstkonsolidierung zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbsstichtag angesetzt. Zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte dieser Vermögenswerte und Schulden zum Erwerbsstichtag werden Schätzungen herangezogen. Die Bewertung von Grundstücken und Gebäuden sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt in der Regel durch unabhängige Gutachter. Der Ansatz börsengehandelter Wertpapiere erfolgt zum Börsenpreis. Enthält die Kaufpreisvereinbarung bedingte Gegenleistungen, so sind für die Bilanzierung dieser Kaufpreisbestandteile ebenso Schätzungen notwendig.

Die Bewertung immaterieller Vermögenswerte richtet sich zum einen nach der Art des immateriellen Vermögenswerts und zum anderen nach der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts. Der beizulegende Zeitwert wird demnach auf Basis eines unabhängigen externen Bewertungsgutachtens bestimmt.

Ertragsteuern: Für die Bildung von Steuerrückstellungen sowie bei der Beurteilung der temporären Differenzen aus einer abweichenden bilanziellen Behandlung einzelner Abschlussposten zwischen der IFRS-Konzernbilanz und der Steuerbilanz sind gleichermaßen Schätzungen vorzunehmen. Bei Vorliegen temporärer Differenzen werden aktive beziehungsweise passive latente Steuern gebildet. Latente Steueransprüche werden für alle nicht genutzten steuerlichen Verlustvträge in dem Maß angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass hierfür zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, sodass die Verlustvträge tatsächlich genutzt werden können. Bei der Ermittlung der Höhe der latenten Steueransprüche, die aktiviert werden können, ist eine wesentliche Ermessensausübung des Managements bezüglich des erwarteten Eintrittszeitpunkts und der Höhe des künftig zu versteuernden Einkommens sowie der künftigen Steuerplanungsstrategien erforderlich.

Equity-Bewertung: Bei einigen Gesellschaften lagen uns keine IFRS-Abschlüsse vor. Aus diesem Grund wurde die Equity-Bewertung auf Grundlage einer Schätzung der HGB-IFRS-Unterschiede durchgeführt. Die Werthaltigkeit von nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen wird im Rahmen eines Wertminderungstests geprüft, für dessen Durchführung ebenso Schätzungen notwendig sind.

Mögliche Auswirkungen aufgrund geänderter Einschätzungen werden bei den relevanten Themen in den jeweiligen Abschnitten erläutert. Hierzu verweisen wir auf die Ausführungen unter der Anhangangabe (22) „Rückstellungen“.

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen rechnen die Gesellschaften die Transaktionen in fremder Währung mit dem Wechselkurs zum Zeitpunkt des Zugangs um. Nicht monetäre Posten werden zum Bilanzstichtag mit dem Kurs bewertet, der zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes galt. Monetäre Posten werden mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus monetären Posten, die dem operativen Geschäft zuzuordnen sind, werden ergebniswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Umrechnungsdifferenzen aus der Finanzierungstätigkeit werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Berichtswährung der EnBW, die auch der funktionalen Währung entspricht, ist der Euro (€). Die Jahresabschlüsse der Konzerngesellschaften werden in Euro umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß IAS 21 „Auswirkungen von Wechselkursveränderungen“ nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Gemäß dieser Methode werden bei den Gesellschaften, die nicht in Euro berichten, die Vermögenswerte und Schulden mit dem Mittelkurs zum Bilanzstichtag, die Aufwendungen und Erträge mit dem Jahresdurchschnittskurs umgerechnet. Bei den entsprechenden Gesellschaften handelt es sich um wirtschaftlich selbstständige ausländische Teileinheiten. Unterschiede aus der Währungsumrechnung der Vermögenswerte und Schulden gegenüber der Umrechnung des Vorjahres sowie Umrechnungsdifferenzen zwischen der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz werden erfolgsneutral im Eigenkapital innerhalb der kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasst. Bei den ausländischen Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, wird entsprechend vorgegangen.

Die Gesellschaften des EnBW-Konzerns entfalten ihre Geschäftstätigkeit im Wesentlichen im Euroraum. Im Geschäftsjahr und im Vorjahr war eine Anwendung der Regelungen des IAS 29 zur Rechnungslegung in Hochinflationenländern nicht notwendig. Keine wesentliche Konzerngesellschaft hatte ihren Sitz in einem Hochinflationenland.

Für die Währungsumrechnung wurden unter anderem folgende Wechselkurse zugrunde gelegt:

1 €	Stichtagskurs		Durchschnittskurs	
	31.12.2012	31.12.2011	2012	2011
Schweizer Franken	1,21	1,22	1,21	1,23
Pfund Sterling	0,82	0,84	0,81	0,87
US-Dollar	1,32	1,29	1,29	1,39
Ungarische Forint	292,30	314,58	289,37	279,31
Tschechische Kronen	25,15	25,79	25,14	24,59
Japanische Yen	113,61	100,20	102,66	111,01

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung und zur Bilanz

(1) Umsatzerlöse

Umsatzerlöse werden erfasst, wenn der Risikoübergang auf den Kunden erfolgt ist. Die von den Gesellschaften gezahlten Strom- und Energiesteuern werden offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

Die Umsatzerlöse resultieren überwiegend aus den Verkäufen von Strom und Gas an Industriekunden, gewerbliche Abnehmer und Endverbraucher. Darüber hinaus sind Erlöse aus der Verteilung von Strom und Gas, aus Lieferungen von Dampf, Wärme und Wasser sowie aus dem Eigenhandel enthalten.

Um die Geschäftsentwicklung zutreffender darzustellen, werden Aufwendungen und Erträge aus Energiehandelsgeschäften netto ausgewiesen. Der Nettoausweis führt zu einer Saldierung von Umsatzerlösen und Materialaufwand aus Energiehandelsgeschäften. Für das Geschäftsjahr 2012 betragen die netto ausgewiesenen Energiehandelsumsätze 12.593,9 Mio. € (Vorjahr: 11.882,7 Mio. €).

Die Segmentberichterstattung enthält eine Gliederung der Umsätze nach Geschäftsfeldern und Regionen.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Mio. € ¹	2012	2011
Pacht- und Mieterträge	23,1	22,2
Erträge aus der Auflösung und Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	4,7	8,5
Veräußerungsgewinne	30,0	7,2
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	200,4	272,4
Erträge aus der Auflösung und dem Abgang von Baukostenzuschüssen	78,5	103,2
Erträge aus Derivaten	432,6	253,5
Übrige	303,1	267,1
Gesamt	1.072,4	934,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

In den Veräußerungsgewinnen sind im Wesentlichen Erträge aus dem Abgang von Verteilungsanlagen enthalten. Darüber hinaus werden dort Erträge aus dem Abgang von zur Veräußerung gehaltenen Immobilien in Höhe von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) ausgewiesen.

Die Zuschreibungen auf Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien betrugen im Berichtsjahr 2,1 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €).

Die Erträge aus Derivaten in Höhe von 432,6 Mio. € (Vorjahr: 253,5 Mio. €) resultieren aus der Marktwertänderung und Realisation von Sicherungsgeschäften, die gemäß IAS 39 der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten“ zugeordnet sind. Im abgelaufenen Geschäftsjahr resultiert die Ergebniswirkung vor allem aus strom-, emissionsrechte- und gasbezogenen Derivaten. Im Vorjahr waren dies im Wesentlichen strom-, devisen- und gasbezogene Derivate.

Im Berichtsjahr ergaben sich Erträge aus Währungskursgewinnen in Höhe von 9,6 Mio. € (Vorjahr: 23,7 Mio. €). Im aktuellen Geschäftsjahr sind darin wie im Vorjahr keine Währungskursgewinne aus der Entkonsolidierung von Beteiligungen enthalten.

Darüber hinaus sind in den übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen unter anderem Erträge aus der Auflösung von abgegrenzten Verbindlichkeiten sowie Erträge aus Versicherungsleistungen enthalten.

(3) Materialaufwand

Mio. € ¹	2012	2011
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13.272,7	13.093,6
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.015,9	2.000,7
Gesamt	15.288,6	15.094,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren umfassen insbesondere die Strom- und Gasbezugskosten sowie die erforderlichen Zuführungen – mit Ausnahme der Aufzinsung – zu Rückstellungen für die Stilllegung der Kernkraftwerke, soweit diese nicht aktivierungspflichtig sind. Zusätzlich beinhalten die Aufwendungen im Kernenergiebereich noch Kosten für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle sowie Kosten für den Verbrauch von Kernbrennelementen und Kernbrennstoffen. Dazu zählen auch die Aufwendungen für die Kernbrennstoffsteuer, die für neu eingesetzte Brennelemente gezahlt werden muss. Im Vorjahr sind darüber hinaus neutrale Aufwendungen aus der Zuführung zu Kernenergie Rückstellungen bedingt durch die Atomgesetznovelle der deutschen Bundesregierung enthalten. Des Weiteren werden dort auch Brennstoffkosten für konventionelle Kraftwerke ausgewiesen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten überwiegend Aufwendungen für Netznutzung, Fremdleistungen für Betrieb und Instandhaltung der Anlagen sowie Konzessionsabgaben. Des Weiteren sind hier die sonstigen direkt der Leistungserstellung zurechenbaren Aufwendungen ausgewiesen.

(4) Personalaufwand

Mio. € ¹	2012	2011
Vergütungen	1.223,8	1.275,0
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	375,5	333,2
davon für Altersversorgung	(161,5)	(120,5)
Gesamt	1.599,3	1.608,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt ¹	2012	2011
Strom Erzeugung und Handel	4.732	4.864
Strom Netz und Vertrieb	5.967	6.140
Gas	884	698
Energie- und Umweltdienstleistungen	8.054	8.661
Holding	461	488
Mitarbeiter	20.098	20.851
Auszubildende im Konzern	1.141	1.178

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Aufwendungen für die Altersversorgung aus der Zuführung zur Pensionsverpflichtung betragen 62,0 Mio. € (Vorjahr angepasst: 67,0 Mio. €). Die übrigen Aufwendungen für die Altersversorgung beinhalten im Wesentlichen sonstige rückstellungsfähige Sozialleistungen sowie Beiträge an den Pensionssicherungsverein.

(5) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio. € ¹	2012	2011
Mieten, Pachten, Leasing	38,8	37,9
Aufwand aus Einzelwertberichtigungen zu Forderungen	79,7	67,4
Aufwand aus Anlagenabgängen	25,1	21,9
Sonstige Personalkosten	56,4	203,3
Werbeaufwand	71,4	81,9
Verwaltungs-, Vertriebs- und sonstige Gemeinkosten	212,1	249,1
Prüfungs-, Rechts- und Beratungskosten	104,4	115,4
Aufwand aus Derivaten	320,2	197,5
Versicherungen	40,4	46,6
Abgaben	10,7	8,7
Sonstige Steuern	70,5	13,0
Übrige	140,8	225,7
Gesamt	1.170,5	1.268,4

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Im Berichtsjahr ergaben sich Aufwendungen aus Währungskursverlusten in Höhe von 15,1 Mio. € (Vorjahr angepasst: 23,4 Mio. €).

Die sonstigen Personalkosten beinhalten im Vorjahr im Wesentlichen neutrale Aufwendungen aus der Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen.

Aus der Marktbewertung und Realisation von Sicherungsgeschäften, die gemäß IAS 39 der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten“ zugeordnet sind, ergibt sich ein Aufwand in Höhe von 320,2 Mio.€ (Vorjahr: 197,5 Mio.€). Dieser resultierte im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem aus kohle-, emissionsrechte- und gasbezogenen Derivaten. Im Vorjahr war der Aufwand im Wesentlichen durch emissions-, kohle- und gasbezogene Derivate verursacht.

Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten neutrale Aufwendungen in Höhe von 2,5 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 119,9 Mio.€). Diese betreffen im Vorjahr im Wesentlichen Aufwendungen aus der Zuführung zu Rückstellungen. Des Weiteren sind Aufwendungen für Provisionen sowie für Forschung und Entwicklung enthalten.

(6) Abschreibungen

Mio. € ¹	2012	2011
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	142,2	126,4
Abschreibungen auf Sachanlagevermögen	877,0	1.000,8
Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1,8	8,5
Auflösung der Investitionskostenzuschüsse	-3,1	-3,9
Gesamt	1.017,9	1.131,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Im Berichtsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte aus Unternehmenszusammenschlüssen in Höhe von 4,6 Mio.€ (Vorjahr: 0,0 Mio.€) vorgenommen.

In den Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind Abschreibungen auf zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte in Höhe von 0,4 Mio.€ (Vorjahr: 0,0 Mio.€) enthalten.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagevermögen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien betragen 125,0 Mio.€ (Vorjahr: 282,9 Mio.€). Im aktuellen Geschäftsjahr beinhalten die außerplanmäßigen Abschreibungen im Wesentlichen Wertberichtigungen auf Contractinganlagen sowie auf Konzessionen und Kundenbeziehungen und sind in der Segmentberichterstattung dem Segment Energie- und Umweltdienstleistungen zugeordnet. Der auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ermittelte Betrag lag aufgrund verschlechterter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen unter dem Buchwert. Der beizulegende Zeitwert wird anhand eines Unternehmensbewertungsmodells unter Zugrundelegung von Cashflow-Planungen ermittelt, die auf den vom Vorstand für einen Zeitraum von drei Jahren genehmigten und zum Zeitpunkt der Durchführung des Wertminderungstests gültigen Mittelfristplanungen basieren. Die Planungen beruhen auf Erfahrungen der Vergangenheit sowie auf Einschätzungen über die künftige Marktentwicklung. Die außerplanmäßigen Abschreibungen des Vorjahres beziehen sich im Wesentlichen auf Wertberichtigungen auf die Kernkraftwerke und Gasnetze. Der Wertminderungsbedarf auf die Kernkraftwerke wurde durch die Atomgesetznovelle ausgelöst.

(7) Beteiligungsergebnis

Mio. € ¹	2012	2011
Laufendes Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	91,2	-74,9
Abschreibungen at equity bewerteter Unternehmen	-159,7	-630,2
Zuschreibungen at equity bewerteter Unternehmen	94,0	25,0
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	25,5	-680,1
Erträge aus Beteiligungen	34,0	49,7
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	[0,2]	[3,1]
Abschreibungen auf Beteiligungen	-28,9	-8,8
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	[-3,1]	[-0,4]
Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen	113,7	7,0
Übriges Beteiligungsergebnis²	118,8	47,9
Beteiligungsergebnis	144,3	-632,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Davon 5,4 Mio. € (Vorjahr angepasst: 38,0 Mio. €) Ergebnis aus Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

Das laufende Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen war im Vorjahr durch neutrale Effekte bei der EWE Aktiengesellschaft (EWE) und der EVN AG in Höhe von 181,0 Mio. € geprägt.

In den Abschreibungen at equity bewerteter Unternehmen sind im Wesentlichen Wertberichtigungen auf den Beteiligungsansatz an unseren ungarischen Beteiligungen in Höhe von 70,3 Mio. € sowie an einem Gemeinschaftskraftwerk in Höhe von 45,0 Mio. € enthalten. Grund hierfür sind veränderte energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Abschreibungen des Vorjahres betrafen Wertberichtigungen auf unseren Beteiligungsansatz an der EWE sowie der EVN AG.

Der Konzernbuchwert der EVN AG wurde in der Berichtsperiode durch eine Zuschreibung in Höhe von 94,0 Mio. € aufgrund des gestiegenen Börsenkurses an das Marktniveau angepasst.

Die Abschreibungen auf Beteiligungen beinhalten Wertminderungen auf sonstige Beteiligungen in Höhe von 25,8 Mio. € (Vorjahr: 8,4 Mio. €). Diese entfallen im Berichtsjahr im Wesentlichen auf als Finanzinvestitionen gehaltene Beteiligungen, im Vorjahr im Wesentlichen auf sonstige Beteiligungen. Die Wertminderungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen betragen 3,1 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €).

Das Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen enthält im Wesentlichen den Ertrag aus der Veräußerung unserer polnischen Beteiligung Elektrownia Rybnik S.A.

(8) Finanzergebnis

Mio. € ¹	2012	2011
Zinsen und ähnliche Erträge	212,7	223,8
davon verbundene, nicht einbezogene Unternehmen	[0,1]	[0,4]
Andere Finanzerträge	183,2	123,2
Finanzerträge	395,9	347,0
Finanzierungszinsen	-300,3	-334,5
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-103,2	-58,9
Zinsanteil der Zuführungen zu den Schulden	-620,3	-594,2
Personalrückstellungen	[-231,1]	[-227,4]
Kerntechnische Rückstellungen	[-364,3]	[-349,4]
Sonstige langfristige Rückstellungen	[-19,0]	[-6,0]
Sonstige Schulden	[-5,9]	[-11,3]
Andere Finanzaufwendungen	-84,2	-163,1
Finanzaufwendungen	-1.108,0	-1.150,7
Finanzergebnis	-712,1	-803,7

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Zinsen und ähnlichen Erträge enthalten Zinserträge aus verzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen, Dividenden und sonstige Gewinnanteile.

Die Finanzierungszinsen beinhalten Aufwendungen für Bankzinsen und Anleihen in Höhe von 249,8 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 263,3 Mio.€), den Zinsanteil für die Kosten von Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 23,2 Mio.€ (Vorjahr: 28,8 Mio.€) sowie sonstige Finanzierungszinsen in Höhe von 27,3 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 42,4 Mio.€).

Der Anstieg der sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2012 resultiert im Wesentlichen aus einem neutralen Zinsaufwand aus der Senkung des Diskontierungszinssatzes für Kernenergie Rückstellungen von 5,5% auf 5,4%. Die Zinsanteile aus der Zuführung zu den Schulden betreffen im Wesentlichen die jährliche Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen.

Die anderen Finanzaufwendungen betreffen im Geschäftsjahr 2012 unter anderem Wertminderungen auf Ausleihungen in Höhe von 14,9 Mio.€ (Vorjahr: 6,1 Mio.€), Kursverluste aus Verkäufen von Wertpapieren in Höhe von 15,8 Mio.€ (Vorjahr: 65,8 Mio.€) sowie Aufwendungen aus Wertberichtigungen unserer Kapitalanlagen in Höhe von 26,3 Mio.€ (Vorjahr: 71,2 Mio.€). Diese sind im Wesentlichen der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet. Die anderen Finanzerträge enthalten unter anderem realisierte Kursgewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren in Höhe von 135,8 Mio.€ (Vorjahr: 110,3 Mio.€).

Die im Finanzergebnis dargestellten Gesamtzinserträge und Gesamtzinsaufwendungen der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten stellen sich wie folgt dar:

Gesamtzinserträge und -aufwendungen in Mio. € ¹	2012	2011
Gesamtzinserträge	217,3	247,5
Gesamtzinsaufwendungen	-287,0	-334,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Gesamtzinserträge und -aufwendungen resultieren aus Finanzinstrumenten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zinserträge aus Ausleihungen, Darlehen und Bankguthaben sowie um Zins- und Dividendenerträge finanzieller Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“. Die Zinsaufwendungen resultieren insbesondere aus den Anleihen, Bankverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing.

In den Gesamtzinserträgen sind wie im Vorjahr keine wesentlichen Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten enthalten.

(9) Ertragsteuern

Mio. € ¹	2012	2011
Tatsächliche Ertragsteuern		
Inländische Körperschaftsteuer	177,4	205,7
Inländische Gewerbesteuer	61,4	47,8
Ausländische Ertragsteuern	43,2	45,6
Summe	282,0	299,1
Latente Steuern		
Inland	-106,1	-247,8
Ausland	-3,3	-18,5
Summe	-109,4	-266,3
Ertragsteuern (- Ertrag/+ Aufwand)	172,6	32,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

In den tatsächlichen Ertragsteuern sind im Saldo Aufwendungen in Höhe von 100,9 Mio. € enthalten (Vorjahr: 158,7 Mio. € Aufwendungen), die vorangegangene Perioden betreffen. Diese sind im Wesentlichen durch eine beabsichtigte Neuregelung in den Einkommensteuerrichtlinien (EStR) verursacht. Danach soll die steuerliche Bewertung von Rückstellungen auf den Bewertungsansatz der Handelsbilanz begrenzt werden. Eine hiernach erforderliche erstmalige Auflösung (in den Steuerbilanzen 2010) kann durch die Bildung eines steuerlichen Sonderpostens auf bis zu 15 Jahre verteilt werden. Im Jahresabschluss 2012 wurde dieser Sichtweise Rechnung getragen, da mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Umsetzung in den EStR erfolgen wird.

In den latenten Steuern sind im Saldo Erträge in Höhe von 112,2 Mio. € enthalten (Vorjahr: 88,0 Mio. € Erträge), die vorangegangene Perioden betreffen. Diese sind im Wesentlichen durch die Anpassung der Steuerbilanzen an die beabsichtigte Neuregelung in den EStR entstanden.

Der Saldo der latenten Steuern enthält einen Aufwand in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr: 8,9 Mio. € Ertrag) aus der Änderung von Steuersätzen.

Im laufenden Geschäftsjahr betrug der Körperschaftsteuersatz 15,0% zuzüglich des Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% auf die Körperschaftsteuer. Der Gewerbesteuersatz lag bei 13,2%. Hieraus resultiert ein Steuersatz für Ertragsteuern in Höhe von 29,0%. Für die ausländischen Gesellschaften wird der im Sitzland jeweils maßgebliche Steuersatz zur Berechnung der Ertragsteuern zugrunde gelegt. Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten werden mit den im Zeitpunkt der Realisierung voraussichtlich gültigen Steuersätzen bewertet.

Die latenten Steuern setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. € ¹	2012	2011
Entstehung beziehungsweise Umkehrung temporärer Unterschiede	-192,6	-175,8
Entstehung noch nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge	-3,4	-89,4
Nutzung steuerlicher Verlustvorträge	87,5	0,0
Korrektur in Vorjahren nicht angesetzter Verlustvorträge	-0,9	-1,1
Latente Steuern (- Ertrag/+ Aufwand)	-109,4	-266,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Nutzung der steuerlichen Verlustvorträge resultiert im Wesentlichen aus der Anpassung der Steuerbilanzen an die beabsichtigte Neuregelung in den EStR.

Der latente Steuerertrag wurde 2012 durch den Ansatz bisher nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge um 0,9 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) erhöht.

Im Zusammenhang mit der im Jahr 2012 durchgeführten Kapitalerhöhung wurden tatsächliche Ertragsteuern in Höhe von 0,7 Mio. € direkt mit dem Eigenkapital verrechnet.

Die Überleitung vom theoretischen Ertragsteueraufwand zum effektiven Ertragsteueraufwand stellt sich wie folgt dar:

Mio. € ¹	2012	in %	2011	in %
Ergebnis vor Ertragsteuern	707,4		-758,1	
Theoretischer Steuersatz		29,0		29,0
Theoretische Ertragsteuern (- Ertrag/+ Aufwand)	205,1		-219,8	
Steuereffekte durch				
Unterschiede ausländischer Steuersätze und Steuersatzabweichungen	-15,1	-2,1	-38,8	5,1
Steuerfreie Erträge	-47,9	-6,8	-51,6	6,8
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	40,5	5,7	55,2	-7,3
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte aus Unternehmenszusammenschlüssen	1,3	0,2	0,0	0,0
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen und Kürzungen	18,0	2,5	19,2	-2,5
Equity-Bewertung von Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	-3,5	-0,5	193,2	-25,5
Veränderung nicht bewerteter Verlustvorträge	5,5	0,8	-0,6	0,1
Steuerfreie Veräußerungen von Beteiligungen	-32,9	-4,7	-1,9	0,2
Periodenfremde Steuern	-11,3	-1,6	70,7	-9,3
Wertberichtigung temporärer Differenzen	6,8	1,0	0,0	0,0
Sonstiges	6,1	0,9	7,2	-0,9
Effektive Ertragsteuern (- Ertrag/+ Aufwand)	172,6		32,8	
Effektive Steuerquote		24,4		-4,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

(10) Immaterielle Vermögenswerte

Mio. € ¹	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte	Geschäfts- oder Firmenwerte	Sonstige	Summe
Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2012	2.108,8	80,1	784,0	13,7	2.986,6
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	1,4	0,0	25,4	0,0	26,8
Zugänge	16,0	4,2	0,0	3,6	23,8
Umbuchungen	10,1	3,2	0,0	-8,2	5,1
Währungsanpassungen	7,0	0,0	6,5	0,0	13,5
Abgänge	-16,4	0,0	0,0	-2,8	-19,2
Stand: 31.12.2012	2.126,9	87,5	815,9	6,3	3.036,6
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2012	905,4	63,1	13,9	0,0	982,4
Zugänge	107,5	8,5	0,0	0,0	116,0
Währungsanpassungen	1,3	0,0	0,0	0,0	1,3
Abgänge	-16,0	0,0	0,0	0,0	-16,0
Wertminderungen	21,6	0,0	4,6	0,0	26,2
Stand: 31.12.2012	1.019,8	71,6	18,5	0,0	1.109,9
Buchwerte					
Stand: 31.12.2012	1.107,1	15,9	797,4	6,3	1.926,7
Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten					
Stand: 01.01.2011	2.112,7	80,8	839,5	11,4	3.044,4
Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	-26,9	0,0	-35,2	0,0	-62,1
Stand: 01.01.2011	2.085,8	80,8	804,3	11,4	2.982,3
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-0,1	0,0	-4,0	0,0	-4,1
Zugänge	28,2	0,6	0,0	9,4	38,2
Umbuchungen	10,2	0,0	0,0	-7,1	3,1
Währungsanpassungen	-2,8	0,0	-7,6	0,0	-10,4
Abgänge	-12,5	-1,3	-8,7	0,0	-22,5
Stand: 31.12.2011	2.108,8	80,1	784,0	13,7	2.986,6
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2011	797,9	52,5	49,1	0,0	899,5
Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	-0,8	0,0	-35,2	0,0	-36,0
Stand: 01.01.2011	797,1	52,5	13,9	0,0	863,5
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	-0,2	0,0	0,0	0,0	-0,2
Zugänge	112,8	11,5	0,0	0,0	124,3
Währungsanpassungen	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2
Abgänge	-6,5	-1,0	0,0	0,0	-7,5
Wertminderungen	2,0	0,1	0,0	0,0	2,1
Stand: 31.12.2011	905,4	63,1	13,9	0,0	982,4
Buchwerte					
Stand: 31.12.2011	1.203,4	17,0	770,1	13,7	2.004,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die immateriellen Vermögenswerte betragen zum 01.01.2011 2.118,8 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -26,1 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -30,4 Mio. €).

Vom Buchwert der immateriellen Vermögenswerte entfallen 89,1 Mio. € (Vorjahr: 122,1 Mio. €) auf Finanzierungsleasingverträge. Diese betreffen im Wesentlichen ein Strombezugsrecht in Höhe von 88,7 Mio. € (Vorjahr: 120,9 Mio. €). Die Laufzeit des Vertrags endet im Jahr 2015. Außerdem sind im Buchwert der immateriellen Vermögenswerte Konzessionen zum Betreiben von Kraftwerken in Höhe von 636,4 Mio. € (Vorjahr angepasst: 658,7 Mio. €) und Kundenbeziehungen in Höhe von 212,3 Mio. € (Vorjahr: 237,3 Mio. €) enthalten. Die Restnutzungsdauern für Kraftwerkskonzessionen betragen zwischen 15 und 60 Jahren.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 36,9 Mio. € (Vorjahr: 37,0 Mio. €) für Forschung und Entwicklung aufgewendet. Darin enthalten sind öffentliche Zuschüsse in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €). Die nach IFRS geforderten Aktivierungskriterien wurden nicht erfüllt.

Zur Durchführung des Wertminderungstests wurden die Geschäfts- oder Firmenwerte den jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Im Jahr 2012 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 4,6 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) vorgenommen.

Zum 31. Dezember 2012 betrug der gesamte Geschäfts- oder Firmenwert 797,4 Mio. € (Vorjahr: 770,1 Mio. €). Von diesem Betrag entfallen 84,6 % (Vorjahr: 85,0 %) auf die in der folgenden Tabelle dargestellten zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten:

Zahlungsmittelgenerierende Einheiten/ Gruppe von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten	Diskontierungsfaktoren nach Steuern in %		Geschäfts- oder Firmenwert in Mio. €	
	2012	2011	2012	2011
Teilkonzern PRE	6,6–8,2	6,3–7,9	264,9	258,4
Stromverteilung/Stromvertrieb	4,6–6,9	4,6–6,6	146,9	133,0
Teilkonzern Stadtwerke Düsseldorf AG	4,6–6,9	4,6–6,6	127,4	127,4
Teilkonzern Energiedienst Holding AG	4,6–6,9	4,6–6,6	135,6	135,6

Die den anderen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten beziehungsweise Gruppen von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte betrugen jeweils weniger als 10 % des gesamten Geschäfts- oder Firmenwerts. Ihre Summe belief sich insgesamt auf 122,6 Mio. € (Vorjahr: 115,7 Mio. €).

Die Bestimmung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten erfolgt grundsätzlich auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten. Der beizulegende Zeitwert wird anhand eines Unternehmensbewertungsmodells unter Zugrundelegung von Cashflow-Planungen ermittelt, die auf den vom Vorstand für einen Zeitraum von drei Jahren genehmigten und zum Zeitpunkt der Durchführung des Wertminderungstests gültigen Mittelfristplanungen basieren. Die Planungen beruhen auf Erfahrungen der Vergangenheit sowie auf Einschätzungen über die künftige Marktentwicklung.

Wesentliche Annahmen, auf denen die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Veräußerungskosten basiert, umfassen die Prognosen künftiger Strom- und Gaspreise, der Rohstoffpreise, der unternehmensbezogenen Investitionstätigkeit, der regulatorischen Rahmenbedingungen sowie von Wachstums- und Diskontierungszinssätzen.

Die zur Diskontierung der Cashflows verwendeten Zinssätze werden auf Basis von Marktdaten ermittelt und liegen zwischen 4,6 % und 8,2 % nach Steuern beziehungsweise zwischen 6,5 % und 10,1 % vor Steuern (Vorjahr: 4,6 % bis 7,9 % nach Steuern und 6,5 % bis 9,7 % vor Steuern).

Für die Extrapolation der Cashflows jenseits des Detailplanungszeitraums werden zur Berücksichtigung des erwarteten preis- und mengenbedingten Wachstums konstante Wachstumsraten von 0,0 % und 1,5 % (Vorjahr: 0,0 % und 1,5 %) zugrunde gelegt.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte entwickelten sich in den einzelnen Geschäftsfeldern wie folgt:

Mio. €	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienst- leistungen	Summe
Buchwerte Stand: 01.01.2012	139,0	514,3	75,2	41,6	770,1
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,3	14,0	0,0	11,1	25,4
Sonstige Veränderungen	0,0	6,5	0,0	-4,6	1,9
Buchwerte Stand: 31.12.2012	139,3	534,8	75,2	48,1	797,4
Buchwerte Stand: 01.01.2011	139,0	530,6	75,2	45,6	790,4
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	-4,0	-4,0
Sonstige Veränderungen	0,0	-16,3	0,0	0,0	-16,3
Buchwerte Stand: 31.12.2011	139,0	514,3	75,2	41,6	770,1

(11) Sachanlagen

Mio. € ¹	Grund- stücke und Bauten	Kraftwerks- anlagen	Vertei- lungs- anlagen	Andere Anlagen	Anlagen im Bau	Summe
Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2012	3.873,6	14.156,6	14.585,4	1.508,0	1.621,8	35.745,4
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	1,7	17,9	52,0	10,5	3,3	85,4
Zugänge	21,0	167,5	294,0	49,9	332,5	864,9
Umbuchungen	5,5	47,8	75,4	13,5	-165,5	-23,3
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-1,5	0,0	2,5	0,0	-0,8	0,2
Währungsanpassungen	3,0	1,4	30,4	-0,1	0,5	35,2
Abgänge	-7,9	-42,9	-221,7	-47,1	-13,2	-332,8
Stand: 31.12.2012	3.895,4	14.348,3	14.818,0	1.534,7	1.778,6	36.375,0
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2012	1.610,5	10.653,3	8.703,6	984,3	2,2	21.953,9
Zugänge	71,3	286,6	323,3	92,4	0,0	773,6
Umbuchungen	-6,6	0,0	0,0	-0,8	0,0	-7,4
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5
Währungsanpassungen	1,1	0,8	11,2	-0,2	0,0	12,9
Abgänge	-3,3	-31,2	-163,2	-43,4	0,0	-241,1
Wertminderungen	0,1	99,9	2,8	0,2	0,0	103,0
Zuschreibungen	0,0	-0,8	-1,1	0,0	0,0	-1,9
Stand: 31.12.2012	1.672,6	11.008,6	8.876,6	1.032,5	2,2	22.592,5
Buchwerte						
Stand: 31.12.2012	2.222,8	3.339,7	5.941,4	502,2	1.776,4	13.782,5
Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten						
Stand: 01.01.2011	3.806,4	13.831,3	14.592,3	1.523,1	1.695,0	35.448,1
Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	-8,0	-79,6	-37,3	-2,6	-103,8	-231,3
Stand: 01.01.2011	3.798,4	13.751,7	14.555,0	1.520,5	1.591,2	35.216,8
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	1,8	36,7	2,3	-0,2	7,1	47,7
Zugänge	44,7	180,2	342,3	77,9	465,2	1.110,3
Umbuchungen	41,4	235,8	97,2	26,5	-392,0	8,9
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-1,0	0,0	-116,9	0,0	-2,7	-120,6
Währungsanpassungen	-3,0	5,6	-34,5	0,4	-0,5	-32,0
Abgänge	-8,7	-53,4	-260,0	-117,1	-46,5	-485,7
Stand: 31.12.2011	3.873,6	14.156,6	14.585,4	1.508,0	1.621,8	35.745,4
Kumulierte Abschreibungen						
Stand: 01.01.2011	1.489,6	10.393,3	8.586,6	994,2	48,7	21.512,4
Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	-2,2	-16,9	-16,6	-1,8	0,0	-37,5
Stand: 01.01.2011	1.487,4	10.376,4	8.570,0	992,4	48,7	21.474,9
Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	0,0	-0,4	0,0	-0,4
Zugänge	75,2	223,5	330,0	97,7	0,0	726,4
Umbuchungen	41,4	-41,2	0,1	3,4	0,0	3,7
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-0,1	0,0	-88,8	0,0	0,0	-88,9
Währungsanpassungen	-1,3	3,3	-13,2	0,2	0,0	-11,0
Abgänge	-3,4	-39,0	-221,8	-113,5	-46,5	-424,2
Wertminderungen	11,3	130,3	128,3	4,5	0,0	274,4
Zuschreibungen	0,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	-1,0
Stand: 31.12.2011	1.610,5	10.653,3	8.703,6	984,3	2,2	21.953,9
Buchwerte						
Stand: 31.12.2011	2.263,1	3.503,3	5.881,8	523,7	1.619,6	13.791,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die Sachanlagen betragen zum 01.01.2011 13.741,9 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -193,8 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -268,1 Mio. €).

Gegenstände des Sachanlagevermögens dienen der Besicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 128,1 Mio. € (Vorjahr angepasst: 10,0 Mio. €). Davon entfallen auf Grundpfandrechte 2,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 8,9 Mio. €).

Die Grundstücke und Bauten umfassen unter anderem auch grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken. Bei den anderen Anlagen werden Abfallentsorgungsanlagen, sonstige technische Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mitberücksichtigt.

Vom Buchwert der Sachanlagen entfallen 79,4 Mio. € (Vorjahr: 75,7 Mio. €) auf Finanzierungsleasingverträge. Diese betreffen im Wesentlichen zwei Erdgaskavernen, bei denen die Vertragslaufzeit den überwiegenden Teil der Nutzungsdauer umfasst.

Die Buchwerte der in den langfristigen Vermögenswerten aktivierten Finanzierungsleasingverträge sind nachfolgend zusammengefasst dargestellt:

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	89,1	122,1
Technische Anlagen und Maschinen	79,4	75,7
Gesamt	168,5	197,8

Die Konzerninvestitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen in Höhe von 816,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 1.084,5 Mio. €) lassen sich wie folgt aus dem Anlagespiegel ableiten:

Mio. € ¹	2012	2011
Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen laut Anlagespiegel	888,7	1.148,5
abzüglich Zugängen zu aktivierten Vermögenswerten aus Finanzierungsleasingverträgen	-5,2	0,0
abzüglich Zugängen zur aktivierten Rückstellung für Stilllegung und Abbau von Sachanlagen	-67,0	-64,0
zuzüglich Zugängen zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte	0,3	0,0
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	816,8	1.084,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Mio. €	
Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2012	150,4
Umbuchungen	13,7
Abgänge	-2,5
Stand: 31.12.2012	161,6
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2012	73,1
Zugänge	1,8
Umbuchungen	6,9
Abgänge	-0,8
Zuschreibungen	-0,9
Stand: 31.12.2012	80,1
Buchwert	
Stand: 31.12.2012	81,5
Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten	
Stand: 01.01.2011	169,7
Umbuchungen	-13,2
Abgänge	-6,1
Stand: 31.12.2011	150,4
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2011	70,7
Zugänge	2,1
Umbuchungen	-3,7
Abgänge	-2,4
Wertminderungen	6,4
Stand: 31.12.2011	73,1
Buchwert	
Stand: 31.12.2011	77,3

Der Marktwert der Immobilien, die als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien zu klassifizieren sind, betrug zum Bilanzstichtag 101,1 Mio. € (Vorjahr: 100,9 Mio. €). Der Marktwert wurde entweder durch ein Discounted-Cashflow-Verfahren ermittelt oder aus aktuellen Marktpreisen abgeleitet. Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien wurden wie im Vorjahr fast vollständig von externen Gutachtern bewertet. Die Mieterträge betrugen 7,8 Mio. € (Vorjahr: 7,6 Mio. €). Die direkt zurechenbaren betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 0,8 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €). Die betrieblichen Aufwendungen, denen keine Mieterträge gegenüberstehen, betrugen 0,7 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €).

Es bestehen wie im Vorjahr keine Verpflichtungen zum Erwerb von Immobilien, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden durch den Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien Veräußerungserlöse in Höhe von 6,3 Mio. € (Vorjahr: 4,3 Mio. €) erzielt.

Die Forderungen aus unkündbaren operativen Leasingverhältnissen des EnBW-Konzerns in Höhe von 95,8 Mio. € (Vorjahr: 87,7 Mio. €) stammen im Wesentlichen aus der Vermietung von Gewerbe- und Wohnimmobilien. In der abgelaufenen Periode wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen vereinnahmt.

Die ausstehenden Mindestleasingzahlungen weisen folgende Fälligkeiten auf:

Mio. €	2012	2011
Fälligkeit bis 1 Jahr	28,5	19,9
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	32,6	30,6
Fälligkeit über 5 Jahre	34,7	37,2
Gesamt	95,8	87,7

(13) At equity bewertete Unternehmen

Mio. € ¹	
Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2012	3.816,3
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	91,2
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-840,7
Währungsanpassungen	17,4
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-123,7
Sonstige Zu-/Abgänge	49,4
Stand: 31.12.2012	3.009,9
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2012	773,9
Wertminderungen	159,7
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-185,6
Zuschreibungen	-94,0
Stand: 31.12.2012	654,0
Buchwert	
Stand: 31.12.2012	2.355,9
Anschaffungskosten	
Stand: 01.01.2011	4.063,8
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	36,8
Zu-/Abgänge aufgrund von Ergebnissen	-74,9
Zu-/Abgänge aufgrund von direkt im Eigenkapital erfassten Beträgen	-6,7
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-131,4
Währungsanpassungen	-45,8
Abgänge aufgrund von Dividendenausschüttungen	-126,6
Sonstige Zu-/Abgänge	101,1
Stand: 31.12.2011	3.816,3
Kumulierte Abschreibungen	
Stand: 01.01.2011	168,7
Wertminderungen	630,2
Zuschreibungen	-25,0
Stand: 31.12.2011	773,9
Buchwert	
Stand: 31.12.2011	3.042,4

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die at equity bewerteten Unternehmen betragen zum 01.01.2011 3.895,1 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von 142,6 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von 237,2 Mio. €).

Die folgenden Darstellungen zeigen die wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz der at equity bewerteten Unternehmen:

Ergebnisdaten at equity bewerteter Unternehmen in Mio. € ¹	2012		2011	
	Gesamt	Davon Gemeinschafts-unternehmen	Gesamt	Davon Gemeinschafts-unternehmen
Umsatzerlöse	14.527,5	103,0	14.623,4	91,3
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	563,8	-4,2	144,2	-21,2
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-538,3	2,0	-824,3	35,4
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	25,5	-2,2	-680,1	14,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Bilanzdaten at equity bewerteter Unternehmen in Mio. € ¹	31.12.2012		31.12.2011		01.01.2011	
	Gesamt	Davon Gemeinschafts-unternehmen	Gesamt	Davon Gemeinschafts-unternehmen	Gesamt	Davon Gemeinschafts-unternehmen
Vermögenswerte	16.343,5	789,7	21.828,6	753,4	22.456,2	583,0
Schulden	11.215,2	319,8	14.001,9	312,4	13.931,7	281,3
Eigenkapital	5.128,1	469,9	7.826,7	441,0	8.524,5	301,7
Anpassung an EnBW-Anteil und Equity-Bewertung	-2.772,2	-218,3	-4.784,3	-203,8	-4.629,4	-159,1
Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	2.355,9	251,6	3.042,4	237,2	3.895,1	142,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Bei den Gemeinschaftsunternehmen waren Vermögenswerte von 718,6 Mio.€ (31. Dezember 2011: 633,2 Mio.€; 1. Januar 2011: 458,3 Mio.€) und Schulden von 246,8 Mio.€ (31. Dezember 2011: 169,3 Mio.€; 1. Januar 2011: 165,0 Mio.€) langfristig.

Der Börsenwert der Anteile, für die öffentliche Marktpreise existieren, liegt bei 98,0 Mio.€ (Vorjahr: 776,6 Mio.€). Die entsprechenden Buchwerte dieser Anteile betragen 171,3 Mio.€ (Vorjahr: 824,1 Mio.€). Aufgrund des höheren Nutzungswerts besteht kein zusätzlicher Wertminderungsbedarf.

Die Elektrizitätswerk Rheinau AG hat einen abweichenden Abschlussstichtag und wird mit ihren Jahresabschlusszahlen zum Stichtag 30. September 2012 einbezogen.

(14) Übrige finanzielle Vermögenswerte

Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Beteili- gungen ¹	Langfristige Wertpapiere ²	Aus- leihungen	Summe
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2012	104,0	713,2	4.850,8	97,2	5.765,2
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,5	0,0	0,0	-7,1	-6,6
Zugänge	13,9	118,7	3.296,9	4,9	3.434,4
Umbuchungen	0,5	-1,1	-623,7	-3,4	-627,7
Währungsanpassungen	0,0	0,2	0,0	-0,7	-0,5
Abgänge	-62,1	-48,2	-2.042,2	-8,3	-2.160,8
Stand: 31.12.2012	56,8	782,8	5.481,8	82,6	6.404,0
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2012	31,4	128,6	154,8	7,6	322,4
Wertminderungen	3,1	25,8	26,3	14,9	70,1
Abgänge	-5,9	-1,6	-39,5	-0,2	-47,2
Stand: 31.12.2012	28,6	152,8	141,6	22,3	345,3
Buchwerte					
Stand: 31.12.2012	28,2	630,0	5.340,2	60,3	6.058,7
Anschaffungskosten					
Stand: 01.01.2011	84,0	659,8	5.421,8	99,3	6.264,9
Zu-/Abgänge durch Änderungen des Konsolidierungskreises	0,0	-20,4	0,0	0,0	-20,4
Zugänge	21,6	97,6	3.201,9	10,4	3.331,5
Umbuchungen	0,2	-0,2	-453,6	1,3	-452,3
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	0,0	-54,1	0,0	-54,1
Währungsanpassungen	0,0	0,8	0,0	0,6	1,4
Abgänge	-1,8	-24,4	-3.265,2	-14,4	-3.305,8
Stand: 31.12.2011	104,0	713,2	4.850,8	97,2	5.765,2
Kumulierte Abschreibungen					
Stand: 01.01.2011	31,0	120,2	161,6	1,5	314,3
Wertminderungen	0,4	8,4	71,2	6,1	86,1
Umbuchungen in zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,0	0,0	-17,8	0,0	-17,8
Abgänge	0,0	0,0	-60,2	0,0	-60,2
Stand: 31.12.2011	31,4	128,6	154,8	7,6	322,4
Buchwerte					
Stand: 31.12.2011	72,6	584,6	4.696,0	89,6	5.442,8

¹ Von den Buchwerten entfallen 501,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 427,4 Mio. €) auf Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden.

² Von den Zugängen der Anschaffungskosten stammen 317,9 Mio. € (Vorjahr: 99,0 Mio. €), von den Abgängen der Anschaffungskosten 59,3 Mio. € (Vorjahr: 448,1 Mio. €) aus der Marktbewertung.

Bei den im Finanzanlagevermögen ausgewiesenen Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich um aus Wesentlichkeitsgründen nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen.

Bei den langfristigen Wertpapieren handelt es sich vor allem um festverzinsliche Wertpapiere sowie um börsennotierte Aktien. Ein Großteil der langfristigen Wertpapiere wird in Spezialfonds gehalten. Im Rahmen der Konsolidierung werden die einzelnen Wertpapiere der Spezialfonds in der Konzernbilanz gesondert nach der jeweiligen Anlageart ausgewiesen.

Die Ausleihungen bestehen aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €), aus Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 23,2 Mio. € (Vorjahr: 24,1 Mio. €) sowie aus sonstigen Ausleihungen in Höhe von 36,8 Mio. € (Vorjahr: 65,1 Mio. €).

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte werden auf einem gesonderten Wertberichtigungskonto erfasst und sind aus dem Anlagespiegel ersichtlich.

(15) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Mio. € ¹	31.12.2012			31.12.2011		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.919,3	567,4	4.486,7	3.075,3	531,1	3.606,4
davon Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	(18,7)	(10,0)	(28,7)	(34,4)	(10,0)	(44,4)
davon Forderungen gegenüber Beteiligungen	(32,5)	(0,0)	(32,5)	(35,0)	(0,0)	(35,0)
davon Forderungen gegenüber at equity bewerteten Unternehmen	(35,1)	(0,0)	(35,1)	(33,9)	(0,0)	(33,9)

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 01.01.2011 3.688,2 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -4,8 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -6,1 Mio. €).

Bei den langfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen in Zusammenhang mit Stromlieferungen, deren Laufzeiten nicht dem gewöhnlichen Geschäftszyklus entsprechen.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2012	2011
Stand zum 01.01.	69,1	35,5
Verbrauch	-54,4	-25,1
Nettozuführungen	37,9	58,7
Stand zum 31.12.	52,6	69,1

Die in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthaltenen Kreditrisiken stellen sich wie folgt dar:

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	4.359,6	3.455,6
Überfällig und nicht wertgemindert		
Laufzeit bis 3 Monate	48,2	63,4
Laufzeit zwischen 3 und 6 Monaten	12,0	13,1
Laufzeit zwischen 6 Monaten und 1 Jahr	1,5	8,3
Laufzeit über 1 Jahr	5,5	1,1
Wertgemindert	59,9	64,9
Gesamt	4.486,7	3.606,4

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Für die nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(16) Ertragsteuererstattungsansprüche

Unter den kurz- und langfristigen Ertragsteuererstattungsansprüchen sind im Wesentlichen anrechenbare Kapitalertragsteuern aus Vorjahren sowie des laufenden Jahres ausgewiesen. Ferner ist das Körperschaftsteuerguthaben aus der Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren nach dem Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 durch die Neuregelung des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) vom 7. Dezember 2006 enthalten.

(17) Sonstige Vermögenswerte

Mio. € ¹	31.12.2012			31.12.2011		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Sonstige Steuererstattungsansprüche	136,7	0,1	136,8	58,1	0,0	58,1
Derivate	1.442,0	154,9	1.596,9	1.447,8	163,8	1.611,6
davon ohne Sicherungsbeziehung	(1.392,4)	(21,4)	(1.413,8)	(1.297,3)	(9,5)	(1.306,8)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(23,5)	(0,1)	(23,6)	(129,3)	(49,8)	(179,1)
davon in Sicherungsbeziehung Fair Value Hedge	(26,1)	(133,4)	(159,5)	(21,2)	(104,5)	(125,7)
Forderungen aus Finanzierungsleasing	5,1	33,5	38,6	4,8	36,3	41,1
Geleistete Anzahlungen	46,4	58,2	104,6	129,1	58,2	187,3
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	14,0	32,1	46,1	17,6	32,4	50,0
Übrige Vermögenswerte	560,3	25,8	586,1	621,9	24,2	646,1
Gesamt	2.204,5	304,6	2.509,1	2.279,3	314,9	2.594,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die sonstigen Vermögenswerte betragen zum 01.01.2011 1.917,3 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -9,1 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -16,8 Mio. €).

Die Forderungen aus Finanzierungsleasing resultieren aus Verträgen zur Lieferung verschiedener Energiemedien wie Strom, Wärme, Kälte und Druckluft, bei denen das wirtschaftliche Eigentum der geleasten technischen Anlagen und Maschinen dem Leasingnehmer zuzurechnen ist. Die Leasingverträge beinhalten Preisanpassungsklauseln sowie Mietverlängerungs- und Kaufoptionen.

Den Verträgen liegen folgende Parameter und Fristigkeiten zugrunde:

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Summe der Leasingraten	48,8	53,0
Zinsanteil der ausstehenden Leasingraten	10,2	11,9
Barwert der ausstehenden Leasingraten	38,6	41,1

Die ausstehenden Leasingraten haben folgende Fälligkeiten:

Mio. €	Nominalwert		Barwert	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Fälligkeit bis 1 Jahr	7,4	7,1	5,8	5,6
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	26,0	26,5	20,6	20,5
Fälligkeit über 5 Jahre	15,4	19,4	12,2	15,0
Gesamt	48,8	53,0	38,6	41,1

Für ausstehende Forderungen aus Finanzierungsleasing waren wie im Vorjahr keine Wertberichtigungen und Zuschreibungen erforderlich.

Die geleisteten Anzahlungen enthalten Anzahlungen für Strombezugsverträge in Höhe von 77,0 Mio. € (Vorjahr: 72,7 Mio. €). Von den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen 13,7 Mio. € (Vorjahr: 18,8 Mio. €) abgegrenzte Leasingraten.

Die übrigen Vermögenswerte enthalten Sicherheitsleistungen für außerbörsliche Handelsgeschäfte in Höhe von 204,4 Mio. € (Vorjahr: 45,1 Mio. €) sowie Variation Margins in Höhe von 184,9 Mio. € (Vorjahr: 340,7 Mio. €).

Die Wertberichtigungen auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete sonstige Vermögenswerte entwickelten sich wie folgt:

Mio. €	2012	2011
Stand zum 01.01.	34,1	34,5
Verbrauch	-0,3	-1,8
Nettozuführungen	4,5	1,4
Stand zum 31.12.	38,3	34,1

Die Kreditrisiken der in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen Finanzinstrumente stellen sich wie folgt dar:

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Nicht überfällig und nicht wertgemindert	2.198,6	2.286,2
Überfällig und nicht wertgemindert		
Laufzeit bis 3 Monate	0,3	0,2
Laufzeit zwischen 3 und 6 Monaten	0,2	0,0
Laufzeit zwischen 6 Monaten und 1 Jahr	0,1	0,1
Laufzeit über 1 Jahr	0,3	0,2
Wertgemindert	12,2	6,8
Gesamt	2.211,7	2.293,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Für die nicht wertgeminderten sonstigen Vermögenswerte liegen zum Bilanzstichtag keine Anzeichen eines Wertberichtigungsbedarfs vor.

(18) Vorratsvermögen

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	790,5	438,1
Kernbrennelemente (inkl. darauf geleistete Anzahlungen)	306,3	287,0
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	58,5	87,2
Fertige Erzeugnisse und Waren	129,3	141,4
Geleistete Anzahlungen	1,3	1,4
Gesamt	1.285,9	955,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Das Vorratsvermögen beträgt zum 01.01.2011 987,8 Mio. €. Es enthält rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -3,3 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -3,0 Mio. €).

Es liegen keine Sicherungsübereignungen von Vorräten vor. Wesentliche langfristige Fertigungsaufträge, die eine Bilanzierung als langfristige Auftragsfertigung erfordern würden, sind nicht gegeben.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf die Vorräte in Höhe von 9,1 Mio. € (Vorjahr: 100,4 Mio. €) vorgenommen. Die Abschreibungen des Vorjahres betreffen Wertberichtigungen auf Kernbrennelemente und Spezialwerkzeuge.

Von den Vorräten sind 137,7 Mio. € (Vorjahr: 143,0 Mio. €) zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Für das Geschäftsjahr 2012 hat die EnBW 14,7 Mio. t (Vorjahr: 14,9 Mio. t) Emissionsrechte unentgeltlich durch staatliche Zuteilung erworben.

(19) Finanzielle Vermögenswerte

Die kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte enthalten im Wesentlichen festverzinsliche Wertpapiere. Die übrigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte betreffen im Wesentlichen Ausleihungen. Aufgrund der Bewertung zum Marktwert ergaben sich im Geschäftsjahr Zuschreibungen in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €) sowie Abschreibungen in Höhe von 2,0 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €).

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Genussscheine, Fonds und Aktien	757,9	987,2
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	27,7	23,8
Gesamt	785,6	1.011,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die finanziellen Vermögenswerte betragen zum 01.01.2011 964,2 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von 8,4 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von 0,0 Mio. €).

Insgesamt wurden kurzfristige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 204,1 Mio. € (Vorjahr: 207,1 Mio. €) als Sicherheiten gestellt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sicherheiten für Börsengeschäfte, die sich entsprechend der Entwicklung des Handelsvolumens verändern. Die gestellten Sicherheiten unterliegen einer marktüblichen Verzinsung. Bei Nichterfüllung der durch die Börsengeschäfte resultierenden Verpflichtungen werden diese Sicherheiten von den Börsen in Anspruch genommen.

(20) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel betreffen im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind.

Wesentliche Verfügungsbeschränkungen für Zahlungsmittel bestanden nicht.

(21) Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals und das Gesamtergebnis sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung gesondert dargestellt. Die Bestandteile des Gesamtergebnisses sind in der Gesamtergebnisrechnung dargestellt.

Gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklage

Das Grundkapital der EnBW AG beträgt zum 31. Dezember 2012 708.108.042,24 € (Vorjahr: 640.015.872,00 €) und ist in 276.604.704 (Vorjahr: 250.006.200) auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt, die voll eingezahlt sind. Die Stückaktien sind rechnerisch mit jeweils 2,56 €/Stück (Vorjahr: 2,56 €/Stück) am gezeichneten Kapital beteiligt.

Die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH und die OEW Energie-Beteiligungs GmbH halten zum 31. Dezember 2012 jeweils direkt 46,75 % des Grundkapitals der EnBW AG (Vorjahr: NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH und die OEW Energie-Beteiligungs GmbH jeweils 46,55 %).

Im dritten Quartal 2012 erfolgte bei der EnBW AG eine Kapitalerhöhung unter Ausnutzung des von der Hauptversammlung am 26. April 2012 geschaffenen genehmigten Kapitals. Durch die Ausgabe von 26.598.504 neuen auf den Inhaber lautenden Stammaktien zum Bezugspreis von je 30,90 € ergab sich ein Bruttoemissionserlös in Höhe von 821,9 Mio. €. Die in Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung angefallenen Kosten in Höhe von 2,5 Mio. € abzüglich des darauf entfallenden Steuereffekts in Höhe von 0,7 Mio. € wurden erfolgsneutral mit der Kapitalrücklage verrechnet. Das Grundkapital erhöhte sich durch die Kapitalerhöhung von 640,0 Mio. € um 68,1 Mio. € auf 708,1 Mio. €. Die Kapitalrücklage erhöhte sich durch die Kapitalerhöhung von 22,2 Mio. € um 752,0 Mio. € auf 774,2 Mio. €.

In der Kapitalrücklage sind die Beträge enthalten, die bei der Ausgabe von Aktien der EnBW AG über den rechnerischen Wert der Aktien hinaus erzielt wurden.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten im Wesentlichen die anteiligen Gewinnrücklagen der Muttergesellschaft und der sonstigen einbezogenen Gesellschaften nach dem Erstkonsolidierungszeitpunkt.

Bilanzgewinn der EnBW AG

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 23,1 Mio. € (Vorjahr: 299,5 Mio. €) ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 359,6 Mio. € (Vorjahr: 230,7 Mio. €). Wir werden der Hauptversammlung vorschlagen, aus dem Bilanzgewinn der EnBW AG eine Dividende von 0,85 € (Vorjahr: 0,85 €) je Aktie auszuschütten. Zum 31. Dezember 2012 waren insgesamt 270.855.027 Aktien (Vorjahr: 244.256.523 Aktien) dividendenberechtigt. Die Ausschüttungssumme der EnBW AG für das Geschäftsjahr 2012 wird bei entsprechendem Beschluss durch die Hauptversammlung 230,2 Mio. € (Vorjahr: 207,6 Mio. €) betragen.

Der Bilanzgewinn der EnBW AG wird innerhalb der Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Eigene Aktien

Zum 31. Dezember 2012 hält die EnBW AG 5.749.677 Stück eigene Aktien (Vorjahr: 5.749.677 Stück eigene Aktien). Die Anschaffungskosten der eigenen Anteile in Höhe von 204,1 Mio. € wurden vom Buchwert des Eigenkapitals abgesetzt. Der auf sie entfallende Betrag des Grundkapitals beläuft sich auf 14.719.173,12 €. Dies entspricht 2,1 % (31. Dezember 2011: 2,3 %) des gezeichneten Kapitals.

Aus den unmittelbar und mittelbar gehaltenen eigenen Aktien stehen der Gesellschaft keine Rechte zu; sie sind nicht dividendenberechtigt. Die eigenen Aktien werden entsprechend den Regelungen der IFRS nicht als Wertpapiere ausgewiesen, sondern in einer Summe vom Eigenkapital offen abgesetzt.

Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen

In den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen werden Marktwertänderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, Marktwertänderungen von Cashflow Hedges, die direkt im Eigenkapital erfassten Werte für die Equity-Bewertung sowie Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung ausländischer Abschlüsse erfasst.

Hinsichtlich der erfolgsneutralen Veränderungen der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte sowie der Cashflow Hedges verweisen wir auf die Ausführungen zum Kapitel (27) „Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten“.

Darstellung der Bestandteile der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge:

2012 Mio. €	Unter- schied aus der Wäh- rungsum- rechnung	Cash- flow Hedge	Zur Ver- äußerung verfügbare finanzielle Vermö- genswerte	At equity bewer- tete Unter- nehmen	Anteile der Aktionäre der EnBW AG	Nicht beherr- schende Anteile	Summe
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Marktwertänderungen	37,5	-461,7	267,3	0,0	-156,9	13,3	-143,6
Ergebniswirksame Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	7,4	139,0	-97,7	0,0	48,7	0,2	48,9
Umgliederung in die Anschaffungskosten von gesicherten Geschäften		6,6			6,6	0,0	6,6
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge vor Steuern	44,9	-316,1	169,6	0,0	-101,6	13,5	-88,1
Ertragsteuern	0,2	99,6	-21,1	0,0	78,7	-1,7	77,0
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	45,1	-216,5	148,5	0,0	-22,9	11,8	-11,1

2011 Mio. €	Unter- schied aus der Wäh- rungsum- rechnung	Cash- flow Hedge	Zur Ver- äußerung verfügbare finanzielle Vermö- genswerte	At equity bewer- tete Unter- nehmen	Anteile der Aktionäre der EnBW AG	Nicht beherr- schende Anteile	Summe
In der laufenden Periode entstandene unrealisierte Marktwertänderungen	-67,1	-115,6	-349,3	-6,7	-538,7	-25,6	-564,3
Ergebniswirksame Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-3,0	65,8	26,1	0,0	88,9	0,1	89,0
Umgliederung in die Anschaffungskosten von gesicherten Geschäften		-49,3			-49,3	0,0	-49,3
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge vor Steuern	-70,1	-99,1	-323,2	-6,7	-499,1	-25,5	-524,6
Ertragsteuern	1,3	40,0	5,5	0,0	46,8	3,5	50,3
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	-68,8	-59,1	-317,7	-6,7	-452,3	-22,0	-474,3

Darstellung der Steuereffekte der unrealisierten Aufwendungen und Erträge im Eigenkapital:

Mio. €	2012			2011		
	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern
Unterschied aus der Währungsumrechnung	44,5	0,2	44,7	-80,3	1,3	-79,0
Cashflow Hedge	-455,3	111,3	-344,0	-128,0	53,9	-74,1
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	267,2	-33,9	233,3	-349,3	1,0	-348,3
At equity bewertete Unternehmen	0,0	0,0	0,0	-6,7	0,0	-6,7
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	-143,6	77,6	-66,0	-564,3	56,2	-508,1

Darstellung der Steuereffekte der ergebniswirksamen Umgliederungen in die Gewinn- und Verlustrechnung und in die Anschaffungskosten von gesicherten Geschäften:

Mio. €	2012			2011		
	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern	Vor Steuern	Steuer-aufwand/-ertrag	Nach Steuern
Unterschied aus der Währungsumrechnung	7,1	0,0	7,1	-2,8	0,0	-2,8
Cashflow Hedge	145,7	-13,4	132,3	16,5	-11,0	5,5
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-97,3	12,8	-84,5	26,0	5,1	31,1
Summe der direkt im Eigenkapital erfassten Aufwendungen und Erträge	55,5	-0,6	54,9	39,7	-5,9	33,8

Nicht beherrschende Anteile

Die nicht beherrschenden Anteile zeigen den Anteilsbesitz Dritter an den Konzerngesellschaften. Sie betreffen insbesondere die Energiedienst-Gruppe, die Stadtwerke Düsseldorf AG, die terranets bw GmbH und die Pražská energetika a.s.

[22] Rückstellungen

Für die Erläuterung der Rückstellungen im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Rückstellungen wieder zusammengefasst betrachtet.

Mio. € ¹	31.12.2012			31.12.2011		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	241,9	4.099,9	4.341,8	239,5	4.051,6	4.291,1
Rückstellungen im Kernenergiebereich	479,1	6.369,6	6.848,7	430,8	6.153,1	6.583,9
Rückstellungen für nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen	(247,3)	(4.157,5)	(4.404,8)	(296,7)	(4.645,0)	(4.941,7)
Rückstellungen für vertragliche nukleare Verpflichtungen	(231,8)	(2.212,1)	(2.443,9)	(134,1)	(1.508,1)	(1.642,2)
Sonstige Rückstellungen	504,6	663,0	1.167,6	573,0	555,8	1.128,8
Sonstige Stromrückstellungen	(156,5)	(55,8)	(212,3)	(162,5)	(46,5)	(209,0)
Personalrückstellungen	(84,9)	(218,2)	(303,1)	(146,6)	(160,1)	(306,7)
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	(30,2)	(200,9)	(231,1)	(30,7)	(179,7)	(210,4)
Übrige Rückstellungen	(233,0)	(188,1)	(421,1)	(233,2)	(169,5)	(402,7)
Gesamt	1.225,6	11.132,5	12.358,1	1.243,3	10.760,5	12.003,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die Rückstellungen betragen zum 01.01.2011 11.173,9 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -361,4 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -410,9 Mio. €).

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um leistungsorientierte Versorgungspläne. Zusätzlich erhalten die Mitarbeiter eine Zusage über eine Energiepreisermäßigung in der Rentenzeit.

Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie nach der Vergütung der Mitarbeiter. Darüber hinaus werden auf dieser Bemessungsgrundlage leistungsorientierte Zusagen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über Multi-Employer Plans gewährt. Die Beitragszahlung an die Zusatzversorgungskasse erfolgt in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des jeweiligen zusatzversorgungspflichtigen Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers.

Die Höhe der Rückstellungen der leistungsorientierten Zusagen entspricht dem Barwert der künftig erwarteten Verpflichtungen, korrigiert um die noch nicht amortisierten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Methoden. Es wurde Planvermögen gemäß IAS 19.7 geschaffen, das ausschließlich zur Deckung von Pensionsverpflichtungen verwendet und von den Pensionsverpflichtungen abgesetzt wird.

Die wesentlichen Parameter (Durchschnittswerte) der Berechnung der leistungsorientierten Versorgungszusagen für die inländischen Gesellschaften sind nachfolgend dargestellt:

in %	31.12.2012	31.12.2011
Diskontierungszins	3,80	5,25
Künftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung ¹	3,00	3,00
Künftig erwarteter Rentenanstieg	2,10	2,10
Fluktuationsrate	2,00	2,00
Erwartete Rendite des Planvermögens	4,00	5,30

¹ Aussetzung im Jahr 2014, Ausgleich im Jahr 2017.

Den Berechnungen liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Der Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. € ¹	2012	2011
Pensionsaufwand		
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	57,5	63,9
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	1,7	0,0
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	2,8	3,1
Erwarteter Ertrag aus dem Planvermögen	-6,4	-7,2
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	232,8	229,7
Gesamt	288,4	289,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Barwert der Versorgungsansprüche für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen lässt sich zum bilanzierten Wert der Versorgungsansprüche wie folgt überleiten:

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche	5.648,8	4.536,2
davon intern finanzierte Versorgungsansprüche	(5.422,8)	(4.365,2)
davon extern finanzierte Versorgungsansprüche	(226,0)	(171,0)
Marktwert des Planvermögens	-155,1	-141,1
Überdeckung aus den Versorgungsansprüchen	6,2	2,7
Noch nicht verrechnete versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	-1.158,1	-106,7
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.341,8	4.291,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Zur Ableitung des laufzeitkongruenten Diskontierungszinssatzes der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen boten in der Vergangenheit die auf Euro lautenden Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating des AA-Corporate Bond Universums von Bloomberg eine solide Datengrundlage. Der seit Ausbruch der Finanzkrise zu beobachtende signifikante Anstieg des Spreads zwischen Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating und Staatsanleihen hat unter anderem dazu geführt, dass man es allgemein als notwendig erachtet, die Datenbasen näher zu analysieren und durch eine Modifikation der Grundgesamtheit der Anleihen eine höhere Kontinuität und damit einen besseren Einblick in die Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zu gewährleisten. Die Einführung des modifizierten Global Rate:Link-Verfahrens des Beratungshauses Towers Watson führt im Berichtsjahr zu einem Anstieg des Diskontierungszinssatzes um 40 Basispunkte und zu einem versicherungsmathematischen Gewinn in Höhe von 350,6 Mio. €.

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten führte im abgelaufenen Geschäftsjahr zu einer Reduzierung des Zinsniveaus erstrangiger, festverzinslicher Unternehmensanleihen. Die daraus resultierende Absenkung des Diskontierungszinses von 5,25 % auf 3,80 % hatte eine Erhöhung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in Höhe von 1.051,4 Mio. € zur Folge.

Eine Verringerung beziehungsweise Erhöhung des Zinsniveaus um 0,5 Prozentpunkte würde den Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung um 450,2 Mio. € (Vorjahr: 311,5 Mio. €) erhöhen beziehungsweise um 398,1 Mio. € (Vorjahr: 278,2 Mio. €) reduzieren.

Entwicklung des Planvermögens in Mio. €	2012	2011
Marktwert des Planvermögens zu Beginn des Geschäftsjahres	141,1	148,9
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	6,4	7,2
Vermögensübertragungen	9,4	2,0
Auszahlung an Begünstigte	-9,6	-8,9
Versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (-)	2,5	-10,2
Währungsanpassungen und Umbuchungen	5,3	2,1
Marktwert des Planvermögens zum Ende des Geschäftsjahres	155,1	141,1

Die tatsächliche Wertentwicklung des Planvermögens betrug 8,9 Mio. € (Vorjahr: -3,0 Mio. €). Künftige Zahlungen an das Planvermögen sind in Höhe von 10,1 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) geplant.

Erfahrungsbedingte Anpassungen in Mio. €	2012	2011	2010	2009	2008
Anwartschaftsbarwert der Versorgungsansprüche	-169,6	-51,0	-8,6	-17,3	-53,1
Marktwert des Planvermögens	2,5	-10,2	-2,5	5,5	-11,1

Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Anwartschaftsbarwerts der Versorgungsansprüche, die nicht durch Prämissenänderung entstanden, sind ein Teil der in der jeweiligen Periode neu entstandenen versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Die erfahrungsbedingten Anpassungen des Marktwerts des Planvermögens entsprechen den in der jeweiligen Periode neu entstandenen versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten.

Zusammensetzung des Planvermögens in %	31.12.2012	31.12.2011
Aktien	31,1	34,0
Festverzinsliche Wertpapiere	50,3	52,0
Sonstige Vermögenswerte	18,6	14,0
	100,0	100,0

Das Anlageziel für das ausgelagerte Pensionsvermögen ist die fristenkongruente Abdeckung der Versorgungsansprüche. Das Planvermögen enthält weder Aktien von EnBW-Konzernunternehmen noch selbst genutzte Immobilien. Die Anlagestrategie berücksichtigt die Fälligkeitsstruktur und den Umfang der Versorgungsansprüche. Die durchschnittliche Rendite betrug 6,0 % (Vorjahr: -2,1%). Die erwartete Rendite lag bei 4,0 % (Vorjahr: 5,3%). Der Bestimmung der erwarteten Rendite liegen Asset-Prognosen der jeweiligen Asset-Klassen sowie Bankgespräche zugrunde. Die Prognosen basieren auf Erfahrungswerten und Wirtschaftsdaten.

Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung in Mio. € ¹	2012	2011
Anwartschaftsbarwert aller Versorgungsansprüche zu Beginn des Geschäftsjahres	4.536,2	4.545,1
Aufwand für im Berichtsjahr verdiente Versorgungsansprüche	57,5	63,9
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	232,8	229,7
Auszahlung an Begünstigte	-242,6	-240,7
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	1.053,4	-67,2
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	1,7	0,0
Änderung des Konsolidierungskreises und Währungsanpassungen	0,8	3,1
Umbuchungen	9,0	2,3
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung zum Ende des Geschäftsjahres	5.648,8	4.536,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung unterteilt sich wie folgt in vermögensgedeckte und nicht vermögensgedeckte Versorgungsansprüche:

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Versorgungsansprüche mit Vermögensdeckung	226,0	171,0
Vollständige Vermögensdeckung	(204,4)	(171,0)
Teilweise Vermögensdeckung	(21,6)	(0,0)
Versorgungsansprüche ohne Vermögensdeckung	5.422,8	4.365,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Barwert der Versorgungsansprüche, der Marktwert des Planvermögens und der Überschuss beziehungsweise Fehlbetrag des Plans entwickelten sich seit 2008 wie folgt:

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Barwert der Versorgungsansprüche	5.648,8	4.536,2	4.545,8	4.167,2	4.009,9
Marktwert des Planvermögens	-155,1	-141,1	-148,9	-136,1	-145,2
Überschuss beziehungsweise Fehlbetrag des Plans	5.493,7	4.395,1	4.396,9	4.031,1	3.864,7

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Multi-Employer Plans

Die Multi-Employer Plans, bei denen es sich um leistungsorientierte Versorgungspläne handelt, werden als beitragsorientierte Pläne bilanziert, da die Informationen für die anteilige Zuordnung von Verpflichtungen und Planvermögen sowie die entsprechenden Aufwandsgrößen von den Zusatzversorgungskassen nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Aufwand aus leistungsorientierten Pensionszusagen über Multi-Employer Plans belief sich auf 15,7 Mio. € (Vorjahr: 16,4 Mio. €). Mögliche künftige Beitragssteigerungen aus nicht ausfinanzierten Versorgungsverpflichtungen werden keinen wesentlichen Einfluss auf den EnBW-Konzern haben.

Die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung beliefen sich im Jahr 2012 auf 90,2 Mio. € (Vorjahr angepasst: 98,7 Mio. €).

Rückstellungen im Kernenergiebereich

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich sind für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Betriebsabfälle sowie für die Stilllegung und den Rückbau der kontaminierten Anlagenteile gebildet.

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Stilllegung und Rückbau	4.170,8	4.143,2
Brennelementeentsorgung	2.374,9	2.161,2
Betriebsabfälle	303,0	279,5
Gesamt	6.848,7	6.583,9

Die Rückstellungen basieren insgesamt auf öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und Auflagen in den Betriebsgenehmigungen.

Soweit in Erfüllung dieser öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen noch keine zivilrechtlichen Verträge zum Bilanzstichtag abgeschlossen waren, erfolgte die Bewertung der Rückstellungen auf Basis externer Gutachten und Kostenschätzungen (nicht vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies ist im Wesentlichen bei den im Stilllegungsbereich erwarteten Kosten des Nachbetriebs der Anlage, der Demontage und Entsorgung der nuklearen Anlagenteile sowie bei den eigentlichen Kosten der Endlagerung der Fall. Im Bereich der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich bei dem nicht vertraglichen Anteil überwiegend um die Kosten für eine endlagergerechte Konditionierung, die Transportkosten, die Kosten für die Beschaffung von Endlagerbehältern sowie die Kosten für die eigentliche Endlagerung.

Darüber hinaus ist die Bewertung eines Teils der Rückstellungen bereits durch zivilrechtliche Verträge konkretisiert (vertragliche nukleare Verpflichtungen). Dies sind zum einen die Personalkosten für Eigenpersonal, soweit dies voraussichtlich mit der Stilllegung befasst sein wird. Im Rahmen der Entsorgung von Brennelementen handelt es sich zum anderen im Wesentlichen um die ausstehenden Kosten für die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, die Kosten der dezentralen Zwischenlagerung in Standortnähe und der zentralen Zwischenlagerung in den Zwischenlagern Gorleben und Ahaus sowie um die Kosten für Transport und Beschaffung von Behältern.

Die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau der kontaminierten Anlagenteile sowie für Brennelemente werden zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme mit dem abgezinnten Erfüllungsbetrag angesetzt. Dieser wird korrespondierend unter den Erzeugungsanlagen ausgewiesen und planmäßig abgeschrieben. Er beträgt 538,6 Mio.€ (Vorjahr: 540,8 Mio.€). Schätzungsänderungen in Zusammenhang mit der Änderung der Annahmen zur künftigen Kostenentwicklung wurden grundsätzlich erfolgsneutral durch Anpassung der korrespondierenden Bilanzposten in Höhe von 61,8 Mio.€ (Vorjahr: 54,7 Mio.€) in Ansatz gebracht. Bei stillgelegten Kraftwerken wurden solche Schätzungsänderungen ergebniswirksam verbucht. Die Ermittlung der Kosten der Stilllegung und des Abbaus der Anlagen basiert auf dem Szenario der unmittelbaren Beseitigung der Anlagen. Den Rückstellungen stehen Forderungen in Höhe von 555,5 Mio.€ (Vorjahr: 511,0 Mio.€) gegenüber, die von einem Vertragspartner in Zusammenhang mit Stromlieferungen übernommene Rückbauverpflichtungen der Kernkraftwerke betreffen.

Die Rückstellungen im Kernenergiebereich werden in Höhe des Barwerts der erwarteten künftigen Verpflichtungen berechnet und jährlich aufgezinnt. Der Diskontierungszins zur Berechnung der Rückstellungen beträgt 5,4 % (Vorjahr: 5,5%). Die Inanspruchnahme wird nach heutiger Kenntnis größtenteils in dem Zeitraum 2020 bis 2050 erwartet.

Eine Verringerung beziehungsweise Erhöhung des Zinsniveaus um 0,5 Prozentpunkte würde den Barwert der Kernenergie Rückstellungen um 537,0 Mio.€ (Vorjahr: 514,0 Mio.€) erhöhen beziehungsweise um 466,3 Mio.€ (Vorjahr: 446,1 Mio.€) reduzieren.

Die bei den Rückstellungen im Kernenergiebereich berücksichtigten geleisteten Anzahlungen an Wiederaufarbeitungsunternehmen und an das Bundesamt für Strahlenschutz betragen 549,6 Mio.€ (Vorjahr: 523,6 Mio.€). Die Zahlungen an das Bundesamt für Strahlenschutz erfolgen auf Basis der Endlagervoraussetzungsverordnung für die Errichtung der Endlager Gorleben und Konrad.

Rückstellungsspiegel in Mio. € ¹	Stand 01.01.2012	Zu- führung	Auf- lösung	Auf- zinsung	Erfolgs- neutrale Verän- derungen	Änderungen im Konsoli- dierungs- kreis, Wäh- rungsanpas- sungen, Um- buchungen	Inanspruch- nahme	Stand 31.12.2012
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.291,1	57,7	0,0	225,4	0,0	10,2	242,6	4.341,8
Rückstellungen im Kernenergiebereich ²	6.583,9	225,8	83,2	364,3	61,8	-5,5	298,4	6.848,7
Sonstige Rückstellungen	1.128,8	491,4	118,7	24,0	5,3	2,4	365,6	1.167,6
Sonstige Stromrückstellungen	(209,0)	(126,3)	(15,5)	(3,9)	(5,3)	(0,0)	(116,7)	(212,3)
Personalrückstellungen	(306,7)	(74,5)	(17,7)	(5,0)	(0,0)	(-3,0)	(62,4)	(303,1)
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	(210,4)	(117,6)	(3,7)	(4,7)	(0,0)	(-0,1)	(97,8)	(231,1)
Übrige Rückstellungen	(402,7)	(173,0)	(81,8)	(10,4)	(0,0)	(5,5)	(88,7)	(421,1)
Gesamt	12.003,8	774,9	201,9	613,7	67,1	7,1	906,6	12.358,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die Rückstellungen betragen zum 01.01.2011 11.173,9 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -361,4 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -410,9 Mio. €).

² Die Inanspruchnahme unterteilt sich in Stilllegung und Rückbau in Höhe von 238,8 Mio. €, Brennelementeentsorgung in Höhe von 49,0 Mio. € und Betriebsabfälle in Höhe von 10,6 Mio. €.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Stromrückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus den CO₂-Emissionsrechten, dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, der konventionellen Strom- und Brennstoffbeschaffung sowie Rückbauverpflichtungen für Wind- und Wasserkraftanlagen.

Die Personalarückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen, Jubiläumsverpflichtungen und Restrukturierungsmaßnahmen.

Die Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften betreffen künftige Verpflichtungen aus nachteiligen Bezugs- und Absatzverträgen. Die Verpflichtungen umfassen verzugsbedingte Mehrkosten beim Kraftwerksbau und auf der Beschaffungsseite vor allem den nicht thermischen Entsorgungsbereich.

Die sonstigen Rückstellungen werden mit einem Zinssatz von durchschnittlich 0,25% bis 2,50% (Vorjahr: 1,00% bis 3,75%) diskontiert. Der wesentliche Teil der sonstigen langfristigen Rückstellungen hat eine Laufzeit von einem Jahr bis fünf Jahren.

[23] Latente Steuern

Die latenten Steuern auf Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. € ¹	31.12.2012		31.12.2011	
	Aktive latente Steuern ²	Passive latente Steuern ²	Aktive latente Steuern ²	Passive latente Steuern ²
Immaterielle Vermögenswerte	19,9	108,3	19,5	87,9
Sachanlagen	171,6	2.014,4	140,2	2.030,9
Finanzielle Vermögenswerte	7,6	93,4	7,5	124,1
Sonstige Vermögenswerte	4,3	30,2	5,6	35,8
Derivative Finanzinstrumente	0,0	45,3	0,0	47,8
Langfristige Vermögenswerte	203,4	2.291,6	172,8	2.326,5
Vorräte	12,1	10,3	11,7	10,5
Finanzielle Vermögenswerte	0,0	1,2	0,0	1,5
Sonstige Vermögenswerte	101,2	431,9	211,2	458,7
Kurzfristige Vermögenswerte	113,3	443,4	222,9	470,7
Rückstellungen	725,0	301,7	628,9	542,5
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	286,0	57,9	306,0	31,4
Langfristige Schulden	1.011,0	359,6	934,9	573,9
Rückstellungen	83,9	3,8	98,6	6,0
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	631,6	231,5	522,2	122,3
Kurzfristige Schulden	715,5	235,3	620,8	128,3
Verlustvorträge	7,8	0,0	91,0	0,0
Zinsvorträge	0,0	0,0	2,8	0,0
Latente Steuern vor Saldierung	2.051,0	3.329,9	2.045,2	3.499,4
Saldierung	-2.004,6	-2.004,6	-2.006,9	-2.006,9
Latente Steuern nach Saldierung	46,4	1.325,3	38,3	1.492,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die aktiven latenten Steuern nach Saldierung betragen zum 01.01.2011 27,3 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -0,9 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -0,5 Mio. €). Die passiven latenten Steuern nach Saldierung betragen zum 01.01.2011 1.797,6 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -2,7 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -2,8 Mio. €).

² Aktive und passive latente Steuern jeweils vor Saldierung.

Im Jahr 2012 wurden 2.004,6 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 2.006,9 Mio.€) aktive latente Steuern mit passiven latenten Steuern saldiert. Die Saldierung der latenten Steuern erfolgt je Organkreis beziehungsweise je Gesellschaft, sofern die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Der aktivische Saldo aus konsolidierungsbedingten latenten Steuern beträgt 20,2 Mio.€ (Vorjahr: 15,7 Mio.€).

Es werden nur auf die Verlustvorträge, von deren Nutzbarkeit mit ausreichender Sicherheit ausgegangen werden kann, latente Steueransprüche gebildet. Steuerliche Verlustvorträge haben die tatsächliche Steuerbelastung in der Berichtsperiode um 88,7 Mio.€ (Vorjahr: 0,7 Mio.€) gemindert. Bisher noch nicht genutzte Verlustvorträge, für die in der Bilanz kein latenter Steueranspruch angesetzt wurde, bestanden in Höhe von 15,0 Mio.€ für Körperschaftsteuer und 29,3 Mio.€ für Gewerbesteuer (Vorjahr: 9,1 Mio.€ für Körperschaftsteuer und 17,6 Mio.€ für Gewerbesteuer). Die theoretisch zu bildenden latenten Steuern auf die nicht bewerteten Verlustvorträge würden 2,4 Mio.€ für Körperschaftsteuer und 4,1 Mio.€ für Gewerbesteuer (Vorjahr: 1,4 Mio.€ für Körperschaftsteuer und 2,5 Mio.€ für Gewerbesteuer) betragen. Die vorhandenen steuerlichen Verlustvorträge, auf die aktive latente Steuern gebildet wurden, in Höhe von 31,1 Mio.€ für Körperschaftsteuer und 20,9 Mio.€ für Gewerbesteuer (Vorjahr angepasst: 359,8 Mio.€ für Körperschaftsteuer und 258,7 Mio.€ für Gewerbesteuer) sind unbegrenzt vortragbar und betreffen fast ausschließlich deutsche Gesellschaften. Nach dem Steuervergünstigungsabbaugesetz sind seit 2004 nur noch 60% des 1 Mio.€ übersteigenden Betrags des laufenden steuerlichen Einkommens mit Verlustvorträgen verrechenbar.

Die latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Körperschaftsteuer (oder vergleichbare ausländische Steuer)	5,0	57,0
Gewerbsteuer	2,8	34,0
Gesamt	7,8	91,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Darstellung der Entwicklung der latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge:

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Anfangsbestand	91,0	0,5
Verlustrücknutzung (Verbrauch von Verlustvorträgen)	-87,5	0,0
Korrektur in Vorjahren nicht angesetzter Verlustvorträge (Zugang)	0,9	1,1
Verlustrückentstehung (Zugang von Verlustvorträgen)	3,4	89,4
Endbestand	7,8	91,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die latenten Steuern auf die Verlustvorträge werden voraussichtlich in Höhe von 0,3 Mio.€ für Körperschaftsteuer (Vorjahr angepasst: 36,0 Mio.€) und in Höhe von 0,8 Mio.€ für Gewerbesteuer (Vorjahr angepasst: 30,1 Mio.€) innerhalb eines Jahres, der restliche Betrag in Höhe von 4,7 Mio.€ für Körperschaftsteuer (Vorjahr angepasst: 21,0 Mio.€) und in Höhe von 2,0 Mio.€ für Gewerbesteuer (Vorjahr angepasst: 3,9 Mio.€) innerhalb von fünf Jahren realisiert.

In der Berichtsperiode gibt es keine latenten Steuern auf Zinsvorträge (Vorjahr: 2,8 Mio.€).

Mit den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals wurden zum 31. Dezember 2012 insgesamt 49,0 Mio.€ latente Steueransprüche (Vorjahr: 28,0 Mio.€ latente Steuerschulden) erfolgsneutral verrechnet.

(24) Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Finanzverbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten setzen sich zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

Mio. € ^{1,2}	31.12.2012			31.12.2011		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Hybridanleihe	0,0	997,7	997,7	0,0	740,2	740,2
Anleihen	1.001,8	3.381,2	4.383,0	1.082,1	4.374,0	5.456,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	90,6	881,1	971,7	229,9	707,1	937,0
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	108,7	300,1	408,8	114,0	397,8	511,8
Finanzverbindlichkeiten	1.201,1	5.560,1	6.761,2	1.426,0	6.219,1	7.645,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die Finanzverbindlichkeiten betragen zum 01.01.2011 7.244,9 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -76,0 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -94,7 Mio. €).

² Detaillierte Erläuterungen zum Kredit- und Liquiditätsrisiko, zu beizulegenden Zeitwerten sowie undiskontierten Cashflows nach Jahresscheiben befinden sich im Anhang unter Textziffer [27] Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten.

Von den langfristigen Finanzverbindlichkeiten haben 2.852,9 Mio. € (Vorjahr angepasst: 2.755,8 Mio. €) eine Laufzeit zwischen einem Jahr und fünf Jahren und 2.707,2 Mio. € (Vorjahr angepasst: 3.463,3 Mio. €) eine Laufzeit von über fünf Jahren.

Im Geschäftsjahr 2012 reduzierten sich die Finanzverbindlichkeiten um 883,9 Mio. € (Vorjahr angepasst: Erhöhung um 400,2 Mio. €).

Zum 28. Februar 2012 wurde eine Anleihefälligkeit bei der EnBW International Finance B.V. in Höhe von 1,0 Mrd. € planmäßig zurückgezahlt. Darüber hinaus wurde bei einer weiteren Tochtergesellschaft eine Anleihefälligkeit in Höhe von 100 Mio. CHF planmäßig zurückgezahlt. Mit dem Ausgabetag 2. April 2012 stockte die EnBW AG die im Oktober 2011 begebene Hybridanleihe mit einem Volumen von 750 Mio. € um weitere 250 Mio. € auf. Somit besitzt die Hybridanleihe ein Gesamtvolumen von 1 Mrd. € (Vorjahr: 750 Mio. €). Die Anleihe hat eine Laufzeit bis 2. April 2072 und ist mit Rückzahlungsrechten für die EnBW AG alle fünf Jahre, erstmalig zum 2. April 2017, ausgestattet.

Die gegenüber bestehenden Anleihen nachrangige Anleihe ist so ausgestaltet, dass sie von den Ratingagenturen bis zum ersten möglichen Rückzahlungszeitpunkt zur Hälfte als Eigenkapital anerkannt wird. Dadurch wird auch das aktuelle A-Rating der EnBW unterstützt. Die Anleihe ist zunächst mit einem fixen Coupon von 7,375 % per anno ausgestattet, der beginnend mit dem 2. April 2017 alle fünf Jahre an den dann gültigen 5-Jahres-Midswap-Satz zuzüglich der bei Emission festgelegten Risikoprämie von 5,401 % angepasst wird. Im Jahr 2022 wird der Coupon zusätzlich um 0,25 % per anno und im Jahr 2037 um weitere 0,75 % per anno (insgesamt 1,0 %) erhöht. Das bei der EnBW International Finance B.V. bestehende Commercial-Paper-Programm für kurzfristige Finanzierungszwecke war wie im Vorjahr am Bilanzstichtag ungenutzt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 34,7 Mio. € erhöht (Vorjahr angepasst: Reduzierung um 138,0 Mio. €). Bei einer Tochtergesellschaft wurde eine im Vorjahr vereinbarte langfristige Fremdfinanzierung mit einem Bankenkonsortium in Höhe von 124,6 Mio. € beansprucht. Gegenläufig haben sich planmäßige Tilgungsleistungen bei der EnBW AG und den Tochtergesellschaften ausgewirkt. Bei den ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten handelt es sich zum überwiegenden Teil um bilaterale Kreditvereinbarungen.

Unter der Position „Sonstige Finanzverbindlichkeiten“ sind insbesondere langfristige Finanzierungsleasingverträge enthalten. Darüber hinaus beinhaltet diese Position (Rest-)Kaufpreisverpflichtungen aus getätigten Akquisitionen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Position „Sonstige Finanzverbindlichkeiten“ im Berichtszeitraum insgesamt um 103,0 Mio. € vermindert (Vorjahr: Reduzierung um 167,0 Mio. €).

Die Fälligkeitsstruktur unserer Finanzverbindlichkeiten ergibt sich wie folgt:

Mio. €	Restlaufzeit < 1 Jahr		Restlaufzeit 1–5 Jahre			Restlaufzeit > 5 Jahre	Gesamt
	Fälligkeit 2013	Fälligkeit 2014	Fälligkeit 2015	Fälligkeit 2016	Fälligkeit 2017	Fälligkeit nach 2017	
Hybridanleihe	0,0	0,0	0,0	0,0	997,7	0,0	997,7
Anleihen	1.001,8	0,0	796,5	497,4	0,0	2.087,3	4.383,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	90,6	63,8	143,5	43,9	81,4	548,5	971,7
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	108,7	111,2	71,7	9,7	36,1	71,4	408,8
Finanzverbindlichkeiten	1.201,1	175,0	1.011,7	551,0	1.115,2	2.707,2	6.761,2

Überblick über die Hybridanleihe:

Emittent	Emissions- volumen	Buchwert	Coupon	Fälligkeit
EnBW AG ¹	1.000 Mio. €	997,7 Mio. €	7,375 %	02.04.2072

¹ Rückzahlungsoption durch die EnBW alle fünf Jahre nach dem ersten Zinszahlungszeitpunkt; frühestens am 2. April 2017.

Die Anleihen setzen sich wie folgt zusammen:

Emittent	Emissions- volumen	Buchwerte	Coupon	Fälligkeit
EnBW International Finance B.V.	300 Mio. CHF	252,5 Mio. € ¹	3,125 %	25.02.2013
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	749,3 Mio. €	6,000 %	20.11.2013
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	796,5 Mio. € ¹	4,125 %	07.07.2015
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	497,4 Mio. €	4,250 %	19.10.2016
EnBW International Finance B.V.	750 Mio. €	746,8 Mio. €	6,875 %	20.11.2018
EnBW International Finance B.V.	500 Mio. €	575,8 Mio. € ¹	4,875 %	16.01.2025
EnBW International Finance B.V.	20 Mrd. JPY	176,0 Mio. €	3,880 %	16.12.2038
EnBW International Finance B.V.	600 Mio. €	588,7 Mio. €	6,125 %	07.07.2039
Summe Anleihen		4.383,0 Mio. €		

¹ Bereinigt um Bewertungseffekte aus zinsinduzierten Sicherungsgeschäften.

Die EnBW AG verfügte zum 31. Dezember 2012 über eine vollständig ungenutzte, fest zugesagte syndizierte Kreditlinie in Höhe von 2,0 Mrd.€ (Vorjahr: 2,0 Mrd.€). Zusätzlich waren weitere 539 Mio.€ (Vorjahr: 397 Mio.€) bilaterale freie Kreditlinien im Konzern vorhanden. Diese Kreditlinien unterliegen hinsichtlich ihrer Verwendung keinen Beschränkungen.

Gewichtete durchschnittliche Verzinsung in % ¹	31.12.2012	31.12.2011
Hybridanleihe	7,4	7,4
Anleihen	4,4	4,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,0	2,8
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	4,2	4,2
Summe Finanzverbindlichkeiten	4,5	4,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die gewichtete durchschnittliche Verzinsung der Finanzverbindlichkeiten verringerte sich zum 31. Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahr. Dies ist vor allem auf die am 28. Februar 2012 fällige Anleihe mit einem Coupon von 5,875 % sowie auf den Rückgang der Zinssätze für die variabel verzinslichen Finanzverbindlichkeiten zurückzuführen. Für den Großteil der Finanzverbindlichkeiten bestehen weiterhin langfristig fixierte Zinsvereinbarungen. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 2,8 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 8,9 Mio.€) sind durch Grundpfandrechte sowie in Höhe von 128,5 Mio. € (Vorjahr: 6,9 Mio. €) durch weitere Sicherheiten besichert.

Die Mindestleasingzahlungen aus den in den sonstigen Finanzverbindlichkeiten enthaltenen Finanzierungsleasingverträgen haben folgende Fälligkeiten:

Mio. €	Nominalwert		Barwert	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Fälligkeit bis 1 Jahr	102,3	107,5	96,3	102,3
Fälligkeit 1 bis 5 Jahre	184,0	283,1	153,0	229,8
Fälligkeit über 5 Jahre	50,3	52,1	27,1	27,5
Gesamt	336,6	442,7	276,4	359,6

Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse

Für die Erläuterung der übrigen Verbindlichkeiten und Zuschüsse im Anhang werden die in der Bilanz nach Fristigkeiten getrennt ausgewiesenen Posten wieder zusammengefasst betrachtet.

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Langfristige Verbindlichkeiten	798,5	712,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	6.776,5	6.125,1
Verbindlichkeiten	7.575,0	6.837,1
Langfristige Zuschüsse	1.497,1	1.511,1
Kurzfristige Zuschüsse	69,2	71,7
Zuschüsse	1.566,3	1.582,8
Langfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	2.295,6	2.223,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	6.845,7	6.196,8
Verbindlichkeiten und Zuschüsse	9.141,3	8.419,9

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die Verbindlichkeiten und Zuschüsse betragen zum 01.01.2011 7.858,7 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von 337,6 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von 383,0 Mio. €).

Die übrigen Verbindlichkeiten setzen sich zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

Mio. € ^{1,2}	31.12.2012			31.12.2011		
	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt	Kurzfristig	Langfristig	Gesamt
Erhaltene Anzahlungen	40,2	48,7	88,9	44,4	55,9	100,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.466,5	5,8	3.472,3	3.514,3	0,5	3.514,8
davon Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(5,1)	(0,0)	(5,1)	(9,5)	(0,0)	(9,5)
davon Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen	(48,1)	(5,4)	(53,5)	(65,1)	(0,0)	(65,1)
davon Verbindlichkeiten gegenüber at equity bewerteten Unternehmen	(17,5)	(0,2)	(17,7)	(25,6)	(0,2)	(25,8)
Sonstige Rechnungsabgrenzungen	12,3	219,1	231,4	14,3	186,9	201,2
Verbindlichkeiten aus Derivaten	1.814,9	56,9	1.871,8	1.418,4	12,2	1.430,6
davon ohne Sicherungsbeziehung	(1.597,5)	(24,6)	(1.622,1)	(1.375,3)	(9,2)	(1.384,5)
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	(217,4)	(32,3)	(249,7)	(43,1)	(3,0)	(46,1)
Ertragsteuern	254,2	289,6	543,8	200,5	264,1	464,6
Andere Verbindlichkeiten	1.188,4	178,4	1.366,8	933,2	192,4	1.125,6
davon Zinsen aus Steuernachzahlungen	(0,3)	(1,7)	(2,0)	(0,0)	(2,0)	(2,0)
davon aus sonstigen Steuern	(136,5)	(0,0)	(136,5)	(137,7)	(0,5)	(138,2)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(21,8)	(8,9)	(30,7)	(20,5)	(13,9)	(34,4)
Übrige Verbindlichkeiten	6.776,5	798,5	7.575,0	6.125,1	712,0	6.837,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die übrigen Verbindlichkeiten betragen zum 01.01.2011 6.271,7 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von 339,4 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von 384,6 Mio. €).

² Detaillierte Erläuterungen zum Kredit- und Liquiditätsrisiko, zu beizulegenden Zeitwerten sowie undiskontierten Cashflows nach Jahrescheiben befinden sich im Anhang unter Textziffer [27] „Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten“.

Von den langfristigen übrigen Verbindlichkeiten haben 583,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 521,0 Mio. €) eine Laufzeit zwischen einem Jahr und fünf Jahren und 214,7 Mio. € (Vorjahr: 191,0 Mio. €) eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 1.887,3 Mio. € (Vorjahr angepasst: 2.499,2 Mio. €).

Andere Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern einschließlich Zinsen aus Steuernachzahlungen in Höhe von 138,5 Mio. € (Vorjahr angepasst: 140,2 Mio. €), Sicherheitsleistungen für außerbörsliche Handelsgeschäfte (erhaltene Margin Calls) in Höhe von 290,8 Mio. € (Vorjahr: 284,3 Mio. €) sowie börsliche Handelsgeschäfte (Variation Margins) in Höhe von 262,6 Mio. € (Vorjahr: 68,0 Mio. €), Zinsverpflichtungen aus Anleihen in Höhe von 131,2 Mio. € (Vorjahr: 139,6 Mio. €) und als Verbindlichkeit erfasste nicht beherrschende Anteile an vollkonsolidierten Personengesellschaften in Höhe von 17,1 Mio. € (Vorjahr: 23,8 Mio. €).

Unter den Zuschüssen werden Investitionszulagen sowie Baukosten- und Investitionskostenzuschüsse ausgewiesen.

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Investitionszulagen	1,4	2,2
Investitionskostenzuschüsse	18,5	20,2
Baukostenzuschüsse	1.546,4	1.560,4
Gesamt	1.566,3	1.582,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst: Die Zuschüsse betragen zum 01.01.2011 1.587,0 Mio. €. Sie enthalten rückwirkende Anpassungen zum 01.01.2011 in Höhe von -1,8 Mio. € (zum 31.12.2011 in Höhe von -1,6 Mio. €).

Die Investitionszulagen wurden entsprechend § 4a InvZulG gewährt.

Noch nicht ertragswirksam gewordene Baukostenzuschüsse wurden überwiegend für Investitionen im Strom- und Gasbereich gezahlt, wobei die bezuschussten Vermögenswerte im Eigentum der EnBW-Konzerngesellschaften verbleiben.

Die Auflösung der Zuschüsse erfolgt entsprechend den angenommenen Nutzungsdauern der betroffenen Vermögenswerte. Vom Gesamtbetrag der Zuschüsse werden voraussichtlich 1.497,1 Mio. € (Vorjahr angepasst: 1.511,1 Mio. €) später als innerhalb eines Jahres ertragswirksam.

(25) Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sowie Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

In den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten zum 31. Dezember 2012 ist unsere österreichische 32,5-prozentige Beteiligung an der EVN AG in Höhe von 655,1 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) enthalten. Wir planen, die EVN AG im Rahmen des Desinvestitionsprogramms zu veräußern. Die zum 31. Dezember 2011 als zur Veräußerung gehaltenen Anteile an der Elektrownia Rybnik S.A. und der Zespól Elektrocieplowni Wroclawskich Kogeneracja S.A. in Höhe von 168,6 Mio. € wurden im ersten Quartal 2012 an die Electricité de France (EDF) veräußert. Die übrigen zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte in Höhe von 26,0 Mio. € (Vorjahr: 41,3 Mio. €) betreffen im Wesentlichen Verteilungsanlagen. Die Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten in Höhe von 0,6 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €) betreffen latente Steuerschulden.

Sonstige Angaben

(26) Ergebnis je Aktie

		2012	2011
Ergebnis aus fortzuführenden Aktivitäten ¹	Mio. €	534,8	-790,9
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallendes Ergebnis ¹	Mio. €	(473,5)	(-842,3)
Konzernüberschuss/-fehlbetrag ¹	Mio. €	534,8	-790,9
davon auf die Aktionäre der EnBW AG entfallendes Ergebnis ¹	Mio. €	(473,5)	(-842,3)
Zahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	Tsd. Stück	257.265	244.257
Ergebnis je Aktie aus fortzuführenden Aktivitäten ^{1,2}	€	1,84	-3,45
Ergebnis je Aktie aus Konzernüberschuss/-fehlbetrag (€) ^{1,2}	€	1,84	-3,45
Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2011 der EnBW AG	€	-	0,85
Vorgeschlagene Dividende je Aktie für das Geschäftsjahr 2012 der EnBW AG	€	0,85	-

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Bezogen auf das auf die Aktionäre der EnBW AG entfallende Ergebnis.

Das Ergebnis je Aktie wird ermittelt, indem das den Aktionären der EnBW AG zurechenbare Ergebnis durch die durchschnittliche Anzahl der in Umlauf befindlichen Aktien dividiert wird. Eine Verwässerung der Kennzahl kann durch sogenannte potenzielle Aktien aufgrund von Aktienoptionen und Wandelanleihen auftreten. Die EnBW besitzt keine potenziellen Aktien, sodass das unverwässerte Ergebnis je Aktie identisch mit dem verwässerten Ergebnis je Aktie ist.

(27) Berichterstattung zu den Finanzinstrumenten

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre Finanzinstrumente und Derivate. Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Aktivseite die finanziellen Vermögenswerte, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die sonstigen Vermögenswerte und die flüssigen Mittel. Auf der Passivseite umfassen sie die Finanzverbindlichkeiten, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die übrigen Verbindlichkeiten.

Beizulegende Zeitwerte und Buchwerte von Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

Die folgende Tabelle stellt die beizulegenden Zeitwerte sowie Buchwerte der in den einzelnen Bilanzpositionen enthaltenen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten dar:

31.12.2012 Mio. €	Hierarchie der Input-Daten					Buchwert
	Beizulegender Zeitwert	1. Stufe	2. Stufe	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Nicht im Anwendungsbereich von IFRS 7	
Finanzielle Vermögenswerte	6.918,2	1.216,6	3.836,1	1.791,6		6.844,3
zu Handelszwecken gehalten	(262,6)	(262,6)				(262,6)
zur Veräußerung verfügbar	(5.448,3)	(954,0)	(3.836,1)	(658,2)		(5.448,3)
bis zur Endfälligkeit gehalten	(1.119,3)			(1.045,4)		(1.045,4)
Kredite und Forderungen	(88,0)			(88,0)		(88,0)
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.486,7			4.486,7		4.486,7
Kredite und Forderungen	(4.486,7)			(4.486,7)		(4.486,7)
Sonstige Vermögenswerte	2.211,7	259,5	1.337,4	614,8	297,4	2.509,1
zu Handelszwecken gehalten	(1.413,8)	(259,5)	(1.154,3)			(1.413,8)
Kredite und Forderungen	(576,2)			(576,2)		(576,2)
Derivate in Sicherungsbeziehungen	(183,1)		(183,1)			(183,1)
Wertansatz nach IAS 17	(38,6)			(38,6)		(38,6)
Flüssige Mittel	2.583,3			2.583,3		2.583,3
Kredite und Forderungen	(2.583,3)			(2.583,3)		(2.583,3)
Summe Vermögenswerte	16.199,9	1.476,1	5.173,5	9.476,4	297,4	16.423,4
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte					681,1	681,1
Finanzverbindlichkeiten	7.563,6			6.761,2		6.761,2
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet ¹	(7.287,2)			(6.484,8)		(6.484,8)
Wertansatz nach IAS 17	(276,4)			(276,4)		(276,4)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	394,0			394,0	3.072,5	3.466,5
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	(394,0)			(394,0)		(394,0)
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	2.842,2	185,0	1.686,8	970,4	2.832,6	5.674,8
zu Handelszwecken gehalten	(1.622,1)	(77,9)	(1.544,2)			(1.622,1)
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	(970,4)			(970,4)		(970,4)
Derivate in Sicherungsbeziehungen	(249,7)	(107,1)	(142,6)			(249,7)
Summe Verbindlichkeiten	10.799,8	185,0	1.686,8	8.125,6	5.905,1	15.902,5
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten					0,6	0,6

¹ Von den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzverbindlichkeiten sind 1.458,0 Mio. € in Fair-Value-Hedge-Beziehungen enthalten.

31.12.2011	Hierarchie der Input-Daten					
Mio. €¹	Beizulegender Zeitwert	1. Stufe	2. Stufe	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Nicht im Anwendungsbe- reich von IFRS 7	Buchwert
Finanzielle Vermögenswerte	6.510,1	1.029,1	3.528,1	1.896,6		6.453,8
zu Handelszwecken gehalten	(459,6)	(262,4)	(197,2)	(0,0)		(459,6)
zur Veräußerung verfügbar	(4.754,8)	(766,7)	(3.330,9)	(657,2)		(4.754,8)
bis zur Endfälligkeit gehalten	(1.182,3)			(1.126,0)		(1.126,0)
Kredite und Forderungen	(113,4)			(113,4)		(113,4)
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.606,4			3.606,4		3.606,4
Kredite und Forderungen	(3.606,4)			(3.606,4)		(3.606,4)
Sonstige Vermögenswerte	2.293,5	87,4	1.524,2	681,9	300,7	2.594,2
zu Handelszwecken gehalten	(1.306,8)	(75,3)	(1.231,5)			(1.306,8)
Kredite und Forderungen	(640,8)			(640,8)		(640,8)
Derivate in Sicherungsbeziehungen	(304,8)	(12,1)	(292,7)			(304,8)
Wertansatz nach IAS 17	(41,1)			(41,1)		(41,1)
Flüssige Mittel	2.732,3			2.732,3		2.732,3
Kredite und Forderungen	(2.732,3)			(2.732,3)		(2.732,3)
Summe Vermögenswerte	15.142,3	1.116,5	5.052,3	8.917,2	300,7	15.386,7
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	37,2	37,2			172,7	209,9
zur Veräußerung verfügbar	37,2	37,2				37,2
Finanzverbindlichkeiten	8.100,5			7.645,1		7.645,1
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet²	(7.740,9)			(7.285,5)		(7.285,5)
Wertansatz nach IAS 17	(359,6)			(359,6)		(359,6)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	430,6			430,6	3.084,2	3.514,8
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	(430,6)			(430,6)		(430,6)
Übrige Verbindlichkeiten und Zuschüsse	2.159,4	145,1	1.285,5	728,8	2.745,7	4.905,1
zu Handelszwecken gehalten	(1.384,5)	(141,5)	(1.243,0)			(1.384,5)
zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	(728,8)			(728,8)		(728,8)
Derivate in Sicherungsbeziehungen	(46,1)	(3,6)	(42,5)			(46,1)
Summe Verbindlichkeiten	10.690,5	145,1	1.285,5	8.804,5	5.829,9	16.065,0
Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten					0,6	0,6

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Von den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzverbindlichkeiten sind 1.422,3 Mio. € in Fair-Value-Hedge-Beziehungen enthalten.

Der beizulegende Zeitwert der Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehalten“ beträgt insgesamt 1.676,4 Mio.€ (Vorjahr: 1.766,4 Mio.€), davon entfallen auf die erste Hierarchiestufe 522,1 Mio.€ (Vorjahr: 337,7 Mio.€) sowie auf die zweite Hierarchiestufe 1.154,3 Mio.€ (Vorjahr: 1.428,7 Mio.€).

Die Vermögenswerte der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ weisen einen beizulegenden Zeitwert von insgesamt 5.448,3 Mio.€ (Vorjahr: 4.792,0 Mio.€) auf, davon entfallen auf die erste Hierarchiestufe 954,0 Mio.€ (Vorjahr: 803,9 Mio.€), auf die zweite Hierarchiestufe 3.836,1 Mio.€ (Vorjahr: 3.330,9 Mio.€) und auf „zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet“ 658,2 Mio.€ (Vorjahr: 657,2 Mio.€). Die Vermögenswerte der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und belaufen sich auf insgesamt 7.734,2 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 7.092,9 Mio.€). Die zu Anschaffungskosten bewerteten Eigenkapitalinstrumente weisen zum Bilanzstichtag einen Buchwert von 658,2 Mio.€ (Vorjahr: 657,2 Mio.€) auf.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wird unter den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert. Die einzelnen Stufen der Bewertungshierarchie sind wie folgt definiert:

- > Stufe 1: notierte (nicht angepasste) Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten
- > Stufe 2: Verfahren, bei denen sämtliche Input-Parameter, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken, entweder direkt oder indirekt beobachtbar sind

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Nettogewinne beziehungsweise -verluste erfasst:

Nettogewinne oder -verluste nach Bewertungskategorien in Mio. €	2012	2011
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten	142,2	36,7
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	69,0	-26,5
Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte	-2,7	0,0
Kredite und Forderungen	-69,7	-55,5
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	-0,1	-11,6

In der Darstellung der Nettogewinne und -verluste werden Derivate, die sich in einer Sicherungsbeziehung befinden, nicht berücksichtigt. Freistehende Derivate sind in der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthalten.

Der Nettogewinn der Bewertungskategorie „zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten“ enthält neben Ergebnissen aus der Marktbewertung und Ergebniseffekten aus dem Abgang auch Zins- und Währungseffekte.

Im Nettogewinn (Nettoverlust) der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden neben Wertberichtigungen auch Ergebniseffekte aus dem Abgang ausgewiesen.

Der Nettoverlust der Bewertungskategorie „bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ resultiert aus Wertberichtigungen auf festverzinsliche Wertpapiere.

Bei den Nettoverlusten der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ handelt es sich im Wesentlichen um Währungseffekte, Wertberichtigungen und Zuschreibungen.

Der Nettoverlust der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus Gebühren im Rahmen der Kreditvergabe.

Ergebnisse aus Marktwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2012 in Höhe von -267,2 Mio.€ (Vorjahr: -349,3 Mio.€) erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Von den erfolgsneutral gebuchten Marktwertänderungen wurden 97,3 Mio.€ ergebnisverbessernd (Vorjahr: 26,0 Mio.€ ergebnismindernd) in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Die Wertberichtigungen auf finanzielle Vermögenswerte der Bewertungskategorien „zur Veräußerung verfügbar“ und „Kredite und Forderungen“ betragen 55,2 Mio.€ (Vorjahr: 80,0 Mio.€) beziehungsweise 14,9 Mio.€ (Vorjahr: 6,1 Mio.€). Forderungen aus Lieferungen und Leistungen waren mit 26,7 Mio.€ (Vorjahr: 65,7 Mio.€) wertberichtigt. Auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten sonstigen Vermögenswerten wurden im Geschäftsjahr 2012 Wertberichtigungen in Höhe von 4,5 Mio.€ (Vorjahr: 1,7 Mio.€) vorgenommen.

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsbeziehungen

Derivate: Zur Absicherung der Risiken werden im Commodity-Bereich sowohl physisch als auch finanziell zu erfüllende Optionen und Termingeschäfte, im Devisenbereich im Wesentlichen Termingeschäfte eingesetzt. Im Finanzierungsbereich werden zur Risikobegrenzung Swapgeschäfte abgeschlossen.

Alle Derivate, die zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden als Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten bilanziert. Die Derivate sind zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten, die weder ausschließlich für den eigenen Gebrauch (Own Use) bestimmt sind noch die Voraussetzungen als Sicherungsgeschäft zur Absicherung von Cashflows erfüllen, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Bilanzielle Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 bestehen im Finanzbereich vor allem zur Sicherung von Währungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung sowie zur Sicherung von Zinsrisiken aus langfristigen Verbindlichkeiten. Im Commodity-Bereich werden Schwankungen künftiger Zahlungsströme gesichert, die aus geplanten Beschaffungs- und Absatzgeschäften resultieren.

Cashflow Hedges bestehen insbesondere im Commodity-Bereich zur Absicherung von Preisrisiken aus künftigen Absatz- und Beschaffungsgeschäften, zur Begrenzung des Währungsrisikos aus Fremdwährungsverbindlichkeiten sowie zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos variabel verzinslicher Verbindlichkeiten.

Die Änderung des beizulegenden Zeitwerts der eingesetzten Sicherungsgeschäfte, vor allem Termingeschäfte und Futures, werden, soweit effektiv, direkt in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen im Eigenkapital (Marktbewertung von Finanzinstrumenten) bis zur Auflösung der Sicherungsbeziehung erfasst. Der ineffektive Teil des Gewinns oder Verlusts aus einem Sicherungsinstrument wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Zeitpunkt der Umgliederung aus dem OCI in die Gewinn- und Verlustrechnung 2012 in Mio. €	Beizulegender Zeitwert	2013	2014-2017	> 2017
Fremdwährungs-Cashflow-Hedges	-29,0	9,7	-7,6	-31,1
Commodity-Cashflow-Hedges	-181,8	-82,3	-99,5	0,0
Zins-Cashflow-Hedges	-0,8	0,0	-0,4	-0,4
Übrige Derivate Cashflow-Hedges	-14,5	-14,5	0,0	0,0

Zeitpunkt der Umgliederung aus dem OCI in die Gewinn- und Verlustrechnung 2011 in Mio. €	Beizulegender Zeitwert	2012	2013-2016	> 2016
Fremdwährungs-Cashflow-Hedges	104,8	32,0	25,8	47,0
Commodity-Cashflow-Hedges	28,7	18,6	10,1	0,0
Zins-Cashflow-Hedges	-0,5	-0,5	0,0	0,0

Zum 31. Dezember 2012 betrugen die unrealisierten Gewinne aus Derivaten 247,9 Mio.€ (Vorjahr: 61,7 Mio.€). Im Berichtsjahr wurde der effektive Teil von Cashflow Hedges in Höhe von -455,3 Mio.€ (Vorjahr: -128,0 Mio.€) im Eigenkapital erfasst. Aus dem ineffektiven Teil von Cashflow Hedges ergab sich zum 31. Dezember 2012 ein Aufwand von 6,2 Mio.€ (Vorjahr: Aufwand von 0,7 Mio.€) sowie aus Umgliederungen aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals Aufwendungen von 139,1 Mio.€ (Vorjahr: Aufwendungen von 65,8 Mio.€) in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Umgliederung erfolgt in Umsatzerlöse (Erhöhung um 102,1 Mio.€, Vorjahr: Erhöhung um 95,3 Mio.€), Materialaufwendungen (Erhöhung um 201,1 Mio.€, Vorjahr: Erhöhung um 200,5 Mio.€), sonstige betriebliche Erträge (Reduzierung um 16,5 Mio.€, Vorjahr: Erhöhung um 23,8 Mio.€) und in das Finanzergebnis (Verringerung um 23,6 Mio.€, Vorjahr: Erhöhung um 15,6 Mio.€).

In den Umgliederungen ist die Dedesignation von Cashflow-Hedge-Beziehungen in Höhe von 16,5 Mio.€ (Vorjahr: 23,8 Mio.€) enthalten. Das Vertriebsgeschäft ist aktuell von moderaten Absatzrückgängen geprägt, die sowohl das B2C- als auch das B2B-Kundenumfeld des Lieferjahres 2013 betreffen. Aufgrund dessen und damit einhergehender Mengenrückgaben durch die Vertriebsgesellschaften im Dezember 2012 musste der erwartete hochwahrscheinliche Elektrizitätsvertrieb (FCT) für 2013 reduziert werden. Die für diese Geschäfte bislang angefallenen Fair-Value-Änderungen wurden erfolgswirksam erfasst. Aufgrund von Verschiebungen hinsichtlich der Nutzung von neuen Kraftwerkskapazitäten konnte im Vorjahr mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit der prognostizierten Transaktionen nicht mehr gerechnet werden.

Aus den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen des Eigenkapitals wurden 6,6 Mio.€ in die Vorratsbestände umgegliedert. Dies führte zu einer Erhöhung der Anschaffungskosten (Vorjahr: Verringerung um 49,3 Mio.€).

Zum 31. Dezember 2012 sind bestehende Grundgeschäfte in Cashflow Hedges mit Laufzeiten bis 26 Jahre (Vorjahr: bis 27 Jahre) im Fremdwährungsbereich einbezogen. Im Commodity-Bereich betragen die Laufzeiten geplanter Grundgeschäfte im Wesentlichen bis drei Jahre (Vorjahr: bis drei Jahre).

Sicherungsbeziehungen werden im Rahmen der Optimierung branchenüblich neu und dedesigniert.

Fair Value Hedges bestehen vor allem zur Absicherung festverzinslicher Verbindlichkeiten gegenüber Marktpreisrisiken. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps genutzt. Bei Fair Value Hedges wird sowohl das Grund- als auch das Sicherungsgeschäft hinsichtlich des abgesicherten Risikos erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Berichtsjahr wurde die Wertveränderung der beizulegenden Zeitwerte von Sicherungsinstrumenten in Höhe von 33,8 Mio.€ (Vorjahr: 46,2 Mio.€) erfolgswirksam erfasst. Für die gesicherten Verbindlichkeiten sind die aus dem gesicherten Risiko resultierenden Marktwertveränderungen ebenfalls erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu vereinnahmen. Im Berichtsjahr wurden die Marktwertschwankungen aus den Grundgeschäften in Höhe von 31,9 Mio.€ (Vorjahr: 43,8 Mio.€) erfolgswirksam erfasst.

Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Teileinheiten: Zur Sicherung von Fremdwährungsrisiken aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung werden originäre Fremdwährungsanleihen eingesetzt. Zum 31. Dezember 2012 wurden -32,7 Mio.€ (Vorjahr: -31,9 Mio.€) aus der Währungskursänderung der Sicherungsgeschäfte im Posten „Währungsumrechnung“ innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Verträge, soweit sie zum erwarteten Nutzungsbedarf des Unternehmens abgeschlossen worden sind, werden nicht nach den Vorschriften des IAS 39 bilanziell erfasst.

Markttübliche Käufe und Verkäufe (Kassakäufe/-verkäufe) von originären Finanzinstrumenten werden grundsätzlich am Erfüllungstag bilanziert. Derivative finanzielle Vermögenswerte werden zum Handelstag bilanziell erfasst. Derivative und originäre Finanzinstrumente werden dann bilanziell erfasst, wenn die EnBW Vertragspartei geworden ist.

Für den Kauf und Verkauf von Brennstoffen erfolgt die Bezahlung in Euro, US-Dollar oder Pfund Sterling.

Die Bewertung von Kontrahentenrisiken erfolgt unter Einbeziehung der Fristigkeit des jeweils aktuellen Wiederbeschaffungs- und Absatzrisikos. Darüber hinaus werden diese Risiken unter Berücksichtigung der aktuellen Ratings der Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's analysiert. Die Handelspartner, die über kein entsprechendes externes Rating verfügen, werden einem internen Ratingverfahren unterzogen.

Das Kontrahentenrisiko basiert auf Wiederbeschaffungs- und Absatzrisiken, die sich aus den Marktwerten der jeweiligen Position mit dem einzelnen Handelspartner zum Stichtag ergeben. Die Ermittlung erfolgt unter Berücksichtigung der mit dem Handelspartner in Rahmenverträgen vereinbarten Netting-Möglichkeiten.

Im Fall des Vorliegens einer Netting-Vereinbarung werden positive und negative Marktwerte je Handelspartner saldiert. Bei fehlendem Netting werden nur positive Marktwerte berücksichtigt.

Kontrahentenrisiko in Mio. € Moody's, S&P beziehungsweise internes Rating	31.12.2012		31.12.2011	
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	< 1 Jahr	1–5 Jahre
Bis A1	21,9	7,0	51,5	35,0
Bis A3	54,4	8,8	100,8	40,8
Baa1	19,7	4,7	28,3	19,5
Bis Baa3	17,1	3,3	11,6	6,7
Unter Baa3	19,4	1,2	12,8	8,0
Gesamt	132,5	25,0	205,0	110,0

Das Nominalvolumen der im Folgenden dargestellten Derivate wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Die Höhe des Nominalvolumens erlaubt Rückschlüsse auf den Umfang des Einsatzes von Derivaten. Sie gibt aber nicht das Risiko des Konzerns wieder, da den derivativen Geschäften Grundgeschäfte mit gegenläufigen Risiken gegenüberstehen. Für börsengehandelte Derivate werden Sicherheiten hinterlegt beziehungsweise haben wir Sicherheiten erhalten.

Mio. €	Gesamtvolumen Derivate			
	Nominalvolumen		Beizulegender Zeitwert	
	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2011
Devisentermingeschäfte	4.071,2	3.960,6	-14,1	150,7
Stromoptionen und -futures	6.034,4	7.188,3	213,1	67,0
Stromtermingeschäfte	17.306,8	22.030,5	-269,4	-23,1
Gastermin- und -swapgeschäfte	14.212,2	7.624,7	-14,3	-20,7
Kohletermin- und -swapgeschäfte	4.604,1	5.034,5	-269,4	16,4
Derivate für Emissionsrechte	1.276,3	1.944,8	-45,2	-113,2
Festzinszahler	452,0	583,0	-12,8	-11,3
Festzinsempfänger	1.293,1	1.296,8	152,1	125,5
Übrige Termingeschäfte und Derivate	1.921,3	945,2	-14,9	-10,3
Gesamtsumme	51.171,4	50.608,4	-274,9	181,0

Derivate in Sicherungsbeziehung lassen sich wie folgt zu den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen (Cashflow Hedges) im Eigenkapital überleiten:

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge mit positivem beizulegendem Zeitwert	23,6	179,1	-155,5
Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge mit negativem beizulegendem Zeitwert	249,7	46,1	203,6
	-226,1	133,0	-359,1
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderung der Derivate in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	70,9	-27,2	98,1
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	6,0	-0,2	6,2
Kaskadierungseffekte	-1,4	-32,0	30,6
Realisierte Effekte aus Grundgeschäften	-27,9	-42,0	14,1
Nicht beherrschende Anteile	5,7	12,1	-6,4
Cashflow Hedge (Sicherungsbeziehung im Eigenkapital)	-172,8	43,7	-216,5

Die Kaskadierungseffekte betreffen die bis zum Zeitpunkt der Kaskadierung kumulierte Marktwertveränderung der in Sicherungsbeziehung stehenden Futures.

Im Rahmen der Kaskadierung werden Jahres- und Quartalsfutures nicht durch Barausgleich, sondern durch weitere Futures erfüllt.

Die Veränderung der Bilanzwerte freistehender Derivate lässt sich wie folgt zur Gewinn- und Verlustrechnung überleiten:

Mio. €	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Derivate mit positivem beizulegendem Marktwert	1.413,8	1.306,8	107,0
Derivate mit negativem beizulegendem Marktwert	1.622,1	1.384,5	237,6
Bilanzwerte der freistehenden Derivate	-208,3	-77,7	-130,6

Mio. €	2012	2011
Veränderung der Bilanzwerte der freistehenden Derivate	-130,6	15,1
Gezahlte Optionsprämie	-25,8	6,0
Veränderung der beizulegenden Zeitwerte der Derivate	-156,4	21,1

Das Ergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung aus Derivaten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2012	2011
Bewertungsergebnis	-156,4	21,1
Realisiertes Ergebnis	294,8	18,6
Ineffektivität der Sicherungsbeziehung	-6,2	-0,7
Ergebnis aus Derivaten	132,2	39,0
davon sonstige betriebliche Erträge	(432,6)	(253,5)
davon sonstige betriebliche Aufwendungen	(320,2)	(197,5)
davon Finanzerträge	(41,2)	(4,8)
davon Finanzaufwendungen	(21,4)	(21,8)

Das realisierte Ergebnis kehrt die bisherige Marktbewertung freistehender Derivate, die wirtschaftlich gesichert sind, zum Zeitpunkt der Realisierung des Derivats wieder um. Die gesicherten Grundgeschäfte werden durch die vorangegangene Marktbewertung der Derivate nicht zu dem mit dem Derivat abgesicherten Preis, sondern zum aktuellen Tageskurs (Spotpreis) durchgeführt.

Zur Erhöhung der Transparenz weisen wir sowohl die Effekte aus der Marktbewertung als auch das realisierte Ergebnis aus.

Risikomanagementsystem

Die EnBW ist als Energieversorgungsunternehmen im Rahmen des operativen Geschäfts sowie bei Geldanlagen und Finanzierungsvorgängen finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Währungs-, Zins- und Commodity-Bereich ausgesetzt. Daneben bestehen Kredit- und Liquiditätsrisiken. Unternehmenspolitik ist es, diese Risiken durch ein systematisches Risikomanagement auszuschalten oder zu begrenzen.

Wechselkursschwankungen zwischen dem Euro und anderen Währungen, Zinsschwankungen an den internationalen Geld- und Kapitalmärkten sowie Preisschwankungen an den Märkten für Strom, Kohle, Gas und Emissionsrechte stellen die wesentlichen Preisrisiken für die EnBW dar. Die Sicherungspolitik zur Eingrenzung dieser Risiken wird vom Vorstand vorgegeben und ist in konzerninternen Richtlinien dokumentiert. Sie sieht auch den Einsatz von Derivaten vor.

Die zur Absicherung finanzwirtschaftlicher Risiken eingesetzten Derivate unterliegen den in der Richtlinie für das Risikomanagement festgelegten Beurteilungskriterien wie Value-at-Risk-Kennziffern und Positions- und Verlustlimiten. Die Funktionstrennung der Bereiche Handel, Abwicklung und Kontrolle bildet ein weiteres zentrales Element des Risikomanagements.

Die entsprechenden Finanztransaktionen werden nur mit bonitätsmäßig erstklassigen Kontrahenten abgeschlossen. Eine Absicherung der Risikoposition durch geeignete Sicherungsinstrumente kann auch unter Bewahrung von Marktchancen erfolgen.

Bei den aus den Finanzinstrumenten resultierenden Risiken sowie den entsprechenden Methoden zur Messung und Steuerung sind gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Änderungen zu verzeichnen.

Hinsichtlich weiterer Angaben zum Risikomanagementsystem der EnBW verweisen wir auf unsere Ausführungen im Risikobericht als Teil des Lageberichts.

Kreditrisiko: Kreditrisiken entstehen für die EnBW durch Nichterfüllung vertraglicher Vereinbarungen durch den Kontrahenten. Die EnBW steuert ihre Kreditrisiken, indem grundsätzlich eine hohe Bonität von den Kontrahenten gefordert wird und das Kreditrisiko mit den Kontrahenten begrenzt wird. Die Ratings der Kontrahenten werden durch das Bonitätsmanagementsystem der EnBW fortlaufend überwacht. Commodity- und Energiegeschäfte werden grundsätzlich auf Basis von Rahmenverträgen, zum Beispiel EFET, ISDA oder IETA, abgeschlossen.

Das Eingehen dieser Rahmenverträge setzt eine gründliche Bonitätsprüfung des Kontrahenten voraus. Nur bei begründetem Interesse des Unternehmens, zum Beispiel bei der Entwicklung neuer Märkte, können Ausnahmen von dieser Geschäftspolitik zugelassen werden. Gemessen an der Kundenstruktur sind die Forderungen gegenüber einzelnen Kontrahenten nicht so groß, dass sie eine wesentliche Risikokonzentration bedeuten würden.

Finanzanlagegeschäfte werden nur mit Kontrahenten abgeschlossen, die und deren Anlagengrenzen in der Treasury-Richtlinie definiert sind. Eine Einhaltung dieser Richtlinie wird durch das interne Kontrollsystem (IKS) fortlaufend überwacht.

Das maximale Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte (einschließlich Derivate mit positivem Marktwert) entspricht den in der Bilanz angesetzten Buchwerten. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 beträgt das maximale Ausfallrisiko 16.126,0 Mio. € (Vorjahr angepasst: 15.123,2 Mio. €).

Liquiditätsrisiko: Liquiditätsrisiken entstehen für die EnBW durch die Verpflichtung, Verbindlichkeiten vollständig und rechtzeitig zu tilgen. Aufgabe des Cash- und Liquiditätsmanagements der EnBW ist es, jederzeit die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens sicherzustellen.

Im Cashmanagement werden alle Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse zentral ermittelt. Durch die Saldierung der Zahlungsmittelbedarfe und -überschüsse wird die Anzahl der Bankgeschäfte auf ein Minimum reduziert. Das Netting erfolgt durch ein Cashpooling-Verfahren. Das Cashmanagement hat zur Steuerung der Bankkonten und internen Verrechnungskonten sowie zur Durchführung automatisierter Zahlungsvorgänge standardisierte Prozesse und Systeme implementiert.

Zur Liquiditätssteuerung wird konzernzentral ein auf Cashflows basierender Finanzplan erstellt. Der entstehende Finanzierungsbedarf wird mittels geeigneter Instrumente im Rahmen der Liquiditätssteuerung gedeckt. Neben der täglich verfügbaren Liquidität unterhält die EnBW auch weitere Liquiditätsreserven in Höhe von 2,5 Mrd. € (Vorjahr: 2,4 Mrd. €), die kurzfristig verfügbar sind. Die Höhe der Liquiditätsreserven richtet sich nach der strategischen Liquiditätsplanung unter Berücksichtigung festgelegter Worst-Case-Parameter. Bei der Liquiditätsreserve handelt es sich um zugesagte syndizierte und freie Kreditlinien mit unterschiedlichen Fristigkeiten. Durch die vorhandene Liquidität sowie die bestehenden Kreditlinien sieht sich die EnBW keiner Risikokonzentration ausgesetzt.

Weitere Erläuterungen zu den Finanzverbindlichkeiten sind der Anhangangabe (24) „Verbindlichkeiten und Zuschüsse“ zu entnehmen.

In den folgenden Tabellen werden die künftigen undiskontierten Cashflows finanzieller Verbindlichkeiten und derivativer Finanzinstrumente aufgezeigt, die eine Auswirkung auf den künftigen Liquiditätsstatus des EnBW-Konzerns haben.

In die Betrachtung einbezogen werden alle zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 bestehenden und in der Bilanz ausgewiesenen vertraglichen Verpflichtungen.

Bei den emittierten Fremdkapitalinstrumenten sowie bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden Zins- und Tilgungszahlungen berücksichtigt.

Den Zinszahlungen festverzinslicher Finanzinstrumente liegt der vertraglich vereinbarte Zinssatz zugrunde. Bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten werden die zuletzt vor dem 31. Dezember 2012 fixierten Zinssätze herangezogen.

In Fremdwährung lautende Finanzinstrumente werden mit dem jeweiligen Kassakurs zum 31. Dezember 2012 umgerechnet.

Bei den Derivaten werden grundsätzlich Derivate mit positivem und negativem Marktwert berücksichtigt, sofern sie zu einem Nettomittelabfluss führen. Der Ermittlung der undiskontierten Cashflows liegen folgende Bedingungen zugrunde:

- > Swapgeschäfte finden in der Liquiditätsanalyse nur Berücksichtigung, sofern sie zu einem Nettomittelabfluss führen.
- > Devisentermingeschäfte werden berücksichtigt, sofern sie einen Mittelabfluss verursachen.
- > Bei den Forward-Geschäften werden alle Käufe berücksichtigt. Die künftigen Cashflows ergeben sich jeweils aus der mit dem Vertragspreis bewerteten Menge.
- > Future-Geschäfte sind in die Liquiditätsanalyse nicht einbezogen, da sie durch die tägliche Ausgleichszahlung (Variation Margin) glattgestellt werden und somit kein Liquiditätsrisiko besteht.

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2012 in Mio. €	Summe	2013	2014	2015	2016	Cashflows > 2016
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	7.670,0	1.296,7	245,5	995,5	714,5	4.417,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.096,1	109,3	80,5	160,2	58,6	687,5
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	336,6	102,3	103,9	77,1	1,8	51,5
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	130,8	13,5	23,5	11,2	11,2	71,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	394,0	394,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Übrige finanzielle Verpflichtungen	970,4	794,0	1,5	1,4	0,8	172,7
Derivative finanzielle Vermögenswerte	3.320,8	2.135,7	938,4	220,0	21,1	5,6
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	13.670,8	8.879,3	3.481,3	1.174,0	118,1	18,1
Gesamt	27.589,5	13.724,8	4.874,6	2.639,4	926,1	5.424,6

Undiskontierte Cashflows zum 31.12.2011 in Mio. € ¹	Summe	2012	2013	2014	2015	Cashflows > 2015
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten						
Emittierte Fremdkapitalinstrumente	8.763,3	1.390,1	1.277,4	227,9	977,9	4.890,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.091,4	247,7	52,9	75,1	44,3	671,4
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	442,7	107,5	102,1	102,1	77,1	53,9
Sonstige Finanzverbindlichkeiten	139,2	10,6	23,0	10,7	11,2	83,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	430,6	430,1	0,0	0,0	0,0	0,5
Übrige finanzielle Verpflichtungen	728,8	575,8	1,7	1,4	1,2	148,7
Derivative finanzielle Vermögenswerte	2.403,7	1.316,0	942,2	137,8	5,6	2,1
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	13.011,5	8.882,9	2.797,6	1.127,2	94,2	109,6
Gesamt	27.011,2	12.960,7	5.196,9	1.682,2	1.211,5	5.959,9

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Der Anstieg bei den derivativen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf ein höheres Volumen an Terminkäufen von Gas zurückzuführen. Das im Zuge dessen ebenfalls größere Volumen der Verkäufe wird hier nicht berücksichtigt; stattdessen ist nur die einseitige Sicht auf alle einen Mittelabfluss verursachenden Derivate dargestellt. Auch die im Rahmen unserer Risikomanagementaktivitäten mit zahlreichen Handelspartnern abgeschlossenen Netting Agreements werden hier außen vor gelassen, sodass sich das tatsächliche Liquiditätsrisiko der EnBW aus Derivaten nicht unmittelbar erschließt.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken können sich aus Währungs- und Zinsrisiken sowie aus Commodity- und sonstigen Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragende Wertpapiere ergeben.

Die EnBW ist durch die Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs sowie durch Gas- und Ölhandelsgeschäfte Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. Darüber hinaus bestehen für die EnBW Währungsrisiken aus in Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten. Das Währungsrisiko wird anhand fortlaufend überprüfter Devisenkursbewertungen mit geeigneten standardisierten Finanzinstrumenten, im Berichtsjahr insbesondere über Devisentermingeschäfte, abgesichert. Die Sicherung von Wechselkursrisiken erfolgt zentral. Währungsrisiken bestehen für die EnBW im Wesentlichen in US-Dollar und in Schweizer Franken.

Das bei ausländischen Konzerngesellschaften außerhalb der Eurozone gebundene Nettovermögen sowie die Umrechnungsrisiken (Translationsrisiken) werden nur in Einzelfällen gegen Wechselkursschwankungen gesichert.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass sich alle anderen Parameter, zum Beispiel Zinsen, nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Wechselkursrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte.

Im Wesentlichen sind das Sicherungsinstrumente aus Cashflow Hedges und aus Hedges von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe, freistehende Derivate sowie Forderungen und Verbindlichkeiten, die in Fremdwährung denominated sind.

Eine Aufwertung (Abwertung) des Euro um 10% gegenüber sämtlichen Währungen zum Stichtag 31. Dezember 2012 würde das Jahresergebnis um 43,4 Mio.€ (Vorjahr: 60,0 Mio.€) verschlechtern (verbessern). Die hypothetische Ergebnisveränderung ergibt sich aus der Währungssensitivität Euro/US-Dollar (43,4 Mio.€; Vorjahr: 60,0 Mio.€).

Das Eigenkapital würde sich bei einer Aufwertung (Abwertung) um 10% zum Stichtag 31. Dezember 2012 um 107,4 Mio.€ (Vorjahr: 92,5 Mio.€) verringern (erhöhen). Die hypothetische Eigenkapitalveränderung ergibt sich aus den Währungssensitivitäten Euro/US-Dollar (132,3 Mio.€; Vorjahr: 125,5 Mio.€) und Euro/Schweizer Franken (-24,9 Mio.€; Vorjahr: -33,0 Mio.€).

Die EnBW benutzt eine Vielzahl zinssensitiver Finanzinstrumente, um den Erfordernissen der operativen und strategischen Liquiditätssteuerung gerecht zu werden. Zinsrisiken ergeben sich hieraus nur aus variabel verzinslichen Instrumenten.

Zinsbedingte Marktwertänderungen zinstragender Wertpapiere der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ werden bei den sonstigen Preisrisiken für Aktien, Aktienfonds und zinstragende Wertpapiere dargestellt.

Zinsrisiken bestehen auf der Aktivseite aus Bankguthaben und auf der Passivseite aus variabel verzinslichen Bankverbindlichkeiten. Daneben bestehen Zinsrisiken aus Derivaten in Form von Swapgeschäften. Zinsrisiken bestehen für die EnBW hauptsächlich in der Eurozone.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass sich alle anderen Parameter, zum Beispiel Wechselkurse, nicht verändern. Es wurden nur Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Zinsänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte. Für die Analyse wird der Mittelwert aus den letzten zehn Jahren der Veränderung der Umlaufrendite herangezogen.

Eine Erhöhung (Verringerung) des Zinsniveaus im Euroraum zum Stichtag 31. Dezember 2012 um 60 Basispunkte (Vorjahr: 60 Basispunkte) bezogen auf das Nominalvolumen würde das Jahresergebnis insgesamt um 5,4 Mio.€ (Vorjahr: 7,0 Mio.€) verschlechtern (erhöhen). Die hypothetische Ergebnisveränderung setzt sich aus potenziellen Effekten aus Zinsderivaten in Höhe von 7,8 Mio.€ (Vorjahr: 7,8 Mio.€), variabel verzinslichen Bankguthaben in Höhe von -6,3 Mio.€ (Vorjahr: -5,5 Mio.€) sowie originären variabel verzinslichen Finanzschulden in Höhe von 3,9 Mio.€ (Vorjahr: 4,7 Mio.€) zusammen.

Im Rahmen unserer Energiehandelstätigkeit werden in der EnBW Energiehandelskontrakte für Zwecke des Preisrisikomanagements, der Kraftwerksoptimierung, der Lastglättung und der Margenoptimierung abgeschlossen. Eigenhandel ist nur innerhalb enger, klar definierter Limite erlaubt.

Die Preisänderungsrisiken resultieren im Wesentlichen aus der Beschaffung und Veräußerung von Strom, der Beschaffung der Brennstoffe Kohle, Gas und Öl sowie der Beschaffung von Emissionsrechten. Darüber hinaus entstehen Preisrisiken für die EnBW durch das Eingehen spekulativer Positionen im Eigenhandel. Die Preisrisiken werden anhand fortlaufend überprüfter Marktpreiserwartungen mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert. Im Berichtsjahr wurden als Sicherungsinstrumente Forwards, Futures, Swaps und Optionen eingesetzt.

Nachfolgend wird die Sensitivität der Bewertung von Derivaten auf Strom, Kohle, Öl, Gas und Emissionsrechte analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass alle anderen Parameter sich nicht verändern. Es wurden nur Derivate in die Analyse einbezogen, deren Marktwertschwankungen das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis beeinflussen. Hierbei handelt es sich um Derivate, die als freistehende Derivate bilanziert werden, sowie um Derivate, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen von Cash-flow Hedges eingesetzt wurden.

Nicht in die Betrachtung einbezogen sind Derivate, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung nicht finanzieller Posten gemäß dem erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarf des Unternehmens bestimmt sind (Own Use) und damit nicht nach IAS 39 zu bilanzieren sind. Ebenso sind unsere Erzeugungs- und Vertriebspositionen in die Analyse nicht mit einbezogen.

Daher entsprechen die nachfolgend dargestellten Sensitivitäten nicht den tatsächlichen ökonomischen Risiken des EnBW-Konzerns und dienen lediglich der Erfüllung der Angabenvorschriften des IFRS 7.

Eine Erhöhung (Verringerung) des Marktpreises für Strom um 10 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2012 würde das Jahresergebnis um 196,7 Mio. € (Vorjahr: 213,3 Mio. €) verschlechtern (verbessern). Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 10 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2012 um 40,4 Mio. € (Vorjahr: 92,7 Mio. €) verringern (erhöhen).

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises für Kohle um 15 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2012 würde das Jahresergebnis um 63,7 Mio. € (Vorjahr: 112,5 Mio. €) verschlechtern (verbessern). Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 15 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2012 um 299,4 Mio. € (Vorjahr: 279,0 Mio. €) verringern (erhöhen).

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises für Öl um 20 % (Vorjahr: 25 %) zum Stichtag 31. Dezember 2012 würde das Jahresergebnis um 30,0 Mio. € (Vorjahr: 47,6 Mio. €) verschlechtern (verbessern). Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 20 % zum Stichtag 31. Dezember 2012 um 45,1 Mio. € verringern (erhöhen).

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises für Gas um 15 % (Vorjahr: 15 %) zum Stichtag 31. Dezember 2012 würde das Jahresergebnis um 2,7 Mio. € verschlechtern (verbessern). Im Vorjahr hätte eine Erhöhung (Verringerung) zu einer Verschlechterung (Verbesserung) des Jahresergebnisses um 21,7 Mio. € geführt.

Eine Verringerung (Erhöhung) des Marktpreises für Emissionsrechte um 55 % (Vorjahr: 35 %) zum Stichtag 31. Dezember 2012 würde das Jahresergebnis um 24,0 Mio. € (Vorjahr: 50,6 Mio. €) verschlechtern (verbessern). Das Eigenkapital würde sich bei einer Reduktion (einem Anstieg) des Marktpreises um 55 % (Vorjahr: 35 %) zum Stichtag 31. Dezember 2012 um 90,0 Mio. € (Vorjahr: 5,4 Mio. €) verringern (erhöhen).

Die EnBW besitzt Anlagen in Aktien und Aktienfonds und in festverzinslichen Wertpapieren, aus denen Preisänderungsrisiken für das Unternehmen resultieren. Bei der Auswahl der Wertpapiere achtet das Unternehmen auf eine hohe Marktgängigkeit sowie auf eine gute Bonität. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 waren Aktien, Aktienfonds sowie festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 5.052,6 Mio. € (Vorjahr: 4.557,2 Mio. €) dem Marktpreisrisiko ausgesetzt.

Nachfolgend werden die Auswirkungen von Preisänderungsrisiken aus Aktien und Aktienfonds sowie zinstragenden Wertpapieren auf das Jahresergebnis und das Eigenkapital analysiert. Die Analyse wurde unter der Annahme durchgeführt, dass sich alle anderen Parameter, zum Beispiel die Währung, nicht verändern. Es wurden Finanzinstrumente in die Analyse einbezogen, deren Preisänderungsrisiko das Eigenkapital beziehungsweise das Jahresergebnis verändern könnte. Die Analyse des Marktpreisrisikos von Aktien und Aktienfonds wurde anhand der historischen Volatilität durchgeführt. Als realistisches Szenario wurde eine Standardabweichung unterstellt. Das Marktpreisrisiko festverzinslicher Wertpapiere wurde mithilfe der Modified Duration ermittelt. Unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungen der Zinssätze (siehe Zinsrisiko) bezogen auf den beizulegenden Zeitwert der festverzinslichen Wertpapiere wird das Ergebnis in absoluten Geldbeträgen ermittelt. Die der Sensitivitätsanalyse unterliegenden Prämissen betragen für Aktien und Aktienfonds 16 % (Vorjahr: 17 %) und für zinstragende Wertpapiere 3 % (Vorjahr: 3 %).

Beim gegebenen Risikoszenario würde sich das Jahresergebnis um 8,1 Mio. € (Vorjahr: 14,0 Mio. €) erhöhen (verringern). Die hypothetische Ergebnisveränderung resultiert im Wesentlichen aus festverzinslichen Wertpapieren. Beim gegebenen Risikoszenario würde sich das Eigenkapital um 368,8 Mio. € (Vorjahr: 336,2 Mio. €) erhöhen (verringern). Von der hypothetischen Ergebnisveränderung entfallen 277,0 Mio. € (Vorjahr: 259,0 Mio. €) auf Aktien und Aktienfonds und 91,8 Mio. € (Vorjahr: 77,2 Mio. €) auf festverzinsliche Wertpapiere.

(28) Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Angaben zu den Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen erfolgen zu Nominalwerten.

Eventualverbindlichkeiten

Für die Risiken aus nuklearen Schäden haben die deutschen Kernkraftwerksbetreiber nach Inkrafttreten des novellierten Atomgesetzes (AtG) und der novellierten Atomrechtlichen Deckungsvorsorge-Verordnung (AtDeckV) vom 27. April 2002 bis zu einem Maximalbetrag von 2,5 Mrd. € je Schadensfall Deckungsvorsorge nachzuweisen. Von dieser Vorsorge sind 255,6 Mio. € über eine einheitliche Haftpflichtversicherung abgedeckt. Die Nuklear Haftpflicht GbR erfasst nur noch die solidarische Absicherung in Bezug auf Ansprüche in Zusammenhang mit behördlich angeordneten Evakuierungsmaßnahmen im Bereich zwischen 0,5 Mio. € und 15 Mio. €. Konzernunternehmen haben sich entsprechend ihrer Anteile an Kernkraftwerken verpflichtet, deren Betriebsgesellschaften liquiditätsmäßig so zu stellen, dass diese ihren Verpflichtungen aus ihrer Zugehörigkeit zur Nuklear Haftpflicht GbR jederzeit nachkommen können.

Zur Erfüllung der anschließenden Deckungsvorsorge in Höhe von 2.244,4 Mio. € je Schadensfall haben die EnBW Energie Baden-Württemberg AG und die übrigen Obergesellschaften der deutschen Kernkraftwerksbetreiber mit Vertrag vom 11. Juli, 27. Juli, 21. August und 28. August 2001, verlängert mit Vereinbarung vom 25. März, 18. April, 28. April und 1. Juni 2011, vereinbart, den haftenden Kernkraftwerksbetreiber im Schadensfall – nach Ausschöpfung dessen eigener Möglichkeiten und der seiner Muttergesellschaften – finanziell so auszustatten, dass dieser seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann (Solidarvereinbarung). Vertragsgemäß beträgt der auf die EnBW Energie Baden-Württemberg AG entfallende Anteil bezüglich Haftung, zuzüglich 5 % für Schadensabwicklungskosten, 24,921 % zum 31. Dezember 2012 und ab 1. Januar 2013 unverändert 24,921 %. Ausreichende Liquiditätsvorsorge besteht und ist im Liquiditätsplan berücksichtigt.

Darüber hinaus bestehen im EnBW-Konzern noch folgende sonstige Eventualverbindlichkeiten:

Mio. € ¹	31.12.2012	Davon Restlaufzeit			31.12.2011
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Bürgschaften und Sicherheiten	393,5	250,6	54,5	88,4	397,1
Bürgschaften für fremde Leistungen	116,5	97,8	0,8	17,9	111,1
Eventualverbindlichkeiten aus schwebenden Rechtsstreitigkeiten	418,3	415,1	2,2	1,0	135,3
Gesamt	928,3	763,5	57,5	107,3	643,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Für die schwebenden Rechtsstreitigkeiten wurden aufgrund geringer Erfolgsaussichten der Gegenseite keine Rückstellungen gebildet. Darüber hinaus sind gegen die EnBW verschiedene Prozesse, behördliche Untersuchungen oder Verfahren sowie andere Ansprüche anhängig, deren Erfolg allerdings als sehr unwahrscheinlich erachtet wird und die daher nicht unter den Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen werden. In den Bürgschaften und Sicherheiten sind Verpflichtungen gegenüber at equity bewerteten Unternehmen enthalten; davon betreffen 119,6 Mio. € (Vorjahr angepasst: 112,2 Mio. €) Gemeinschaftsunternehmen und 12,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 13,6 Mio. €) assoziierte Unternehmen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im EnBW-Konzern bestehen langfristige Verpflichtungen für den Bezug von Erdgas, Kohle und anderen fossilen Brennstoffen sowie Strom. Weiterhin bestehen Verpflichtungen aus langfristigen Uranbezugs-, Konversions-, Anreicherungs-, Fertigungs- und Entsorgungsverträgen. Im Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen bestehen außerdem langfristige Verpflichtungen aus Entsorgungsverträgen. Das Gesamtvolumen dieser Verpflichtungen beläuft sich auf 24,3 Mrd. € (Vorjahr: 18,5 Mrd. €).

Die Steigerung resultiert vor allem aus den Abnahmeverpflichtungen des im Juli 2012 neu abgeschlossenen langfristigen Gaslieferungsvertrags mit einem ausländischen Gasproduzenten. In diesen sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind Abnahmeverpflichtungen gegenüber assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert sind, in Höhe von 351,0 Mio. € (Vorjahr: 337,5 Mio. €) enthalten. Gegenüber Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert sind, bestehen keine Abnahmeverpflichtungen.

Die übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. € ¹	31.12.2012	Davon Restlaufzeit			31.12.2011
		< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
Finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	214,1	44,2	84,1	85,8	193,3
Bestellobligo	477,3	326,7	137,0	13,6	577,3
Investitionsverpflichtungen aus Sachanlagen	973,6	495,4	478,2	0,0	1.136,3
Investitionsverpflichtungen aus immateriellen Vermögenswerten	2,0	2,0	0,0	0,0	1,9
Finanzielle Verpflichtungen aus Unternehmenserwerben ²	495,1	162,5	302,5	30,1	449,5
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	455,2	100,3	103,7	251,2	304,6
Gesamt	2.617,3	1.131,1	1.105,5	380,7	2.662,9

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² In den finanziellen Verpflichtungen aus Unternehmenserwerben < 1 Jahr sind Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, in Höhe von 125,4 Mio. € (Vorjahr: 123,6 Mio. €) enthalten.

In den übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind Verpflichtungen zum Erwerb von at equity bewerteten Unternehmen in Höhe von 27,9 Mio. € (Vorjahr angepasst: 27,9 Mio. €) enthalten, die ausschließlich Gemeinschaftsunternehmen betreffen. Darüber hinaus sind in den übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen 212,2 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) gegenüber Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert sind, und 4,3 Mio. € (Vorjahr: 0,4 Mio. €) gegenüber assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert sind, enthalten.

[29] Honorare des Abschlussprüfers

Die als Aufwand erfassten Honorare des Konzernabschlussprüfers KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. € ¹	2012	2011
Abschlussprüfung	2,2	2,3
Sonstige Bestätigungsleistungen	1,5	0,7
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,0
Sonstige Leistungen	1,0	0,2
Gesamt	4,8	3,2

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

(30) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB beziehungsweise § 264b HGB

Die folgenden inländischen Tochtergesellschaften haben im Geschäftsjahr 2012 ganz oder teilweise von den Befreiungsmöglichkeiten in § 264 Abs. 3 HGB beziehungsweise § 264b HGB Gebrauch gemacht:

Befreiungen nach § 264 Abs. 3 HGB

- EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH, Stuttgart
- EnBW EnergyWatchers GmbH, Stuttgart
- EnBW EnHol Beteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe
- EnBW Perspektiven GmbH, Karlsruhe (vormals EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH, Karlsruhe)
- EnBW REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- MSE Mobile Schlammentwässerungs GmbH, Karlsbad-Ittersbach
- NWS REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart
- RBS wave GmbH, Stuttgart
- Thermogas Gas- und Gerätevertriebs-GmbH, Stuttgart
- TPLUS GmbH, Karlsruhe
- U-plus Umweltservice AG, Karlsruhe
- Watt Synergia GmbH, Frankfurt am Main

Befreiungen nach § 264b HGB

- EnBW City GmbH & Co. KG, Obrigheim (vormals EnBW City GmbH & Co. KG, Stuttgart)
- KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. KG, Karlsruhe
- NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim
- Salamander Marken GmbH & Co. KG, Karlsruhe

(31) Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der EnBW Energie Baden-Württemberg AG haben die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex am 6. Dezember 2012 abgegeben und den Aktionären im Internet unter www.enbw.com/entsprechenserklaerung dauerhaft zugänglich gemacht.

Die Entsprechenserklärung der börsennotierten Tochtergesellschaft ZEAG Energie AG ist im Internet unter www.zeag-energie.de abrufbar.

(32) Aktiengeschäfte und Aktienbesitz von Personen mit Führungsaufgaben

Der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2012 keine Meldungen über Geschäfte mit EnBW-Aktien oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten von Personen mit Führungsaufgaben oder mit ihnen in einer engen Beziehung stehenden Personen nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz zugegangen. Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an EnBW-Aktien beträgt weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

(33) Angaben zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung sind die Zahlungsströme nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit gegliedert. Als Saldo ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel im Geschäftsjahr 2012 in Höhe von -148,8 Mio. € (Vorjahr angepasst: 900,9 Mio. €).

Die flüssigen Mittel beinhalten fast ausschließlich Guthaben bei Kreditinstituten, die überwiegend als Termin- und Tagesgeld angelegt sind.

Im Geschäftsjahr 2012 ergab sich ein Operating Cashflow in Höhe von 856,3 Mio. € (Vorjahr angepasst: 1.747,4 Mio. €).

Die sonstigen zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge stellen sich wie folgt dar:

Mio. € ¹	2012	2011
Erträge aus der Auflösung und dem Abgang von Baukostenzuschüssen	-78,5	-103,2
Erträge und Aufwendungen aus der Veränderung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	76,4	60,2
Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	-2,1	-1,0
Abschreibungen auf das Vorratsvermögen	9,1	100,4
Sonstige	100,1	112,9
Gesamt	105,0	169,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden 105,7 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 94,4 Mio.€) an fremde Gesellschafter von Konzernunternehmen ausgeschüttet.

Die in bar entrichteten Kaufpreise für den Erwerb von vollkonsolidierten sowie at equity bewerteten Unternehmen betrugen im Berichtsjahr insgesamt 38,8 Mio.€ (Vorjahr angepasst: 168,5 Mio.€). Mit dem Erwerb von Anteilen wurden im Berichtsjahr sowie im Vorjahr keine flüssigen Mittel übernommen. Die Auszahlungen in der Berichtsperiode entfallen auf Kapitalerhöhungen bei at equity bewerteten Unternehmen sowie auf eine nachträgliche Kaufpreiszahlung im Rahmen des Erwerbs von 50 % an Borusan EnBW Enerji yatirimlari ve Üretim A.S. Im Vorjahr resultieren die Auszahlungen zum einen aus einer nachträglichen Kaufpreiszahlung im Rahmen des Anteilserwerbs an der EWE Aktiengesellschaft. Darüber hinaus sind Auszahlungen für Kapitalerhöhungen bei at equity bewerteten Unternehmen enthalten.

Die Verkaufspreise aus der Veräußerung von vollkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen betragen 258,1 Mio.€ (Vorjahr: 6,3 Mio.€). Mit dem Verkauf von vollkonsolidierten und at equity bewerteten Unternehmen wurden im Berichtsjahr sowie im Vorjahr keine flüssigen Mittel abgegeben. In der Berichtsperiode resultieren die Einzahlungen im Wesentlichen aus dem Verkauf der Elektrownia Rybnik S.A. sowie aus einer Kapitalherabsetzung bei dem Unternehmen Bayerische-Schwäbische Wasserkraftwerke Beteiligungsgesellschaft mbH. Im Vorjahr resultierten die Einzahlungen im Wesentlichen aus einer Kapitalherabsetzung bei dem Unternehmen Bayerische-Schwäbische Wasserkraftwerke Beteiligungsgesellschaft mbH.

Für weitere Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht zur Finanzlage des EnBW-Konzerns.

Der Gesamtbetrag der in der Periode gezahlten Zinsen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. € ¹	2012	2011
Gezahlte Zinsen Investitionsbereich (aktivierte Fremdkapitalkosten)	-51,3	-45,9
Gezahlte Zinsen Finanzierungsbereich	-335,9	-346,9
Gesamtbetrag der in der Periode gezahlten Zinsen	-387,2	-392,8

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

(34) Zusätzliche Angaben zum Kapitalmanagement

Das Kapitalmanagement der EnBW erstreckt sich sowohl auf die Steuerung auf der Passivseite als auch auf das Management des Finanzanlagevermögens. Das Finanzanlagevermögen umfasst die langfristigen Wertpapiere und Ausleihungen sowie die kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte und flüssigen Mittel. Das Kapitalmanagement auf der Passivseite umfasst die Finanzverbindlichkeiten sowie die Pensions- und Kernenergierückstellungen.

Grundlage für alle Überlegungen zum langfristig orientierten Kapitalmanagement der EnBW ist eine kapitalmarkttheoretische Analyse zur Bestimmung der optimalen Kapitalstruktur. Für die Betrachtung werden Fremd- und Eigenkapital berücksichtigt. Die Optimierung der Kapitalstruktur ist auf die Minimierung der Gesamtkapitalkosten ausgerichtet, wobei jedoch eine Prämie für die Beibehaltung der finanziellen Flexibilität berücksichtigt wird. Die optimale Kapitalstruktur impliziert ein Ratingziel im A-Bereich für die EnBW. Diese Analyse wird laufend durchgeführt beziehungsweise fortgeschrieben.

Ausgehend von der Mittelfristplanung analysiert die EnBW den finanziellen Handlungsspielraum (Headroom) für ein gegebenes Ratingziel. Damit wird der Rahmen für die strategischen Handlungsoptionen gesetzt. Der Vorstand befasst sich mit diesem Thema mindestens einmal jährlich.

Akquisitionen und Desinvestitionen sind der wesentliche Einflussfaktor auf den finanziellen Handlungsspielraum des Unternehmens. Die erwarteten und durchgeführten Akquisitionen und Desinvestitionen werden regelmäßig überprüft und dem ermittelten Headroom gegenübergestellt.

Die kurzfristige Liquiditätssteuerung für die EnBW erfolgt derzeit mit einem rollierenden Planungshorizont von drei Monaten. Darüber hinaus hat die EnBW Instrumente im Einsatz, die Prognosen über den Liquiditätsbedarf über einen mittelfristigen Zeitraum hinaus zulassen.

Kapitalmanagement bei der EnBW umfasst auch die bewusste Steuerung der Finanzaktiva basierend auf den Gutachten zu Pensionsrückstellungen sowie den Gutachten zu Nuklearrückstellungen. Die EnBW ermittelt in einem cashfloworientierten Modell die sich in den nächsten 30 Jahren ergebenden Effekte. Dieses Modell ist Grundlage für die Steuerung der Finanzanlagen. Es lässt die Simulation von verschiedenen Rendite- und Zuführungsalternativen zu.

Die EnBW steuert die Finanzanlagen so, dass die Pensions- und Nuklearverpflichtungen voraussichtlich bis zum Jahr 2032 gedeckt sind.

(35) Segmentberichterstattung

01.01.–31.12.2012 in Mio. €	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienst- leistungen	Holding/ Konsolidierung	Gesamt
Umsatzerlöse						
Außenumsatz	3.977,7	11.860,9	2.542,0	865,3	0,0	19.245,9
Innenumsatz	3.516,1	229,0	73,6	550,3	-4.369,0	0,0
Gesamtumsatz	7.493,8	12.089,9	2.615,6	1.415,6	-4.369,0	19.245,9
Ergebnisgrößen						
Adjusted EBITDA	1.319,7	685,7	159,4	309,6	-131,3	2.343,1
EBITDA	1.247,5	677,2	176,3	329,5	-137,4	2.293,1
Adjusted EBIT	950,7	400,6	90,5	145,9	-132,9	1.454,8
EBIT	878,3	391,9	104,7	39,3	-139,0	1.275,2
Planmäßige Abschreibungen	-369,0	-285,1	-68,9	-163,7	-1,6	-888,3
Außerplanmäßige Abschreibungen	-0,2	-0,2	-2,7	-126,5	0,0	-129,6
Adjusted Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	22,9	44,7	5,7	-0,1	79,6	152,8
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	-23,2	-35,7	5,7	0,0	78,7	25,5
Wesentliche zahlungsunwirksame Posten	-161,2	8,2	4,3	-25,4	-0,3	-174,4
Vermögenswerte und Schulden						
Capital Employed	5.714,5	4.662,8	1.416,4	1.434,0	1.730,3	14.958,0
davon immaterielle Vermögenswerte, Sachan- lagen und als Finanzinvest- ition gehaltene Immobilien	(6.595,9)	(5.593,4)	(1.694,5)	(1.904,5)	(2,4)	(15.790,7)
davon Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	(383,8)	(300,9)	(132,8)	(76,5)	(1.461,9)	(2.355,9)
Sonstige Segmentinformationen						
Operating Cashflow	581,7	54,8	100,8	306,3	-187,3	856,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	348,9	308,7	63,7	95,5	0,0	816,8

01.01.–31.12.2011 in Mio. € ¹	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umweltdienst- leistungen	Holding/ Konsolidierung	Gesamt
Umsatzerlöse						
Außenumsatz	5.418,7	10.742,6	1.814,6	780,4	0,0	18.756,3
Innenumsatz	4.003,9	217,6	80,9	676,8	-4.979,2	0,0
Gesamtumsatz	9.422,6	10.960,2	1.895,5	1.457,2	-4.979,2	18.756,3
Ergebnisgrößen						
Adjusted EBITDA	1.609,2	481,4	127,8	354,9	-124,3	2.449,0
EBITDA	1.027,8	422,5	123,5	281,8	-46,0	1.809,6
Adjusted EBIT	1.282,9	199,4	53,3	190,5	-126,0	1.600,1
EBIT	567,7	123,8	-50,9	84,7	-47,5	677,8
Planmäßige Abschreibungen	-326,3	-282,0	-74,5	-164,4	-1,7	-848,9
Außerplanmäßige Abschreibungen	-133,6	-16,7	-99,9	-32,7	0,0	-282,9
Adjusted Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	43,0	44,9	4,6	-0,4	26,0	118,1
Ergebnis at equity bewerteter Unternehmen	64,5	36,4	4,6	-0,4	-785,2	-680,1
Wesentliche zahlungsunwirksame Posten	-83,8	54,8	-22,0	-16,7	0,9	-66,8
Vermögenswerte und Schulden						
Capital Employed	6.174,7	4.289,7	1.371,5	1.469,3	1.667,3	14.972,5
davon immaterielle Vermögenswerte, Sachan- lagen und als Finanzinvest- ition gehaltene Immobilien	(6.610,8)	(5.531,9)	(1.687,5)	(2.036,2)	(6,6)	(15.873,0)
davon Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	(391,2)	(358,1)	(131,5)	(76,6)	(2.085,0)	(3.042,4)
Sonstige Segmentinformationen						
Operating Cashflow	722,5	620,5	65,7	242,0	96,7	1.747,4
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	459,5	379,1	81,1	164,8	0,0	1.084,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Seit Jahresbeginn 2012 nutzen wir das Adjusted EBITDA als wesentliche interne Steuerungsgröße. Das Adjusted EBITDA ist eine um neutrale Ergebniseffekte bereinigte Ergebnisgröße, die die Entwicklung der operativen Ertragslage zutreffend wiedergibt. Im Lagebericht wird die Entwicklung der Geschäftsfelder anhand des Adjusted EBITDA erläutert.

Das Adjusted EBITDA lässt sich folgendermaßen auf das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) überleiten:

Mio. € ¹	2012	2011
Adjusted EBITDA	2.343,1	2.449,0
Neutrales EBITDA	-50,0	-639,4
EBITDA	2.293,1	1.809,6
Abschreibungen	-1.017,9	-1.131,8
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	1.275,2	677,8
Beteiligungsergebnis	144,3	-632,2
Finanzergebnis	-712,1	-803,7
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)	707,4	-758,1

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Segmentberichterstattung orientiert sich an der internen Berichterstattung. Das Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel umfasst die Wertschöpfungsstufen Erzeugung sowie Handel und Beschaffung. Das Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb umfasst die Wertschöpfungsstufen Transport, Verteilung sowie Vertrieb. Im Geschäftsfeld Gas sind die Bereiche Ferngasstufe (Midstream) mit Importverträgen und -infrastruktur, Speicherung, Handel, Portfoliosteuerung sowie die Verteilstufe (Downstream) mit Transport, Verteilung und Vertrieb enthalten. Das Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen besteht aus den Bereichen Thermische Entsorgung, Nichtthermische Entsorgung, Wasser sowie Sonstige Dienstleistungen mit Contractingleistungen.

Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen, die auf die EnBW AG entfallen, unsere Beteiligung an der EWE Aktiengesellschaft und der EVN AG sowie andere, nicht den gesondert dargestellten Segmenten zuordenbare Tätigkeiten werden zusammen mit den Eliminierungen zwischen den Segmenten in der Spalte Holding/Konsolidierung ausgewiesen. Die direkt zuordenbaren Kosten der EnBW AG werden anhand von Schlüsseln auf die einzelnen Geschäftsfelder verrechnet.

Die Segmentdaten wurden in Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss ermittelt. Die Innenumsätze geben die Höhe der Umsätze zwischen den Konzerngesellschaften an. Die Umsätze zwischen den Segmenten wurden zu Marktpreisen getätigt.

Die wesentlichen zahlungsunwirksamen Posten beinhalten insbesondere Aufwendungen aus der Zuführung von Rückstellungen sowie Erträge aus der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Das Capital Employed, das wir als Segmentvermögen ansetzen, beinhaltet sämtliche Vermögenswerte des operativen Geschäfts. Unverzinsliches Fremdkapital – zum Beispiel Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – wird hiervon abgezogen. Das Capital Employed berechnet sich wie folgt:

Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Immaterielle Vermögenswerte	1.926,7	2.004,2
Sachanlagen	13.782,5	13.791,5
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	81,5	77,3
Beteiligungen ²	2.512,3	3.272,2
Vorratsvermögen ³	1.131,5	955,1
Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ⁴	3.900,6	3.040,9
Übrige Vermögenswerte ⁵	3.173,4	2.790,6
davon Ertragsteuererstattungsansprüche	(186,5)	(183,3)
davon zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	(681,1)	(209,9)
davon sonstige Steuererstattungsansprüche	(136,8)	(58,1)
davon Derivate	(1.596,9)	(1.611,6)
davon geleistete Anzahlungen	(104,6)	(187,3)
davon aktive Rechnungsabgrenzungsposten	(46,1)	(50,0)
davon übrige Vermögenswerte	(586,1)	(646,1)
davon langfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(557,4)	(521,1)
davon Vermögenswerte, die den Nettoschulden zuzuordnen sind	(-722,1)	(-676,8)
Sonstige Rückstellungen	-1.167,6	-1.128,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten ⁶	-7.537,7	-6.793,5
davon erhaltene Anzahlungen	(-88,9)	(-100,3)
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(-3.467,2)	(-3.505,3)
davon sonstige Rechnungsabgrenzungen	(-231,4)	(-201,2)
davon Derivate	(-1.871,8)	(-1.430,6)
davon übrige Verbindlichkeiten	(-1.893,5)	(-1.566,4)
davon Schulden in Verbindung mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	(-0,6)	(-0,6)
davon Verbindlichkeiten, die den Nettoschulden zuzuordnen sind	(15,7)	(10,9)
Zuschüsse	-1.566,3	-1.582,8
Latente Steuern ⁷	-1.278,9	-1.454,2
Capital Employed	14.958,0	14.972,5

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

² Beinhaltet at equity bewertete Unternehmen, Anteile an verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, die der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind.

³ Ohne CO₂-Zertifikate, die für die künftige Stromproduktion beschafft wurden.

⁴ Ohne verbundene Unternehmen.

⁵ Ohne verbundene Unternehmen, ohne langfristige Forderungen in Zusammenhang mit Kernenergie Rückstellungen.

⁶ Ohne verbundene Unternehmen, ohne als Verbindlichkeiten erfasste Kaufpreisverpflichtungen gegenüber Anteilseignern ohne beherrschenden Einfluss.

⁷ Aktive und passive latente Steuern saldiert.

Durch die geänderte Einbeziehungsmethode von Gemeinschaftsunternehmen sowie die geänderte Definition der Beteiligungen, die als Finanzinvestitionen gehalten werden, ergab sich eine rückwirkende Anpassung der Kennzahl Capital Employed. Das Capital Employed nach Segmenten zum 1. Januar 2011 stellt sich nach den Anpassungen wie folgt dar:

Capital Employed zum 01.01.2011 in Mio. €	Strom Erzeugung und Handel	Strom Netz und Vertrieb	Gas	Energie- und Umwelt- dienst- leistungen	Holding/ Konsoli- dierung	Gesamt
Capital Employed	5.699,0	4.662,0	1.427,4	1.340,9	2.728,8	15.858,1
davon immaterielle Vermö- genswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(6.590,0)	(5.681,9)	(1.821,2)	(1.855,4)	(11,2)	(15.959,7)
davon Buchwert at equity bewerteter Unternehmen	(414,1)	(374,9)	(106,0)	(77,1)	(2.923,0)	(3.895,1)

Der Außenumsatz nach Regionen wird nach dem Ort der Lieferung ermittelt. Im EnBW-Konzern gibt es keinen externen Kunden, mit dem 10% oder mehr des Außenumsatzes erzielt wird.

Außenumsatz nach Regionen in Mio. € ¹	2012	2011
Deutschland	17.068,3	16.163,9
Europäischer Währungsraum ohne Deutschland	734,2	1.229,6
Restliches Europa	1.443,4	1.362,8
	19.245,9	18.756,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien nach Regionen in Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Deutschland	14.203,8	13.833,2
Restliches Europa	1.586,8	2.039,7
Anderes Ausland	0,1	0,1
	15.790,7	15.873,0

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

(36) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen

Zu den nahestehenden Unternehmen zählen insbesondere das Land Baden-Württemberg und der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke als mittelbare Großaktionäre der EnBW AG. Zum 31. Dezember 2011 hielten das Land Baden-Württemberg und ihre 100-prozentige Tochtergesellschaft NECKARPRI GmbH mittelbar sowie die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH unmittelbar 46,55 % der Aktien an der EnBW AG. Die NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der NECKARPRI GmbH. Der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke hielt mittelbar sowie dessen 100-prozentige Tochtergesellschaft OEW Energie-Beteiligungs GmbH (OEW GmbH) unmittelbar ebenfalls 46,55 % der Aktien an der EnBW AG. Aufgrund der im Juli 2012 durchgeführten Kapitalerhöhung der EnBW AG und der dabei ausgeübten Bezugsrechte auf neue Aktien halten die beiden Großaktionäre zum 31. Dezember 2012 jeweils 46,75 % der Aktien der EnBW AG. Zu den nahestehenden Unternehmen der EnBW AG zählen somit insbesondere das Land, die NECKARPRI GmbH, die OEW, die OEW GmbH sowie die von diesen beherrschten, gemeinsam beherrschten oder maßgeblich beeinflussten Unternehmen.

Die mit dem Land und den von diesem beherrschten, gemeinsam beherrschten oder maßgeblich beeinflussten Unternehmen getätigten Geschäfte resultieren im Wesentlichen aus der Belieferung von öffentlichen Einrichtungen wie Universitäten, Behörden, Zoos und Kliniken mit Strom, Gas und Fernwärme. Die Umsatzerlöse aus diesen Geschäften waren im Berichtszeitraum unwesentlich; die Forderungen zum 31. Dezember 2012 überwiegend beglichen. Allen Geschäftsbeziehungen mit dem Land lagen marktübliche Konditionen zugrunde. Eventualverbindlichkeiten und finanzielle Verpflichtungen mit dem Land bestehen nicht.

Mit der OEW und der NECKARPRI-Beteiligungsgesellschaft mbH bestehen mit Ausnahme von gezahlten Dividenden keine Geschäftsbeziehungen.

Die Geschäftsbeziehungen zu Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, stellen sich wie folgt dar:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. € ¹	2012	2011
Umsatzerlöse	13,3	12,4
Materialaufwand	-16,0	-14,9

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Bilanz in Mio. € ¹	31.12.2012	31.12.2011
Forderungen	3,0	1,8
Verbindlichkeiten	1,1	4,0
Erhaltene Anzahlungen	0,3	0,3

¹ Vorjahreszahlen angepasst.

Umsatzerlöse und Materialaufwand resultieren im Wesentlichen aus Stromlieferungs- und Strombezugsverträgen. Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb eines Jahres realisiert. Allen Geschäftsbeziehungen mit Gemeinschaftsunternehmen lagen marktübliche Konditionen zugrunde. Die mit diesen Unternehmen bestehenden Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind im Abschnitt (28) „Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen“ aufgeführt.

Weiterhin bestehen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit auch Beziehungen zu assoziierten Gesellschaften, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, unter anderem zu kommunalen Unternehmen (insbesondere zu Stadtwerken). Der Leistungsaustausch mit diesen Unternehmen fand zu marktüblichen Bedingungen statt und hat folgende Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz des EnBW-Konzerns:

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2012	2011
Umsatzerlöse	265,0	297,2
Materialaufwand	-272,1	-232,0
Finanzergebnis	-0,6	-0,8

Bilanz in Mio. €	31.12.2012	31.12.2011
Sonstige Ausleihungen	12,5	9,9
Forderungen	32,1	32,1
Verbindlichkeiten	31,4	35,9

Die Forderungen und Verbindlichkeiten des Berichtsjahres werden im Wesentlichen innerhalb eines Jahres realisiert. Die mit diesen Unternehmen bestehenden Eventualverbindlichkeiten und sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind im Abschnitt (28) „Eventualverbindlichkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen“ aufgeführt.

[37] Beziehungen zu nahestehenden Personen

Der EnBW-Konzern hat keine wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Personen getätigt.

Die Grundzüge des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der früheren Vorstandsmitglieder sind im Vergütungsbericht dargestellt, der Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts ist.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2012 betragen 6,2 Mio. € (Vorjahr: 4,5 Mio. €). Die kurzfristig fälligen Leistungen betragen 6,1 Mio. € (Vorjahr: 4,5 Mio. €) und die langfristig fälligen Leistungen 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Die Zuführung zur Pensionsverpflichtung für diesen Personenkreis beträgt im Geschäftsjahr 2012 1,2 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €) und beinhaltet den Dienstzeit- und Zinsaufwand.

Für die aktuellen Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligations) nach IFRS in Höhe von 11,3 Mio. € (Vorjahr: 5,5 Mio. €).

Frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen erhielten 5,2 Mio. € (Vorjahr: 5,4 Mio. €). Es bestehen Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen nach IFRS in Höhe von 65,4 Mio. € (Vorjahr: 51,2 Mio. €).

Im Berichtsjahr bestanden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gegenüber den Mitgliedern des Vorstands.

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats wird ebenfalls im Vergütungsbericht dargestellt, der Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts ist.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird den Mitgliedern des Aufsichtsrats eine Vergütung von insgesamt 1,0 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €) gewährt. Die Vergütung beinhaltet fixe und variable Bestandteile, Sitzungsgelder sowie Mandatsvergütungen von Tochtergesellschaften.

Im Geschäftsjahr 2012 bestanden wie im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern.

(38) Zusätzliche Angaben

Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum 31. Dezember 2012

		Fußnote	Kapital- anteil¹ (in %)	Eigen- kapital² (in T€)	Ergebnis² (in T€)
Geschäftsfeld Strom Erzeugung und Handel					
Vollkonsolidierte Unternehmen					
1	Aletsch AG, Mörel/Schweiz	⁶	100,00	21.208	1.012
2	EnAlpin AG, Visp/Schweiz	⁶	100,00	177.660	19.520
3	EnBW Baltic 2 GmbH, Börgerende-Rethwisch		100,00	19.607	-11.970
4	EnBW Biogas GmbH, Stuttgart	³	100,00	52	-
5	EnBW EnHol Beteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	³	100,00	1.790.537	-
6	EnBW Erneuerbare Energien GmbH, Stuttgart	³	100,00	60.024	-
7	EnBW He Dreht GmbH, Varel	³	100,00	891	-
8	EnBW Hohe See GmbH, Stuttgart	³	100,00	1.025	-
9	EnBW Kraftwerk Lippendorf Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	³	100,00	297.640	-
10	EnBW Kraftwerke AG, Stuttgart	³	100,00	1.063.141	-
11	EnBW Offshore Service GmbH, Klausdorf-Barhöft	³	100,00	25	-
12	EnBW Solar GmbH, Stuttgart	³	100,00	25	-
13	EnBW Trading GmbH, Karlsruhe	³	100,00	38.514	-
14	EnBW Windpark Alt Zeschdorf GmbH, Cuxhaven	³	100,00	4.861	-
15	EnBW Windpark Buchholz GmbH, Cuxhaven	³	100,00	13.314	-
16	EnBW Windpark Buchholz II GmbH, Stuttgart (vormals Essent Wind Windparkverwaltungs-gesellschaft mbH, Hannover)		100,00	220	-5
17	EnBW Windpark Eisenach II GmbH, Stuttgart		100,00	2.758	-622
18	EnBW Windpark Schopfloch GmbH, Schopfloch		100,00	438	-322
19	EnBW Windpark Schwienau II GmbH, Cuxhaven	³	100,00	3.893	-
20	Energiedienst AG, Rheinfelden	⁶	100,00	214.788	55.064
21	Grünwerke GmbH, Düsseldorf	³, 5	100,00	22.542	-
22	Heizkraftwerk Stuttgart GmbH, Stuttgart		100,00	5.142	-1
23	Kernkraftwerk Obrigheim GmbH, Obrigheim	³	100,00	51.130	-
24	KMS Kraftwerke Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. KG, Karlsruhe		100,00	235.319	2.104
25	NWS Energiehandel GmbH, Stuttgart	³	100,00	50	-
26	Plambeck Neue Energien Windpark Fonds CV GmbH & Co. KG, Cuxhaven		100,00	3.156	1.344
27	TWS Kernkraft GmbH, Gemmrigheim	³	100,00	149.297	-
28	Windfarm Christinendorf III GmbH & Co. KG, Leer		100,00	128	161
29	Windfarm Neuruppin GmbH & Co. KG, Leer		100,00	13	-21
30	EnBW Holding A.S., Gümüssuyu-Istanbul/Türkei		99,99	-100	-100
31	EnBW Kernkraft GmbH, Obrigheim	³	99,80	10.000	-
32	Südwestdeutsche Nuklear-Entsorgungsgesellschaft mbH, Stuttgart		86,49	8.056	-11
33	Neckar Aktiengesellschaft, Stuttgart		82,17	10.179	0
34	Energiedienst Holding AG, Laufenburg/Schweiz	⁶, 13	66,67	746.753	71.986
35	HWM Holzwärme Müllheim GmbH, Müllheim		66,66	292	-7

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
36	Kraftwerk Bexbach Verwaltungsgesellschaft mbH, Bexbach/Saar		66,66	23.010	1.151
37	Rheinkraftwerk Neuhausen AG, Neuhausen/Schweiz	⁶	56,00	1.007	44
38	KNG Kraftwerks- und Netzgesellschaft mbH, Rostock		50,40	476	179
39	EnBW Baltic 1 GmbH & Co. KG, Stuttgart		50,32	33.744	-674
40	Kraftwerk Lötschen AG, Steg/Schweiz	^{6, 14}	50,00	24.989	1.332
Verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
41	Baltic 2 Windpark Beteiligungen GmbH & Co. KG, Stuttgart	⁶	100,00	60	-
42	CarbonBW (Thailand) Ltd., Bangkok/Thailand	⁵	100,00	245	96
43	CarbonBW Colombia S.A.S., Bogotá/Kolumbien	⁵	100,00	1.214	-9
44	CarbonBW Peru S.A.C., Lima/Peru	⁵	100,00	325	-32
45	EnBW Altus Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	⁵	100,00	590	1
46	EnBW Baltic 1 Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	⁵	100,00	25	2
47	EnBW Baltic 2 Windpark Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart (vormals EBAG Omega Vierte Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart)	^{3, 5}	100,00	25	-
48	EnBW Baltic Windpark Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	⁵	100,00	26	1
49	EnBW Wind Onshore Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	⁵	100,00	23	-1
50	Richtersveld Wind Farm Proprietary Limited, Kapstadt/Südafrika	⁶	100,00	0	0
51	ZEAG Erneuerbare Energien GmbH, Heilbronn	⁵	100,00	25	-1
52	BürgerEnergie Königheim GmbH & Co. KG, Königheim		99,00	96	-4
53	Bürgerenergie Widdern GmbH & Co. KG, Widdern		99,00	79	-21
54	EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG, Braunsbach		99,00	89	-11
55	EE Bürgerenergie Hardthausen GmbH & Co. KG, Hardthausen am Kocher		98,00	94	-6
56	EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG, Heilbronn		90,00	996	-4
57	Holzskraft Plus GmbH, Düsseldorf	⁵	90,00	236	-9
58	Empresa de Generación Eléctrica Santa Ana S.R.L., Lima/Peru	⁵	80,00	1.290	-349
59	Generación Andina S.A.C., Lima/Peru	⁵	80,00	1.248	-31
60	Geothermie-Gesellschaft Bruchsal GmbH, Bruchsal	⁶	74,90	419	-
61	Nahwärme Düsseldorf GmbH, Düsseldorf	⁵	66,00	1.612	188
62	Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG, Leutkirch im Allgäu (vormals Solarpark Leutkirch GmbH & Co. KG, Stuttgart)	⁵	55,50	0	0
63	Solarpark Leutkirch Verwaltungsgesellschaft mbH, Leutkirch im Allgäu (vormals EnBW Omega Vierundzwanzigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart)	⁵	55,50	24	0

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
64	Alb-Windkraft Verwaltungs GmbH, Geislingen/Steige	5	51,00	46	6
65	KWO Rückbau GmbH, Obrigheim	5	51,00	29	-9
66	Alb Windkraft GmbH & Co. KG, Geislingen/Steige	5	25,50	281	225

At equity bewertete Unternehmen

67	Borusan EnBW Enerji yatırımları ve Üretim Anonim Şirketi, Istanbul/Türkei	6, 12	50,00	198.004	-1.994
68	Elektrizitätswerk Rheinau AG, Rheinau/Schweiz	8	50,00	19.028	684
69	Fernwärme Ulm GmbH, Ulm/Donau	8, 12	50,00	31.649	4.090
70	Rheinkraftwerk Iffezheim GmbH, Iffezheim	12	50,00	107.017	2.989
71	Schluchseewerk Aktiengesellschaft, Laufenburg/Baden	5	50,00	59.339	2.809
72	Bayerische-Schwäbische Wasserkraftwerke Beteiligungsgesellschaft mbH, Grundremmingen	5	37,80	79.513	9.142
73	Grosskraftwerk Mannheim AG, Mannheim	5	32,00	114.142	6.647
74	Rhonewerke AG, Ernen/Schweiz	5	30,00	24.679	973
75	KW Ackersand I AG, Stalden/Schweiz	5	25,00	1.797	95
76	Mátrai Erőmű ZRt. (MATRA), Visonta/Ungarn	5	21,71	301.995	68.464

Beteiligungen¹⁶

77	Carbon Energy Co. Ltd., Bangkok/Thailand	5, 7	51,00	1.191	-111
78	biogasNRW GmbH, Düsseldorf	5	50,00	5.356	52
79	Centrale Electrique Rhénane de Gamsheim SA, Gamsheim/Frankreich	5	50,00	10.777	0
80	Fernwärme Rhein-Neckar GmbH, Mannheim	5	50,00	2.815	1.025
81	JatroSolutions GmbH, Stuttgart	5	50,00	3.774	-1.058
82	Kraftwerk Reckingen AG, Reckingen	5	50,00	2.374	72
83	Rheinkraftwerk Säckingen AG, Bad Säckingen	5	50,00	7.204	300
84	SwissAlpin SolarTech AG, Visp/Schweiz	6	50,00	82.840	-
85	Wärmeauskopplungsgesellschaft Restmüll- heizkraftwerk Böblingen mbH (WRB), Böblingen	5	50,00	582	52
86	Wasserkraftwerk Hausen GbR, Hausen im Wiesental	5	50,00	619	-138
87	WKM Wasserkraftwerke Maulburg GmbH, Maulburg	5	50,00	395	13
88	Gemeindewerke Plüderhausen GmbH, Plüderhausen	9	49,00	-	-
89	KW Jungbach AG, St. Niklaus/Schweiz	6	49,00	1.656.800	-
90	Ladener S.A., Montevideo/Uruguay	5	49,00	402	-115
91	Stadtwerke Böblingen GmbH, Böblingen	9	41,10	-	-
92	Fernwärme Zürich AG, Zürich/Schweiz	5	40,00	1.102	437
93	KWT Kraftwerke Törbel-Moosalp AG, Törbel/Schweiz	5	40,00	591	-5
94	Obere Donau Kraftwerke AG, München	5	40,00	3.180	0
95	TWKW Trinkwasserkraftwerke Niedergesteln AG, Niedergesteln/Schweiz	5	40,00	1.443	160
96	Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt AG, Rheinfelden/Schweiz	5, 8	38,00	31.910	1.483

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
97	Thung Sang Green Co. Ltd., Bangkok/Thailand	⁶	35,00	104	-
98	Heizkraftwerk Pforzheim GmbH, Pforzheim	⁵	30,00	5.657	1.112
99	Tarucani Generating Company S.A., Arequipa/Peru	⁵	30,00	116	-261
100	Baltic Windpark Beteiligungen GmbH & Co. KG, Stuttgart	⁵	29,17	35.813	-12
101	KWOG Kraftwerke Obergoms AG, Obergoms/Schweiz	⁵	24,50	64	-6
102	Beteiligungsgesellschaft der EVU an der Kerntechnischen Hilfsdienst GmbH – GbR, Karlsruhe	⁹	21,59	-	-
103	Chang Raek Biopower Co. Ltd., Bangkok/Thailand	⁵	20,00	626	-37
104	ClimatePartner Deutschland GmbH, München	⁵	20,00	-914	-68
105	Wasserkraftwerk Pfinztal GmbH & Co. KG, Pfinztal	⁵	20,00	299	-8
Geschäftsfeld Strom Netz und Vertrieb					
Vollkonsolidierte Unternehmen					
106	ALENA Aletsch Energie Netz AG, Stalden VS./Schweiz	⁶	100,00	89	6
107	EBT Elektrizitätswerk Braunsbach-Tullau GmbH, Ilshofen-Obersteinach	³	100,00	1.319	-
108	ED GrünSelect GmbH, Rheinfelden	⁶	100,00	643	143
109	Elektrizitätswerk Aach GmbH, Aach		100,00	1.982	929
110	EnBW EnergyWatchers GmbH, Stuttgart	³	100,00	250	-
111	EnBW REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	³	100,00	405.649	-
112	EnBW Regional AG, Stuttgart	³	100,00	730.860	-
113	EnBW Vertrieb GmbH, Stuttgart	³	100,00	34.085	-
114	Energiedienst Netze GmbH, Rheinfelden	^{3,6}	100,00	30.165	-
115	energieNRW GmbH, Düsseldorf	⁵	100,00	1.588	816
116	Energieversorgung Gaildorf OHG der EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH und NWS REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Gaildorf		100,00	2.504	877
117	EVGA Grundstücks- und Gebäudemanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim		100,00	91.621	18.828
118	eYello CZ a.s., Prag/Tschechien (vormals PREleas a.s., Prag)	⁵	100,00	1.320	257
119	Facilma Grundbesitzmanagement und -service GmbH & Co. Besitz KG, Obrigheim		100,00	199.595	7.352
120	LENA Lonza Energie Netz AG, Visp VS./Schweiz	⁶	100,00	89	6
121	NaturEnergie AG, Grenzach-Whylen	⁶	100,00	4.031	-2.784
122	NaturEnergie+ Deutschland GmbH, Rheinfelden		100,00	51	0
123	Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH, Ellwangen	³	100,00	135	-
124	NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH, Heilbronn	³	100,00	1.000	-
125	NWS Grundstücksmanagement GmbH & Co. KG, Obrigheim		100,00	320.933	50.710
126	NWS REG Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	³	100,00	79.988	-

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
127	PREdistribuce a.s., Prag/Tschechien	5	100,00	744.662	46.086
128	PREmereni a.s., Prag/Tschechien	5	100,00	2.315	719
129	Stadtwerke Düsseldorf Netz GmbH, Düsseldorf	3, 5	100,00	1.000	-
130	SüdBest GmbH, Stuttgart		100,00	11.655	76
131	TransnetBW GmbH, Stuttgart (vormals EnBW Transportnetze AG, Stuttgart)	3	100,00	178.141	-
132	Watt Deutschland GmbH, Frankfurt am Main	3	100,00	4.896	-
133	Watt Synergia GmbH, Frankfurt am Main	3	100,00	250	-
134	Yello Strom GmbH, Köln	3	100,00	1.100	-
135	ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG, Heilbronn		100,00	5.153	1.049
136	EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG, Ellwangen	3	99,73	115.439	-
137	ZEAG Energie AG, Heilbronn		98,26	164.955	15.377
138	Stadtwerke Düsseldorf AG, Düsseldorf	5	54,95	379.707	70.291
139	grünES GmbH, Esslingen am Neckar		51,00	97	-3
140	Pražská energetika a.s., Prag/Tschechien	11	41,40	377.324	79.825
Verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
141	Energieversorgung Raum Friedrichshafen GmbH & Co. KG, Stuttgart	5	100,00	1.303	-1
142	Energieversorgung Raum Friedrichshafen Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	26	-1
143	Neckar Netze GmbH & Co. KG, Esslingen am Neckar	6	100,00	45	-
144	Neckar Netze Verwaltungsgesellschaft mbH, Esslingen am Neckar (vormals EBAG Omega Zweite Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart)	3, 5	100,00	25	-
145	Netzgesellschaft Marbach GmbH & Co. KG, Marbach am Neckar	6	100,00	0	-
146	Netzgesellschaft Marbach Verwaltungs GmbH, Marbach am Neckar (vormals EnBW Omega Einunddreißigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe)	6	100,00	25	-
147	ZEAG Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Heilbronn	5	100,00	34	2
148	Rieger GmbH & Co. KG, Lichtenstein, Kreis Reutlingen	5	74,28	269	486
149	Rieger Beteiligungs-GmbH, Lichtenstein, Kreis Reutlingen	5	74,24	55	2
150	Elektrizitätswerk Weißenhorn AG, Weißenhorn	5	62,89	2.864	186
151	Netzgesellschaft Elz-Neckar GmbH & Co. KG, Obrigheim	5	50,10	0	0
152	Netzgesellschaft Elz-Neckar Verwaltungs GmbH, Obrigheim	5	50,10	24	0
153	Stromnetzgesellschaft Laupheim GmbH & Co. KG, Laupheim	5	50,10	0	0
154	Stromnetzgesellschaft Laupheim Verwaltungs GmbH, Laupheim	5	50,10	25	0

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
At equity bewertete Unternehmen					
155	Stadtwerke Hilden GmbH, Hilden	5	49,90	18.209	3.657
156	Pražská energetika Holding a.s., Prag/Tschechien	5, 12	49,00	282.300	46.414
157	Budapesti Elektromos Művek Nyrt. (ELMÜ), Budapest/Ungarn	5	27,25	791.903	41.091
158	Eszak-Magyarországi Áramszolgáltató Nyrt. (EMASZ), Miskolc/Ungarn	5	26,83	282.928	23.786
159	FairEnergie GmbH, Reutlingen	4, 5	24,90	90.766	-
160	Stadtwerke Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	4, 5	20,00	165.710	-
Beteiligungen¹⁶					
161	Netzgesellschaft Sontheim GmbH & Co. KG, Sontheim an der Brenz	5	74,90	1.309	201
162	Netzgesellschaft Sontheim Verwaltungs- gesellschaft mbH, Sontheim an der Brenz	9	74,90	-	-
163	Netzgesellschaft Steinheim GmbH & Co. KG, Steinheim am Albuch	5	74,90	207	65
164	Netzgesellschaft Steinheim Verwaltungs- gesellschaft mbH, Steinheim am Albuch	9	74,90	-	-
165	Stromnetz Herrenberg Verwaltungsgesellschaft mbH, Herrenberg	9	74,90	-	-
166	Stromnetzgesellschaft Hechingen GmbH & Co. KG, Hechingen	5	74,90	1.422	237
167	Stromnetzgesellschaft Hechingen Verwaltungs GmbH, Hechingen	9	74,90	-	-
168	Stromnetzgesellschaft Herrenberg mbH & Co. KG, Herrenberg	5	74,90	3.865	476
169	Stadtwerke Sinsheim Versorgungs GmbH & Co. KG, Sinsheim	5	60,00	12.132	1.170
170	Stadtwerke Sinsheim Verwaltungs GmbH, Sinsheim	9	60,00	-	-
171	Stromnetz Langenau GmbH & Co. KG, Langenau	9	50,10	-	-
172	Stromnetz Langenau Verwaltungs-GmbH, Langenau	9	50,10	-	-
173	CESOC AG, Laufenburg/Schweiz	5	50,00	192	1
174	e.wa riss GmbH & Co. KG, Biberach	5	50,00	17.326	2.552
175	e.wa riss Verwaltungsgesellschaft mbH, Biberach	5	50,00	63	2
176	Energieversorgung Südbaar GmbH, Blumberg	5	50,00	3.878	459
177	Stadtwerke Schramberg GmbH & Co. KG, Schramberg	5	50,00	11.450	2.426
178	Stadtwerke Schramberg Verwaltungsgesellschaft mbH, Schramberg	5	50,00	54	3
179	Einhorn Energie GmbH & Co. KG, Giengen an der Brenz	5	49,90	500	-156
180	Einhorn Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Giengen an der Brenz	9	49,90	-	-
181	MEGA Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH, Monheim	4, 5	49,90	7.314	-
182	Stadtwerke Emmendingen GmbH, Emmendingen	5	49,90	17.468	1.711
183	Stromnetz Blaubeuren GmbH, Blaubeuren	5	49,90	1.207	192

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
184	LEO Energie GmbH & Co. KG, Leonberg	⁶	49,00	4.485	-
185	Stadtwerke Bad Wildbad GmbH & Co. KG, Bad Wildbad	⁵	49,00	6.731	795
186	Stadtwerke Bad Wildbad Verwaltungs-GmbH, Bad Wildbad	⁹	49,00	-	-
187	Energie Calw GmbH, Calw	^{4, 5}	48,82	10.161	-
188	Stadtwerke Münsingen GmbH, Münsingen	⁵	45,00	5.456	203
189	SUEnergie GmbH & Co. KG, Süßen	⁶	40,00	1.504	-
190	SUEnergie Verwaltungs GmbH, Süßen	⁹	40,00	-	-
191	Stadtwerke Weinheim GmbH, Weinheim	⁵	39,32	26.563	2.064
192	Energieversorgung Rottenburg am Neckar GmbH, Rottenburg am Neckar	^{4, 5}	38,00	7.160	-
193	Lernende EnergieEffizienz-Netzwerke GmbH, Karlsruhe	⁵	37,50	52	10
194	EDB Energie Dienste Bürcen AG, Bürcen/Schweiz	^{5, 8}	35,00	461	32
195	ENAG Energiedienste Niedergesteln AG, Niedergesteln/Schweiz	^{5, 8}	35,00	670	34
196	EVG Grächen AG, Grächen/Schweiz	⁵	35,00	4.242	88
197	EVN Energieversorgung Nikolai AG, St. Niklaus/Schweiz	^{5, 8}	35,00	2.142	94
198	EVR Energieversorgung Raron AG, Raron/Schweiz	^{5, 8}	35,00	696	63
199	EVWR Energiedienste Visp – Westlich Raron AG, Visp/Schweiz	⁵	35,00	1.370	220
200	Valgrid SA, Sion/Schweiz	⁵	35,00	17.056	275
201	VED Visp Energie Dienste AG, Visp/Schweiz	^{5, 8}	35,00	1.319	189
202	Elektrizitätswerk Mittelbaden AG & Co. KG, Lahr	⁵	34,74	40.889	12.795
203	Elektrizitätswerk Mittelbaden Verwaltungsaktiengesellschaft, Lahr	⁵	34,74	79	72
204	eneREGIO GmbH, Muggensturm	⁵	32,00	8.613	1.552
205	Regionalnetze Linzgau GmbH, Pfullendorf	⁶	31,64	879	-
206	Stadtwerke Bad Herrenalbach GmbH, Bad Herrenalbach	⁵	30,00	10.803	163
207	Energie- und Wasserversorgung Bruchsal GmbH, Bruchsal	^{4, 5}	27,41	23.421	-
208	Stadtwerke Bad Säckingen GmbH, Bad Säckingen	^{4, 5}	26,30	8.673	-
209	Albwerk GmbH & Co. KG, Geislingen/Steige	⁵	25,10	14.994	4.209
210	Albwerk Verwaltungsgesellschaft mbH, Geislingen/Steige	⁵	25,10	60	3
211	Stadtwerke Oberkochen GmbH, Oberkochen	⁵	25,10	4.247	200
212	Stadtwerke Schwäbisch Gmünd GmbH, Schwäbisch Gmünd	^{4, 5}	25,10	23.650	-
213	Stadtwerke Stockach GmbH, Stockach	⁵	25,10	9.331	765
214	Stadtwerke Nürtingen GmbH, Nürtingen	⁵	25,00	20.221	3.042
215	Stromversorgung Sulz am Neckar GmbH, Sulz am Neckar	⁵	24,90	3.375	233
216	Energieversorgung Oberes Wiesental GmbH, Todtnau	⁵	24,00	3.720	4
217	EDSR Energiedienste Staldenried AG, Staldenried/Schweiz	⁵	20,00	183	8

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
218	ENRW Energieversorgung Rottweil GmbH & Co. KG, Rottweil	5	20,00	22.392	3.956
219	ENRW Verwaltungs-GmbH, Rottweil	9	20,00	-	-
220	Stadtwerke Sindelfingen GmbH, Sindelfingen	5	20,00	33.478	4.501
Geschäftsfeld Gas					
Vollkonsolidierte Unternehmen					
221	EnBW Etzel Speicher GmbH, Karlsruhe	3	100,00	707	-
222	Erdgas Südwest Netz GmbH, Karlsruhe	3	100,00	25	-
223	Gasversorgung Süddeutschland GmbH, Stuttgart	3, 10	100,00	65.000	-
224	Gasversorgung Unterland GmbH, Heilbronn		100,00	1.000	1.010
225	terraneis bw GmbH, Stuttgart (vormals GVS Netz GmbH, Stuttgart)	3, 10	100,00	20.000	-
226	Thermogas Gas- und Gerätevertriebs-GmbH, Stuttgart	3	100,00	256	-
227	Erdgas Südwest GmbH, Karlsruhe		79,00	46.975	14.517
228	EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	11	50,00	457.821	-60.874
Verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
229	WECO Flüssiggas Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	25	0
230	WECO Flüssiggas GmbH & Co. KG, Stuttgart	5	90,00	1.440	103
231	Gasnetzgesellschaft Laupheim GmbH & Co. KG, Laupheim	5	50,10	0	0
232	Gasnetzgesellschaft Laupheim Verwaltungs GmbH, Laupheim	5	50,10	24	-1
At equity bewertete Unternehmen					
233	Friedeburger Speicherbetriebsgesellschaft mbH „Crystal“, Friedeburg	12	50,00	151.147	0
234	Stadtwerke Esslingen am Neckar GmbH & Co. KG, Esslingen am Neckar	5	49,98	54.887	2.419
235	Heilbronner Versorgungs GmbH, Heilbronn	4, 5	25,10	36.375	-
Beteiligungen¹⁶					
236	Gasversorgung Sachsenheim GmbH, Sachsenheim	5	50,00	1.300	120
237	Stadtwerke Esslingen-Verwaltungsgesellschaft mbH, Esslingen am Neckar	9	49,80	-	-
238	Gasversorgung Pforzheim Land GmbH, Pforzheim	5	49,00	12.785	2.326
239	Stadtwerke Backnang GmbH, Backnang	4, 5	49,00	8.725	-
240	espot GmbH, Stuttgart	5	25,10	58	8
241	Stadtwerke Ellwangen GmbH, Ellwangen	4, 5	25,10	7.302	-
242	Stadtwerke Giengen GmbH, Giengen	5	25,10	10.818	896
243	Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG, Ravensburg	5	25,10	26.647	5.354
244	Technische Werke Schussental Verwaltungsgesellschaft mbH, Ravensburg	9	25,10	-	-
245	KEA-Beteiligungs-GbR „Energie“, Karlsruhe	5	20,80	1.742	94

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
Geschäftsfeld Energie- und Umweltdienstleistungen					
Vollkonsolidierte Unternehmen					
246	AWISTA Logistik GmbH, Düsseldorf	3, 5	100,00	3.025	-
247	ED Immobilien GmbH & Co. KG, Rheinfelden	6	100,00	2	149
248	ED Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Rheinfelden	6	100,00	30	0
249	EnBW Akademie Gesellschaft für Personal- und Managemententwicklung mbH, Stuttgart	3	100,00	100	-
250	EnBW Biomasse GmbH, Karlsruhe		100,00	-7.277	2.615
251	EnBW City GmbH & Co. KG, Obrigheim (vormals EnBW City GmbH & Co. KG, Stuttgart)		100,00	8.885	8.545
252	EnBW Energy Solutions GmbH, Stuttgart	3	100,00	48.998	-
253	EnBW Grundstücksverwaltung Rheinhafen GmbH, Karlsruhe		100,00	1.621	47
254	EnBW Immobilienbeteiligungen GmbH, Stuttgart		100,00	405.119	4.976
255	EnBW Ingenieure GmbH, Stuttgart	3	100,00	2.556	-
256	EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart	3	100,00	995.226	-
257	EnBW Mainfrankenpark GmbH, Dettelbach		100,00	3.050	222
258	EnBW Operations GmbH, Karlsruhe	3	100,00	15.287	5.087
259	EnBW Perspektiven GmbH, Karlsruhe (vormals EnBW Technische Dienste und kaufmännische Leistungen GmbH, Karlsruhe)	3	100,00	1.500	-
260	EnBW Propower GmbH, Eisenhüttenstadt	3	100,00	25	-
261	EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH, Karlsruhe	3	100,00	16.500	-
262	Energiedienst Support GmbH, Rheinfelden	6	100,00	234	66
263	ESD Energie Service Deutschland AG, Offenburg (vormals ESD Energie Service Deutschland AG, Frankfurt am Main)	8	100,00	-5.172	-6.365
264	ESG Operations GmbH, Wismar		100,00	122	1
265	MSE Mobile Schlamm- und Abwasserentsorgung GmbH, Karlsbad-Ittersbach	3	100,00	1.171	-
266	ODR Technologie Services GmbH, Ellwangen	3	100,00	1.276	-
267	RBS wave GmbH, Stuttgart	3	100,00	503	-
268	SBZ Beteiligungen GmbH, Karlsruhe		100,00	25	0
269	TAE Thermische Abfallentsorgung Ansbach GmbH, Ansbach		100,00	32.466	-255
270	Teweratio GmbH, Stuttgart	3	100,00	26	-
271	TPLUS GmbH, Karlsruhe	3	100,00	18.162	-
272	U-plus Umweltservice AG, Karlsruhe	3	100,00	169.870	2.337
273	MURVA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	5	95,00	-5.387	-617
274	AWISTA Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung mbH, Düsseldorf	5	51,00	43.031	12.503
275	EnBW Versicherungsvermittlung GmbH, Stuttgart		51,00	4.357	4.306
276	EnBW Klenk Holzenergie GmbH, Oberrot	11	50,00	2.838	-23.391

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
277	Energiedienstleistungen Rhein-Neckar GmbH, Ludwigshafen	11	50,00	1.251	326
278	Energie- und Medienversorgung Sandhofer Straße GmbH & Co. KG, Mannheim	11	49,91	3.500	2.327
Verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
279	EnBW Senergi Immobilien GmbH, Karlsruhe	5	100,00	82	2
280	NeckarCom Telekommunikation GmbH, Stuttgart	3, 5	100,00	511	-
281	OSD SCHÄFER GmbH, Karlsruhe	3	100,00	26	-
282	SSG Verwaltungsgesellschaft mbH, Kornwestheim	5, 15	100,00	-5.400	2.309
283	Zentraldeponie Hubbelrath GmbH, Düsseldorf	5	76,00	18.481	0
284	Energie- und Medienversorgung Sandhofer Straße Verwaltungs GmbH, Mannheim	5	50,00	40	4
At equity bewertete Unternehmen					
285	Zweckverband Landeswasserversorgung, Stuttgart	5	27,20	108.140	-101
286	Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung, Stuttgart	5	22,13	146.323	1.200
Beteiligungen¹⁶					
287	GRADUS Investitionsgüter- Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Badenwerk KG, Karlsruhe	9	100,00	-	-
288	KOGO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	9	95,00	-	-
289	Fränkische Wasser Service GmbH, Crailsheim	9	50,00	-	-
290	Industriekraftwerke Oberschwaben beschränkt haftende OHG, Biberach an der Riß	5	50,00	3.153	-573
291	KDM Kompostierungs- und Vermarktungsgesellschaft für Stadt Düsseldorf/Kreis Mettmann mbH, Ratingen	5	50,00	1.615	592
292	Niederrheinisch-Bergisches Gemeinschaftswasserwerk GmbH, Düsseldorf	5	50,00	2.133	94
293	Ostalbwasser Ost GmbH, Ellwangen	9	50,00	-	-
294	Ostalbwasser Service GmbH, Aalen	5	50,00	200	22
295	Ostalbwasser West GmbH, Schwäbisch Gmünd	9	50,00	-	-
296	Powerment GmbH, Ettlingen (vormals Powerment GmbH, Stuttgart)	5	50,00	1.823	822
297	regioaqua Gesellschaft für Wasser und Abwasser mbH, Rheinfelden	5	50,00	78	11
298	Wasserübernahme Neuss-Wahlscheid GmbH, Neuss	5	50,00	280	18
299	MOWA Mobile Waschanlagen GmbH, Neunkirchen-Seelscheid	5	49,00	279	150
300	REMONDIS Rhein-Wupper GmbH & Co. KG, Düsseldorf	5	49,00	10.524	4.048
301	REMONDIS Rhein-Wupper Verwaltungs GmbH, Düsseldorf	9	49,00	-	-

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
302	regiodata GmbH, Lörrach	5	35,00	665	114
303	Contiplan AG, Vaduz/Liechtenstein	9	25,10	-	-
304	EFR Europäische Funk-Rundsteuerung GmbH, München	5	25,10	3.892	711
305	Rheticus AG, Vaduz/Liechtenstein	9	25,10	-	-
306	Wave GmbH i. L., Stuttgart	9	25,00	-	-
307	Ökotec Energiemanagement GmbH, Berlin	5	24,90	255	230
Finanz- und andere Beteiligungen					
Vollkonsolidierte Unternehmen					
308	EnBW International Finance B.V., Amersfoort/Niederlande		100,00	1.162.759	31.045
309	Neckarwerke Stuttgart GmbH, Stuttgart		100,00	1.154.295	55.139
310	Salamander Marken GmbH & Co. KG, Karlsruhe		100,00	8.318	1
311	symbiotic services GmbH, Karlsruhe		100,00	25	0
312	TWS Beteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe		100,00	970.616	4.011
Verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen					
313	EBAG Omega Dritte Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	22	-1
314	EBAG Omega Erste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	22	-1
315	EnBW CZ spol. s.r.o., Prag/Tschechien	5	100,00	1.085	164
316	EnBW Omega Dreißigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	3, 5	100,00	25	-
317	EnBW Omega Dreiunddreißigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	6	100,00	25	-
318	EnBW Omega Fünfunddreißigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	6	100,00	25	-
319	EnBW Omega Neunundzwanzigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	3, 5	100,00	25	-
320	EnBW Omega Sechsenddreißigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	6	100,00	25	-
321	EnBW Omega Siebenunddreißigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	6	100,00	25	-
322	EnBW Omega Siebzehnte Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe	3, 5	100,00	25	-
323	EnBW Omega Vierunddreißigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	6	100,00	25	-
324	EnBW Omega Zweiunddreißigste Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	6	100,00	25	-
325	EnBW Real Estate GmbH, Obrigheim	5	100,00	55	6
326	KMS Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	5	100,00	35	2
At equity bewertete Unternehmen					
327	EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg	5	26,00	1.981.100	-258.400

		Fußnote	Kapital- anteil ¹ (in %)	Eigen- kapital ² (in T€)	Ergebnis ² (in T€)
Beteiligungen¹⁶					
328	Wp Global Germany Private Equity L.P., Wilmington, Delaware/USA	⁹	100,00	-	-
329	Impulse L.P., Edinburgh/UK	⁹	99,87	-	-
330	Continuum Capital Limited Partnership, Edinburgh/UK	⁹	98,00	-	-
331	Sirius EcoTech Fonds Düsseldorf GmbH & Co. KG, Düsseldorf	^{5, 9}	78,15	4.608	-
332	EVN AG, Maria Enzersdorf/Österreich	^{8, 17}	32,47	407.556	96.825
333	RWE – EnBW Magyaroszá Kft., Budapest/Ungarn	⁵	30,00	253	105
334	E & G Bridge Equity Fonds GmbH & Co. KG, München	^{5, 8, 9}	29,97	43.108	-
335	KIC InnoEnergy Germany GmbH, Karlsruhe	⁹	25,00	-	-
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften > 5 %					
336	MVV Energie AG, Mannheim	⁸	15,05	957.635	90.196

¹ Anteile des jeweiligen Mutterunternehmens berechnet nach § 313 Abs. 2 HGB (Stand: 31. Dezember 2012).

² Bei Einzelgesellschaften entstammen die Angaben den nach landesspezifischen Vorschriften aufgestellten Abschlüssen und zeigen nicht den Beitrag der Gesellschaften zum Konzernabschluss. Bei Abschlüssen in ausländischer Währung erfolgt die Umrechnung für das Eigenkapital mit den Mittelkursen am Bilanzstichtag, für das Ergebnis mit den Jahresdurchschnittskursen.

³ Ergebnisabführungs- beziehungsweise Beherrschungsvertrag beziehungsweise Verlustübernahmeerklärung.

⁴ Ergebnisabführungsvertrag zu Dritten.

⁵ Vorjahreswerte.

⁶ Vorläufige Werte.

⁷ 49,0 % Stimmrechte.

⁸ Abweichendes Geschäftsjahr.

⁹ Ausnahmeregelung § 313 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 beziehungsweise Satz 4 HGB.

¹⁰ Gehalten über die EnBW Eni Verwaltungsgesellschaft mbH, Karlsruhe (EnBW-Anteilsbesitz: 50 %), die aufgrund einer Casting-Vote-Regelung vollkonsolidiert wird.

¹¹ Beherrschung aufgrund vertraglicher Regelung.

¹² Gemeinschaftliche Führung nach IAS 31.

¹³ Vor Berücksichtigung eigener Aktien der Gesellschaft.

¹⁴ Mehrheit der Stimmrechte.

¹⁵ Jahresabschluss vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2010.

¹⁶ Beinhaltet Beteiligungen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at equity bewertet wurden. Sie wurden stattdessen zu Anschaffungskosten bewertet.

¹⁷ Die EVN AG wird zum 31. Dezember 2012 aufgrund der Umgliederung in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte nicht mehr unter den at equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

(39) Angaben zu Konzessionen

Zwischen den einzelnen Gesellschaften des EnBW-Konzerns und den Gemeinden bestehen Konzessionsverträge im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserbereich. Die Laufzeit der Konzessionsverträge beträgt in der Regel 20 Jahre. Es bestehen gesetzlich geregelte Anschlusspflichten an die Versorgungsnetze. Durch den Abschluss eines Konzessionsvertrags besteht für den EnBW-Konzern die Verpflichtung zur Herstellung und Unterhaltung der zur allgemeinen Versorgung benötigten Anlagen. Des Weiteren besteht die Pflicht, eine Konzessionsabgabe an die Gemeinden zu zahlen. Nach Ablauf eines Konzessionsvertrags sind, sofern der Konzessionsvertrag nicht verlängert wird, die Versorgungsanlagen gegen eine angemessene Vergütung an die Gemeinde oder den nachfolgenden Netzbetreiber zurück- beziehungsweise abzugeben.

(40) Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die EnBW Baltic 2 GmbH und die Europäische Investitionsbank haben einen Finanzierungsvertrag über ein langfristiges Investitionsdarlehen in Höhe von 500 Mio. € für den Offshore-Windpark EnBW Baltic 2 geschlossen. Das Darlehen wurde am Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2012 noch nicht beansprucht.

Weitere Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der EnBW von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2012 nicht eingetreten.

(41) Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der EnBW beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen. Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

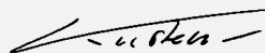
Karlsruhe, 7. Februar 2013
EnBW Energie Baden-Württemberg AG



Dr. Mastiaux



Dr. Beck



Kusterer



Dr. Mausbeck



Dr. Zimmer

Bestätigungsvermerk

Wir haben den von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, aufgestellten Konzernabschluss -bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Anhang- sowie ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Berichts über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Mannheim, 7. Februar 2013
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Walter
Wirtschaftsprüfer

Woche
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

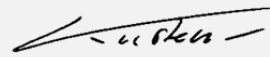
Karlsruhe, 7. Februar 2013
EnBW Energie Baden-Württemberg AG



Dr. Mastiaux



Dr. Beck



Kusterer



Dr. Mausbeck



Dr. Zimmer

Wichtige Hinweise

Herausgeber

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com

Koordination und Redaktion

Unternehmenskommunikation,
Karlsruhe

Konzept und Design

IR-One AG & Co. KG, Hamburg

Titelfoto

Klaus Lorenz, Karlsruhe

Satz

Inhouse produziert mit FIRE.sys

Druck

Elanders Germany GmbH, Waiblingen



Veröffentlichung des EnBW-Finanzberichts 2012: 1. März 2013

Veröffentlichung im Bundesanzeiger

Der von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG aufgestellte und von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mannheim, geprüfte vollständige Konzernabschluss wird nebst dem mit dem Lagebericht zusammengefassten Konzernlagebericht zusammen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers im Bundesanzeiger veröffentlicht. Die Einreichung der entsprechenden Unterlagen beim Betreiber des Bundesanzeigers erfolgt bis spätestens zum 30. April 2013.

Engagements



Deutscher
NACHHALTIGKEITS
Kodex

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK) ist ein von der Bundesregierung unterstützter und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung ins Leben gerufener Standard für eine nachhaltige Unternehmensführung, dem sich die EnBW als eines der ersten Unternehmen verpflichtet hat.



Die EnBW ist Mitglied im UN Global Compact, der größten internationalen Multi-Stakeholder-Initiative zur Förderung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen und engagiert sich in dessen Netzwerk zu diversen Nachhaltigkeitsthemen.

Kein Angebot und

keine Anlageempfehlung

Dieser Bericht wurde lediglich zu Ihrer Information erstellt. Er stellt kein Angebot, keine Aufforderung und keine Empfehlung zum Erwerb oder zur Veräußerung von Wertpapieren dar, deren Emittent die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW), eine Gesellschaft des EnBW-Konzerns oder eine andere Gesellschaft ist. Dieser Bericht stellt auch keine Bitte, Aufforderung oder Empfehlung zu einer Stimmabgabe oder Zustimmung dar. Alle Beschreibungen, Beispiele und Berechnungen wurden lediglich zur Veranschaulichung in diesen Bericht aufgenommen.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf aktuellen Annahmen, Plänen, Schätzungen und Prognosen der Geschäftsleitung der EnBW beruhen. Solche zukunftsgerichteten Aussagen sind daher nur zu dem Zeitpunkt gültig, zu dem sie erstmals veröffentlicht wer-

den. Zukunftsgerichtete Aussagen ergeben sich aus dem Kontext, sind darüber hinaus jedoch auch an den Begriffen „kann“, „wird“, „sollte“, „plant“, „beabsichtigt“, „erwartet“, „denkt“, „schätzt“, „prognostiziert“, „potenziell“ oder „fortgesetzt“ sowie ähnlichen Ausdrücken zu erkennen.

Naturgemäß sind zukunftsgerichtete Aussagen mit Risiken und Unsicherheiten behaftet, die durch die EnBW nicht kontrolliert oder präzise vorhergesagt werden können. Tatsächliche Ereignisse, künftige Ergebnisse, die finanzielle Lage, Entwicklung oder Performance der EnBW und der Gesellschaften des EnBW-Konzerns können daher erheblich von den in diesem Bericht getätigten zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Deshalb kann nicht garantiert oder sonst dafür gehaftet werden, dass sich diese zukunftsgerichteten Aussagen als vollständig, richtig oder genau erweisen oder dass erwartete prognostizierte Ergebnisse in der Zukunft tatsächlich erreicht werden.

Keine Verpflichtung zur Aktualisierung

Die EnBW übernimmt keinerlei Verpflichtung jedweder Art, in diesem Bericht enthaltene Informationen und zukunftsgerichtete Aussagen an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen oder sonst zu aktualisieren. Dieser Geschäftsbericht steht in deutscher und englischer Sprache auch im Internet als Download zur Verfügung. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich.

Aktionärshotline/Investor Relations

Telefon: 0800 1020030 oder
0800 AKTIEENBW
(nur innerhalb Deutschlands)
Telefax: 0800 3629111
(nur innerhalb Deutschlands)
E-Mail: info@investor.enbw.com
Internet: www.enbw.com

EnBW Energie
Baden-Württemberg AG
Durlacher Allee 93
76131 Karlsruhe
www.enbw.com

